

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von
Dr. Emil Ebering.

== Heft 213 ==

Die böhmischen Conföderationsakte von 1619

Von

jur. et phil. Dr. Rudolf Stanka

=====

BERLIN

Verlag Dr. Emil Ebering

1932

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

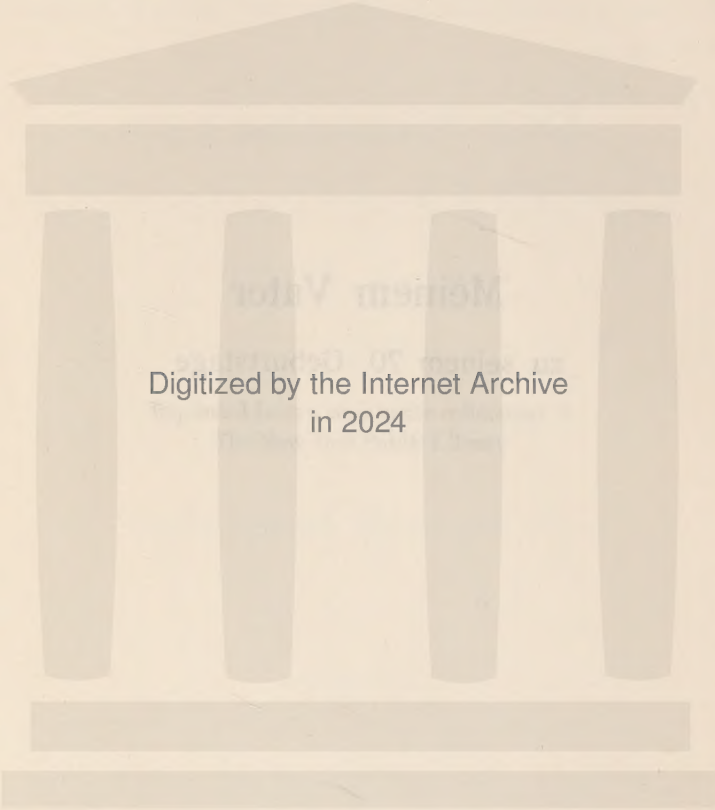
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meinem Vater

zu seinem 70. Geburtstage



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorwort.

Art und Weise dieser Abhandlung sind durch das Thema bestimmt. Verfassungen und Verfassungsentwürfe beruhen auf einem Zusammenhang machtpolitischer Interessen und geistesgeschichtlicher Probleme, die man in die Denkform des Juristen bannen wollte.

Für die Anregung zu dieser Arbeit und weitgehende Förderung bei derselben erlaube ich mir, meinem verehrten Lehrer Herrn Univ.-Professor v. Voltelini meinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Meinen herzlichsten Dank darf ich an dieser Stelle auch meinem väterlichen Freunde und Landsmann Herrn Bundesminister a. D. Univ.-Prof. Innitzer und meinem verehrten Lehrer Herrn Univ.-Prof. Oswald Redlich, Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften, für ihr Eintreten für ein Stipendium, das mich in die Lage versetzte, diese Arbeit durchzuführen, abstaten, desgleichen für wertvolle Ratschläge, bzw. Hinweise, den Herren Univ.-Professoren Boháček, Peterka, Weizsäcker und besonders Wostry, ferner für mannigfache Förderung während meines Prager Aufenthalts Herrn Legationsrat Grafen v. Orsini-Rosenberg von der Österreichischen Gesandtschaft in Prag und Herrn Ministerial-Rat Dr. Spišák und Herrn Prof. Kann vom tschechoslowakischen Ministerium für Schulwesen und Volksbildung, und den verschiedenen Archivleitungen.

Meine Mutter hat mich bei der Verfassung dieser Arbeit durch mannigfaltige Hilfsarbeiten in weitgehender Weise unterstützt. Ihr dafür an dieser Stelle noch besonders zu danken halte ich für selbstverständliche Sohnespflicht.

Wien-Prag, im Dezember 1931.

Rudolf Stanka.

1. Der Gegensatz von König und Ständen im böhmischen Staatsrecht der Hussitenzeit.

Die böhmischen Conföderationsakte sind noch nie vom rechtsgeschichtlichen Standpunkte eingehend untersucht worden, obwohl sie den Höhepunkt der Entwicklung des böhmischen Staatsrechtes darstellen.¹ Die umfassenden Forschungen Wolzendorffs über die Geschichte des Widerstandsrechtes sind an ihnen vorbeigegangen, trotzdem es sich nicht verhehlen läßt, daß eine Dogmengeschichte des Widerstandsrechtes, die auf die böhmischen Conföderationsakte des Jahres 1619 nicht eingeht, eine empfindliche Lücke aufweist.²

Seit den Tagen, da Karl IV. mit der Krone des Reiches die Krone von Böhmen auf einem Haupte verband, stand die böhmische Frage durch beinahe drei Jahrhunderte im Mittelpunkte der europäischen Aufmerksamkeit. Wer die Conföderationsakte hinsichtlich des in ihnen verborgenen Rechtsinhalts untersuchen will, muß daher zumindest kurz auf die rechtsgeschichtliche Entwicklung des böhmischen Verfassungsrechtes eingehen und den bereits früher zutage tretenden Gegensatz von König und Ständen darstellen.

1. Auch die Historiker haben sich nur wenig mit dem Inhalte der Conföderationsakte abgegeben, am meisten noch Gindely und Winter in ihren Darstellungen der Geschichte des dreißigjährigen Krieges mit ihren ziemlich eingehenden Inhaltsangaben. Die politische Theorie vom sogenannten böhmischen Staatsrecht ist an ihnen vorbeigegangen, sie beruht wohl im wesentlichen, sofern sie habsburgfreundlich war, auf den Darstellungen des Melchior Goldast, bzw. auf der anderen Seite auf der Schilderung des böhmischen Staates, die P. Stransky für die Elzewirschen Republiken schrieb.

2. Voltelini, historische Vierteljahrsschrift, 19. Jahrg. S. 250.

Wohl wenige Staatswesen des ausgehenden Mittelalters sind nämlich derartig vom Grundsatz des ständisch-monarchischen Dualismus beseelt wie das böhmische. Dieser Dualismus ist ja das Wesen des ständischen Staates, „der gleichsam aus zwei Hälften, einer fürstlichen und einer ständischen, besteht“.³ Dieser Dualismus mußte notwendigermaßen zur Schaffung eines Widerstandsrechtes führen,⁴ wobei es gleichgültig ist, ob dieses offen erklärt wurde oder nicht.⁵ Das Problem des mittelalterlichen Staates besteht eben vornehmlich darin, darzulegen, wie dieser Dualismus zur einheitlichen Größe Staat sich gestaltete.⁶

Als Böhmen an das Haus Habsburg fiel, umfaßten die Länder der böhmischen Krone einen gewaltigen Landkomplex, der durch staatsrechtliche Verschiedenheiten im weitesten Umfange sich auszeichnete. Vor allem standen alle diese Länder unter der allerdings nicht immer anerkannten Führung der Stände des Hauptlandes.⁷ Im eigentlichen Böhmen selbst war es bereits

3. Hintze, historische Zeitschrift 141, S. 231, vgl. Jellinek, Staatslehre, S. 319.

4. Fehr, MIOeG. 38, S. 15.

5. Hintze a. a. O. S. 232.

6. Wolzendorff, Vom deutschen Staat, S. 43 f.

7. So protestierten bei der Huldigung bzw. Krönung des Ladislaus Posthumus die mährischen Stände dagegen, als Mannen der Böhmen zu gelten und die böhmischen Stände anerkannten die Berechtigung dieses Einspruches dadurch, daß sie jene in einem Entschuldigungsschreiben als „Freunde und Vettern“ bezeichneten, wie uns das Tobitschauer Rechtsbuch im Kap. 7 erzählt. Diese Einstellung der Nebenländer war gerade in dem Streite um die schlesische Sonderexpedition der Kanzlei von Bedeutung. Vgl. hierzu die Erklärung der Schlesier vom 16. V. 1611, Landtagsverhandlungen XV/2. Nr. 392 und den „Diskurs vnd kurtze Information, ob nemlich die Herren Schlesier und Lausitzer bey dem was ihre Mt. . . . erteilten Revers zu halten und ihre angefangene absonderliche Expedition . . .“ wo es heißt, „So hätten Ihr. Mt. ihr hoechstes regal vnns vorgeben, wenn sie den Herren Böhmen zugestanden, oder noch zustunden, das ein König in Behaimb nit Maecht habe, die schlesische und lausitzische Expedition seines gefallens zu bestellen, sondern daß der Herr Kanzler wegen seines Ampts vndt der H. Böhmen daran ein erlangtes Recht habe . . . non habeat fundatam intentionem ratione omnium regalium ut qui dicat principem se abdicasse aliqua regali per privilegium vel aliter teneatur illud propare . . . Wenn auch gleich der Herr Oberkantzler 1000 Jahr die schlesische und lausitzische Expedition vnter hen-

frühzeitig zur Ausbildung ständischer Organisationen gekommen.⁸ Die Macht der Stände war vor allem bei der Berufung des luxemburgischen Herrscherhauses in entscheidender Weise hervorgetreten, als nach der Vertreibung des im Kirchenbanne befindlichen Königs Heinrich die Stände von Kaiser Heinrich VII. seinen ältesten Sohn Johann zum Könige verlangten.⁹ Der junge König mußte den Ständen gleich bei seinem Regierungsantritte ein gewichtiges Privileg ausstellen, dessen hervorragendster Punkt in dem Zugeständnis bestand, daß die Böhmen dem Könige bei Kriegen jenseits der böhmischen und mährischen Grenzen zur Heeresfolge nicht verpflichtet seien.¹⁰

den gehabt, so wurde er doch keine possession erlanget haben . . . Das auch vors vierde möchte eingewendet werden, das die Schlesier vndt Lausitzer nicht alleine dem König, sondern auch den Ständen in Böhmen juramento fidelitatis et subjectionis zugethan undt verbunden sein, wie etwa bey der königlichen Crönung soll gemeindt worden sein, ist nicht ohne, das in allen Rechten versehen, also auch im loblichen Gebrauch gehalten, wie das bey dem, welchem die Erbhuldigung geschieht, quantum importat juramentum subjectionis, deren Unterthan . . . Nun haben die Schlesier undt Lausitzer Ihr. Mt. vndt den vorgehenden Königen aus Böhaimb jederzeit geschworen, ohne der Stände in Böhmen beysein auch ohne einzige Gewalt, so die Stände von sich geben, daß auch in ihrem Nahmen das Jurament angenommen . . . Eben eine solche Meinung hat es auch mit dem juramento fidelitatis oder Lehenpflicht, da dieselben jederzeit dem Könige aus Böhaimb als Oberherzog in Schlesien undt Marggrafen in Lausitz oder aber in ihrem Namen den Hauptleuten und Landvögten geleistet worden“ (Preußisches Staatsarchiv, Rep. 43, Nr. 5a). Desgleichen protestierten noch im Jahre 1617 die Oberlausitzer Stände. „Fürs erstliche ist ganz unzweifelhaft, daß die Bestellung der Regierung und Canzley über Schlesien vndt Lausitz allein demjenigen Fürsten und Herrn zusteht, welchem die hohe Obmeßigkeit der Jurisdiktion über Schlesien und Lusitz zuständig. Nun ist gewiß, daß die hohe Obmeßigkeit undt Jurisdiction über Schlesien vndt Lusitz einig und allein ihrer königlichen Mt. als obristen Herzog in Schlesien und Marggrafen in Lausitz gehöre, vndt dass weder der Herr Oberste Kanzler noch die Herren obristen Landtoffiziere der Kron Böheimb desfalls mit Ihrer königlichen Mt. kheiner concurrenten jurisdiktionen haben . . .“ (Sächsisches Staatsarchiv, Lokat 7220, Seite 7.)

8. Vgl. Peterka, Rechtsgeschichte I, S. 135 ff., Kapras dějiny, S. 232 ff.

9. Palacky, Geschichte Böhmens II/2, S. 5 f. Bachmann, Geschichte Böhmens I. S. 737. —

10. Kalousek, České státní právo, S. 247 f., S. 543 f., Peterka, Rechts-

Die böhmischen Stände treten uns bei dieser Gelegenheit als vollkommen geschlossener, selbstbewußter Partner des Königs gegenüber. Sie teilen sich in Böhmen in drei Stände, die Herren, Ritter und Städte, welche letztere anscheinend erst seit 1310 als stete Teilnehmer der Landtage gelten,¹¹ obwohl in der Folgezeit diese Stellung der Städte nicht immer unbestritten blieb.¹² In Böhmen verlor der Klerus die Landstandschaft infolge der Hussitenkriege, während er sie in Mähren bewahrte. In den schlesischen Herzogtümern kam es bereits frühzeitig zur Ausbildung ständischer Institute, die jedoch für die große Politik bedeutungslos blieben gegenüber der Einrichtung der Fürstentage, die zu Ende des 15. Jahrhunderts zu Organen Gesamtschlesiens wurden.¹³ In der Oberlausitz kam es im Anschluß an die Landfriedenseinung der Sechsstädte vom Jahre 1346 zu ständischen Bildungen, die den Landtagen gleichzusetzen sind. Vor allem aber treten uns in Mähren die Landtage als Versammlungen der Stände entgegen.¹⁴

Die Stände nahmen das Gesetzgebungsrecht für sich im weitesten Maße in Anspruch. Nicht nur, daß die Könige in wichtigen Angelegenheiten, so die Steuerbewilligung,¹⁵ und der Erlassung staatsrechtlicher Gesetze an die Zustimmung der

geschichte, I. Band, S. 139. Mit Literatur zur Echtheitsfrage. Hier scheint es sich allerdings um die Bestätigung eines alten Rechtsbrauches zu handeln, wie aus dem Berichte des Vinzenz von Prag über die Vorgänge im Mai 1158 hervorgeht. Die Schlesier erlangten im großen Landesprivileg von 1498 ebenfalls das Recht, dem Könige bei Kriegen außerhalb der Landesgrenzen nicht ohne besonderen Sold und Schadenersatz dienen zu müssen. Grünhagen, Geschichte Schlesiens, I., S. 266.

11. Kapras, Dějiny, S. 233.

12. Bretholz, Neuere Geschichte Böhmens, S. 219. Auch die Streitigkeiten zum St. Wenzels-Vertrag hatten diese Frage zum Gegenstand. Vgl. Bachmann II., S. 775, Wladislawische Landesordnung, Archiv Český, V., Einleitung.

13. Vgl. Rachfahl, Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens, S. 95 f., Grünhagen, Geschichte Schlesiens. I. S. 366.

14. Vgl. Knothe, Rechtsgeschichte, S. 84 f., Kapras, Dějiny, S. 235, Peterka, Rechtsgeschichte I., S. 126, Das Tobitschauer Rechtsbuch.

15. Vgl. das Privileg von 1310. Kalousek, S. 244 und 564, Kapras, Dějiny, S. 294 f., Peterka, Rechtsgeschichte, II., S. 20, Krofta, Začátky české berně in Č. Č. H., 36.

Stände gebunden erscheinen¹⁶ beanspruchten darüber hinausgehend die Stände Gesetzgebungsrechte im weiten Umfange. In der Wladislawischen Landesordnung heißt es gleich zu Beginn: „Barones et equestres . . . jura sua ut possent et augere aut diminueri, ita ut ab antiquo fieri solebat“.¹⁷ Auch die hohen Landesämter wurden aus den Kreisen der beiden obersten Stände besetzt, wobei der König an den Vorschlag der Stände gebunden erschien.¹⁸ Nur das Amt des Münzmeisters machte hier eine Ausnahme.¹⁹ Die Stände nahmen für sich das Recht in Anspruch, auch ohne königliche Einberufung sich versammeln zu können.²⁰ Bereits die Majestas Carolina hatte die regelmäßige Abhaltung von Landtagen vorgesehen.²¹ Die Conföderationsakte von 1547 beauftragten den Oberstburggrafen, wenn eine Einberufung vom Könige nicht zu erlangen ist, diese Einberufung vorzunehmen; weigert er sich dessen, so werden andere Einberufungsberechtigte aufgezählt.²²

Als ein nicht unwichtiges Recht der Stände muß das ständische Heerwesen betrachtet werden. Bis zum Jahre 1547 war die Stellung und Führung der von den Ständen gebildeten Truppen besonderen Feldhauptleuten anvertraut.²³ Aber auch später nahmen die Ständischen Musterungsherren einen großen Einfluß auf die Heeresausrüstung.

Diesen Ständen, die sich „als die originären und primären Träger von Recht und Herrschaft im Lande ansahen und diese Qualität nicht bloß für den ganzen Stand, sondern für jeden ein-

16. Vgl. Peterka, II. S. 10, etwas anders Kapras Dějiny, S. 235, die Conföderationsakte von 1547, Artikel, Anhang Nr. 3.

17. Archiv český, V. Band, Vgl. Art. 554 der Landesordnung, Bachmann a. a. O. II., 738, Palacky, Geschichte Böhmens, V/1. S. 471.

18. Wladislawische Landesordnung, Art. 225 f. Archiv český, VI. Bd., S. 389, Peterka, Rechtsgeschichte II, S. 12 ff., vgl. auch Conföderation von 1547, wo ein eigenartiger Wahlturnus vorgeschrieben wird.

19. Peterka, Rechtsgeschichte, II., S. 14, Wladislawische Landesordnung, Art. 229.

20. Vor allem in den Nebenländern, vgl. Chlumecky, Karl von Zierotin, S. 74.

21. Vgl. Werunsky, Savigny-Zeitschrift, germanistische Abt. IX. Jg.

22. Art. XVIII.

23. Peterka, II., S. 107, Conföderation von 1547, Art. 22.

zeln in Anspruch nahmen und sich im Besitze derselben auch keineswegs beschränkt fühlten, wenn sie dem gewählten Könige . . . gewisse Befugnisse zu selbständiger Handhabung übertragen hatten“, wie Bachmann zwar nur vom Adel behauptet, wie man aber nach dem St. Wenzels-Vertrag ganz allgemein auch von den Städten aussagen kann,²⁴ stand ein Königtum gegenüber, das in seiner Macht und daher in seinen Befugnissen sehr beschränkt war.²⁵

Das Verhältnis zwischen Ständen und König wurde durch die *Annahme* bestimmt. Die Annahme ist der Schlüsselbegriff für das Staatsrecht Böhmens der hussitischen Periode, nur an diesem Begriffe kann die eigentümliche Gestaltung des Verfassungsrechtes Böhmens klar werden. In ihm spiegelt sich der dualistische Aufbau des Verfassungsrechtes nicht nur wider, sondern die Annahme verbindet den Dualismus Stände-Königtum zu der Zweckeinheit Verfassung. Um so verwunderlicher ist es, daß die Annahme bis heute keine eingehende Untersuchung fand. Die meisten böhmischen Staatsrechtler und Verfassungshistoriker versuchten sie als eine Menge erbrechtlicher und wahlrechtlicher Elemente hinzustellen. Die Annahme geht jedoch weiter als auf die Anerkennung bloßer Nachfolgeschafft des Königs.²⁶ Sie ist zugleich auch ein Krönungsrevers²⁷ der an Wahlkapitulationen nicht nur stark erinnert, sondern auch tatsächlich eine ganz eigentümliche Art eines synallagmatischen Herrschaftsvertrages darstellt. Der Thronerbe hat kein Recht an der Krone, sondern nur ein Vorrecht auf die Krone. Wolzendorff zählt drei Arten der bedingten Huldigung auf, die mit dem Rechte der Annahme ja auf das innigste zusammenhängt. „Die sogenannte bedingte Huldigung erscheint in dreierlei Form: ent-

24. Bachmann, II., S. 739.

25. „Subditi plusquam domini regnabant, reges ipsos pro sociis, non dominis habebant.“ Brief Ferdinand I., Archiv český, XX. Band, S. 89.

26. Bezeichnend in dieser Hinsicht die wiederholte Weigerung der böhmischen Stände, den Sohn schon bei Lebzeiten des Vaters als König anzunehmen. So bei Wenzel IV. (vgl. Pelzl, I., S. 7) in der Conföderation von 1547, Art. 31, bei Maximilian und Rudolf II., bei Bretholz in der neuen Geschichte Böhmens.

27. Peterka, Rechtsgeschichte II., S. 10 und 79.

weder so, daß die Pflicht zur Huldigung suspensiv bedingt war durch die vorherige Beschwörung der Landesfreiheiten seitens des Fürsten, oder so, daß in den Landesfreiheiten, die der Herrscher beschwor, die Gehorsamspflicht der Stände und des Volkes als durch die Wahrung der Landesfreiheiten seitens des Fürsten resolutiv bedingt anerkannt war, oder endlich so, daß in der Huldigung selbst uns ein durch die Wahrung der Landesfreiheiten resolutiv bedingter Gehorsam versprochen wurde.²⁸

Wenn wir uns der Frage zuwenden, welchem Typus die Annahme zugehört, so befinden wir uns im ersten Augenblicke in Verlegenheit. Zunächst ist festzustellen, daß von einer Pflicht zur Huldigung in Böhmen deshalb nicht gesprochen werden konnte, da so wie in Ungarn und Polen²⁹ das bloße Erbrecht zur Succession nicht genügte, sondern es mußte die Einwilligung und Zustimmung der Nation hinzutreten, eben die Annahme. Auch über das Thronfolgerecht hinaus hat dieser Begriff im Staatsrechte der böhmischen Krone Bedeutung erlangt.

Die Tatsache eines derartigen Krönungsreverses besagt bereits, daß der Satz „rex legibus solutus est“ dem böhmischen Staatsrecht jener Tage fremd sein mußte.³⁰ Der König erscheint im Augenblicke des Abschlusses eines derartigen Herrschaftsvertrages als unter dem Gesetze stehend, sein Recht beruht nicht auf sich selbst, sondern auf der Verfassung, die in dem Herrschaftsvertrag niedergelegt ist. Gerade deswegen, kommt es der durch die Stände repräsentierten Nation zu,³¹ die Legitimität des künftigen Königes zu prüfen. Diese Legitimität umfaßt nicht nur seine erbrechtlichen Ansprüche, sondern auch die Legalität seiner künftigen Regierung. Dieses Prüfungsrecht ist in

28. Wolzendorff, Widerstandsrecht, S. 174.

29. Timon, Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte, S. 523, „Die Nachkommen der Gewählten besaßen als Kinder des Königs kein Thronrecht, sondern mußten es durch eine Wahl erwerben.“ So Kutrzeba, Polnische Verfassungsgeschichte, S. 110. Vgl. unten 53 Anm. 125.

30. Die Majestas Carolina läßt zwar in Art. 15 den Satz „rex legibus solutus est“ dem Worte nach gelten, hebt ihn aber de facto auf, wie wir weiter unten zeigen werden.

31. Gierke, Genossenschaftsrecht, III. S. 595. Ders. Althusius, S. 211 ff. Hintze, Historische Zeitschrift, 141, S. 242.

Böhmen mehreren Faktoren des verfassungsmäßigen Lebens übertragen. Nicht nur die Stände in ihrer Gesamtheit, sondern auch einzelne Glieder derselben haben nach der *Majestas Carolina* dieses Prüfungsrecht dem Thronerben gegenüber. Sie alle sind Treuhänder der Verfassung der *Corona regni Boemiae*, wie sich die Urkunden Karls IV. vom 7. April 1348 ausdrücken, sie alle begehen eine Pflichtverletzung nach der *Majestas Carolina*, wenn der König die daselbst verlangten Eide ihnen nicht leistet.³²

Die *Majestas Carolina* zählt in ihren Bestimmungen zunächst eine Reihe von Städten und Burgen als unverpfändbar und unveräußerbar auf, die stets in ungeteilter Hand des „*Regale Diadema*“, wie sie sich ausdrückt, bleiben sollen.

Von größter Bedeutung ist für uns jene Bestimmung der *Majestas Carolina*, derzufolge die Burggrafen der erwähnten Städte und Burgen bei Strafe des sonstigen Amtsverlustes erst dann die betreffende Burg oder Stadt dem neuen Könige übergeben dürfen, wenn er die Beobachtung dieser Veräußerungsverbote eidlich gelobt hatte. Darüber hinaus trifft die *Majestas Carolina* die Bestimmung, daß auch die „*Barones et nobiles inferiores ac universitates*“ d. h. die Stände erst nach Leistung dieses Eides Beistand und Gehorsam dem Könige leisten dürfen. Aber vor allem dürfen wir hierher die Verpflichtung der „*Honorabiles et egregiae civitates Nostri Regni*“, der „*Regiae Nostrae Majestatis carissimae et dilectae*“ nämlich Prag, Breslau, Kuttenberg und Bautzen zählen, derzufolge sie dem Könige erst dann die Stadtschlüssel darreichen sollen und der neue König erst dann die Stadt betreten darf, wenn er diesen Eid neuerlich geleistet hat. Darüber hinausgehend ist der Begriff der Annahme grundlegend für das Verhältnis des Königs zu den Nebenländern, denn auch diese müssen den neuen König annehmen, wobei es allerdings nicht gleichgültig ist, ob er ein Wahlkönig oder ein Erbkönig ist. Denn einen Wahlkönig sollen

32. Wenngleich die *Majestas Carolina* kein Gesetz war, so erhielt sie doch bald gesetzähnliches Ansehen. (Vgl. Werunsky, *Savigny-Zeitschrift*, germ. Abt., IX. Jg. S. 103.) Ferner muß man in Betracht ziehen, daß die *Majestas Carolina* selbst nur das damals geltende Gewohnheitsrecht codifizieren wollte.

die Mährer nach der Vorschrift des Tobitschauer Rechtsbuches³³ erst nach seiner in Prag erfolgten Krönung annehmen, während sie den Erbkönig vor der Krönung bereits annehmen dürfen. In dieser Möglichkeit liegt außerdem noch die andere verborgen, die Legalität des Wahlaktes bei einem Wahlkönige zu überprüfen. In der Tat nahm Breslau keinen Anstand, die Wahl Georgs von Podebrad und das Ergebnis derselben dahin zu deuten, daß die Kur Georgs eine unrechte gewesen sei und daß daher eine „rechte kur zu betreiben sei“.³⁴ Der Umstand, daß bei der Wahl Ferdinand II. Unregelmäßigkeiten, Schliche und Kniffe vorgekommen sein sollen, wird neben dem Bruche des Krönungsreverses, sich nicht in die Regierung zu mischen, ausdrücklich in der Absetzungsurkunde vom 16. August 1619 zur Rechtfertigung der Absetzung Ferdinands angeführt. Desgleichen finden wir, daß die verschiedenen Nebenländer die von den böhmischen Ständen als Wahlkönige angenommenen Herrscher des Hauses Habsburg als Erbkönige annahmen.³⁵

Eine der schwerwiegendsten staatsrechtlichen Tatsachen des damaligen böhmischen Staatsrechtes war die Krönung. Seitdem Karl IV. die französische Krönungsordnung in Böhmen eingeführt hatte,³⁶ wurden die in dieser befindlichen Wahlelemente auch von staatsrechtlicher Bedeutung für das Verhältnis der Stände zum König.³⁷ Denn, wenngleich durch den kirchlichen Akt das Königtum ins Transcendente hineingedeutet wurde,³⁸ so hat der schon angedeutete Mythos von der Corona Regni Boemiae das Wahlrudiment, vielleicht in Anlehnung an Ungarn,³⁹ als eine sacrale Handlung zugleich hingestellt.

Dieses Wahlrudiment war die Frage an den Umstand, ob man die Krönung vornehmen solle. Die Krönungszeremonien

33. Brandl, Tobitschauer Rechtsbuch, Art. 7.

34. Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau, I., S. 47 f.

35. Vgl. Turba, Thronfolgerecht, S. 285 ff., Kalousek, S. 185 ff.

36. Loserth, Die Krönungsordnung der Könige von Böhmen.

37. Schreuer, Die rechtlichen Grundgedanken der französischen Königskrönung. S. 37.

38. Ebenda, S. 19, Schreuer spricht hier allerdings von einer Deutung ins Transcendentale.

39. Timon, Verfassungsgeschichte, S. 511.

selbst sind im engen Anschlusse an die Zeremonien der Bischofsweihe ausgebildet,⁴⁰ und auch die Frage an das Volk als Umstand findet sich im Pontificale Romanum, wo sie den Sinn hat, eine noch unbekannte Irregularität dem Ordinator zur Kenntnis zu bringen. Das Eigentümliche des Krönungsvorganges in Böhmen besteht nun darin, daß die Frage an den Umstand bald nach der Festsetzung des Rituals nicht mehr vom Bischofe, sondern vom Oberstburggrafen gestellt wurde.⁴¹ Es war dies eine Mitwirkung des ersten der Landesoffiziere und Standesherrn Böhmens bei der Krönung, die an die konkrete Mitwirkung des ungarischen Paladins bei der dortigen Krönung erinnert und wahrscheinlich von dort übernommen wurde.⁴² Damit war der Oberstburggraf auch der Repräsentant des Reiches bei der Krönung und durch seine Frage sollte kund werden, daß vom Vorhandensein einer solchen Irregularität allgemein nichts bekannt sei. Als Irregularität wäre aber sicherlich die Weigerung des künftigen Königs angesehen worden, die oben erwähnten verfassungsgarantierenden Eide zu leisten. So war also der Krönungsrevers ähnlich einer Wahlkapitulation die Voraussetzung der Vornahme der Krönung. Ohne einen solchen Revers wäre ja sonst der Erbkönig in eine viel günstigere Rechtslage den Ständen gegenüber gekommen als ein Wahlkönig.

Wenn wir aber die Bedeutung der Annahme in ihrem staatsrechtlichen Sinne erfassen wollen, so müssen wir uns fragen, was eintrat, wenn eine derartige Annahme nicht stattfand, wenn jemand Thronerbe wider Willen der Nation sein wollte. Die Ereignisse nach dem Tode König Ladislaus und König Georgs zeigen uns Fälle einer Nichtannahme von Erben, die sich dieser Nichtannahme schweigend gefügt haben. Ganz anders war dies bei der Nichtannahme Sigismunds. Dieser wurde, obzwar unbestrittenermaßen der Erstberufene zum Throne,⁴³ nicht als

40. Schreuer, a. a. O. S. 14 ff.

41. Den genauen Zeitpunkt hierfür zu ermitteln ist mir leider unmöglich gewesen.

42. Timon, S. 534. Er hat hier übersehen, daß die Bischöfe wahrscheinlich auch früher in Ungarn diese Frage stellten.

43. Turba. Thronfolgerecht, S. 256 f.

König angenommen und die Gründe hierfür legt uns das Manifest des Prager Oberstburggrafen Čeněk von Wartenberg dar.⁴⁴ Der Hauptgrund der Nichtannahme lag darin, daß Sigismund nach dem Manifeste „dem böhmischen Königreiche zur Schmach und Schande gereichte“, daß mithin eine Irregularität vorliege. Auch der Časlauer Landtag stellte sich auf denselben Standpunkt, wenn sich seine Mitglieder weigern, Sigismund als König von Böhmen anzuerkennen „da dieser König ein bekannter Verächter der heiligen Wahrheiten ist“.⁴⁵ Er ist „der Feind der Menschen tschechischer Sprache“ und paßt „wegen seiner Unwürdigkeit“ nicht für das königliche Amt. Der Prager Erzbischof Konrad erklärt ebenso, daß die böhmischen wie mährischen Stände mit Recht sich dem Könige widersetzen.⁴⁶ Die Gründe der Nichtannahme werden im Verlaufe der sich an den Časlauer Landtag anknüpfenden Korrespondenz zwischen Sigismund und den Ständen in 14 Punkten zusammengefaßt und dem Könige⁴⁷ Wiedergutmachung zugemutet.⁴⁸ Dieser hat sich daraufhin zu einem Schiedsgerichte bereit erklärt und damit teilweise die Berechtigung des Widerstandes gegen sich zugegeben.⁴⁹ Insbesondere sei in diesem Zusammenhange darauf verwiesen, daß die Tatsache der vollzogenen Krönung in diesem Streite gar nichts besagte. Denn die Krönung Sigismunds fand „*praesentibus non omnibus baronibus nec scabinis Pragensium*“ statt⁵⁰

44. Palacky 3/2, S. 96, Anhang Nr. 2, Grünhagen, Geschichte der hussitischen Bewegung, S. 23 ff. Grünhagen geht entschieden zu weit, wenn er in diesem Manifeste bereits das spätere böhmische Staatsrecht ausgedrückt sieht.

45. Palacky 3/2, S. 224 ff. *Fontes rerum Austriacarum*, Geschichtsschreiber der Husitten, S. 461 ff.

46. „*Contra et adversus Tyrannidem praescripti regis digne juste et merito opposcentes . . . regem Sigismundum praenominatum Hungariae, deordinatione importunitate et nimis tyrannica crudelitate exigendibus, quibus se regni praedicti regimine et diademate juste et merito inhabilitavit, pro rege bohemiae nullatenus suscipere habere aut nominare*“, Palacky, Beiträge Nr. 78.

47. Der Titel Majestät wurde von den Ständen mit Rücksicht auf die römische und ungarische Königswürde Sigismund stets zugebilligt.

48. Archiv český, III., S. 231 f.

49. *Fontes rerum Austr. a. a. O.* S. 477.

50. Ebenda, S. 384.

und wurde in der Folgezeit als „ordnungswidrig, eitel und nichtig“⁵¹ von seinen Gegnern hingestellt. Als ein Gegenbeispiel zur Nichtannahme Sigismunds sei die Begründung der Annahme Ferdinands und Annas durch die am Leobschützer Fürstentag versammelten schlesischen Fürsten angeführt: „Dieweil wir dann irer beiden kunigl. Majesteten manchfaltige Tugend, christliche Regierung und loblich Herkommen haben rümen hören und uns trösten, daß seine Mt. uns auch dermaßen friedelich und mit Gerechtigkeit vorstehen, regieren schützen und handhaben wird, so wollen wir uns beide ire Majesteten zu Erbkunige und Kuniginne zu Beheim aus freiem guten Willen gefallen lassen vor unsere Erbkunig und Kuniginne annehmen, halten und haben, doch mit folgenden Vorbehalte und Unterschieden . . .“⁵² Hier ist also ein bestimmtes Gewicht auch auf die persönlichen Eigenschaften der Thronanwärter gelegt. Darauf folgt die Sorge um Aufrechterhaltung der Landesfreiheiten, die nach ihrer Bestätigung durch den neuen König den Umkreis der Verfassung für seine Regierungszeit bilden.⁵³

Der Begriff der Annahme findet sich aber auch außerhalb des Thronfolgerechtes im Rahmen des böhmischen Verfassungsrechtes. Die Stellvertreter des Königs, die höchsten Landesbeamten der Nebenländer müssen erst von den dortigen Ständen „aufgenommen“ werden, wie der etwas veränderte Terminus besagt, was erst nach der Bestätigung der Landesfreiheiten durch diesen erfolgte. So wird von der Annahme des Oberhauptmannes in Schlesien berichtet.⁵⁴ Auch in der Oberlausitz weigerten sich die Stände, manchen vom Könige eingesetzten Landvoigt aufzunehmen mit der Begründung, daß man von diesem kein den Landesfreiheiten entsprechendes Verhalten erwarte.⁵⁵ Die Zeremonien der Landvoigts„annehmung“ brachten

51. Palacky, Geschichte, 3/2, S. 145, vgl. Kern, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht, Anhang 1.

52. Landtagsverhandlungen, I, S. 104.

53. In der Conföderation von 1547 scheint man alle späteren Landtagsbeschlüsse während der Regierungszeit eines Königs lediglich als Zusätze zur Annahme anzusehen (etwa in der Form eines Amendements) Art. 20.

54. Rachfahl, Gesamtstaatsverwaltung, S. 120 f.

55. Knothe, Rechtsgeschichte, S. 143.

es deutlich zum Ausdruck, daß der Landvoigt sich auch den Ständen gegenüber verpflichtete und erst nach seiner Annehmung seitens dieser leistete der Landvoigt in Bautzen seinen Amtseid dem König und den Ständen.⁵⁶

Aber wenn wir zum Könige und seiner verfassungsrechtlichen Stellung zurückkehren, so sei hier noch auf die wichtige Bestimmung der Majestas Carolina hingewiesen, derzufolge die Krönung des neuen Königs innerhalb sechs Monaten nach Thronanfall zu vollziehen sei. Damit sollte das ständische Interregnum beschränkt werden, das nach einer vielleicht schon damals geteilten Rechtsanschauung für die Zeit bis zur Krönung bestand.⁵⁷

Hiermit treten wir an die Frage, was zu geschehen hatte, wenn das Land keinen Herrscher besaß. Die Geschichte gibt uns darüber klare Antwort: In allen solchen Fällen sehen wir die königlichen Rechte von den Ständen selbst gehandhabt, so schon in der Zeit des Kampfes gegen Sigismund, aber auch, als nach dem Tode Albrechts das Land eines Herren entbehrte. Damals waren allerdings direktoriale Regierungen eingesetzt worden,⁵⁸ während nach dem Tode Königs Ludwig die oberste Gewalt vom Prager Oberstburggrafen Leo von Rosental gehandhabt wurde.⁵⁹ Noch viel bestimmter war der Rechtsbrauch in den Nebenländern. Nach der Vorschrift des Tobitschauer Rechtsbuches soll der Landeshauptmann von Mähren bei der Nachricht vom Tode des Königs unverzüglich einen Landtag nach Brünn einberufen und die Wahl eines von den Ständen bestellten Landeshauptmanns veranlassen, der bis zum Regierungsantritt des neuen Königs und Markgrafen im Amt zu blei-

56. Vgl. hiezu Jakob v. Salza.

57. Turba, Thronfolgerecht, S. 292.

58. „Sechstens haben wir einträchtig und gemeinsam aus unserer Mitte gewählt und ausgerufen beständige und treue Männer, zwanzig an der Zahl . . . und ihnen geben wir zur Verwaltung und Verfassung und zu allen nach der Sitte der Krone des böhmischen Königreiches gehörigen Amtshandlungen die Vollmacht und das Recht zur Leitung des königlichen Landes“ Archiv český III., S. 220 a. a. O. I., S. 264 ff. und Palacky 4/1, S. 289.

59. Landtagsverhandlungen I.

ben hat.⁶⁰ In der Lausitz herrschte der Brauch, daß sofort nach dem Eintreffen der Todesnachricht die Burg von Bautzen von den dortigen Ständen besetzt wurde und erst nach der Annahme des neuen Königs einem königlichen Burggrafen überantwortet wurde.⁶¹

Die von den Ständen in Anspruch genommene Einflußnahme auf die Staatsverwaltung erstreckte sich auch auf die Regierungszeit des Königs. Dieser Einfluß war ja zum Teil bereits gesichert durch die von uns bereits erwähnte Tatsache der Besetzung der obersten Landesämter durch Angehörige der beiden oberen Stände, wobei man nicht übersehen darf, daß die obersten Landesbeamten zugleich auch die Kronbeamten waren, woraus sich die von uns erwähnte Hegemonie der böhmischen Stände von selbst ergab. Ausdrücklich erklärte der Oberstkanzler in einem Memorial zum böhmisch-schlesischen Kanzleistreit: „Sintemal ein Böhmeischer König die niedrig ämbter durch die oberste Landesoffiziere regieren soll“.⁶² Im Bedarfsfalle schlossen außerdem die Mitglieder des Herrenstandes Bündnisse, um eine Schmälerung ihres Machteinflusses zu verhindern. Die erste dieser sich in der Folgezeit mehrenden Herreneinigungen stammt aus der Zeit König Wenzels IV.⁶³ Der daran anschließende Streit zwischen dem Könige und seinen Herren fiel in jene Epoche, in der der König auch Schwierigkeiten im Reiche hatte, die hier mit seiner Absetzung bekanntlich endigten. In diesem Zusammenhange ist die Urkunde wichtig, die der Herrscher zum Schlusse den unzufriedenen Herren ausstellte und mit der er die eigentliche Regierungsmacht in die Hände von 4 Herren legte.⁶⁴ Genau genommen gehört hierher auch die Direktoriumsregierung für den jungen Ladislaus Posthumus, wie

60. Tobitschauer Rechtsbuch, I. Kapitel.

61. Knothe, Rechtsgeschichte, S. 111. Auch nach dem Tode des Landvoigts hielten die Stände die Burg bis zum Eintreffen eines königlichen Kommissärs besetzt. Siehe Jakob von Salza.

62. Preußisches Staatsarchiv, Rep. 43, Nr. 5a.

63. Siehe vor allem die Darstellungen bei Pelzl, König Wenzl, Palacky, Geschichte 3/1, S. 71 ff. Zweck der Abmachungen war die Aufrechterhaltung der Macht der Herren.

64. Siehe Anhang No. 1. Palacky 3/I S. 132.

wir schon vorhin erwähnt haben. Auch im Zeitalter der Jagellonen finden wir derartige direktoriale Regierungen, die sogar im Widerspruche mit einer anders lautenden königlichen Verfügung von den Ständen eingesetzt wurden.⁶⁵ Einen ganz eigenartigen Höhepunkt bedeutet in dieser Hinsicht der Beschluß des Deutschbroder Landtages von 1472, der den Friedensschluß zwischen den beiden Gegenkönigen Mathias Corvinus und Wladislaw einleiten sollte. Dieser Friede wurde von den Ständen des beiderseitigen Anhanges beschlossen, ohne daß die beiden Könige vorher um ihre Einwilligung gefragt wurden. Wenig bedeutete es, daß Wladislaw dem Frieden seine Bestätigung erteilte, während Mathias die seine versagte, denn in dem von Wladislaw nominell beherrschten Gebiete hielt Herzog Heinrich von Münsterberg das Heft in der Hand, während auf der anderen Seite Zdenko von Sternberg eine ähnliche Stellung einnahm. Es war naheliegend, daß diese beiden auch die Durchführung des Friedens in ihre Hand nahmen, und so heißt es im Frieden von Deutschbrod: „und des beyfriedens zu ordenunge und ausrichtunge dy nedengeschrieben richter seyn benumpt yn der crone und kreis: Czum irsten obirsten richter ober alle nedirgeschrieben richter sullen seyn herczoge Gyndrzich obengeschriben herczog zu Münsterberg etc. und herr Zdenko von Sternberg“.⁶⁶ Genau so wie die oberste Leitung war auch die der einzelnen Kreise in der Weise bestimmt, daß zwei Hauptleute, aus jeder Partei einer, einem jeden Kreise vorstehen sollten. Wir verstehen es, wenn Peter Eschenloer die Ereignisse von Deutschbrod mit der Bemerkung versieht: „Item uf dem genannten Tage wurde oberste Richter gekoren in Behmen, Mehren, Slesien, Sechsstätten, di da solten königliche Macht gebrauchen und also, dass konig Mathias und Vladislaus in diesem Friden keine Macht haben solten. Aber Mathias wolte darein nicht verwilligen, wiewol Vladislaus seinen Willen darein gabe. Hier übeten die Behmen ihre alte List; wan also Mathias als Vladislaus diese Betrüglichkeit hetten, so wären si beide vom Konigreich entsetzt worden.“⁶⁷ Eigentümlich ist es auch, daß in dieser Friedensurkunde die Kreisstädte zu dieser ihre Einwilligung erteilen, ob-

65. Bachmann II. 773.

66. Scriptores rerum Silesiarum XIII. S. 95.

67. Eschenloer II. 69.

wohl die sonstigen Verhandlungen von den beiden oberen Ständen geführt worden waren.⁶⁸

Der Adel hatte in diesem Friedensschluß so ziemlich alles, was möglich war, erreicht, fast die gesamte Macht im Königreiche lag in seiner Hand. Der bald darauf folgende Tag in Beneschau gab dem Adel noch mehr Rechte in die Hand, wobei wir jedoch an einen kurzen und dürftigen Bericht gewiesen sind. In dem Landtagsschlusse heißt es: „Desgleichen wurden vier Landesdirektoren in Böhmen gewählt: Seine fürstliche Durchlaucht, Fürst Heinrich (Hynek heißt hier Heinrich, nicht Ignaz), Herzog von Münsterberg, Graf von Glatz, Herr von Kunstatt und auf Poděbrad und wenn S. Gn. es nicht möglich wäre, so soll ein anderer an seiner Stelle gewählt werden, und die hochgeborenen Herren, Herr Zdenko von Sternberg, Herr Wilhelm d. J. von Riesenberg etc. und Herr Johann Zajíc von Hasenburg und Kostitz etc., damit diese in diesem Jahre oder bis zur Kündigung der Vereinbarungen von Troppau oder des obersten Verwalters alle öffentlichen Bedürfnisse und ein jeder besonders und auch die Macht hätten, sie zu verwalten, und alle Prälaten, Fürsten, Herren, Ritter und Städte sollen ihnen gehorsam sein, sie beraten und ihnen helfen. Und die vier Landesdirektoren sollen demgemäß die Kreishauptleute einsetzen, damit diese Hauptleute die Bedürfnisse des Volkes leiten und dem Unfrieden und Raubwesen steuern.“⁶⁹ Nach derselben Urkunde sollen die beiden Könige die ihnen geschworenen Eide aufheben und die betreffenden Beamten nur noch an die Weisung der Stände gebunden sein. Daß aber diese vier Direktoren die ihnen zugewiesene Macht tatsächlich ausübten, ersehen wir aus der Landtagseinberufung, wo sie sich als „ředitelé zwlastní pro obecni dobre slawne koruny Ceske z jednostajne wuole woleni“

68. „Und wir rathmanne aws den stetten des Konigreiches zu behemen und margraffthum Merhen, yn faller Macht geschickt, seyn bey sulcher handel gewest und haben zugesagt und verwillet, nemlich aws den stetten Prage, Cuttin uffin Berge, Socz . . . Scriptores rerum Sil. XIII, S. 95 ff.

69. Deutsche Uebersetzung vom Verfasser nach Archiv Český, IV. Bd., S. 467. Ein gleichzeitiger deutscher Text bei Scriptores rerum Sil. XIII, S. 125. Bachmann II. S. 657 ff.

bezeichneten.⁷⁰ Die überragende Stellung des Adels in der Wladislawischen Landesordnung kann uns daher nicht wundernehmen.

Wir sind hier den Ereignissen weiter als sonst nachgegangen, weil gerade dieses Beispiel für die grundsätzliche Einstellung der böhmischen Stände lehrreich ist. Genau genommen gehören ja hierher auch die Direktorialregierungen, die in den Jahren 1609 und 1618 von den Ständen gewählt wurden und auf die wir noch später zurückkommen werden. Man kann daraus ersehen, welch ungeheurer Machtanspruch von den Ständen geltend gemacht wurde. Es ist ja auch die von uns angeschnittene Frage nach dem Wesen der Annahme deshalb so schwierig zu beantworten, weil die Stände bei einer derartigen Machtstellung nur an eine Huldigung denken konnten, die bei einem Verfassungsbruche des Königs, gegen den es ja weitgehende Sicherungen im damaligen böhmischen Staatsrecht gab, die Pflicht zum Gehorsam direkt auflöste. Dazu kam noch, daß der Stellvertreter des Königs in der Person des Oberstburggrafen für den Fall dauernder Abwesenheit feststand. In Böhmen hatte bereits Johann in einem Reverse vom 22. August 1331 ein Widerstandsrecht den Ständen zugestanden,⁷¹ das dann in den Artikeln 15 und 16 der Majestas Carolina wiederkehrt und vor allem in klassischer Form in der Bestätigung der böhmischen Freiheiten vom 5. April 1355 durch Karl IV. anlässlich seiner Kaiserkrönung bestätigt wurde, um dann abermals fast wörtlich in der Inkorporationsurkunde der Niederlausitz vom 1. 8. 1370 wiederzukehren.⁷² In der Bestätigung der böhmischen

70. „Die Direktoren eigens für das gemeine Wohl der löblichen böhmischen Krone aus¹ einhelliger Wahl hervorgegangen“, *Scriptores rerum Sil.* XIII. S. 479.

71. *Si contrarium aliquod per nos uel filium nostrum aut alium ex parte nostri quemcumque fuerit attemptatum, ipso facto ex nunc prout ex tunc omnibus et singulis ipsius regni nostri incolis videlicet episcopis clero religiosis nobilibus baronibus et civitatum civibus pauperibus et dividibus . . . per nam denegandi, mutuo se iuvanti et nobis resistenti in hac parte tantum insolitum plenam et liberam . . . danus praesentibus facultatem.*“ Emler, *Regesta Bohemiae*, III, S. 203.

72. Vgl. meinen Aufsatz, Die Inkorporationsurkunde der Niederlausitz, in *Niederlausitzer Mitteilungen*. XXI. Bd.

Freiheiten wird ausdrücklich und genau zwischen dem König und seinen Ratgebern unterschieden. Ausdrücklich erklärt hier der Kaiser: „Decernentes ab hoc imperiali perpetuo statuantes edicto, quod si quis illustrium regum Bohemiae in contemptum imperialis edicti et regni praejudicium dictas terras . . . in toto vel in parte quibusvis ingeniis titulis seu coloribus quaesitis venderet, scinderet, obligaret, alienaret, removeret seu a regno et Corona Bohemiae removeret nulli poena corporali reddatur obnoxius, cum non sit conveniens, quod regiam majestatem corporalis poena constringat, sed ipsum regem poenam et notam perjurii ipso facto incurrisse decernimus, principes vero barones, nobiles et alii, quicumque cuiuscumque dignitatis gradus conditionis vel status existant, qui ad venditionem, scissionem, obligationem, permutationem, seu remotionem huiusmodi niterentur, ipso facto reddantur infames et cadant ab omnibus suis juribus et honore et universa bona ipsorum mobilia et immobilia . . . ad usus regum Bohemiae confiscantur et ipsi tamquam proditores, infideles, rei crimine laesae majestatis, turbatores pacis et quietis, dissipatores regni Bohemiae et honoris regalis sint ab omnibus impune usque ad mortem et finale supplicium persequendi.“⁷³ Und diese Drohung für die königlichen Ratgeber, die ja zugleich auch eine Widerstandsformel für die königlichen Verfügungen beinhaltet, wird noch verschärft durch die Bestimmung „ac ad persecutionem ipsorum omnes indifferenter regnicolae praefati regni Bohemiae teneri debebunt“, wenn sie nicht selbst aller Freiheiten und Würden verlustig gehen wollen. In Böhmen haben die sogenannten Sobieslavischen Rechte später, die Stimmung der Hussitenzeit wiedergebend, den Satz vertreten, daß bei widerrechtlichen, schandhaften Handlungen des Fürsten sich die „Herren, die Städte- und Landleute um die Stadt Prag scharen und sich gegen dieses Unrecht wehren sollen, das ihnen widerfahren würde“.⁷⁴ Nur aus solcher Ge-

73. Olenschläger, Erläuterungen zur Goldenen Bulle, Urkundenanhang, S. 78, Mendl, Regesta Bohemiae, V. Band, Nr. 2.

74. Vgl. Schranil, Die Sobieslavischen Rechte. Der resolutiv bedingte Gehorsam tritt uns hier auch in dem Satz entgegen, man solle auf den Fürsten nicht achten, sobald er den geleisteten Eid nicht hält.

samteinstellungen ist es zu verstehen, wenn auch die Mährer zur Anerkennung eines gesetzlichen Widerstandsrechts mit Zustimmung des Königs gelangten. „Auf dieses hin haben wir mit einhelligen Willen verordnet: Wenn uns jemand heutzutage oder nach dem Tode unseres Herren, des Königs entgegen unseren Rechten und Ordnungen zu etwas nötigen oder drängen wollte und uns für seinen Wissen vorbereiten will, so wollen wir zusammenstehen und dies nicht zulassen.“⁷⁵ Hierher gehört es auch, wenn in Verfolg der Ereignisse vom 1547 das Wort „spravedlivy odpor“ fällt, was der gleichzeitige deutsche Text mit „pillichen und rechtmessiger Widerstand“⁷⁶ wiedergibt und in diesem Zusammenhang dem Könige der Vorwurf gemacht wird, zu diesem Kriege die Einwilligung der Stände nicht eingeholt zu haben.“ So melden auch keine Chroniken noch andere Schriften, „dass je ein behmischer Kunig ohne gemeine Bewilligung aller drey Stände allein Mandat weiss, . . . und uns oder unsere Vorfarn in etwas solches und so wichtiges gezogen oder geführt haben sollte“.⁷⁷ Die Notwendigkeit der Bewilligung der Stände wird hier mit der Landesordnung begründet, deren Bestimmungen jedoch offensichtlich auf das erwähnte Privileg König Johanns zurückgehen. Gleichzeitig betonten die Stände den defensiven Charakter des Widerstandsrechtes. „Nur durch Gewalt und unrechtmässige Weiss gedrungen“ erheben sie Widerstand „zur Erhaltung der Freiheiten dieser Cron und unserer behmischen Zungen“⁷⁸ und sie verwahren sich gegen den Vorwurf, durch ihr Vorgehen zu sündigen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Weigerung Herzog Johanns von Görlitz gelegentlich der Gefangenschaft Wenzels, sich dem Gebote des angeblich von diesem ergangenen Befehles zu unterwerfen, da die von den Parteigängern Jostens verübten Greueltaten der Gerechtigkeit widersprächen und daher dem Könige nicht zu-

75. Chlumecky. Zierotin, S. 46.

76. Spravedlivý odpor heißt eigentlich gerechter Widerstand, Kaspar Pflug spricht von statthaftem Widerstand (Podstatní odpor), Landtagsverhandlungen, II. Band, S. 181.

77. Landtagsverhandlungen, II, S. 60.

78. Landtagsverhandlungen, II, S. 216.

gerechnet werden können.⁷⁹ Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn in besonders verschärfter Form bei den Friedensverhandlungen von Sigismund ein Widerstandsrecht verlangt wird: „Si aliqua communitas ab imperatore aut ipsius officialibus opprimeretur propter communionem utriusque speciei tunc aliae communitates subveniant contra oppressores praefatos“.⁸⁰ So können wir daraus schließen, daß der Gedanke eines Widerstandsrechtes im Bewußtsein der hussitischen Periode immer lebendig war.⁸¹

Frühzeitig, unmittelbar nach dem Tode Hussens, haben die Stände auch die kirchliche Jurisdiktion überwacht. So wird der nach dem Tode des tschechischen Reformators zustandegekommene Herrenbund ganz im Sinne der Lehre Wycliffs mit der ausdrücklichen Aufgabe betraut, ungerechten Exkommunikationen Widerstand zu leisten und damit ein Widerstandsrecht für das rein kirchliche Gebiet in Anspruch genommen.⁸² Von hier aus war es nur ein kleiner Schritt, daß die Stände das Jus episcopale in Anspruch nahmen, womit wir uns jedoch erst im dritten Abschnitt unserer Arbeit beschäftigen werden. Hier liegen auch die tiefsten Wurzeln jener Verwicklungen,⁸³ die dann zum Ausbruch des Konfliktes von 1618 führten.

79. Codex Moraviae, XII, S. 194.

80. Palacky, Beiträge, Nr. 94.

81. Ich kann mich daher der konträren Meinung Kroftas nicht anschließen, daß die Widerstandsbestimmungen des Privilegs von 1331 außerhalb jedes Zusammenhanges mit der Entwicklung des böhmischen Staatsrechtes stünden, da sonst ein Widerstandsrecht diesem unbekannt geblieben sei. So Krofta, Začátky české berně in Č. Č. H. 36, S. 25, Anm. 2.

82. „Legitimis excommunicationibus libenter volumus obsequi. Si quis vero episcoporum, qui nobis praepositi sunt, vel nos vel sacerdotes nostros injustis excommunicationibus vel vi vexare voluerit, propter verbum Dei vel ejus legem vel propter aliud quoddam, de quo seculares iudices sententiam par est, iis excommunicationibus non obtemperabimus, neque eas accipiemus, sed resistemus nobisque nobis quam invicem opem feremus ne tali modo vexemus.“ Palacky, Dokumente, S. 594, ebendasselbst der tschechische Urtext. Die Entscheidung darüber, wann eine excommunicatio illegitima vorliegt, wird hier von dem Urteil der Stände ganz im Sinne der Auffassung Wycliffs abhängig gemacht. Vgl. S. 28 ff.

83. Auch die Niederlausitzer Stände nahmen für sich Ende des 16.

Wir haben in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen den Begriff der Annahme gestellt. Jenseits der juristischen Sphäre der Annahme in der Verfassung überhaupt lag das persönliche Treueverhältnis, das die Stände zum Könige einnehmen sollten. Treue ist jedoch kein juristischer, sondern ein ethischer Begriff und sie hat beim Gefolgschaftsverhältnis zur Voraussetzung, daß ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern obwaltet. Unmöglich wird ein solches Verhältnis in dem Augenblicke, wo das Leben in der Gesellschaft sich so weitgehend differenziert, daß die einzelnen Menschen von ganz verschiedenartigen Gedankengängen beseelt sind. Das Ende der mittelalterlichen Lebenseinheit wurde vor allem durch die Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins erreicht, das sich in England gegen die Zahlungen an den päpstlichen Stuhl wandte, so daß schon zur Zeit Wycliffs der politische Anglikanismus bestand.⁸⁴ Diese nationalkirchliche Tendenz fand auf böhmischen Boden im Hussitismus ihre Ausprägung. Aber dieser erfaßte nicht Böhmen als solches, sondern unter dem Eindrucke der Persönlichkeit des Gründers nur das tschechische Volkstum. Der nationale Gegensatz von Deutschen und Tschechen wurde so zu einem religiösen erweitert und damit die Möglichkeit einer einheitlichen Kultur in den Ländern der böhmischen Krone endgültig zerstört. König und Stände standen sich von nun an fremd gegenüber und an diesem Problem mußte der auf persönliche Vertrauensverhältnisse sich aufbauende Dualismus des ständischen mittelalterlichen Staates als eine Unmöglichkeit sich erweisen.

Jahrhunderts das jus consistoriale in Anspruch. Sehling, *Evangel. Kirchenordnungen*, III, S. 360.

84. Dempf, *Sacrum Imperium*, S. 532. Vgl. auch Loserth, *Hus und Wycliff*, S. 11, Anm. 1.

2. Das Widerstandsrecht in der Staatsauffassung des Hussitismus.

Johannes Hus ist eine der merkwürdigsten Persönlichkeiten der politischen wie religiösen Geschichte. Seine selbständige theologische Bedeutung ist gering anzuschlagen. Er war „keineswegs ein origineller Kopf, noch weniger ein tiefer und gründlicher Denker“.¹ Loserths eingehende Forschungen haben dargestellt, daß er ganz die Lehren Wycliffs sich zu eigen gemacht hat,² was sogar so weit ging, daß er Wycliffs Traktate wörtlich abschrieb. Aber in Hinsicht agitatorischer Kraft und Volkstümlichkeit war er seinem englischen Lehrer weit überlegen und er verstand es, ein ganzes Volk auf sein religiöses Programm zu einigen.

Wir müssen daher, wenn wir Hus verstehen wollen, auf den englischen Reformator zurückgreifen. Dieser hat seine rechtsphilosophischen und staatspolitischen Ansichten in den zwei großen Traktaten „De officio regis“ und „De civili dominio“ niedergelegt.

Es hängt mit der theologischen Auffassung des Wycliffismus, insbesondere mit seiner Praedestinationslehre, zusammen, wenn er die Grundlagen des Papsttums bestritt. Es war dies die Folge davon, daß er ein besonderes Priestertum leugnete. Denn es ist aus dem Gedanken der Praedestination selbstverständlich, daß „ein Erwählter, ein gläubiger und treuer Christ,

1. So Naegle, Hussitismus und Katholizismus, S. 48.

2. Vgl. insbes. Loserth, Hus und Wycliff. Auch tschechische Historiker geben heute diese Tatsache zu, wie Pekař in Žižka a jeho doba. Vgl. hiezu die Literatur bei Loserth, Hus und Wycliff.

3. Lechler, Johann von Wycliff und die Vorgeschichte der Reformation, S. 582.

wenn er auch ein Laie ist, vor Gott viel höher steht als ein Pfarrer, Bischof oder sogar der Papst, wenn dieser zwar kraft der Priesterweihe und der hierarchischen Ordnung in der „gemischten Kirche“ hochgestellt, aber nur dem Namen nach ein Christ und Priester, in Wahrheit ein Feind der Kirche und ein Glied am Leibe des bösen Feindes ist“.⁴ Dazu kamen noch die politischen Zeitverhältnisse, das päpstliche Schisma und die Saecularisationspolitik der englischen Könige. „Hierin stellte sich Wycliff auf seine Seite. Es ist also in diesem Falle nicht die Reaktion der Unterschichten, sondern das nationale Gefühl und die politische Verselbständigung das erste Motiv. Aber was Wycliff hier geltend machte, war das alte Oppositionsideal der armen Kirche.“⁵ Die Kirche selbst ist ihm nichts anderes als die Gesamtheit der Erwählten.⁶ Sie ist ihm „nicht mehr die durch das Schisma gefährdete und von der Hierarchie ausgeplünderte Anstaltskirche, sondern die Zahl der Praedestinierten“.⁷ Eine jede Herrschaft unter diesen soll jedoch ein Ministerium sein.⁸ Auch das königliche Amt ist ein Gottesamt in diesem Sinne. Daher hat der König sein Amt im Sinne des göttlichen Gesetzes zu verwalten und, da das göttliche Gesetz die Aufgabe hat, das sittlich Gute zu fördern, so hat der König nach göttlichem Gesetze die Aufgabe, Rebellen im Zaume zu halten. Von Gott unmittelbar haben die Könige ihre Gewalt.⁹ Von hier aus ergibt sich für

4. Lechler, a. a. O. S. 569. Hus hat dieselbe Ansicht in dem Briefe an den Universitätsrektor vom März-April 1413 bei Novotny, S. 177 vertreten.

5. Troeltsch, Soziallehren, S. 393.

6. Lechler, S. 545.

7. Troeltsch, a. a. O. S. 398.

8. Lechler, a. a. O. S. 501.

9. „cum ergo regis sit ministerium Dei, secundum eminentiam virtutis correspondens, patet quod regis est regere secundum legem divinam homines regni sui; et cum partes iustitiae sunt declinare a malo et facere bonum, patet quod rex debet rebellos divinis legibus et aliis subministrationibus coercere et factores iustitiae secundum legem divinam homines regni sui . . . Patet ex hoc, quod reges a Deo potestatem subiectos suos ministerialiter regulandi; . . . ergo habent a Deo potestatem, ut illud faciant.“ De civili Dominio, S. 188.

Wycliff die Forderung des landesherrlichen Kirchenregimentes im weitesten Umfange.¹⁰

Aus dieser Stellung des Königs ergibt sich, nicht nur unter Berufung auf Römer XIII, 2,¹¹ daß der Untertan „timore spirituali“ zum Gehorsam verpflichtet sei, sondern Wycliff spricht sich sogar für die Erbllichkeit des civile Dominium aus.¹² Aber gleichwohl ist es dem Volke erlaubt, sich zu widersetzen. Bereits im Traktate „De dominio civili“ tritt er für ein Widerstandsrecht ein, welches jedoch zum vollen Durchbruche erst in dem anderen Traktate gelangt. Hier kann das Unrecht entweder „quoad causam propriam“ oder „pure in causa Dei“ bestehen. Im ersteren Falle ist Geduld am Platze, im letzteren aber hat der Christ „post correptionem evangelicam . . . usque ad mortem, si oportet, confidenter et oboedienter resistere“. Wer dies nicht tut, versündigt sich wider das Gesetz Gottes. „contemnunt enim magis bonum ordinatum a Deo et eligunt minus bonum. Deus enim ordinat persecutionem tyrannorum.“¹³ Wie aber diese Gesetze Wycliffs verstanden wurden, beweist, daß unter den als haeretisch verurteilten Sätzen seiner Lehre sich folgende befanden:

„Nullus est Dominus civilis, nullus est praelatus, nullus est episcopus, dum est in peccato mortali.

Domini temporales possunt ad arbitrium suum auferre bona temporalia ab ecclesiasticis habitualiter delinquentibus.

10. „(Capitulum vicesimum sextum) ostendit, quod regis officium consistit in quatuor; scilicet iustas leges Dei legibus conformes condendo. secundo praedictas leges divino cultui contraria destruendo, tertio ad placandum Deum populum compellendo et quarto ad pacificandum populum tam extrinsencus quam intrinsencus seculare brachium apponendo.“ De civili Dominio S. 542. Aehnlich ebenda S. 182.

11. a. a. O. S. 188.

12. a. a. O. Kapitel 21.

13. De officio regis, Kap. I. Allerdings scheint der Traktat de officio regis viel weniger Wirkung ausgeübt zu haben als die anderen Traktate Wycliffs, von denen die größte Bedeutung der Traktat „De ecclesia“ erlangte, wo die von uns skizzierte Lehre über die Kirche der Erwählten niedergelegt ist.

Et quod populares possunt ad eorum arbitrium dominos delinquentes corrigere.“¹⁴

Verständlich werden uns diese Ansichten Wycliffs nur im Zusammenhange seiner Praedestinationslehre. Die Praedestination ist für Wycliff erkennbar an der Sündenlosigkeit des Menschen, sie bedingt jenes eigenartige Wirken,¹⁵ durch das ein Teil der Menschen zum Glauben und dadurch zum Heile gelangt. Aus diesen Praemissen zieht nun Wycliff eine Reihe rechtspolitischer Folgerungen. Nur der in der Gnade befindliche hat ein Recht, der im Zustande der Todsünde befindliche gilt ihm als rechtlos. Denn alles civile Dominium muß gegründet sein auf das Evangelium. Der in der Todsünde befindliche aber entbehrt dieser Grundlage.¹⁶

Diese Lehren übernahm im wesentlichen Hus. Auch hier steht im Mittelpunkt die Praedestinationslehre und diese war es, die „für sich allein und in ihren Folgerungen Hus vom Boden der katholischen Kirche entfernen mußte“. ¹⁷ Bei ihm soll die von den Erwählten beherrschte Gemeinde das Gesetz Gottes verwirklichen.¹⁸ Scharf unterscheidet er zwischen filii Dei und filii hominum.¹⁹

Hus strebte jedoch nicht nach den Konsequenzen des englischen Reformators, er wollte innerhalb der katholischen Kirche

14. Palacky, Dokumente, S. 229 und 329. Zum zweiten Satz vgl. Wycliff, *De civili dominio*, III. S. 456.

15. Lechler, S. 534.

16. „Nota tamen, quod nullum est civile dominium nisi in iustitia evangelica sit fundatum; ideo peccans mortaliter non habet dominium potius quam virgo perpetua habet paternitatem carnalem quia deficit fundamentum in quo huiusmodi relatio fundaretur: nam illud dominium, quod non est sunt tantum corpus et anima; ideo non est iustum. Et patet, quod iustum est, quod iniustus habeat bona nature, que non possidet, sed habet, simplici dacione . . . nam habet iuste omnia, que sunt sua; iniuste penam perpetuam, quia utrobique ex beneplacito Dei sui; et tamen nullus eorum est dominus dati sui, quia ad dominum requiritur Dei donacio. De Dominio civili I, S. 21 f. Vgl. den Brief des hl. Hieronymus: *Antiquum dictum est*: . . . *Credenti totus mundus diviciarum est, infidelis autem eciam obolo indiget.* Opp. vol. 575.

17. Loserth, Wycliff und Hus¹, S. 60.

18. Gottschick, Hus, Luther und Zwinglis Lehre, S. 386.

19. Hus, *Sermones ad populum*, S.

verbleiben, vielleicht schon aus dem einen Grunde, weil er sich bewußt war, daß seine im Herzen Europas gelegene Nation es keineswegs zu einem Kampfe mit dem Papsttum kommen lassen könne. Daher vermied er es, die letzten Folgerungen aus seiner Lehre zu ziehen und bis zu seinem Tode war er bestrebt, diese als mit der katholischen Kirche im Einklang befindlich hinzustellen. Daher mußte er den Praedestinierten eine andere Aufgabe als Wycliff zuweisen, diese sollten nicht die Kirche schlechthin sein, sondern die Kirche reformieren. Die Verbindung „des Praedestinationsgedankens mit dem der Kirche hat für Hus nicht die Entwertung der empirischen Kirche, sondern das Bestreben zur Folge, dieselbe in Gemäßheit des Gesetzes Christi zu gestalten“.²⁰ Nichtsdestoweniger oder vielmehr gerade deswegen legte er Wert darauf, daß der Laie seine Oberen beurteilen dürfe,²¹ damit er nicht zur Sünde verleitet werde. „Denn derzeit sind die Menschen, die Gemeinde der Heiligen und die Gemeinde der Bösen und Verworfenen noch untereinander gemengt und der Herr wird sie erst am Tage des Gerichtes scheiden.“²² Daher ist die Pflicht zum kirchlichen Gehorsam „eine durchaus bedingte gemessene und beschränkte“.²³ Denn auch „die kirchlichen Zensuren und Zuchtmittel als Suspension. Bann und Interdikt haben nur insofern Gültigkeit, als sie dem Gesetz Christi entsprechen“.²⁴ Daher hat der Laie, der Untergebene sogar die Pflicht, die betreffenden kirchlichen Verfügungen zu prüfen. „Unde examinare debet discretus praecepta praepositi, quando videtur declinare a lege Christi vel sua regula. Non enim quilibet praepositus est incorrigibilis.“²⁵

Nach einer solchen Standpunktsveränderung mußte nun allerdings die Frage der Exkommunikation bedeutsam werden. Wir sahen am Schlusse des vorigen Kapitels diese Frage im

20. Gottschick, S. 372.

21. „Quod subditi et plebeji possunt et debent palam et publice detegere et redarguere vitia superiorum, velut habentes potestatem a Christo et exemplum a Paulo istud faciendi“, Palacky, Dokumente, S. 186.

22. Lechler, S. 241.

23. Lechler, a. a. O. S. 243.

24. Lechler, S. 244.

25. Hus, Tractatus de ecclesia, 19. Kap.

politischen Leben eine große Rolle spielen. Für den rein theologischen Bereich hat Hus diese Frage im Traktate „*De ecclesia*“ behandelt. Hier war die Stelle, wo der Hussitismus der katholischen Kirche zum Kampfe sich stellte.

In diesem Traktate erklärt Hus, daß ausgehend vom Grundsatz, daß man Befehlen der Oberen, die den göttlichen Geboten zuwiderlaufen, nicht gehorchen dürfe, man allen Anordnung von Seiten der kirchlichen Behörden, die vom Dienste Gottes abzuweichen geeignet sind, Widerstand leisten müsse. Aus der Verpflichtung zu solchem Widerstand folgt auch die Aufgabe der Laien, die Gebote der kirchlichen Behörden zu überprüfen.²⁶ Auf solchen Praemissen baut nun Hus seinen für die damalige Zeit kühnen Satz auf: „*Ulterius patet, quod si Papa uel alius Praepositus mandat sacerdoti non praedicare, sic disposito, ut dictum est, uel non dare elemosynas, diviti, non debet subditus obedire.*“ Und im Anschluß an diese rein theoretischen Auseinandersetzungen über das Wesen der Excommunication ergreift er das Wort, um sich und sein Tun von den eben dargelegten Voraussetzungen zu rechtfertigen, wobei es jedoch klar ist, daß er hierbei die juristischen Elemente der Excommunication von ihren dogmatischen nicht zu trennen vermag. „*Et ista excommunicatione me nunc in processibus et in denuntiationibus notant ab omni humana participatione se cludentes. Sed benedictus sit Deus, qui non dedit tantam vim excommunicationi, quod posset homini justo uirtutem uel iusticiam auferre, dum humiliter patitur, nec peccatum sibi inferre.*“²⁷

26. „*Ex quo patet, quod subditus consyderant indicretum mandatum Praepositi, quod est notum, vel debet esse notum, uergere ad detrimentum ecclesiae, distrahendo a cultu Dei, et profectus salutis animarum, debet illi Praeposito resistere. Nam talis resistencia est vera oboedientia.*“ a. a. O. S. 240. „*ex istis tamen uerius sequitur, quod licet clericis subditis immo et laicis de suorum Praepositorum operibus iudicare. ebenda.*

Oboedire oportet Deo magis quam hominibus. Unde sicut iubemus obedire Praepositis in licitis et in honestis, cum circumstantijs adhibitis: ita iubemur eis in faciem resistere, quando ambulante contraria diuinis consilij vel praesentis, a. a. O. S. 239.

27. A. a. O. S. 240 ff.

Ein Punkt der Lehre Hussens mußte besonderen Anklang bei seinen Volksgenossen finden: Die Lehre von der Obergewalt des Staates gegenüber der Kirche. Sie war der Ausgangspunkt für das Eingreifen der Stände. In Uebereinstimmung mit der Lehre Wycliffs hatte Hus am 6. Juli 1611 einen Vergleich mit dem Prager Erzbischof geschlossen, demzufolge Exkommunikationen nur mit Erlaubnis der Staatsgewalt verkündet werden dürfen.²⁸

Wir dürfen hiebei auch die nationale Einstellung des tschechischen Reformators nicht vergessen, die sich vor allem in einem glühenden Deutschenhaß äußerte. Auch dieser war für das Schicksal Hussens nicht unbedeutsam, denn unter den Anklagepunkten von Konstanz befindet sich auch der Satz: „Quod suscitavit Boemos contra Teutones.“ Und seine Antwort hierauf war. „Boemi in hac parte sunt miseriores quam canes et serpentes . . . Nos autem Teutonici premunt et officia in Boemia occupant.“²⁹ In der defensio mandati regis spricht Hus zur Verteidigung des Kuttenger Dekretes folgende Sätze aus, um den nationalstaatlichen Charakter Böhmens zu begründen: „Lex canonica et lex civilis docent, incolas regere extraneos ipsis praesidere et (eos) tamquam servos compati; igitur natio boemica debet in regno Boemiae regere nationes exteriores, ipsis praesidere et eos tamquam servos incolarum non pati.“³⁰

Sonst hat Hus, wie erwähnt, die Lehre Wycliffs übernommen. Immer und immer wieder verteidigt er sie mit der Begründung, sie sei nicht haeretisch, sondern katholisch.

Mit Hussens Tode zerfiel die Einheit des Hussitismus, wenngleich er der durch den Flammentod verklarte Führer und Gründer blieb, scheint bald darauf noch die Lehre eines anderen Wycliffschülers von ausschlaggebender Bedeutung geworden zu sein. Jakob von Mies, ein Prager Theologe und Fakultätskollege Hussens, dessen theologische Ansicht wohl weithin beeinflusst zu sein scheint von der Lehre der baldigen Wiederkehr

28. Loserth, Hus und Wycliff, S. 115.

29. Palacky, Dokumente, S. 177. In seiner späteren Verteidigung schwächte er diese Sätze ab.

30. Palacky, a. a. O. S. 357.

des Herrn,³¹ der dann sein Reich errichten werde. Mit dieser chiliastischen Einstellung verträgt sich aber keine revolutionäre oder kriegerische Haltung, hier liegt der tiefste Grund für jene stille Ergebung in das Schicksal, die Jakob von Mies nicht nur in den innerkirchlichen Streitigkeiten der Hussiten einen gemäßigten Standpunkt einnehmen ließ, sondern insbesondere in der Frage der Erlaubtheit des Krieges und des Widerstandes ihn über Wycliff weiterdrängen mußte. Wie er in der Frage des erlaubten Widerstandes dachte, legte er in einem Briefe dar,³² wo er zunächst bejaht, daß weltliche Herren mit dem Schwerte die Wahrheit des Gesetzes verteidigen sollen, denn dazu seien sie ja Obrigkeit. Aber ganz anders sei es, wenn die weltlichen Herren sich nicht zum Kampfe stellen; denn dann ist Geduld die große christliche Tugend. Deutlich macht der Briefschreiber von einer doppelten Moral Gebrauch: einer kriegerischen für die Herren und einer pazifistischen für die Untertanen, fast möchte man die moderne Bezeichnung Herren- und Herdenmoral verwenden. Für die Berechtigung eines Krieges werden ganz im Sinne der mittelalterlichen Theologie drei Voraussetzungen gefordert: „*Ad belli rectificacionem videntur tria esse necessaria, videlicet justa vendicatio, licita auctorisatio et recta intencio.*“ Ganz im Sinne Wycliffs, der die Voraussetzungen für den gerechten Krieg im 17. Kapitel des Traktats *de dominio civili* untersucht hatte, ist es, wenn für die *iusta vendicatio* als Voraussetzung gilt „*bellantem esse in gracia et habere iusticiam, quia aliter non esset vendicacio justa*“. Aber trotz alledem ist der Weg der Geduld der sichere. Ihn gehen die Märtyrer und Heiligen und Christus selbst habe Petrus befohlen, sein Schwert einzustecken. Und ein anderer Brief Jakobs³³ spricht es noch schärfer aus: Zwei Möglichkeiten für Gott zu kriegen gebe es, den einen schritt Herr Jesus und seine Apostel und Märtyrer, der andere, für das Seelenheil gefähr-

31. Vgl. Pekař, Žižka, S. 2.

32. So nach Pekař, der Jakob für den Autor hält, a. a. O. S. 98. Die Briefe selbst abgedruckt bei Goll, Quellen und Untersuchungen, S. 51 ff.

33. So nach Pekař, I. S. 242, der mit Bartoš für die Autorschaft Jakobs eintritt.

licher, werde von der weltlichen Obrigkeit meist beschritten. Wichtig ist auch die dreifache Unterscheidung bezüglich der *recta intentio*: „*recta autem intencia est, que pure honorem dei intendit, salutem proximi et commodum patrie*“. In beiden Briefen begegnet uns bereits der Gedanke des späteren brüderischen Gleichnisses vom schmalen und vom breiten Wege.

Die Träger der kirchenpolitischen Haltung Hussens wurden die Utraquisten; sie entwickelten sich einerseits im Laufe der Zeit zu einer schismatischen Anstaltskirche, die nur durch eine Reihe liturgischer Besonderheiten sich von der offiziellen Kirche unterschieden wissen wollte, anderseits zur radikalen Partei der Taboriten, bei denen „mit der religiösen Opposition sich der nationale Haß verband“³⁴ und schließlich zum Brüdertum. „Die böhmischen Brüder haben vom Momente ihrer Entstehung als wahre Repräsentanten des nationalen Hussitentums bis zum Tode ihres letzten Meisters, des Comenius — im Exile (1550 bis 1671) der Geschichte ihres Landes einen eigentümlichen Stempel aufgedrückt, sie haben sich als Hauptfaktor an allen Bewegungen beteiligt, die das sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert erschüttert haben“, sagt Gindely wohl in übertreibender Weise von dieser zweifelsohne interessantesten Gruppe der Nachfolgeschaft Hussens.³⁵

Im Anfang der gedanklichen Entwicklung des Brüdertums steht die merkwürdige Gestalt des Peter von Chelčic. Obwohl die Gemeindebildung auf ihn nicht zurückzuführen ist, ist er der geistige Ahne des Brüdertums und von ihm ist dieses in die Welt gegangen. „Du sollst nicht töten“ ist das Motto seiner Gedanken und Handlungen, mit denen er sich von der taboritischen Partei loslöst.³⁶ „Der Ausgangspunkt seiner Lehre ist der Gedanke, daß das Volk Gottes gemäß der Worte des heiligen Paulus zum Geisteskampfe berufen ist, das ist zum Kampfe gegen die Anfechtungen, keineswegs aber zum Kampfe mit Menschen, zum körperlichen Kampfe, welcher Sünde ist und zur

34. Troeltsch, Soziallehren, S. 403.

35. Gindely, Geschichte der böhmischen Brüder, Vorwort.

36. Vgl. Goll, Chelčický a jednota. Derselbe, Chelčický und seine Lehre, Müller Josef Theodor, Geschichte der böhmischen Brüder I.

Verdammnis führt.“³⁷ Seine eigentlichen Ansichten über den Staat hat er im Traktate „O trojim lidu“ niedergelegt.

Peter von Chelčic gibt zu, daß jedem Volk von Gott eine Macht eingesetzt wurde, welche dieses in Ruhe und Ordnung erhalten soll, solange es sich nicht dem Gebote Christi unterwerfe. Bei den Völkern jedoch, welche Christus als Oberhaupt haben, bei den Christen, soll es anders sein. Denn Christus hat seinen Gläubigen das Gesetz der Liebe und nicht das der Macht gegeben und uns dadurch erlöst. Wenn das Gesetz der Liebe regieren würde, so wäre die weltliche Macht nicht notwendig. Die Ordnung der Liebe und die Ordnung der Macht, auf welcher die Ordnung der Welt beruht, schließen sich wechselseitig aus. Sie sind kontradiktorische Gegensätze. In der Kirche ist daher kein Platz für die weltliche Macht. Der Anfang der Verderbnis der Kirche sei gekommen, als man die weltlichen Machthaber in diese aufnahm, denn da handelte man dem Gebote des hl. Paulus entgegen, der die Unterwerfung unter eine höhere Macht verlangte. Geduldig haben wir das Unrecht zu tragen und benötigen daher nicht die weltliche Macht zu unserem Schutze.

Im Zusammenhang damit steht ein breit ausgeführtes soziales Programm, das Abwendung von der Welt verlangte. „Die Brüder lösten die religiöse Gemeinschaft vom Staate und schufen eine Gesellschaft in der Gesellschaft. Von der unmöglich erscheinenden Reform der Gesamtgesellschaft zog sich die christliche Idee auf sich selbst zurück und steigerte in ihrem Kreise den Individualismus der bloßen religiösen Gleichheit.“³⁸ Für Peter von Chelčic ist der Begriff des christlichen Staates ein Widerspruch in sich. Eine tiefe Sehnsucht nach einer staatslosen Gesellschaft zeichnet ihn aus und er glaubt sich daher nur an die unteren Volksschichten wenden zu können, „die nur gehorchen ohne zu befehlen, die dienen ohne zu herrschen. Jede Herrschaft, jede Ständegliederung verstößt gegen das Gesetz der brüderlichen Gleichheit“.³⁹ Er wendet sich ganz bewußt

37. Krofta im Vorwort seiner Ausgabe, o bojím duchovním, S. XII.

38. Troeltsch, Soziallehren, S. 408.

39. Goll, Quellen und Untersuchungen, S. 25.

daher nicht an die politisch führenden Kreise des Adels, sondern an die Kleinen im Lande, die Handwerker und Bauern, deren Lebensunterhalt den Anforderungen des Christentums nach seiner Meinung entspricht. Von hier aus ist es erklärlich, daß seine Lehre auch in diese Kreise eindrang, denn für diese war der passive Widerstand die einzige Möglichkeit revolutionären Verhaltens. Daher mußten sich auch die Brüder allmählich vom Staate und damit von der übrigen Gesellschaft ablösen, die Doppelmoral des Jakob von Mies, an und für sich in ihrer Zwiespältigkeit ein unlogischer und daher widerspruchsvoller Versuch, führte zu den radikalen Anschauungen des Peter von Chelčic.

Diese Ansichten übten auf die Brüdergemeinde eine gewaltige Wirkung aus. Der Gedanke des passiven Widerstandes rief tiefen Eindruck in den Schichten des Brüdertums hervor. Bezeichnend hierfür ist ein Traktat, der sich an zwei Stellen der *acta unitatis* findet: „psaní o moci světské neb o moci mečové.“⁴⁰

Deutlich tritt hier der Einfluß der Ideen des Peter von Chelčic entgegen. Gleichwohl ist eine gewichtige Verschiebung der Ansichten zu erkennen, wenn der Verfasser von dem „göttlichen Dienen mit dem Schwerte“ schreiben will. Der Christ kann keine weltliche Gewalt brauchen, sondern nur geistliche. Der weltliche Mensch aber läßt sich nicht vom Geiste Gottes leiten, denn er ist nicht aus Gott geboren. Alle weltliche Macht jedoch, die auf Furcht, Grausamkeit, Schlagen, Töten, Gefängnis usw. gegründet ist, ist nicht „unter dem Joche des freien und freiwilligen Gehorsams des Herren sondern unter Furcht des Schwertes“.⁴¹ Gleichwohl ist jedoch diese Schwertgewalt von allem Anfang an unter allen Nationen der Welt durch die Weis-

40. Vgl. Gindely, S. 62, wo dieser für die Autorschaft des Gregor von Wotiz eintritt. Anderer Meinung jedoch Krofta, der diesen Traktat dem Br. Gregor zuschreibt, bei der Besprechung von Bidlos Ausgabe des I. Bandes, der *acta*. Der Traktat (Schreiben von der weltlichen oder der Schwertgewalt), findet sich an zwei Stellen der *Acta*, und zwar im I. Band, fol. 290 bis 314 und IV. fol. 1 bis 19. Im Folgenden wird zitiert nach der von J. Th. Müller angefertigten und im Archiv zu Herrenhut befindlichen Uebersetzung.

41. Ebenda fol. 291 b.

heit und Leitung Gottes selbst eingerichtet worden, um der Ordnung der Welt und ihrer Gerechtigkeit willen, welche Ordnung und Gerechtigkeit Gott in allen Nationen der Welt haben will; die Welt bedarf ihrer, damit sie lange Zeit nach dem Willen Gottes bleiben und bestehen könne. Der Traktat schildert nun vorerst die welthistorische Bedeutung des Judentums, das als erstes Volk ein wenngleich nur unvollkommenes Gesetz des Herren gehabt habe, und fährt dann fort: „Darum laßt uns sorgfältig untersuchen, auf welche Schriftsteller des neuen Gesetzes wir den Zwang der Schwertgewalt oder der weltlichen Herrscher gründen wollen im Glauben an das Gesetz Christi. Und ich wünschte, daß sorgfältig beurteilt würde und erwogen, ob das Gesetz Christi in denselben Spuren des Blutvergießens und der Vergeltung des Bösen mit Bösen geht wie das alte Gesetz, dann können wir ohne Sorge und Furcht die Macht eines Königs oder Herren auf dem Weg des Gesetzes richtig stellen und sie, die die Lehren dieses Gesetzes erfüllen, werden heilige Leute sein.“⁴² Auch für unseren Autor gliedert sich das Volk, wie für Peter von Chelčic, in die drei Stände der Herren, Priester und hörigen Leute.⁴³ So kommt der Traktat zu dem Schlusse „darum, wenn man die Schwertgewalt mit ihren Eigentümlichkeiten, die Furcht und leibliche Schrecken erzeugen, mit dem Gesetz der Liebe vereinigen will, so ist dies so, als ob man Feuer mit Wasser vereinigen wollte“.⁴⁴ „Und darum ist ein großer Unterschied zwischen der Schwertgewalt und ihren Eigentümlichkeiten in dem Gnadengesetz Christi. Darum gehört diese zwingende Ordnung der weltlichen Gewalt für das Volk der Welt, welches keine Erkenntnis noch Furcht Gottes in sich hat, sondern unter dem Gesetze des Schwertes lebt, damit es bewahrt und geläutert werde in seiner Unweisheit und Unbändigkeit von der äußeren Gerechtigkeit der Welt.“⁴⁵ Also die Kinder der Welt haben demzufolge nach wie vor der Schwertgewalt untertan zu sein, ihnen hat nach wie vor die weltliche Gewalt zu gebieten.

42. Ebenda fol. 292 b.

43. Ebenda fol. 292 b.

44. Ebenda fol. 293 a.

45. Ebenda fol. 296 a.

Dem steht die Gerechtigkeit Christi gegenüber. Diese geht aus dem Herzen, dem guten und freien Willen, hervor „der nicht unter der Furcht wie ein Sklave ist, sondern unter der Gnade wie ein Sohn“. Daher können „die geistliche Ordnung und die weltliche Ordnung nicht nebeneinander bestehen. Es ist etwas anderes, was durch das Gesetz der Liebe getan wird“.⁴⁶ Die Absicht der weltlichen Gewalt geht auf Reichtum, Volkszahl, feste Städte und deren Vermehrung, die des Christentums geht jedoch auf göttliche Weisheit, die Befolgung dieser Weisheit und die Erlangung der Stärke des hl. Geistes. Daher ziemt dem Priester Christi, der diese Botschaft zu künden hat, brüderliche Bestrafung, die nicht die weltliche Macht vollziehen soll, „denn das sind heidnische Dinge und Dinge dieser Welt, und die Priester sind weltlich, welche sich mit dieser Macht verbünden“.⁴⁷ Ganz im Sinne Wycliffs kommt der Verfasser zur Forderung der Armut für den Klerus, das Gebet für den Herrscher lehnt er ausdrücklich ab.

Nur dort, wo die weltliche Gewalt dasselbe befiehlt wie die geistliche, hat der Christ zu gehorchen. „Denn er hat von Gott das Gesetz empfangen, das er im Herzen hat, keinem Unrecht oder Arges zu tun, noch irgendwelchen Betrug und das ihm getane Unrecht demütig zu dulden und nicht Böses mit Bösem zu vergelten, weder in der Tat, noch in Gedanken. Und da die Macht ähnliches befiehlt, kein Unrecht oder derartiges zu tun, warum sollte der gläubige Mensch dem nicht gehorchen? Wenn aber diese Macht etwas dem Gesetze des Herrn zuwiderlaufendes anordnet, soll er dem nicht gehorchen, sondern es ist besser, demütiges zu leiden, als solch ungehörigen Dingen beizustimmen.“⁴⁸

Dieser Traktat endet mit einem Bekenntnisse: „Es kann die Macht des Schwertes das nicht tun, was die Macht des Glaubens tut. Darum trachten die Kinder dieser Welt nach dieser Macht und zugleich nach Ehren, Ruhm, Wollust des Fleisches, weltlicher Weisheit usw. Und aus diesem Grunde quälen sie

46. Ebenda fol. 298 b.

47. Ebenda fol. 298 b.

48. Ebenda fol. 303 a.

andere durch Anreizung dieses losen Geistes, welcher ein Dieb und Mörder ist. Aber der Anfang dieser Weisheit Gottes ist die Gottesfurcht.“⁴⁹

Deutlich geht aus diesem Bekenntnis auch der dem Brødertum eigentümliche Prädestinationsglaube hervor. An unzähligen Stellen begegnet uns das Bild vom schmalen Weg, der nur für die Erwählten gangbar ist, während die Masse den breiten Weg einherschreitet. Diese Auserwählten bilden die Gemeinde des Herren, d. i. die Brødergemeinde. Daher erklären sie in ihrem Glaubensbekenntnis: „Von der heiligen Kirche glauben und bekennen wir, daß die heilige Kirche als Gemeinde die Versammlung aller Auserwählten ist, welche von Anbeginn der Welt waren, sind und sein werden.“⁵⁰ „Zugleich ist zu beachten, daß die Sekte den bäuerlichen sowie handwerklichen Schichten angehört und so auch ihrerseits den Zusammenhang und die Wahlverwandtschaft des sektenhaften und radikalen Christentums mit den Stimmungen und Bedürfnissen, mit den Lebensbedingungen und Weltfremdheiten der Unterschichten dartut.“⁵¹ Bereits bei Peter von Chelčic findet sich eine derartige Verengung des gesellschaftlichen Gesichtskreises. Sein „Netz des Glaubens“, in dem er die positiven Gedanken des Traktates von den drei Ständen hineinverarbeitet hat, stellt eigentlich den Versuch einer radikalen Kulturkritik vom Standpunkte eines derartig gefaßten sektenmäßigen Christentums dar.⁵² Aber während in der Brødergemeinde diejenigen Elemente seiner Lehre, welche die Ansichten Hussens darstellten und weiterbildeten, immer lebendig blieben, verblaßten die anderen allmählich,

49. Dieser Teil des Traktates ist nur im IV. Bande der Acta enthalten und daher von Bidlo nicht ediert; er lautet im Urtext: Protoz moc meco nemuez toho ucinini, coz moc wiry cini. Protoz synowie sweta tohoto to mocy hlidi a spolu snjm chwaly rozkosse, cela moudrosti sweta etc. a tam pricinau trapi gina z poduknuti toho ducha zleho, geriz gest lharc a wrzedln. Ale pocatek moudrosti bozi gesti bazem bozi, IV. 19.

50. Gindely, Decrety, S. 19.

51. Troeltsch, Soziallehren, S. 408.

52. Vgl. hierzu Vogl, Peter Chelčický und dessen Ausgabe des „Netz des Glaubens“. Allerdings ist Vogl, da er selbst dem sektenmäßigen Gedanken Peter Chelčickýs nahesteht, mit Vorsicht zu gebrauchen.

welche auf die Neubegründung einer christlichen Gesellschaft von staatslosem Aufbau abzielten und blühten nur in den verborgenen Gemeinden der Täufer.⁵³ Insbesondere mußte die Abstinenz vom Staate in dem Augenblicke fallen, wo ein beträchtlicher Teil der Brüdergemeinde nicht mehr in apostolischer Armut lebte. Das Eindringen städtischer Elemente wurde der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung. Vereinzelt waren bereits früher Persönlichkeiten der Unität der Brüder beigetreten, die in der Welt Rang und Einfluß besaßen, sie hatten jedoch bei ihrem Eintritte auf ihre bisherige weltliche Stellung verzichtet. Jetzt aber war in der Brüdergemeinde bereits die zweite Generation vorhanden, in der das abklingende Gemeinschaftsbewußtsein der Unität gegenüber zu neuen Einstellungen drängte, wenn man diese Kreise nicht verlieren wollte.⁵⁴ Daher

53. Die eigentümliche Gestaltung der Täufer in Mähren ist vielleicht nur so zu verstehen, daß bei ihnen das ursprünglich den Brüdern zu Eigen gewesene Gedankengut mächtig fortwirkte. Ganz brüderisch gedacht und auch mit deren Redensart ausgedrückt ist es, wenn es in den Täuferschriften heißt: „Und dieweil nit das weltlich, sondern das geistlich Schwert regiert, des Segens Kind nit der Rache Diener sein kan, das Volk Gottes überhaupt des weltlichen Schwertes, das auf die Heiden übergeng, nit bedarf, also kann auch kein Christ eine Obrigkeit sein. — Dieweil wir endlich für alles Zeitliche fremde sind (Luk. 16.6) so soll darum ein Christ nit hadern, zanken oder rechten, noch vor Gericht stehen, um so weniger zu Gericht sitzen.“ (Fontes rerum Austr. XLIII. Band, S. XV.) Auch die Schlattner Artikel sprechen davon, daß „das Schwert ist eine Gottes ordnung außerhalb der vollkommenhait Christi, welches den bösen straffet vnd tödtet, vnd den gueten schützet vnd schürmbt“; (a. a. O. S. 43) auch hier wird geleugnet, daß der Christ weltliche Aemter annehmen dürfe. Die Täufer aber gingen vielfach weiter und kamen zur Forderung der Steuerverweigerung für Kriegszwecke. (a. a. O. S. XVI.) Aber da die Obrigkeit auch ihnen von Gott gewollt war, so ist man dieser zu Gehorsam verpflichtet, sofern sie nicht Gottes Gebot zuwiderhandeln verlangt. Wo aber dies der Fall ist „da müsse man ir Gehaiss lassen anstee, und Gott mehr denn den Menschen gehorsam sein“. (a. a. O. S. XV.) Es ist schwer, den Einfluß dieser Kreise auf das Brudertum festzustellen, dagegen scheint es mir gewiß, daß die strenge Observanz der Brüder, die die Staatsbejahung derselben nicht mitmachte, hier ihren Unterschlupf fand. Jedenfalls hat die sogenannte kleine Partei die Kindertaufe abgelehnt (vgl. Müller, Geschichte der Brüder II. S. 101) und dies in ihren späteren Ausführungen als Argument benützt.

54. Vgl. Müller, Geschichte der böhmischen Brüder, I. S. 240 ff.

kam es 1496 zu einem weitgehenden Beschlusse, der für die weitere Entwicklung des Brüdertums grundlegend wurde. Die Furcht vor den Dingen der Welt solle man überwinden, wenn man ein Amt übernimmt. Wohl solle man aber auch die Versuchungen meiden, die bei jedem Amte der Welt sind. Wenn man aber dennoch den Würden dieser Welt nicht entgehen kann, so soll der betreffende Bruder sie annehmen und im steten Umgange mit anderen Brüdern sich Rat und Hilfe zur Versehung seines Amtes holen.⁵⁵

55. „Liebe Brüder, es gilt festzustellen, daß bei dieser Frage, die ihr angeregt habt, in welcher manche ziemlich schwierige Stück enthalten sind, zwischen euch und uns beinahe Uebereinstimmung herrscht namentlich darin, daß wir alle insgesamt uns vor gefährlichen Dingen fürchten und nicht möchten, daß unter uns etwas gegen Gott den Herrn und gegen unser Gewissen zugelassen würde, oder auch etwas zum Anstoß und Aergernis unserer Nächsten in der Nähe und Ferne dienen könnte. Weil uns aber eine zwingende Notwendigkeit dazu treibt, hinsichtlich dieser Dinge zu einem festen Entschluß zu gelangen, so scheint es uns gut, daß folgende Entscheidungen getroffen werde: Die Bürde der weltlichen Macht, die einem Bruder einmal auferlegt werden könne, z. B. daß er Richter, Schöppe, Schenkwirt, Zunftmeister u.s.w. sei oder daß er in den Krieg ziehe oder mit andern einen Uebeltäter zur Folter oder zur Hinrichtung verurteile, alle diese Dinge hängen mit solchen Stellungen zusammen, zu denen sich ein bußfertiger Mensch freiwillig nicht hinzudrängen soll, der sich dessen bewußt ist, daß viele Gefahren und mannigfaltige Schwierigkeiten, ein gutes Gewissen zu bewahren, damit verbunden sind. Lieber soll er diese Dinge meiden und sich vor ihnen hüten, soweit es irgendwie möglich ist, und zu Gott dem Herrn im Gebete sprechen: Führe uns nicht in Versuchung. Wenn aber ein Bruder von der weltlichen Macht irgendeines von diesen Dingen annehmen muß und sich dann weder durch demütiges Bitten noch auf irgendeine andere Weise entziehen kann, soll er der Macht untertan sein. Und er kann sich hier Gott den Herrn mit seiner Hilfe bewahren, indem er weder mit dem Herzen noch mit der Tat das Gute verläßt, sondern Gott den Herrn bittet, daß er ihn im Guten erhalte und vor dem Bösen bewahre. Denn obgleich es sehr schwierig ist, bei solchen Dingen sich im Guten zu bewahren und vor dem Bösen zu hüten, ist es doch nicht unmöglich, wenn dieser Mensch in der Hilfe des Nächsten wohnen und im Schutze des himmlischen Gottes bleiben wird. Wie aber ein Bruder, dem eines von diesen Dingen begegnet, so daß er ihm nicht entgehen kann und es annehmen muß, sich dabei verhalten oder bewahren soll, dafür kann nicht eine gleichmäßige Belehrung oder Anweisung gegeben werden wegen der Verschiedenheit der Orte, Zeiten und

Damit war die Brüderunität zu einem staatsbejahenden Standpunkt gelangt und bald darauf sehen wir die Mitglieder der Unität nicht nur in Staatsstellen eindringen, sondern auch daselbst die erste Rolle spielen, da sich ihnen eine Reihe von Staatsmännern anschloß. Damit verlor auch die Lehre vom passiven Widerstand allmählich an Geltung, obwohl sie noch 1561 in einer Predigt vom Bruder Lukas vertreten wird.⁵⁶ Im Jahre 1548 schrieb der Brüderbischof Augusta an Bohuš Kostka in Angelegenheiten der Unität, er möge nicht mit Gewalt gegen die Brüder vorgehen, sondern den König bitten, die Mandate nicht befolgen zu müssen. „Wenn er (der König) mit Gewalt gegen euch vorgehen will, müßt ihr leiden, wenn ihr selig werden wollt, ihr, Herr, ebenso wie eure Untertanen.“⁵⁷ Aber diese Stimme besitzt wohl angesichts der politischen Machtverhältnisse dieses Jahres kein sehr großes Gewicht, obwohl auch hier die Lehre vom passiven Widerstand deutlich anklingt. Dasselbe ist auch zu halten von der Loyalitätserklärung, die die Brüder um diese Zeit dem Könige gaben.⁵⁸

Kurz zuvor machte sich auf die Brüder sowohl als auch auf die Utraquisten die deutsche Reformation wirksam. Luther selbst hat zum Problem des Widerstandsrechtes zwar einigemal Stellung genommen, aber hierbei das Verhältnis der Fürsten zum Kaiser im Auge gehabt. Erstere besitzen nach ihm ein Condominium am Reiche und daher ein Recht auf Mitherrschaft. Nur soweit der Kaiser dem Papste Fürsten unterwerfen will, ist ihm gegenüber Widerstand erlaubt. Aber diese an unzugänglichen Stellen, dazu nicht ganz eindeutige Stellungnahme

Personen. Die Brüder aber in den einzelnen Gegenden, denen die Arbeit und Pflege aufgetragen sind, sollen darüber denken und in gemeinschaftlichen Unterredungen festzustellen versuchen, wie den in solchen Dingen stehenden Brüdern Rat und Belehrung erteilt werden könne, wie sie sich dabei verhalten sollen. Und wo in diesen Sachen die Brüder selbst nicht Rat wissen, sollen sie sich mit ihren Bedenken und Schwierigkeiten an Bruder Mathias von Rokitno wenden.“ Acta, II. fol. 55 a.

56. Acta VI. fol. 51 ff.

57. Müller, Geschichte, II. S. 217 f.

58. Sanka, Böhmisches Brüder, S. 48.

Luthers spielte keine Rolle für unsere Problemgeschichte.⁵⁹ Wichtiger ist seine Auffassung von Staat und Herrschaft überhaupt, wo er nämlich eine bedeutende Wandlung durchmachte.

In seinem Anfange scheint Luther nämlich der anarchistischen Auffassung der böhmischen Brüder nicht allzuferne gestanden sein. „Denn der Christ ist keinem Gesetze verpflichtet außer dem göttlichen“, erklärte er,⁶⁰ um ähnlich wie die böhmischen Brüder die Unterscheidung von Weltreich und Gottesreich aufzunehmen, von denen jenes auf das Schwert, dieses aber auf die Gnade und Barmherzigkeit Gottes gegründet sei.⁶¹ Unter reinen Christen wäre ein Staat überhaupt nicht nötig,⁶² aber da dieses nicht der Fall sei, sei Obrigkeit vonnöten.⁶³

So erschöpft sich der Sinn des Staates für Luther in den Aufgaben der Obrigkeit oder, wie er sagt, Oberkeit. Es ist eine paternale Staatsauffassung, die Luther in seinen späteren Schriften vertrat. Man täte aber Unrecht, zu glauben, daß die Regierten, die Untertanen für Luther lediglich passive Glieder des Staats darstellen, denn dafür, daß sie regieren lassen, empfangen sie nicht nur Schutz und Schirm von der Oberkeit, sondern der Dienst im Staate wird „ein Gottesdienst des Christen wie jeder Beruf überhaupt“. ⁶⁴ Hier verbindet sich die lutherische Personsethik mit der Amtsethik, welche letztere bei allen Personen, die Oberkeit sind, ihr Leben ausfüllt. Denn wenn gleich die Seele mit ihrem Glauben freibleiben soll von obrigkeitlicher Gewalt, so ist doch alle Gewalt von Gott gesetzt.⁶⁵ Allen Bedenken über den Staat und seinem widerchristlichen Ursprung gegenüber greift Luther „auf die göttliche Einsetzung und Bestätigung der Oberkeit zurück. Ihre Funktionen ausüben, ihr gehorchen, sie für Rechtszwecke benützen ist eine Pflicht des Gehorsams gegen Gott, der für seine Institutionen

59. Vgl. Müller, Karl, Luthers Aeußerungen über das Recht bewaffneten Widerstandes gegen den Kaiser.

60. De captivitate babylonica, S. 540.

61. Ein Sendbrief gegen die Bauern (XVIII 389/90).

62. Von weltlicher Oberkeit, XI. S. 270.

63. Epistel Petri XII. S. 330.

64. Vgl. Binder, Luthers Staatsauffassung, S. 19.

65. Seeberg, Dogmengeschichte IV. S. 260 ff.

selbst die Verantwortung trägt und kein menschliches Klügeln über sie haben will. Die Ausübung der Herrschaft und des Rechtes ist Amt und Befehl, und Luther schildert mit Nachdruck den Kontrast der vom Landesherren bis zum Büttel und Henker herunter sich vollziehenden Rechtsordnung, in der Regieren, Verordnen, Strafen, Hängen, Rädern und Köpfen ein Gottesdienst ist, gegen die außeramtliche, rein persönliche Moralität, in der umgekehrt Feindesliebe, Opfern, Verzicht und Dulden, Fürsorge und Hingabe des einen an den andern der wahre Gottesdienst ist“.⁶⁶

Aber die Oberkeit solle ihre Aufgaben im väterlichen Geiste erfüllen, „als were keyn Gott da“.⁶⁷ Zur Oberkeit aber zählt Luther nicht nur die Fürsten, sondern auch die Stände, den Adel und die Städte. „An den christlichen Adel deutscher Nation“ richtete er seinen flammendsten Aufruf. Der Oberkeit ist man zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet, wer nicht gehorchen will, soll auswandern. Auch der Ketzler soll auswandern dürfen, denn Luther ist ein Gegner der Bekämpfung von Häresien durch die weltliche Gewalt.⁶⁸

Das reformatorische Streben nach religiöser Innerlichkeit schlug bei der von Selbstsicherheit getragenen Persönlichkeit Calvins in einen rücksichtslosen Willen zur Macht um.⁶⁹ Der Gedanke der Prädestination findet bei ihm einen Gegenpart in Gottes Herrscherwillen, der den Staat als Zwangsordnung eingesetzt hat.⁷⁰ Für Calvin richtete sich die Botschaft des Evangeliums nicht an die einzelnen, sondern an die Gemeinde der Prädestinierten, die oft in der Form ganzer Völker mit Gott in Beziehung tritt,⁷¹ wie uns das Alte Testament beweist. Damit war nicht nur ein gewisses nationalstaatliches Moment in seine Staatsauffassung hineingetragen, sondern der Staat auch als Ausdruck der Gottesherrschaft gesichert. Für Calvin ist der

66. Troeltsch, Soziallehren S. 564.

67. Seeberg, Dogmengeschichte, S. 262 und 267.

68. Binder, Luthers Staatsauffassung, S. 23.

69. Vgl. insbesondere Beyerhaus, Calvins Staatsanschauung.

70. Hausherr, der Staat in Calvins Gedankenwelt, S. 5.

71. Baron, Calvins Staatsauffassung, S. 60.

Staat nicht auf die zweite Tafel des Dekaloges beschränkt, sondern er hat auch gemäß der ersten Tafel zu Ehren Gottes beigetragen und dieser zu dienen.⁷² So ist es Aufgabe der Christenheit, „zur Aufrechterhaltung des Reiches Jesu Christi“ beizutragen, das auf dieser Welt bereits verwirklicht werden soll.⁷³ Daher gehören Staat und Kirche wie Leib und Seele zusammen, so daß ein Parallelismus kirchlicher wie obrigkeitlicher Aufgaben eintritt.

Von hier ergibt sich Calvins Stellung zum Widerstandsrechte, wo Calvin zwischen dem Widerstande wegen kirchlichen und wegen weltlichen Maßnahmen unterscheidet. Der tyrannischen kirchlichen Obrigkeit hat man Gehorsam zu versagen, weil sich ihr Kompetenzanspruch auf das Gewissen erstreckt, dagegen kann man sich dem tyrannischen weltlichen Herrscher entziehen.⁷⁴ Dem Privatmanne ist allerdings bloßer Gehorsam geziemend. Ganz anders ist es allerdings, wenn Stände im Staat bestehen. Hier hat im IV. Buche der *Institutio* Calvin seine berühmte These entwickelt, deren dogmengeschichtliche Entwicklung seinen Absichten allerdings nicht entsprach.⁷⁵

Es ist für uns gleichgültig, ob diese Stelle der *Institutio* einer Beobachtung damaliger Rechtszustände entsprang oder nicht. Die Monarchomachen knüpften an diesen Satz an, verbanden ihn allerdings, vor allem in den „*Vindiciae contra tyrannos*“ und der sogenannten Magdeburger Schrift tritt dieser Gedanke scharf hervor, mit dem bei Calvin nicht nachweisbaren Satz der mittelalterlichen Staatslehre „*populus major principe*“.⁷⁶ Erst die Verbindung dieser beiden Anschauungen formt das Staatsbild der Monarchomachen, welchen wesentlichen Punkt Wolzendorff übersehen hat.⁷⁷

Calvin stellte sich in dieser berühmten Stelle der *Institutio* auf den Standpunkt, die Volksbehörden in ständisch organisier-

72. Hausherr, *Der Staat in Calvins Gedankenwelt*, S. 5.

73. Baron, S. 46.

74. Baron, S. 87 f.

75. So Bohatec, Vgl. auch Hausherr, S. 58.

76. Beyerhaus, *Studien zur Staatsanschauung Calvins* S. 96.

77. Vgl. Wolzendorff, *Widerstandsrecht* S. 95 ff., Baron S. 88 ff., bei beiden auch die Stelle der *Institutio*.

ten Staaten hätten die Aufgabe, Uebergriffe seitens des Fürsten zu verhindern, wenn sie nicht eine Pflichtvergessenheit begehen wollen. Diese Aufgabe ist ihnen von Gott unmittelbar gegeben. Allerdings darf man nicht vergessen, daß Calvin auch von einer „mutua obligatio inter regem et populum“ spricht, so daß der Uebergang zur Vertragstheorie leicht fallen konnte.⁷⁸ Dazu kam noch der stark demokratische Einschlag der Genfer Kirchenverfassung, die durch die Verbindung mit dem Stadtstaat mitbedingt war und sicherlich nach Calvin das Urteil seiner Schüler und Nachfolger stark beeinflusste.

Diese Gedanken der europäischen Reformation bleiben nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung in Böhmen, wo im Jahre 1575 die Brüder sich mit dem protestantisch gesinnten Teile der Utraquisten verbanden. Deutlich trägt die böhmische Konfession die Züge der Beeinflussung durch die böhmischen Brüder.⁷⁹ In der vier Jahre später erfolgten gedruckten Ausgabe der böhmischen Konfession macht sich der Geist des ursprünglichen Brüdertums, ja sogar des Taboritentums noch stärker bemerkbar.

Unsere Aufmerksamkeit zieht zu allererst der kurze Abschnitt von der weltlichen Obrigkeit auf sich. Im Text von 1575 wird ausdrücklich erklärt, die weltliche Obrigkeit sei von Gott eingesetzt und man müsse derselben mit gutem Gewissen folgen. Im Zusammenhange damit zitiert die Ausgabe von 1579 einen Beschluß des Landtages von 1421, demzufolge die weltliche Obrigkeit zum Einschreiten gegen Sünder verpflichtet sei, ohne daß die hier angedeutete Ausdehnung der Staatsbefugnisse von der Konfession des Jahres 1575 selbst geteilt wird. Denn in dem Abschnitte „Von den Schlüsseln der Kirche oder der Macht ihrer Aemter“ wird als die Aufgabe der Kirche Verkündigung des Wortes Gottes und Sündenvergebung aufgezählt. Dazu kommen noch als zweite Aufgabe die kirchliche Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit, die sich aber nur auf das Wort Gottes zu stützen haben und weltliche Angelegenheiten vermeiden sollen. Lediglich auf die Aufrechterhaltung der „heilsamen

78. Seeberg, Dogmengeschichte IV. S. 617.

79. Vgl. insbesondere Hrejsa, die böhmische Konfession.

Lehre" soll ihr Augenmerk gerichtet sein. Dies Amt der Regierung der Kirche hinsichtlich der Aufrechterhaltung einer guten Ordnung sollen vom heiligen Geist erleuchtete und dazu von der ganzen Kirche berufene Personen versehen. Wir sehen hier den Grundsatz, daß Laien, die von allen Gläubigen dazu erlesen werden, auf die kirchliche Verwaltung Einfluß nehmen sollen, dogmatisch festgelegt. Wie man sich die praktische Durchführung dieses Grundsatzes vorstellte, zeigt die gleichzeitig erschienene Kirchenordnung.⁸⁰ Alle diese Aemter in der Kirche sollen jedoch keine weltliche Macht gebrauchen und auch kein weltliches Recht anwenden, „denn die Macht, die Regierungs- und Herrengewalt, obliegt dieser Welt und das weltliche wie das kirchliche Recht, eins wie das andere, hat der Sohn Gottes abzuteilen verordnet; daher hat auch nicht die Kirche das Recht und kann es auch nicht haben, daß in der Kirchenordnung etwas gegen das Wort Gottes aufgestellt werde oder in der Lehre außer dem klaren Gotteswort zum Glauben aufstellte“.⁸¹

Daneben finden sich in der böhmischen Konfession auch Anklänge an die Prädestinationslehre. Allerdings treten diese nicht sehr stark hervor, am deutlichsten noch in dem Gleichnisse von den guten und schlechten Fischen, wobei wir die Frage nach dem Ursprunge dieses Gleichnisses offen lassen.

Aber wie das genuine Brüdertum dachte und fühlte, enthüllt uns ein Flugblatt aus dem Jahre 1602.⁸² Hier finden wir den reinen Geist des Brüdertums wieder, wie er zwar in den adeligen Kreisen des Brüdertums verloren gegangen war, sich jedoch in den Schichten des breiten Volkes erhalten hatte. Gott der Herr selbst spricht hier zu seinen Auserwählten, d. h. den Brüdern, die durch das kaiserliche Edikt des Verbotes der Unität in Unruhe versetzt sind. Das ganze Erlösungswerk ist auf sie zugeschnitten, der Herr selbst nennt sie seine Auserwählten,

80. Siehe unten S. 66 f.

81. Landtagsverhandlungen, IV. S. 196.

82. Siehe Anhang Nr. IV. 1602 versuchte Rudolf II. das Brüdertum zu verbieten, während dieses sich auf den Standpunkt stellte, daß es durch Annahme der böhmischen Konfession unter gesetzlichen Schutz gekommen sei.

die auf dem schmalen Wege daher schreiten, und er verlangt von ihnen Ausdauer in der Verfolgung, denn sein sei die Rache. Hier klingt die Lehre vom passiven Widerstand wieder an. Denn Geduld in der Verfolgung wird verlangt, alles andere bei Strafe der Verdammnis verboten, gleichzeitig jedoch auch Gehorsam gegen die Obrigkeit befohlen.

Die Schichten, die dieses genuine Brüdertum darstellten, waren nicht mehr die politisch maßgebenden. In den Wirren, die dem dreißigjährigen Krieg vorausgingen, stehen als politische Köpfe zwei Männer, die der Brüderunität nicht etwa äußerlich nur angehörten, sondern geradezu als ihre Repräsentanten galten, die aber ihre Bildung nicht mehr aus den Kreisen der Brüder allein bezogen.

Karl von Zierotin und Wentzl Budowetz von Budowa sind die beiden hervorragendsten Gestalten der ständischen Bewegung jener Tage, denen sich erst später Graf Mathias Thurn beigesellte. Karl von Zierotin⁸³ verband mit dem Glanze seines Namens eine umfassende staatspolitische Bildung, die auf der damaligen monarchomachischen Literatur fußte.⁸⁴ Dazu kam noch die Verbundenheit mit seiner mährischen Heimat, die ihn in die Rolle eines Vorkämpfers der ständischen Belange drängte. Dabei kam auch in ihm jener Grundgedanke des Brüdertums zum Durchbruche, daß man in die kirchlichen Fragen nicht durch weltliche Gewalt eingreifen dürfe. „Für die Sache Gottes dürfe man kein Schwert entblößen“, ist sein Leitsatz in der kirchlichen Frage, sein politisches Streben ging aber dahin, „den ständischen Staat wieder herzustellen auf Grund der Tobitschauer Gesetze: Die Restauration der alten Adels-suprematie und der jetzt so bedrohten nationalen Herrschaft“.⁸⁵ In dieser Absicht wird er der erste Ratgeber Mathias, als dieser gegen Rudolf die Waffen ergreift, darum lenkt er als Landeshauptmann die Politik der mährischen Stände in das Fahrwasser der Wünsche des ehrgeizigen Erzherzogs. Er will hie-

83. Grundlegend hier P. Chlumecky, Karl von Zierotin. Ueber Budowetz bereitet J. Glücklich eine Biographie vor.

84. Chlumecky, S. 272 ff.

85. A. a. O. S. 433.

bei den ständischen Staat in der Richtung einer konstitutionellen Monarchie modernisieren,⁸⁶ die Länder der Habsburger sollen eine weitgehende Realunion bilden. Das Scheitern dieses Planes und seine Ablehnung durch die Stände zeitigten den Entschluß bei ihm, von der Politik Abschied zu nehmen.⁸⁷

Damit war der breite Strom der monarchomanischen Lehre in Böhmen heimisch und führend geworden. Allerdings scheinen auch andere Personen ähnliches Interesse mit Zierotin geteilt zu haben.⁸⁸ Diese Lehre war jedoch nicht rein äußerlich haften geblieben, auf sie nehmen insbesondere die ständischen Verteidigungsschriften des Jahres 1618—20 ständig bezug.⁸⁹

Die *Vindiciae contra tyrannos* wenden sich in heftiger Polemik gegen Macchiavelli und stellen, vielleicht in bewußter Anlehnung an den Gedanken der Prädestination ganzer Völker, als deren Grundtyp sie den alttestamentarlichen Bund zwischen Gott und dem jüdischen Volke ansehen, die These auf, daß ein zweifacher Vertrag den Staat konstituiere. Der eine Vertrag sei zwischen Gott und Volk geschlossen, wobei der König als Vertrauensmann des Volkes handelt auf Grundlage des zweiten Vertrages, der zwischen Volk und König geschlossen wird.⁹⁰ Aus der Tatsache, daß der König erst durch das Volk wird,⁹¹ obzwar sein Amt Gottes Amt ist, folgt der Grundsatz: „... populum universum rege potiolem esse. Ea enim vis verbi est, ut qui ab aliquo constituitur, eo minor habeatur, qui ab aliquo auctoritatem accepit, sua auctoritate inferior sit.“⁹² Das Schergewicht hier liegt jedoch auf dem „universum“. An einer ande-

86. A. a. O. S. 860. Seine Apologie in Čas. čes. Mus. 1834.

87. Chlumecky, S. 774.

88. Die Mitteilung, daß die spanische Gesandtschaft in Prag alle diesbezüglichen Werke aufkaufte, kann als Beweis hierfür gelten. Chlumecky S. 275.

89. In der Prager Universitätsbibliothek sind die *Vindiciae* und die gleichzeitig gedruckte Magdeburger Schrift achtmal vorhanden.

90. Duplex autem foedus in regum inauguratione legimus: primum inter Deum et populum ut esset populus Dei populus, Secundum vero inter regem et populum, ut bene imperanti bene obtemperaretur. S. 9.

90. A. a. O. S. 65.

91. A. a. O. S. 67.

92. A. a. O. S. 67.

ren Stelle bringen die *Vindiciae* diesen Gedanken noch schärfer zum Ausdruck, wenn sie sagen: „iam vero, cum a populo reges constituti sint, iisque quidam quasi imperii consortes adiuncti, qui ipsos in officio continent, et singuli quidem reges inferiores, universi vero superiores.“⁹³ Für den Verfasser der *Vindiciae* folgt daraus der Schluß „Reges in commodum subditorum a Deo instituti, a populo constituti“.⁹⁴

Auf diesen Prämissen baute nun der Verfasser der *Vindiciae* seine Lehre von den Volksorganen, die deutlich ihre Anlehnung an Calvin bekundet, aber in mehr als einer Hinsicht ihre Fortbildung darstellt. An der Hand der vorhandenen Zustände wollte er nämlich den Bestand der Stände als Organe auffassen, die die königlichen Uebergriffe im Bedarfsfalle abzuweisen haben. Diese, die *Officialii regni*, repräsentieren das ganze Volk, gleichgültig, ob sie vom Volke gewählt werden, oder von altersher ihre Ämter innehaben. Sie leiten ihre Amtsbefugnisse direkt vom *supremum dominium* des Volkes ab. Ihre Aufgabe jedoch ist: „ne quid detrimenti resp. capiat . . . populi iura et privilegia tueri, et ne quid princeps ipse in illius perniciem committat omittatve, diligenter providere . . . hi . . . regis in iure dicundo veluti assessores, regi imperii consortes adeo ut omnes quidem illi remp. administrare teneantur non secus ac rex: is tamen inter eos quasi Praeses, primus tantum locum teneat. Ut vero populus universus rege superior est; ita etiam hi, etsi singuli rege inferiores sint, universi tamen superiores censendi sunt.“⁹⁵ Deutlich tritt hier eine Coordination von König und Ständen auf. Wie und unter welchen Umständen diese ihr Amt, im Bedarfsfalle gegen den König aufzutreten, ausüben sollen, finden wir in einer anderen Stelle, wo davon die Rede ist, daß zwischen König und Volk eine „mutua et reciproca obligatio“ besteht. Bricht der König seine Verpflichtung, so ist das Volk von allen Verpflichtungen befreit und die Stände haben den Tyrannen im Zaume zu halten.⁹⁶ Davon ist aber auch der

93. A. a. O. S. 84.

94. A. a. O. S. 89. Vgl. auch S. 61.

95. A. a. O. S. 70.

96. A. a. O. S. 154.

Fall zu unterscheiden, wenn durch Umiriebe, Verbrechen usw. des Königs und seiner Freunde der Staat zugrunde gerichtet wird. In diesem Falle hat ein jeder der Standesherrn das Recht und die Pflicht zum Widerstande, während im ersteren Falle die Stände als Gesamtheit aufzutreten haben.⁹⁷ Darüber hinausgehend anerkennen die *Vindiciae* noch ein besonderes Widerstandsrecht des Volkes, wenn es auch die Stände verraten. Allerdings bemühen sie sich nicht, mit historischen Beispielen dieses Recht zu belegen.⁹⁸

Die Gedanken der *Vindiciae* kehren auch in der sogenannten Magdeburger Schrift wieder.⁹⁹ Diese ist für uns deshalb bedeutsam, weil hier die Aufgabe der Stände, die königliche Macht einzuschränken, mit dem Namen der Defensores in Verbindung gebracht wird. Die betreffende Stelle lautet: „Super est, ut de tertio subditorum genere loquamur, qui etsi tenera ex certo quodam respectu supremorum magistratuum oboedientiæ subsint, alio tamen respectu, maxime rebus angustis extremisque, constituti sunt defensores ac protectores iurium ipsius supremæ potestatis, ut suos magistratus in officios retineant eosque si opus est, et coerceant et mulceant.“¹⁰⁰ Sonst weist die Magdeburger Schrift in ihren Ansichten eine große Verwandtschaft mit den *Vindiciae* auf. Bemerkenswert ist vielleicht die Tatsache, daß die „mutua et reciproca obligatio“ hier zu einem „juramentum mutuum inter regem et populum“ wird.¹⁰¹ Für Böhmen mochte es auch bedeutsam sein, wenn man vernahm: „itaque: quibus est potestas regis creandi iisdem quoque abdicandi est.“¹⁰²

Auf diesen historischen Grundlagen erwuchs wohl auch die Auffassung des Althusius. Wir haben hier nicht die Ansichten desselben wiederzugeben, die ja an Hand der Meisterdarstellung Gierkes nicht nur allgemein zugänglich, sondern auch

97. A. a. O. S. 165.

98. A. a. O. S. 167.

99. Die Autorschaft dieser Schrift ist bis heute ungeklärt. Vgl. hierzu Wolzendorff, Widerstandsrecht, S. 102.

100. S. 219 f.

101. A. a. O. S. 229.

102. A. a. O. S. 248.

bekannt sind, sondern wollen uns nur mit einer gedrängten Wiedergabe derjenigen Bestimmungen begnügen, die für das Defensorenamt und seine verfassungsrechtliche Stellung von Bedeutung sein möchten.

Dem Kundigen ist es klar, daß wir hiebei an das Institut der Ephoren bei Althusius anzuknüpfen haben. Den Ephoren ist bei Althusius das höchste Amt übertragen,¹⁰³ sie sind die „Vindices, custodes et defensores pacti inter magistratum summum et populum initi.“¹⁰⁴

Diese Ephoren haben nun ein fünffaches Amt nach Althusius zu verwalten: „primum est, ut constituent generalem summum magistratum. Alterum est, ut intra fines et limites officii sui eundem contineant et sint custodes, defensores ac vindices libertatis et reliquorum iurium, quae populus in summum magistratum non transtulit, sed sibi reservavit. Tertium est, ut constituent summo magistratui ad rei publicae administrationem, donec alius summus magistratus elegatur. Quartum officium eorum est, ut rem moveant magistratum summum tyrannum, quintum est in summi magistratus defensione et iurium illius.“¹⁰⁵

Dies ist die Aufgabe der Ephoren, wie sie uns Althuius im XVIII. Kap. seiner Politik in kurzer Uebersicht gibt. Daneben käme noch eine besondere Beauftragung der Ephoren für Angelegenheiten der Provinz, der sie entstammen.¹⁰⁶ In Angelegenheiten ihrer Provinz sind sie Spezialephoren, sonst General-ephoren. Sie sind entweder vom Volke gewählt oder geborene Ephoren, sie repräsentieren das Volk in seiner höchsten Funktion der Staatsbildung,¹⁰⁷ sie sind über dem Könige. Bemerkenswert ist hiebei die von Althusius aufgestellte Rangordnung: „Nemo inquam ego Deus, ius naturale et gentium, atque ephori seu regnum, rege sunt maiores.“¹⁰⁸

103. Vgl. hierzu Gierke, Johannes Althusius und Wolzendorff. Widerstandsrecht.

104. Althusius, *Politica*, III. Auflage, S. 236.

105. A. a. O. S. 296 ff.

106. A. a. O. S. 308.

107. A. a. O. S. 292.

108. A. a. O. S. 294.

Außer im XVIII. Kapitel hat sich Althusius mit dem Ephorenamt noch besonders im Kapitel über das Widerstandsrecht beschäftigt. Die Aufgabe des Widerstandes kommt den Ephoren nur als Generalephoren zu und nicht als Spezial-ephoren ihrer Provinz. Er unterscheidet an einer anderen uns bemerkenswerten Stelle „*ephori ecclesiastici et saeculares*“.¹⁰⁹ Auch hier mochte man in Böhmen an die bestehenden Rechtszustände Anknüpfung finden, denn hier mochten zwar die eigentlichen Theorien des Widerstandsrechtes, wie sie Althusius vertrat, angesichts der dort heimischen und von uns dargelegten Rechtsüberzeugung sonst nicht zündend wirken, aber seine Darlegungen über das Ephorenamt konnten die Wendung zur Idee des Rechtsstaates daselbst beschleunigen. Die Leistung der monarchomanischen Schule für die böhmischen Verhältnisse liegt vor allem in der Herausarbeitung der juristischen Grundlagen des Widerstandsrechtes, die in einer eigenen Auffassung von den Aufgaben der Stände gefunden wurde.

Noch einer Persönlichkeit haben wir zu gedenken, die mittelbar von großem Einfluß für Böhmen gewesen sein mag. Es war dies der Basler Theologe Amandus Polanus de Polansdorf, ein gebürtiger Troppauer. Theologisch gehörte er zur philippistischen Richtung, was auch darin zum Ausdruck kam, daß er, der gebürtige Schlesier, eine Berufung an die calvinische Fakultät von Basel erhielt.¹¹⁰ Sein inniger Zusammenhang mit unseren Problemen ergibt sich bereits daraus, daß er nicht nur der Lehrer des Wentzl Budowetz von Budowa war,¹¹¹ sondern auch sein theologisches Hauptwerk¹¹² Karl von Zierotin zueignete. Hierbei ergibt sich ein nicht unwichtiges Detailproblem dadurch, daß Polanus Zierotin mit folgenden Worten anredete: „*Datum enim est tibi munere divino, ut in vere catholica et*

109. A. a. O. S. 314.

110. Vgl. hierzu die kurze Biographie von Josef Zukal in *Časopis matice moravské*, 51. Band, wo auch sonst Literatur über diese Persönlichkeit ist, ohne daß allerdings das Thema erschöpft wäre. Auch I. Th. Müller gedenkt des Einflusses der Brüderunität auf Polanus. (Geschichte II. S. 422.)

111. Nach freundlicher Mitteilung von Herrn Univ.-Prof. D. Boháček.

112. *Syntagma Theologiae christianae*.

christiana ecclesia nascereris". In ihm vereinigen sich brüderlich-lutherische Elemente mit calvinischen. Ausdrücklich lehrt er ewige Vorsehung und gelangt von dieser folgerichtig zur Prädestinationslehre,¹¹³ die nach ihm auf dem Willen Gottes und nicht auf dem Glauben des einzelnen beruht. Ganz calvinisch ist es, wenn er die Prädestination als eine Verherrlichung Gottes ansieht.¹¹⁴ Für ihn ist die Kirche die Gemeinde der Erwählten,¹¹⁵ scharf unterscheidet er zwischen den Berufenen und den Erwählten. Auf dieser Grundlage ergibt sich ihm auch das Bild vom Staate; der Fürst soll wie jede Behörde Diener des göttlichen Wortes sein,¹¹⁶ aber die Untertanen nicht zu seiner Religion nötigen.¹¹⁷ Als der Urheber der Aufstände gilt ihm der Teufel.¹¹⁸ So würde aus seinen Ansichten der paternale Staatsgedanke des Luthertums sprechen, denn auch ihm ist der Zweck des Gesetzes das Glück des Volkes, wenn er sich nicht auch mit der Frage des ungerechten Herrschers beschäftigt hätte, wo wir deutlich den Einfluß der monarchomanischen Lehre gewahren können. Auch er steht vor der Grundfrage der Monarchomachen: „An perstandum in fide regis seu principis, si tyrannus evasit" und kommt zum Schlusse: „distinguendum est: aut enim absolutam monarchiam habet aut condicionibus certis adstrictam . . . sed si rex seu princeps monarchiam habet limitatam et adstrictam certis condicionibus, in quas iuravit seu quas se promisit servaturum, penes status aut primores regni seu principatus est, coercere regis seu principis tyrannidem et immanitatem."¹¹⁹

Von nicht geringem Einfluß mag auch die Auffassung Jean Bodins gewesen sein, worauf man aus der häufigen Zitierung in den ständischen Verteidigungsschriften schließen kann, obwohl gerade, seine Auffassung über den Charakter des böhmischen

113. Spalte 1569 und 1571.

114. Reprobatio aeterna hominum damnandorum est, quam Deus ab aeterno homines non electos ad vitam aeternam praedestinavit ad interitum sempiternum in quam omnes per peccatum sane fuerant praecipitaturi et decrevit illorum non miserere idque ad demonstrandam gloriam suam et promovendam salutem, a. a. O. Sp. 1617.

115. A. a. O. Sp. 3348.

116. A. a. O. Sp. 4176.

117. A. a. O. Sp. 4463.

118. A. a. O. Sp. 4464.

119. A. a. O. Sp. 4470.

Königtums nicht direkt rezipiert erscheint, denn die ständischen Schriften halten gerade an dem Mythos der Corona regni bohemiae fest. Jean Bodin geht von der Behauptung aus, daß die höchste Gewalt im Staate an die Gesetze nicht gebunden sei,¹²⁰ da „lex ab eius voluntate pendeat, qui summam in re publica potestatem adeptus est et qui sua lege subditos omnes tenere, ipse vero teneri non potest.“¹²¹ Diese Ansicht kommt daher, da Bodin nicht nur Lex und Jus strenge scheidet, sondern auch Lex als „summae potestatis iussum“,¹²² definiert. Vor allem legt Bodin Wert darauf, daß das ständische Interregnum bei der Thronvakanz nach dem Tode eines Königs das Recht besitze, Gesetzesänderungen vorzunehmen, um den Schluß zu ziehen: „regium nomen sanctum est et augustum, sed plerique non tam re ipsa quam appellatione reges sunt, ut de regibus Daniae et Bohemiae fertur.“ Vom Krönungsrevers König Heinrichs von Polen behauptet Bodin mit einem deutlichen Blick auf die böhmischen Verhältnisse. „Haec formula non regiam maiestatem, sed principis (ut est in re publica primi) condicionem sapit.“¹²³ Insbesondere betont er den Charakter Böhmens als Wahlreich und verweist auf die Anstrengungen der Böhmen, diesen Zustand aufrecht zu erhalten.¹²⁴ Auch sonst verweist Bodin an zahlreichen Stellen¹²⁵ auf das freie Verhältnis, in dem die Böhmen zu ihrem Könige stünden.

Alle diese Ansichten wirkten auf die böhmischen Stände ein. Bei Karl von Zierotin vermögen wir seine Anhängerschaft an den monarchomanischen Lehren direkt nachzuweisen. In einem Briefe äußerte er sich: „rem ipsam quod attinet, quisquis eam introspectat, penicius et exactius examinet, facile aequita-

120. De re publica, S. 137.

121. A. a. O. S. 239.

122. A. a. O. S. 159.

123. A. a. O. S. 161.

124. A. a. O. S. 1131.

125. Vgl. insbesondere S. 310 und 805. Letztere Stelle wurde in entstellter Weise in der Deduktion S. 7 zitiert. Zum Widerstandsrecht S. 580: „Tametsi enim Hungari, Bolmi Poloni aequae ac Dani creandorum ius habeant, fere tamen parentes ad parentes ad futurum imperium designant liberos, qui iura maiestatis multo melius tueri solent quam peregrini.“ S. 610.

tem causae nostrae agnoscat. Non nos fidem fregimus, sed fidem violatam et fractam vindicamus et quod nobis per nefas ablatum, per fas, ut nobis restituatur, urgemus. Non haec unius hominis aut duorum consilia, sed multarum simus coniunctarum provinciarum unanimis consensus, qui non aliundo quam a Deo."¹²⁶ In seiner großen Rede als Ratgeber Mathias sprach er ganz offen die Ansicht aus, daß Gott der königlichen Gewalt Grenzen gesetzt habe: „regibus enim excedentibus limites vocationis suae et sceptrum Dei sibi vindicantibus nimirum ad sumendum sibi, si non per se attamen per alios regimen conscientiarum consuevit. Deus saepe numero non modo sceptrum eorum imminuere, sed etiam immutare, et contra resipiscentibus et moderatione christiana utentibus eadem sceptrum imminuta stabilire et ablata restituere."¹²⁷

Auch der zweite große Staatsmann Wenzl Budowetz von Budowa stellt sich als eine Mischung feudal-ständischer und hussitisch-religiöser Einstellung dar. Er war zu seinen Lebzeiten unzweifelhaft das politische Haupt der Brüdergemeinde und seine Haltung war oftmals durch ihren Radikalismus ausschlaggebend. Seine Ansicht hat er in einem Briefe vom 19. Juni 1619 geäußert. Unter Berufung auf die eben erwähnte Rede Zierotins setzt er sich mit dessen Ansicht auseinander, daß man der Obrigkeit nicht aus Furcht vor ihrem Zorn gehorchen dürfe und behauptet, daß der von den böhmischen Ständen geübte Widerstand nicht dem Könige, sondern dessen Ratgebern gelte. Noch einmal, ganz am Ende der hussitischen Epoche, taucht der Gedanke des ministeriums Dei der Behörden auf, aber er ist nicht mehr der Zentralpunkt der Auffassung des Briefschreibers. „Das Evangelium ist in Gefahr“, lautet der Tenor des Briefes und daher verlangt er „examinanda sunt etiam tempora, in quibus eodem duce Christo invictissime datum est christianis antea pro Christo pati sic etiam pro defendenda eius veritate fortiter hostibus sese opponere et victorias illustres ab illis reportare.“¹²⁸

126. Archiv Český XXVII. S. 350.

127. Historický Archiv, 30. Band, S. 189.

128. A. a. O. S. 164 ff.

So endete die theoretische Besinnung des Hussitismus über die Gewalt im Staate und so endete er selber. Die Conföderationsakte waren nur der Ausdruck eines Geistes, der aus der stillen Zurückgezogenheit eines Peter von Chelčic in die Welt zurückgekehrt war und Böhmen so wieder in die Bahnen lenkte, die einst Johannes Hus beschritten hatte.

3. Das Amt der Defensores.

Das Defensores-Amt konnte bereits auf eine bemerkenswerte Entwicklung zurückblicken, als es zur welthistorischen Bedeutung gelangte.¹ Im ersten Kapitel haben wir gesehen, wie die hussitischen Stände das Recht der Ueberprüfung einer Excommunication hinsichtlich ihrer Legalität in Uebereinstimmung mit der Lehre Wycliffs beanspruchten und aus diesem Gedanken heraus eine Art Oberhoheit über die Bischöfe ausüben wollten. Die günstige Stelle für den Einbruch der weltlichen Stände auf die rein kirchlichen Angelegenheiten bot dabei das Patronatsrecht, das in Böhmen von großer Bedeutung war. Von hier konnten die hussitischen Stände auch gegen den Willen der Geistlichkeit den Hussitismus einführen.² Wir sehen bald diesen Einfluß benützt, wobei wir die Bestrebungen der Stände durch die Auffassung des Wycliffismus gestützt sehen, die auf der einen Seite die apostolische Armut der Kirche forderte und auf der anderen Seite die Verwaltung der bisher unter Patronatsrecht stehenden Kirchengüter den Herren einräumte.³ Nach dem Uebertritt des Erzbischofs Konrad zum Hussitismus kam dies darin zum Ausdruck, daß der Erzbischof erklärte, er wolle sich nach den Ratschlägen der ihm als Ratgeber von den Pragern beigegebenen Magister der Prager Universität richten. Aber auch dies genügte den hussitischen Ständen nicht, der Časlauer Landtag beschäftigte sich damit, dem Erzbischof vier správčové (gubernatores, directores et administratores in spiri-

1. Vgl. zu diesem Abschnitt insbesondere Tomek, O církevní správě strany pod oboji und Krofta, Boj o konsistoř pod oboji v letech 1562–1575 a jeho historický základ.

2. Vgl. Schlenz, Kirchenpatronat, S. 129.

3. Vgl. oben S. 22 und Schlenz, S. 127, Anmerkung 1.

tualibus) zur Seite zu stellen. Dieses Institut ging jedoch bald wieder ein und mit der Wahl Johannis von Rokycana zum Erzbischof schien der normale kirchenrechtliche Zustand in der Kirche des Utraquismus einkehren zu wollen. Diese Wahl hatten weltliche und geistliche Kreise vorgenommen und sich dabei nach dem bisherigen Brauche der Hussiten gerichtet, demzufolge auch weltliche Stände an der Wahl des kirchlichen Oberhauptes teilnehmen sollten. Zurückzuführen dürfte diese erste Inanspruchnahme kirchenrechtlicher Ernennungsbefugnisse auch auf den Bischofsitz auf das Recht der böhmischen Könige sein, welche nach dem Privileg Friedrichs II. auch die Investitur ihrer Landesbischöfe vorzunehmen hatten. Die Ausübung der königlichen Macht durch die Stände während des Hussitenkrieges ließ diese Besetzungsart als die einzige übrig. Dieser Ansicht trat auch das Privileg Sigismunds vom 16. Juli 1435 bei, das den „edelgeborenen Adelsherren und den ehrenhaften und den anderen Städten“ das Recht einräumte, sich einen Erzbischof nebst zwei Suffraganen zu wählen.⁴

Aber Johannes Rokycana erlangte nie die Bischofsweihe, durch Jahrzehnte blieb er der designierte und postulierte, aber nicht bestätigte und geweihte Erzbischof der utraquistischen Kirche. Bereits zu seinen Lebzeiten fühlten sich die utraquistischen Stände berechtigt, im erzbischöflichen Konsistorium die durch den Tod der bisherigen Inhaber vakant gewordenen Sitze zu besetzen und außerdem dem Konsistorium vier Prager Senatoren⁵ beizugeben, welche bereits mit Zustimmung Rokycanas in die kirchliche Gerichtsbarkeit eingriffen.⁶ Nach Rokycanas Tod kam es nicht mehr zur Neuwahl eines Erzbischofs, denn die Zeiten hatten sich geändert und die Utraquisten konnten nicht mehr mit Berechtigung hoffen, daß ein neues, von ihnen gewähltes Oberhaupt seine kirchliche Weihe und Bestätigung aus den Kreisen der päpstlichen Kirche erhalten werde. So schritt man

4. Archiv Český, III. S. 429.

5. Landtagsverhandlungen, VI. S. 471.

6. Krofta, S. 48, Anm. 6.

nur zur Neuwahl eines Administrators, der von nun an das kirchliche Oberhaupt der Schismatiker blieb. Seine Wahl nahmen am Landtag von 1471 die Geistlichen vor. Während aber Johannes Rokycana als Erzbischof die bischöflichen Rechte voll ausgeübt hatte, so wollte man anscheinend seinem Nachfolger dieselbe Machtfülle nicht mehr zugestehen und so verordneten die utraquistischen Stände, die sich im Carolinum mit königlicher Erlaubnis versammelt hatten, im Jahre 1478, daß dem Administrator ein Ausschuß von 12 Personen beigegeben wird, der aus vier Laien und acht Geistlichen bestand und diese sollten regieren (řiditi, vgl. denselben Ausdruck bei den vier Landesdirektoren des Tages von Beneschau S. 14) die Priester, die unter beiden Gestalten die Kommunion reichen. Desgleichen wurde hierbei angeordnet, daß die weltlichen Stände verpflichtet sind, diesem so gebildeten Kollegium ihre Hilfe zukommen zu lassen. Wichtig sind auch die beiden fernerer Punkte des Beschlusses der utraquistischen Stände.⁷ Es wurden drei Mitglieder des Herrenstandes, unter denen sich der Prager Oberstburggraf und der Oberstlandrichter befanden, mit der Aufgabe betraut, im Bedarfsfalle zu einer Zusammenkunft entweder alle utraquistischen Stände oder auch nur einen Teil derselben zu laden. Diese drei nebst drei anderen wurden weiter beauftragt, dem Könige gegenüber für die Aufrechterhaltung und Durchführung dieser Beschlüsse zu sorgen. Auch im Jahre 1489 kommt es zu einer großen Erneuerung des Konsistoriums seitens der Stände. Acht Jahre später ereignet sich ein bedeutungsvolles Zwischenspiel. Denn in diesem Jahre scheint der König Wladislaw in die Besetzung des Konsistoriums sich eingemengt zu haben, doch sind die darüber erhaltenen Nachrichten derart voller Widersprüche, daß wir nichts gewisses entnehmen können. Bis zu diesem Jahre führte die Verwaltung des Konsistoriums der Administrator Koranda. In diesem Jahre wurde Administrator der Mag. Jakob von Mies, der im Vorjahre Rek-

7. Archiv český, V. S. 376. Diese Einflußnahme der Stände auf das Konsistorium ist jedenfalls eher aus einer Machtstellung als aus theologischen Ueberzeugungen zu erklären. Diese aber hielten die Gedanken eines derartigen Einflusses lebendig.

tor der Universität gewesen war. Von ihm berichten die alten Annalisten, daß der König einmal im Mai „zu sich auf die Prager Burg die Magister und Geistlichen berief und über sie den Mag. Jakob aus Mies als Administrator setzte, der vielen Tschechen nicht gefiel und zwar, wie sie behaupteten, wegen seiner Unaufrichtigkeit und seinem Mutwillen. Aber die alten Magister, welche vorher bereits im geistlichen Gerichte saßen, beriefen dagegen und ein anderer Rat wurde zur Unterstützung von den Altstädter Herren ihm beigegeben.⁸ Der neue Administrator wäre demnach auf außergewöhnliche Weise ohne Zustimmung der Stände bestellt worden.⁹ Krofta erachtet jedoch diesen Bericht nicht für vollkommen glaubwürdig und verweist darauf, daß nach dem Bericht Hajeks der neue Administrator durch eine Wahl seitens der Geistlichkeit ohne Zutun der Stände bestellt worden sei; er vermutet, daß die mangelnde Zustimmung der Stände durch eine königliche Bestätigung ersetzt worden sei. Allerdings läßt sich unsere dritte Quelle schwer damit in Einklang bringen. In einer Denkschrift forderte im Jahre 1582, also fast hundert Jahre später, der Magister Peter Codycillus die utraquistischen Stände auf, die Besetzung des Konsistoriums in die Hand zu nehmen. Er ist anscheinend historisch gut unterrichtet und berichtet über das Jahr 1497 „es wählten die Prager gemäß Uebereinkunft mit den Herren Ständen als Administrator den Magister Wenzel Columba“.¹⁰

Erst im Jahre 1518 kommt es zu einer bemerkenswerten Erneuerung des Konsistoriums durch die Prager auf Befehl der Stände;¹¹ ein Administrator wurde hierbei gewählt und ihm 12 Geistliche beigegeben, „damit die Zahl des Konsistoriums sich nicht ändere“.¹² Bereits im Jahre 1500 jedoch sollen angeblich die Prager eine Erneuerung des Konsistoriums auf

8. Alte Annalisten, S. 254.

9. Krofta, S. 51.

10. Landtagsverhandlungen, VI, S. 171.

11. Nach Krofta hat 1518 statt der überlieferten Jahreszahl 1515 zu stehen.

12. Borový, Akta konsistoře utrakvistické, S. 45.

Grund eines Befehles der drei Stände vorgenommen haben, wobei jedoch eine weitere Nachricht hierüber uns nicht bekannt ist.

Bald nach 1518 vernehmen wir, daß mit dem Amte des Administrators der Mag. Wenzl Sismanek von Leitomischl be-
traut wurde. Gleichzeitig wurde die Anordnung getroffen, daß die Pfarrer der Prager Hauptkirchen Mitglieder des Konsistoriums sein sollen und daß der Administrator ohne sie nichts verordnen dürfe. Die folgende Zeit war anscheinend von Wirren in der utraquistischen Kirche erfüllt, wir vernehmen, daß vier Administratoren und weitere acht Konsistoriumsmitglieder gewählt wurden, eine Reihe von Jahren scheint das Konsistorium tatsächlich nur aus Mitgliedern der theologischen Fakultät und den Prager Hauptpfarrern bestanden zu haben.

Da taucht für das Jahr 1529 das erstmal die Bezeichnung eines Defensorenamtes auf, allerdings erst in der Jahrzehnte später verfaßten Denkschrift des Mag. Peter von Codycillus. Hier heißt es: „Im Jahre 1529 feria post rogationes hielten mit Erlaubnis Ihrer königlichen Majestät König Ferdinand die utraquistischen Stände Sr. Mt. einen Landtag im Kolleg unter Einberufung aller Priester aus Mähren und Schlesien. Die Defenso-
ren waren die Vorsitzenden.“¹³ Wir dürfen hier nicht übersehen, daß die von uns zitierte Quelle erst viel später aufgesetzt wurde und wir außer dieser Quelle erst vom Jahre 1531 an genaue Nachricht haben. Aber bezeichnend ist es jedenfalls, daß der Nachfahre eine vorhandene Institution mit dem später aufkommenden Namen belegen konnte.

Dieses Amt erhielt nun 1531 seine Zuständigkeiten. Nach dem Tode des Administrators versammelten sich im Carolinum mit königlicher Genehmigung die utraquistischen Stände und berieten sich gemeinsam über die Neubesetzung des Konsistoriums. Hiebei kam es zu einem bedeutsamen Beschluß; denn wenngleich das Konsistorium und die Administratoren nach wie vor aus dem Kreise der Geistlichkeit genommen werden sollten, so sollten ihnen doch eine Reihe von Laien beigegeben werden, die eintreten sollten, wenn es sich als unmöglich erwies, daß eine Angelegenheit von den Administratoren in Gemeinschaft

13. Landtagsverhandlungen, VI. S. 171.

mit dem Konsistorium und den Pragern geordnet werden könne. Von diesen sollten je zwei aus dem Herren-, bzw. Ritterstande genommen sein. Es geht hieraus die Tatsache hervor, daß schon früher bereits die Prager dem Konsistorium auf dessen Bitte wohl Hilfe angedeihen haben lassen. Neu ist jedoch, daß nunmehr eine Art ständiger Vertrauenspersonen der adeligen Stände zur Fühlungnahme mit dem Konsistorium betraut wurde. Hier ist das Amt der Defensores mit festen Kompetenzen eingebaut in den Organismus der utraquistischen Kirche, obwohl Vorläufer dieses Amtes, wie wir feststellten, uns bereits begegnet sind.

Es ist vielleicht notwendig, darauf hinzuweisen, warum dieser Einfluß der Stände auf die utraquistische Kirchenleitung von nun an im größeren Umfange stattfinden sollte. Es ist das Jahr nach Abfassung der Augsburger Konfession. Bereits reicht der Einfluß des Luthertums nach Böhmen, manch Edelmann, offiziell Utraquist, sympathisiert mit der neuen Lehre. Luthers Aufruf „An den christlichen Adel deutscher Nation“ mag nicht ungehört verhallt sein auch in den Kreisen des tschechischen Adels. Aber das Konsistorium und die Prager wollen nichts hievon wissen, sie sind utraquistisch eingestellt. Das Mißtrauen gegen diese mag die Ursache zur Einrichtung des neuen Amtes gewesen sein. Krofta weist mit Recht darauf hin, daß die Einrichtungen der Landtage von 1465 und 1478 als Vorläufer dieses Amtes zu werten sind. Aber solange dieses Amt keine eigene Kompetenz besaß, ging es immer wieder ein und war daher schwerlich vor dem Jahre 1531 eine dauernde Einrichtung.

Im Jahre 1539 erhielten die Defensores einen weiteren Amtsbereich zugewiesen. Die Gelegenheit hiezu bot die neuerlich notwendig gewordene Administratorenwahl, bei der die Stände anscheinend durch 5 Wahlmänner des Herrenstandes und die gleiche Anzahl aus den beiden anderen Ständen die Neuwahl des 12gliedrigen Konsistoriums vornahmen. Gleichzeitig wurde bei der Synode den Defensores, wie wir dieses Amt von nun an nennen dürfen, als Kompetenz die höchste Instanz in geistlichen Strafsachen zugewiesen, d. h. innerkirchliche Streitigkeiten sollten nicht mehr von dem aus

Geistlichen der alten utraquistischen Gruppe bestehenden Konsistorium entschieden werden. Desgleichen sollte es den Defensoren obliegen, Unbilden eines Weltlichen gegen einen Geistlichen zu ahnden, welche Aufgabe wegen der in Böhmen zahlreichen Patronatsverhältnisse wichtig war. Der 1543 erfolgte Versuch der Utraquisten, einen geweihten Bischof zu erhalten, der auch die bischöflichen Rechte wieder wahrgenommen hätte, verlief ergebnislos und hatte auf die weitere Entwicklung keinen Einfluß.

In dem Rahmen dieser Rechtslage bewegen sich auch die ständischen Wünsche des Jahres 1547.¹⁴ Das Privilegium fori soll auch den Geistlichen der Kelchner zugute kommen, auch sie sollen nicht von dem Könige oder jemand anderem abgeurteilt werden können oder gar des Landes verwiesen werden, sondern sie sollen sich vor dem Konsistorium und dem Administrator sowie vor den aus den drei Ständen gewählten Personen verantworten. Nach dem Siege über die ständische Bewegung nahm nun Ferdinand auch das Recht der Bestellung der Defensoren in die Hand und ließ sich solche aus den Kreisen der Stände vorschlagen. Bemerkenswert ist es, daß nicht nur das utraquistische Konsistorium, sondern auch das „obere Konsistorium“ wie das katholische Konsistorium in jener Zeit damals im Gegensatz zu dem Unteren der Utraquisten genannt wurde, damals Defensoren besaß, ohne daß diese jedoch jemals zu irgend einer Bedeutung aufstiegen. Die Defensoren sollten nach der Amtsanweisung Ferdinands nicht nur als Vertreter des Königs in kirchlichen Angelegenheiten fungieren, sondern auch als Schutzherren über die Geistlichkeit etwa ihr zugefügte Unbilden ahnden. Außerdem soll der Kompetenzumfang wie ihn die Stände für die Defensoren bestimmt haben, ihnen auch weiter verbleiben.¹⁵ Bei der Beurteilung dieser Rechtslage dürfen

14. Vgl. Anhang Nr. 3.

15. „... bei dem auf der Prager Burg in Unserer Anwesenheit abgehaltenen Landtage wurde uns durch denselben die Macht gegeben, nach dem Rate der obersten Landesbeamten, der Landrichter, als gehobene Räte des Königreiches Böhmen, den Administratoren sowohl unter einer als unter beiden Gestalten je 4 Personen aus dem Herren- und Ritterstande zuzuteilen, damit jene in der Zeit einer Notwendigkeit zu diesen

wir nicht vergessen, daß die utraquistischen Stände das freie Versammlungsrecht seit 1543 verloren hatten und daß die Landtage bei den Beratungen an die königlichen Propositionen gebunden waren. Bald darauf sah sich der König zu weiteren Eingriffen in die Verhältnisse der utraquistischen Kirche ver-

Personen Zuflucht nehmen können, welche über die Billigkeit und Notwendigkeit der Sache unterrichtet sind, da es früher so gehalten wurde. Wir wollen, daß zur Ehre und zum Lobe des Allmächtigen, zum guten Beispiele die Administratoren die ihnen anvertrauten Aemter fromm und lobenswert verwalten und wenn ihnen irgendwelche Ueberschreitungen oder Unordnungen der Priester bekannt werden, sollen dieselben der Verbesserung zugeführt werden. Und dies soll mit Wissen der ihnen zugeordneten Personen geschehen. Dich haben Wir neben dem . . . den Administratoren unter einer Gestalt auf den Rat Unserer obersten Beamten, der Landesrichter und gebotenen Räte dieses Königreiches, vor unserer Abreise, solange wir es wünschen, beliebt zu wählen, zuzuteilen und anzuordnen mit dem Befehle, daß in Gemeinschaft mit diesen Personen darauf Rücksicht genommen werde, worin sich statt an Uns an Dich und die genannten Personen die Administratoren unter einer Gestalt wenden sollen, damit sie des Rates und der Hilfe nicht verlustig werden, sondern darüber ihr wirklich die Hand haltet . . . damit bei den Administratoren und den anderen geistlichen Personen unter einer Gestalt gute und lobenswerte Ordnung gehalten werde und keine Uebertretungen geschehen. ebenso wenn von diesen Administratoren über Dich oder die Dir zugeordneten Personen Beschluß gefaßt würde, daß ihnen oder den Priestern von wem immer oder den Ständen Unrecht widerfahren wäre, daß ihr auch dies zur würdigen Föhlung zufführt und sie nicht verläßt. Und Wir haben auch schon den Administratoren unter einer Gestalt in einem Briefe mitgeteilt, daß Wir Dich und die oben angeführten Personen bestimmt haben und Wir haben ihnen zu befehlen geruht, daß sie statt Uns Dich und diese Personen berücksichtigen sollen, wenn sich irgendwas ereignet, was einer baldigen Erledigung bedarf. Wenn es jedoch ohne unser Wissen zur Erledigung nicht kommen könnte, sollen sie sich an Uns oder an den allerhöchsten Herrn, Erzherzog Ferdinand wenden . . . und die Personen, die in unserer und seiner Liebden Abwesenheit eingesetzt sind, sollen in Unserer und seiner Liebden Abwesenheit in übertragener Vollmacht dies richten . . . Es soll aber diese Unsere Belehrung den früheren Vereinbarungen der Parteien unter einer und unter beiden Gestalten keine Einbuße tun, soweit sie in die Landtafel eingetragen sind.“ Bei Krofta, S. 191 f. Krofta vermutet, daß eine gleiche Instruktion auch den utraquistischen Defensoren zugegangen ist. Wichtig ist auch die Tatsache, daß der Landtagsschluß des Jahres 1554 die Defensoren nicht erwähnt. (Vgl. Landtagsverhandlungen II. S. 667.)

anlaßt. Der Protestantismus war immer mehr in Böhmen heimisch geworden und dem Könige mußte bei seiner Einstellung viel daran gelegen sein, zu verhindern, daß etwa auf dem Umwege des Utraquismus sich offiziell das Luthertum durchsetzte. Daher nahm er nach den Erfahrungen des Jahres 1547 das Recht der Bestätigung der Konsistoriumsmitglieder im Jahre 1555 in Anspruch und besetzte im Jahre 1562 das Konsistorium, ohne auf die Wahl seitens der Stände und die Wünsche derselben Rücksicht zu nehmen.¹⁶ Diese Einflußnahme des Königs, die einen neuen Rechtszustand in der utraquistischen Kirche schuf, war nur durch den damals bereits scharf hervortretenden Gegensatz zwischen dem Altutraquisten und dem zum deutschen Protestantismus hinneigenden Neuutraquismus möglich. Der König und die altutraquistische Partei versuchten das Konsistorium in ihrer Hand zu behalten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß eine Wahlhandlung der Stände damals der altutraquistisch eingestellte Defensor Johann von Waldstein leitete. Bedeutsam ist auch gewesen, daß die altutraquistische Gruppe sich als Trägerin der nationalen Tradition des Hussitismus ansah.¹⁷

Dieses Vorgehen des Königs vermochte den Zerfall des Utraquismus nicht aufzuhalten. Eine der ersten Forderungen, die Maximilian II. von den Utraquisten vorgelegt erhielt, betraf die Auslassung der Kompaktate aus den Landesprivilegien. Bis dahin waren die Kompaktate das Bindeglied zwischen der alt-hussitischen Vergangenheit und dem damaligen Kelchnertum gewesen, dieses sah sich auf Grund der Kompaktate als ein Glied der katholischen Kirche an; die Nichterneuerung der Kompaktate war der Absagebrief des Kelchnertums an die römische Kirche, die ja ihrerseits nie die Kompaktate erfüllt hatte.

Maximilian II. war dem Protestantismus, wie allgemein bekannt, nicht ungünstig gesinnt.¹⁸ Dies hinderte ihn allerdings nicht, die vom Vater in Anspruch genommenen Rechte der utra-

16. Krofta weist beim Ereignisse des Jahres 1562 darauf hin, daß es an Hand der Quellen unmöglich ist, ein genaues Bild der Vorgänge zu erhalten.

17. Klik, *Národnostní poměry v Čechách*, S. 296.

18. Vgl. hiezu neuestens Bibl, Maximilian II. Hrejsa S. 93

quistischen Kirche gegenüber ebenfalls auszuüben und das ultra-quistische Konsistorium selbst zu besetzen. Auf der anderen Seite treffen wir immer und immer wieder auf Versuche der Stände, den Kaiser zu bewegen, er möge das Konsistorium durch die Stände besetzen lassen. Einer dieser Versuche, der durch den Landtag des Jahres 1567 erfolgte, ist für uns deshalb wichtig, weil bei ihm dem Amt der Defensores zum ersten Male offiziell und gleichzeitig diese Amtsbezeichnung zuteil wurde. In der diesbezüglichen dem Kaiser von den Ständen vorgelegten Adresse sprachen diese den Wunsch bezüglich der Erneuerung des Konsistoriums aus, „daß sie das Konsistorium erneuern und besetzen dürfen und auch die Defensores oder diejenigen Personen aus allen drei Ständen wählen und einreichen dürfen, die diesem als Zuflucht notwendig sind“.¹⁹

Bemerkenswert ist ein von Maximilian II. an seinen Bruder Ferdinand gerichtetes Schreiben, in dem er sich nach der Berechtigung der Behauptung der Stände bei diesem erkundigt, daß ihr Vater Ferdinand I. den Ständen diese Forderung bewilligt habe.²⁰ Auch in diesem Briefe ist die Neuheit der Amtsbezeichnung der Defensores deutlich erkennbar, wie aus den beiden Stellen hervorgeht, in denen die Rede von dieser Institution ist. Denn an der einen Stelle spricht der Kaiser davon, daß er gestatten solle, den Ständen „aus ihren Mitteln vom Herrn- und Ritterstand Personen, auf welche das Konsistorium ihren Respekt und mit Rat und Hilf geschützt und handhabt werden sollen“ zu wählen, während er dagegen wenige Zeilen später von der „Verneuerung des Consistorii, Erwählung der Administratoren und Zuordnung der Defensores“ spricht. An der ersten Stelle gebraucht er offensichtlich eine Umschreibung für die Amtsbezeichnung ähnlich wie die Stände dies auch im Jahre vorher als notwendig gefunden hatten, um die Kompetenz der Defensores zu umreißen. Aus diesen beiden Stellen geht hervor, daß der Ausdruck „Defensores“ damals noch nicht allgemein gebräuchlich war, sondern wahrscheinlich eine Neuerung darstellte.

19. Landtagsverhandlungen III. S. 381.

20. Wien am 7. Februar 1568, abgedruckt bei Pažout, Jednání a dopisy konsistoře pod oboji S. 431.

Aber der eigentliche Kampf um diese Frage spielte sich erst 1575 ab. Der Ausgangspunkt war hier der Wunsch weiter Kreise des Utraquismus, die Augsbургische Konfession im Umwege der utraquistischen Kirchenorganisation annehmen zu können.²¹ Dem stand wieder der Versuch der altutraquistischen Gruppe gegenüber, durch das Konsistorium die Protestantisierung der utraquistischen Kirche zu verhindern. So kam es in diesem Jahre zur großen Auseinandersetzung, die vor allem eine dogmatische war und mit der Verfassung der sogenannten böhmischen Konfession endete. In dieser war, wie wir bereits feststellten, der Satz enthalten, daß die Verwaltung der Kirche ihren Gläubigen zustehe, ein Satz der mehr als demonstrative Bedeutung besaß und jedenfalls auch die Ueberzeugung weiter neuutraquistischer Kreise darstellte.²² Der Umstand, daß diese rein disziplinäre Frage nun dogmatischen Charakter erhielt, mußte die Kämpfe in dieser Frage außerordentlich verschärfen. Die gleichzeitig erhaltene Kirchenordnung zog aus den dogmatischen Prämissen der böhmischen Konfession die Folgerungen. Sie sah neben den Defensoren auch noch sogenannte „Curatores ecclesiae“ aus dem Laienstande vor. Diese Kirchenkuratoren sollen vom Administrator und dem Konsistorium für jede Gemeinde bestellt werden. Diese Kirchenkuratoren oder Kirchenschaffner, wie sie die damalige deutsche Uebersetzung nannte, sollen fromme, verständige und tadellose Männer sein. Sie haben dem Pfarrer mit Rat und Tat beizustehen, auf Einhaltung der Kirchenordnung auch dem Pfarrer gegenüber und seinem Hause zu achten, damit sie im Bedarfsfalle Zeugnis geben können. In jeder Gemeinde sollen 2—6 derartige Kirchenschaffner sich finden.²³ Unzweifelhaft war hier das Beispiel von der evangelischen Kirchenverfassung genommen, wo nach der Lehre vom allgemeinen Priestertum man auch den Laien Einfluß auf die Kirchenverwaltung hatte gewähren müssen.²⁴

21. Vgl. Bretholz, Neuere Gesch. Böhmens I. S. 94 und 331. Hrejša S. 87 ff., 99. Vgl. auch unten S. 87 Anm. 9.

22. Vgl. S. 45.

23. Vgl. Landtagsverhandlungen IV. S. 335.

24. Sehling, Geschichte der prot. Kirchenverfassung II. S. 3.

Die Kompetenz der Defensores wurde in dieser Kirchenordnung scharf präzisiert. Nicht nur sollten Administrator und Konsistorium sich Rat und Hilfe bei den Defensores im Notfalle holen, sondern die Defensores sollten auch die Versammlungen der Geistlichen (etwa Pastoralkonferenzen) dem Konsistorium bewilligen, die Kreisdechanten, die das Konsistorium zusammen mit dem Administrator einsetzen sollte, bedürfen der Bestätigung durch die Defensores. Das Konsistorium im Verein mit den Defensores ist zuständig in Angelegenheiten der Kirchenagende, ihrer gemeinsamen Obhut obliegen die Hinterbliebenen der Geistlichen, die frei zu bleiben haben. Die Defensores sind, mit Ausnahme der Ehesachen anscheinend, wo das Konsistorium die höchste Instanz blieb, Beschwerdeinstanz gegen Beschlüsse des Konsistoriums. In rein theologischen Streitfragen sollte jedoch die Prager theologische Fakultät die höchste Instanz sein.²⁵

Damit wäre in der utraquistischen Kirche ein kirchenrechtlicher Zustand erreicht gewesen, der das landesherrliche Kirchenregiment ganz an die Stände bzw. an ihre Repräsentanten, die Defensores, übergehen ließ. Mit dieser Kirchenordnung hatten die utraquistischen Stände ihr großes kirchenpolitisches Ziel erhalten und es war nur eine Frage der Zeit, wann sie aus den hier enthaltenen Ansprüchen die entsprechenden übrigen Folgerungen ziehen werden. Vor allem war hier die vollkommene kirchliche Unabhängigkeit vom Könige verlangt gewesen. Dieses Kirchenregiment der Stände mußte um so größere Bedeutung deshalb besitzen, weil hier das Abrücken von dem katholischen Kirchenrechte, dem das Kirchenregiment eines Laien eine fremde Vorstellung ist, deutlich bekundete, daß die Utraquisten nicht mehr eine — vom Standpunkte der römisch-katholischen Kirche gesehen — schismatische Nationalkirche sein wollten, sondern eine evangelische Kirche.

Die Verhandlungen mit dem Kaiser zogen sich in die Länge. Bereits in den ersten Tagen verlangten die Stände von dem Kaiser die Erlaubnis, das Konsistorium samt Defensores wählen

25. Landtagsverhandlungen IV. S. 335.

zu dürfen.²⁶ Mit historischen Gründen suchte man den Anspruch der Stände zu erhärten.²⁷ Hierher gehört auch das Memoire eines unbekannten utraquistischen Geistlichen, der mit beredten Worten sich an seinen Patronatsherrn wandte und ihn unter Verwendung biblischer Zitate und Gleichnisse aus dem alten Testamente die Gründe darlegte, warum das Amt der Defensores notwendig sei.²⁸ Das geistliche Gericht in den Händen des Konsistoriums sei nicht imstande, alle ungehorsamen, ärgerniserregenden Priester im Zaume zu halten, es sei daher notwendig, „würdige Leute einzusetzen und als Defensores zu bestellen“, welche dann gemäß dem Glauben solche Vergehen aburteilen sollten. Diese Verhandlungen endeten mit einem halben Ergebnisse, da der Kaiser den Ständen lediglich mündlich die Erlaubnis zur Wahl der Defensores gab, dagegen eine Wahl der Konsistoriumsmitglieder ablehnte.²⁹ So kam es zur Wahl von Defensores.

Diese scheinen jedoch nicht lange ihr Amt ausgeübt zu haben. Maximilian hatte den Ständen die Erlaubnis zur Wahl nur mündlich erteilt und sich beharrlich geweigert, diese Erlaubnis in den Landtag eintragen zu lassen. Der bald darauf erfolgte Tod des Kaisers brachte in der Person seines Nachfolgers auch eine ganz andere Einstellung in der Handhabung der Regierung mit sich. Rudolf II. verbot bald nach seinem Regierungsantritt nicht nur den weiteren Druck der böhmischen

26. Bemerkenswert ist allerdings auch die Stelle in der Vorrede zur böhmischen Konfession, wo die Stände erklären, sie wollten keinen anderen Defensor oder Schutzherren haben außer dem Kaiser.

27. Landtagsverhandlungen IV. S. 206 ff., S. 211. Vgl. auch den Versuch des Mag. Peter Codycellus a. a. O. VI. S. 165 ff.

28. A. a. O. IV. S. 202 ff.

29. Hiezu Gindely, Böhmisches Brüder II. S. 188 f., Landtagsverhandlungen IV. S. 271. Hier heißt es: Weiter thun ihr. Mt. den Ständen, wie vorhin beschehn, sozusagen auch nochmal hi daraus gnädigst bewilligen, damit sie mögen ihnen zum Besten eine gewisse Anzahl Personen unter ihnen erwählen, so über irer Religion und Gottesdienst handhaben also und dergestalt, da jemand ihnen in ihr gefaßtes Religionswesen einzugreifen sich unterstunde, die daraus deputierte Personen dasselbe zu vertreten, handzuhaben, auch an ihr. Mt. sicher gelangen zu lassen Macht haben sollen.

Konfession, sondern auch das Brüdertum, das sich auf den Standpunkt stellte, es sei durch die Annahme der böhmischen Konfession in den Kreis der anerkannten religiösen Gesellschaften getreten.³⁰ Auch das utraquistische Konsistorium suchte seine alte, durch die Defensoren eingeschränkte Machtstellung neuerlich zu erlangen, wogegen sich die Defensoren zur Wehr setzten. Schon zu Lebzeiten Maximilians boten ihm die Defensoren ihre Demission an, da es sich herausgestellt hatte, daß in dem Rahmen der Bestimmungen von 1575 auf die Dauer ein Einvernehmen zwischen der altutraquistischen Gruppe und den Protestanten doch nicht möglich sein würde.³¹ Die Verhandlungen über eine Aenderung des Kirchenregiments wurden jedoch durch den Tod des Kaisers beendet. Neun Jahre später kam es zu einem neuerlichen Versuch der Stände, die Besetzung des Konsistoriums in die Hand zu nehmen.³² Noch einmal verweisen die Stände mit allen historischen Gründen auf ihr Recht, das Konsistorium zu besetzen und Defensoren zu wählen. Der Kaiser scheint sich jedoch gar nicht auf eine Besprechung oder Verhandlung mit den Ständen eingelassen zu haben. Das Institut der Defensoren bestand da wohl nicht mehr. Erst als die Ereignisse des Jahres 1609 das Gesamthaus Habsburg erschütterten, trat dieses Amt wieder auf, aber es nahm da neben dem kirchlichen einen neuen, ungemein vermehrten Aufgabenkreis in Anspruch, der in den Conföderationsakten seinen Höhepunkt erreichte.

Auch in den anderen Ländern der Habsburger regten sich die Stände; diese fühlten sich als die berufenen Vertreter des ganzen Landes und beanspruchten, die Beschwerden aller Einwohner des Landes vorzubringen und ihnen abzuhelpen, wie die niederösterreichischen Stände im Jahre 1589 erklärten: *Ad officium ordinum pertinet, ut, si subditi praeter aequum graventur, gravamina deferant ad principem et quo gravatis subveniatur, quantum in ipsis est, curent.*³³

30. Gindely II. S. 213.

31. a. a. O. S. 215 ff.

32. Landtagsverhandlungen VI. S. 508 ff.

33. Wolzendorff, Widerstandsrecht, S. 281.

4. Das Staatsrecht der Conföderationsakte.

a) Einleitung.

Die Conföderationsakte sind der Abschluß und zugleich Höhepunkt einer Reihe revolutionärer Akte, die darauf hinausliefen, das böhmische Verfassungsrecht ihrer Zeit einer grundlegenden Aenderung zu unterziehen. Möglich wurden sie auf Grund einer historischen Entwicklung, die wir eben kurz dargelegt haben, und beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Verhältnisse der Regierung Rudolfs II. Seit im April 1605 die Erzherzoge sich zu einer Besprechung in Linz zusammengefunden und dortselbst ein entschiedenes Vorgehen gegen das die Interessen des Gesamthauses schädigende Verhalten des Familienoberhauptes beschlossen hatten, war es in den Ländern des Hauses Habsburg nicht zur Ruhe gekommen.¹ Die Bewegung ging von den Mitgliedern des österreichischen Zweiges des Hauses Habsburg aus, um sich in der Folgezeit gegen dieses zu wenden. Das treibende Element in den Kreisen der Erzherzoge war der spätere Kaiser Mathias, der eine ähnliche Rolle hiebei spielte wie zwei Jahrhunderte früher Jodok von Mähren. Mathias hatte, was meist wenig beachtet wird, bereits eine revolutionäre Vergangenheit hinter sich, als er das Oberhaupt der Unzufriedenen in Oesterreich, Böhmen und Ungarn wurde. Die niederländische und die böhmische Aufstandsbewegung sind nicht nur durch die dortselbst vertretenen Theorien, sondern auch durch das Schicksal des Hauses Habsburg verbunden und durch die eigentümliche Rolle, die Mathias hiebei spielte. Denn der junge Erzherzog stellte sich eine Zeit lang an die Spitze der niederländischen Freiheitsbewegung und wurde gegen den Willen des Hofes von Madrid Statthalter der Niederlande.² In der

1. Vgl. Lünig, Teutsches Reichsarchiv VI. b/II. S. 74 ff.

2. Vgl. Blok, Geschichte der Niederlande III. S. 239.

diesbezüglichen Konvention der niederländischen Stände heißt es: „Die obgenannten Länder sollen sich zufolge diesem Bündnisse einander mit Leib und Gut und Blut beistehen, die ihnen unter dem Namen des Königs oder von seinetwegen angetan werden mögen; es sei wegen des gentischen Friedens, der Ergreifung der Waffen gegen Don Johann, der Annehmung des Erzherzogs Mathias mit allem, was daraus erfolgt ist oder folgen möge.“³ Dieselbe Rolle übernahm der Erzherzog 1608 und die böhmischen Stände betrachteten im Preßburger Vertrag Mathias als Kompasciszenten. Die Verhandlungen, welche die Designation des Erzherzogs Mathias zum künftigen König bezweckten, war ein von Rudolf gebilligter, wenngleich auf revolutionärem Wege erzwungener Vorgang. Bereits die Frage über die künftige Stellung des Erzherzogs war eine schwierige, da die böhmischen Stände nicht gewillt waren, ihn zum König von Böhmen anzunehmen, sondern nur zum Thronanwärter zu wählen.⁴ Damit war eine bemerkenswerte Neuerung eingeführt, die vielleicht nur dadurch zu erklären ist, daß Mathias nicht der Erstberufene zum Throne war, sondern hiezu eben unter Uebergang des Erstberufenen erst gewählt werden mußte. Erzherzog Maximilian hatte auf das Thronfolgerecht zwar verzichtet, aber dies war einstweilen nur eine interne Familienangelegenheit der Habsburger gewesen, während es im Wesen der Annahme lag, daß auch zu einer solchen Verzichtleistung die Zustimmung oder zumindestens eine billigende Kenntnisnahme der Stände notwendig war. Daher wurde Mathias vorerst nicht zum Könige gewählt, sondern lediglich als Thronanwärter anerkannt und dies auch in dem Titel „designierter König“ zum Ausdruck gebracht.⁵

3. Waagenaar, Geschichte der vereinigten Niederlande IV. S. 336.

4. Vgl. Chlumecky, Karl von Zierotin, S. 493 f.

5. Dies wird meist übersehen und die Sache so ausgelegt, als ob Mathias bereits im Jahre 1608 König geworden wäre. Dies ist vom Standpunkte des damaligen böhmischen Staatsrechtes sicher falsch. König wurde Mathias erst durch die Krönung; daß man im Jahre 1611 an eine Art Königswahl dachte, bezeugen die Beschwerden der Schlesier wegen Uebergang ihres Rechtes in diesem Jahre (Huber, Geschichte Oest. V. S. 36). Aber gleichwohl ist es damals zu einer neuen Annahme gekom-

Immerhin war damit die schwierige Frage der Thronfolge geregelt, jedoch hatten die Stände einen gewichtigen Punkt aufgestellt, von dessen Erfüllung die spätere Annahme abhängig gemacht wurde.⁶ In einem Revers mußte sich Mathias verpflichten, bis zu seinem Regierungsantritt sich eines jeden Einflusses auf die Regierung der böhmischen Länder mit Ausnahme Mährens zu enthalten, widrigenfalls die Stände einer jeden Verpflichtung ihm gegenüber ledig wären. Da Rudolf auch weiterhin noch König von Böhmen war, blieb Mathias lediglich Thronanwärter und war keineswegs als Mitkönig anzusehen.⁷ Es sei dahingestellt, ob das Eingreifen des Mathias im Jahre 1611 nicht diesem Pakte eigentlich zuwiderlief, da diese Frage in jenen Tagen niemals gestellt wurde.

Durch die Majestätsbriefe des Jahres 1609 und die darauf erfolgten ständischen Vergleiche waren die Ziele der Revolution nicht nur erreicht worden, sondern durch die darauf sich gründende ständische Autonomie auch die kirchliche Verfassung der

men, wobei die Böhmen ihre Rechte zu vermehren suchten. Vgl. a. a. O. S. 40.) Für die Auffassung der böhmischen Stände ist die Nachricht bezeichnend (Chlumecky, S. 494), daß die Vertreter der böhmischen Stände dem Erzherzoge nur den Titel „designierter künftiger König“ zugestehen wollten. Turba hat diesen Sachverhalt zwar richtig gesehen (Thronfolge-recht), S. 296) aber den Einfluß der Stände in dieser Frage und die in der folgenden Anmerkung hervorgehobene Mentalreservation zu wenig beachtet. Eben die Annahme Mathias war gleichzeitig die stillschweigende Kenntnisnahme des Verzichts Maximilians.

6. Vgl. die Reverse Rudolfs und Mathias in Lünig VI., Continuatio I. S. 49 ff. Die Bestimmung hinsichtlich etwaiger Leibeserben des Kaisers mag man wohl niemals ernst genommen haben, doch tritt in diesen Zeilen der Sinn der bloßen Thronanwartschaft besonders hervor. Der Revers Rudolfs spricht von der „Erwählung des Erzherzogs Mathias zum Expectanten und nach unserem tödlichen Abgang zum König in Böhmen“. Den vorhin dargestellten Rechtsstandpunkt vertritt auch der Revers des Erzherzogs, der erklärte, daß er gegenwärtig zum Expectanten der Krone erwählt und nach dem Tode seines Bruders zum Könige gewählt werden solle.

7. Item wir zusagen und versprechen, daß wir bei Ihrer kaiserlichen Majestät . . . Lebeszeiten uns der Regierung, Gubernaments, Verherrschung . . . ohne sonderbaren Willen und Konsens der röhm. Kayserl. Maj. und aller drey Stände des Königreiches Böhmen noch sollen noch wollen anmaßen und dieselben auf uns ziehen.

böhmischen Länder in grundlegender Weise verändert worden. Die Wünsche der böhmischen Stände hinsichtlich der Einschränkung der königlichen Macht erreichten damals einen Höhepunkt. Dies beweist nicht nur die Aufnahme einer ausdrücklichen Widerstandsklausel,⁸ in dem Revers Mathias, die bei Nichtbeobachtung der Landesfreiheiten durch diesen in Geltung treten sollte, sondern auch eine Klage Kaiser Rudolfs, daß die böhmischen Stände seine persönliche Sicherheit bedrohen, indem sie ihm in einem Gerichtsverfahren die Schuld an dem Einfall des Erzherzogs Leopold zuschieben wollen.⁹ Ein weiterer Beweis für das Machtbewußtsein der Stände, die in dem Königtum eine nur von ihnen abhängige Einrichtung sahen, ist der bei dem Landtag von 1611 geäußerte Wunsch, die Absetzung des Hauses Oesterreich zu bewerkstelligen. Vor allem war es der Einfall des Erzherzogs Leopold, der „gänzliche anlaitung gebe, einen Neuen König zu erwählen“.¹⁰ Bei den Unterhandlungen stellten sich die Vertreter des Mathias auf denselben Standpunkt, wenn sie erklärten, es sei unmöglich, zu einer Mitregierung Rudolfs die Zustimmung der Stände zu erlangen.¹¹

Wie sich die Verhältnisse unter der Regierung des Mathias gestalteten, darüber gibt uns ein Brief des Kaisers an Ferdinand

8. „Würden wir aber über das / das Gubernament die Regier- und Herrschung bey Ihre Kayserl. Maj. und andere vorige Könige zu Böheim / wegen der Pflichtleistung / und allen andern darzu gehörigen Sachen ver richtet gleichfalls damals / wann wir zum Königreich Böhmen gelangten / nicht praestieren und verrichten, so sollen uns die Stände ebener massen mit nichten ferner verpflichtet seyn.“ Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß schon bei der Krönung Rudolfs die Stände denselben Vorbehalt gemacht haben. „Und ober das so seyne Kön. W. an sich die künliche Regierung oder Herrschung bei Leben Ih. Kayserl. May. ziehen wollt, so seindt die Stende in diesem fall keinen gehorsam unterthenigkeit Ihrer königl. W. pflichtig.“

9. „welcher massen die Böhmische Stende nach dem Abzug des Passawischen Kriegsvolks, wieder Ihre Mt. vnd deren angeerbten König einen Vnerhörten, ganz Vnchristlichen, abscheulichen und Barbarischen Prozeß führen. ... 6). Wieder Ihre Kay. Maj. einen criminal vnnnd inquisition process ahngestellet“ Hurter VI. S. 687.

10. Hammer-Purgstall, Khlesl, Urkunden II. S. 308.

11. a. a. O. S. 325.

vom 10. November 1613 Auskunft: „In Böhmen gingen die Forderungen soweit, daß alles künftige Regieren unmöglich gemacht werde. In Schlesien habe der von Jägerndorf zum General-Commandanten sämtliches Landvolk sich bestallen lassen und dringe auf Trennung der schlesischen Kanzlei, nur damit er noch weiter sich verbinden könne. In Mähren habe der Landeshauptmann (Carl von Zierotin) sämtliche Rechte des Fürsten an sich gerissen, demselben jegliches mittel bei dem Landtage abgeschnitten, so daß die Markgrafschaft mehr einer Republik als einem Fürstenthum gleiche, und das fürstliche Einkommen in die Truhe der Stände fließe, die eidlich hätten geloben müssen, keine Befehle von dem Landesherrn mehr annehmen zu wollen.“¹²

Von einer solchen Einstellung der Stände war es nur ein kleiner Schritt bis zur tatsächlichen alleinigen Machtausübung und Regierung. Die Ereignisse vom 23. Mai 1618 und die Weiterentwicklung bis zu den Conföderationsakten sind nur auf Grund des Machtverfalles der Krone und der gleichzeitigen Machtsteigerung der Stände zu verstehen.

Gleich in den ersten Tagen nach dem Fenstersturz ergriffen die aufständischen Stände die Regierung von Böhmen. Nach historischen Vorbildern wurde eine aus 13 Mitgliedern bestehende Direktoriumsregierung bestellt, welche unverzüglich auch an die Schaffung einer ständischen Armee ging.¹³ Lange Zeit hoffte man, daß der Aufstand sich gütlich bereinigen lassen werde, doch der Tod des Kaisers Mathias machte diesen Hoffnungen ein Ende. Die Stände von Böhmen gingen daran, eine Verbindung der Länder des verstorbenen Kaisers zu bewerkstelligen und verhandelten zu diesem Behufe nicht nur mit den böhmischen Nebenländern, sondern auch mit Ungarn und den beiden Oesterreich. Der erste Entwurf der Conföderationsakte, der uns gedruckt überliefert worden ist, sowie ein noch älterer Entwurf, von dem sich eine Abschrift im preußischen Staats-

12. Hurter VII. S. 15, vgl. Huber, Geschichte Oesterreichs, V. S. 50.

13. Vgl. hiezu fast alle Darstellungen des 30jährigen Krieges, insbesondere Gindely, Winter und Müller K. A. 5 Bücher.

archiv befindet,¹⁴ sehen auch die Teilnahme dieser beiden letzt-erwähnten Länder vor, während die Akte in der Fassung vom 31. Juli 1619 sich als auf die Länder der böhmischen Krone beschränkend erweisen und lediglich böhmisches Staatsrecht sein wollen. Dafür behandeln sie das letztere ausführlicher und gehen auf manche Fragen ein, die in den früheren Fassungen unberücksichtigt geblieben waren. Auf den ersten Blick scheint der Unterschied zwischen den einzelnen Fassungen der Conföderationsakte nicht beträchtlich zu sein. Vor allem ist jedoch die Präambel der Endredaktion verändert worden. Denn während in der Urfassung die Conföderation veranlaßt erscheint durch die Uebergriffe der Jesuiten, die lehren, „daß man „Ja“ reden soll und das Nein drunter verstehen“ und den Standpunkt vertreten, Ketzern dürfe man keinen Glauben halten, vertritt die zustandgekommene Conföderation den Standpunkt, daß das historische Recht der Länder der böhmischen Krone, ihre „Verfassungen, Freyheiten, Privilegien und wohlhergebrachte Gewohnheiten“ durch die Conföderation geschützt werden soll. Der ursprüngliche Gedanke, auch die evangelischen Stände der beiden Oesterreich einzubeziehen, wurde durch eine Spezialkonvention durchgeführt. Sonst ist der Text der Akte in der Schlußfassung meist erweitert, wobei allerdings bedeutsam ist, daß die wucherrechtlichen Bestimmungen der beiden Entwürfe ausgelassen sind. Nur eine Folge der Ausdehnung auf alle habsburgischen Lande ist es, wenn im Memoriale der Artikel 23 die Fassung besitzt: „Und obwohl die evangelischen in obberührten Landen allein diese Conföderation und Defension schließen, so sollen doch die katholischen Stände und Stifte, wann sie obgesetzter massen zu den Majestätsbriefen und Conzessionen auch dieser Union obligat machen und ruhig friedelich ohne Anstiftung blosser Praktiken wie die evangelischen leben, gleichfalls hierin begriffen sein.“ Dieser Gedanke hat auch später nachgewirkt. Nicht nur die Conföderationsakte selbst, sondern auch die beiden Oesterreich wollen die katholischen Stände unter ähnlichen Bestimmungen aufnehmen.

14. Preußisches Staatsarchiv, Rep. 3, Nr. 30. Der gedruckte Entwurf das letzte Mal wiedergegeben bei D'Elvert XVI. Band, S. 43.

Bedeutungsvoll ist im Memoriale auch die Umschreibung der Amtsbefugnisse der Defensores. Der Art. 37 spricht mit folgenden Worten von diesen: „Diese Defensores sollen auf alles, es sey dem Regiment zu hofe in ecclesiasticis oder politicis wie auch eines jeden anderen Landes Verlauf fleissig auf acht und kundschaft haben.“ Dies alles läßt erkennen, daß die Conföderationsakte ein reichlich überlegtes Werk der böhmischen Stände waren. Leider sind wir über die Verhandlungen der Juristen, die hiebei mitarbeiteten, nicht unterrichtet, denn was Skala¹⁵ uns überliefert, sind nur die Interessentenkämpfe der Stände, die die Urfassung in die Endredaktion brachten. Wie diese Urfassung entstand, dies ist uns nicht bekannt, sondern nur das, was im Schoße der Direktoriumsregierung beraten wurde. So wissen wir nur, daß die Prager das Klementinum für sich konfiszieren wollten, während der Ritterstand es zugunsten aller drei Stände verkaufen wollte, welcher Streit eine Auslegungsfrage des Art. 4 (Art. 5 des Entwurfes) war. Auch sonst sind noch Aenderungen bei der Endredaktion vorgenommen worden, wie folgende Uebersicht beweist:

Es entspricht dem Artikel

Des Memorials	des Entwurfs	der Artikel der Endfassung
—	—	1
1	1	2
2	2	3
5	5	4,5
—	—	6
3	3	7
—	—	8
—	—	9
4	4	10
—	6	11
6	7	12
7	8	13
8	9	14
—	—	15
9	10	16

15. Vgl. Skala III. S. 200 ff., Gindely (auf ihm beruhend) II. S. 180. Die Archivbestände der Direktoriumsregierung sind wohl mit denen Königs Friedrichs in Verlust geraten. Jedenfalls sind die Reste über diese Periode mehr als dürftig.

Des Memorials	des Entwurfs	der Artikel der Endfassung
10	11	17
11	12	18,19
12	13	20
13	14	21
14	15	22,23
15	16	24
16	17	25
17	18	26
—	—	27
—	—	28
18	19	29,30
19	20	31
20	21	32
21	22	33
22	23	34
—	24,25	35
—	26	36
—	—	37
—	—	38
—	27	39,40
—	28	41,42
—	29	43
—	30	44
—	31	45
24	32	46
25	33	47
26	34	48
27	35	49
28	36	50
29	37	51
30	38	52
31	39	53
32	40	54
33	41	55, 56, 57
34	42	58
35	43	59
36	44	60
37	45	61
38	46	62
39	47	63
40	48	64
41	49	65
42	50	66
43	51	67

Des Memorials	des Entwurfs	der Artikel der Endfassung
44	52	68
45	53	69
46	54	70
47	55	71
48, 49	56, 57	72
50	58	73
51	59	74, 75
52	60	76
53	61	77
54	62	78
55	63	79
56	64	—
57	65	—
—	66	—
—	—	80
—	—	81
—	—	82
58	67	83
59	68	84
—	—	85
60	69	86
61	70	87
63	71	88
62	—	—
—	72	89
—	73	—
—	74	—
—	75	—
64	—	—
65	—	—
—	—	90
—	—	91
—	76	92
—	77	93
66	78	94
—	79	95
—	—	96
—	80	97, 98
—	81	99
—	—	100
—	82	—
—	83	—
—	84	—

b) Böhmen als Bundesstaat.

Wenn die böhmischen Stände zu einer Neuformung der Verfassung der Gesamtländer der böhmischen Krone schreiten wollten, so war es in erster Linie notwendig, einmal das Verhältnis zu den Nebenländern einer Revision zu unterziehen. Zwischen diesen und dem Hauptlande hat es immer Reibereien gegeben,¹ die auch von geschichtlicher Bedeutung geworden waren. Hier sei daran erinnert, daß der Widerstand gegen Georg von Poděbrad von Schlesien ausging, daß bei der Huldigung für den jungen Ludwig die Schlesier diesem als ungarischen Könige huldigen wollten, welcher Streit mit dem Unterbleiben der Huldigung endete.² Auch beim Regierungsantritt Ferdinands I. kam es zu Streitigkeiten.³ Es war daher nicht verwunderlich, wenn schon in Anbetracht des kurz zuvor stattgefundenen Streites mit den deutschen Nebenländern man diese Frage in den Mittelpunkt der Conföderationsakte stellte.

In der Präambel der Conföderationsakte tritt der bundesstaatliche Charakter des Königreiches Böhmen bereits hervor. Die Urkunde erklärt, daß die Länder Mähren, Schlesien, Ober- und Niederlausitz sich „theils aus freyer Gutwilligkeit, theils aus anderen wichtigen Ursachen“ zu dem Königreiche Böhmen „geschlagen“ haben und verweist auf die wiederholten Versuche der letzten Jahre, eine solche Conföderation zustande zu bringen. Hier fällt allerdings auf, daß Eger, Elbogen und Glatz mit Stillschweigen übergangen sind, jedoch wurden diese Länder in einem böhmischen Sondergesetz besonders erwähnt.⁴ Im weiteren Verlaufe wird von den Ländern als den unierten und conföderierten Ländern gesprochen, als der Zweck der Conföderation der Schutz der Landesfreiheiten hingestellt und somit eine andere Absicht als sonst bei derartigen Conföderationen als Grundlage hingestellt. Wenn wir nämlich die Utrechter Unionsakte als Beispiel hernehmen, so finden wir, daß dort nicht die Erhaltung der Landesfreiheiten, sondern die Bekämpfung der

1. Vgl. oben S. 2, Anm. 7.

2. Palacky, Geschichte Böhmens 5/II. S. 210 ff.

3. Landtagsverhandlungen I. S. 104 f.

4. Vgl. weiter unten S. 117.

Spanier als Zweck des Bündnisses gilt.⁵ Ein flüchtiger Vergleich der beiden Verfassungen legt dar, daß in der niederländischen Verfassung die außenpolitischen Fragen das Uebergewicht besitzen, während in den Conföderationsakten das Schwergewicht auf den inneren Verhältnissen liegt. Dies ist erklärlich aus der verschiedenen Lage der beiden Staaten. In den Niederlanden spielte die nationale Frage keine Rolle, der Katholizismus war im aufständischen Gebiete zu politischer Bedeutungslosigkeit verurteilt, in Böhmen dagegen war er eine beachtliche Macht und deshalb war mit ihm innerpolitisch ebenso wie mit den nationalen Verhältnissen zu rechnen. Die böhmischen Stände mußten daher zur Aufrechterhaltung der Macht des Protestantismus eine Reihe von Bestimmungen in die Conföderationsakte aufnehmen, die eigentlich weit über die Kompetenzhoheit eines gewöhnlichen Bundesstaates hinausgehen. Während die Utrechter Unionsakte im Art 13 sich nur mit der Anordnung der Religionsfreiheit begnügen, treffen die böhmischen Conföderationsakte eine Anzahl weitgehender Bestimmungen, welche Aemter in den einzelnen Ländern in den Händen der evangelischen Stände verbleiben sollen.⁶

Diesem ohne Zweifel zentralistischen Grundzuge tritt andererseits die Bestimmung des Art. LVI gegenüber, wonach kein Land sich über das andere einer „Superiorität“ anzumaßen habe, was der folgende Artikel dahin definiert, daß ein jedes Land innerhalb seiner Landesfreiheiten und Landesverfassung autonom sein solle. Allerdings ist im Art. LVI eine kleine Mentalreservation vorhanden, die geeignet war, den Wert dieser Bestimmung nicht unerheblich zu verringern. Denn die vorerwähnte „Superiorität“ wird nur verboten „außer der Präzedenz, wie solche von alters hergebracht“. Auf diesem Wege wäre es

5. Auch der Entwurf der Conföderationsakte besitzt keine derartige staatsrechtliche Präambel, sondern eine politische, welche das Verhalten der Stände mit der Notwendigkeit eines entschiedenen Auftretens gegen die Jesuiten motiviert, weil ohne ein solches die Landesfreiheiten nicht geachtet werden. So soll die Conföderation hier die alten Rechte der Länder wahren helfen.

6. Allerdings hatten sich auch in der Utrechter Union Holland und Zeeland nur auf alleinige Duldung des Calvinismus eingelassen.

den böhmischen Ständen über kurz oder lang möglich gewesen, die von den Nebenländern niemals anerkannten Vorrechte wieder zu beanspruchen.

Noch in einer anderen Hinsicht wollte Böhmen den Vorrang über die anderen Länder sichergestellt sehen. Es sollten die böhmischen Stände die Aufgabe haben, bei der Erledigung der Krone die Wahlversammlung der Stände aller Länder auszuschreiben und dabei außerdem noch das erste Vorschlagsrecht besitzen. Da außerdem die böhmischen Stände bei der Wahlversammlung auch die letzte Stimme, das *votum conclusivum*, haben sollten, war jedenfalls der Einfluß derselben auf die Wahlversammlung als besonders hervorragend gedacht.⁷ Aber die Vormachtstellung war juristisch nicht schwerwiegend, denn es lag in diesem Einberufungsauftrage weniger eine Vorrangstellung als ein rein technischer Auftrag, die Wahlversammlung einzuberufen.⁷ Bei der Wahl selbst gibt es keine Ueberstimmung, denn für den Fall der „*imparia vota*“ wird die Entscheidung durch das Los angeordnet. Damit aber war bei der Königswahl die rechtliche Gleichstellung aller Länder festgesetzt. Dies ist der Ausdruck des reinen bundesstaatlichen Systems, das nur eine arithmetische Gleichheit der Bundesstaaten kennt und diese als Grundlage des Aufbaues des Oberstaates verwendet.

Dies enthüllt uns zugleich auch die Struktur der Conföderationsakte. In Fortführung der mit Mathias abgeschlossenen Verträge wurde aus den damals politischen Bündnissen ein juristisches System. Dem Könige sollte ein Verband der Stände der einzelnen Länder im politischen und staatlichen Leben gegenüberstehen. Das Grundgesetz, die Magna Charta der Länder der böhmischen Krone, sollte ein Vertrag der Stände der einzelnen Länder sein, ähnlich wie das Deutsche Reich des Jahres 1871 auf dem Vertrag der deutschen Bundesfürsten beruhte. Während hier ein Verband von Monarchien (man kann von den drei Stadtrepubliken der Hansestädte absehen) einen

7. In ähnlicher Weise erhielten auch die böhmischen Defensores im Art. LXV den besonderen Auftrag, die allgemeine Defensoresversammlung einzuberufen.

Oberstaat darstellen sollte, wurde durch die Conföderationsakte ein Oberstaat als ein Verband ständischer Republiken konstituiert. An der Spitze dieses Oberstaates sollte jedoch ein König stehen; während aber bis dahin der König von einem jeden der Länder der böhmischen Krone in einem besonderen Akte der Annahme angenommen wurde und daher eigentlich jedem der Länder in einer eigenen Weise während seiner Regierung gegenüberstand, so daß Böhmen bis dahin mehr das Bild einer Personalunion bot,⁸ sollte jetzt durch einen einzigen Akt das Verhältnis des Königs zur Gesamtheit aller Länder festgesetzt werden. Somit sollten dem Könige nicht die durch ihre Stände repräsentierten einzelnen Länder, sondern ein Verband der Stände der Länder als Gegenspieler im politischen wie staatlichen Leben gegenüberreten. Zugleich ist aber mit dieser Verbindung der Stände mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß nicht mehr die Krone bzw. der König das Symbol der Zusammengehörigkeit der Länder der böhmischen Krone ist, sondern die Stände drücken bereits in ihrem einheitlichen Auftreten dem Könige gegenüber die Einheit des Gesamtstaates aus. Damit ist aber das staatliche Schwergewicht noch viel mehr auf Seite der Stände gelegt, als es früher war.

c) Böhmen als Ständestaat.

Der Machtanspruch der Stände hatte sich in den letzten Jahren vor den Conföderationsakten neu gestaltet. In Böhmen war bereits vor den Ereignissen des Jahres 1547 die Macht der Stände keine geringe gewesen und die Stände hatten niemals die in jenem Jahre ihnen angetane Demütigung vergessen und waren bestrebt, ihre alten Rechte, wie sie etwa in der Wladisla-

8. Anderer Meinung z. B. Gindely, Geschichte des 30jährigen Krieges II. S. 177, der behauptet, daß Böhmen durch die Conföderationsakte in fünf voneinander unabhängige, fast nur durch die Personalunion zusammengehaltene Staatswesen aufgelöst worden wäre. Gerade die Argumente, die Gindely dort anführt, legen jedoch nach unserer Beweisführung dar, daß das Gefüge der Länder der böhmischen Krone bis dahin noch lockerer gewesen war, als es die Conföderationsakte vorsahen. Uebrigens hat gerade Gindely selbst an anderer Stelle (Rudolf II.) II. S. 16, einen anderen Standpunkt vertreten.

wischen Landesordnung niedergelegt waren, wieder zu erlangen. Gelegenheit hiezu hatten sie aber erst, als sie der Bruderzwist im Hause Habsburg in die Lage versetzte, durch günstige Ausnützung der hiebei entstandenen Konjunktur sich einen Teil der von ihnen angestrebten Rechte, noch dazu in modernisierter Form, wieder zu beschaffen.

Der Aufstand in Ungarn unter Bocskay war der Anlaß zu den Erschütterungen der Herrschaft Rudolfs II. gewesen. Bocskay selbst wandte sich mit einem Schreiben an die mährischen und schlesischen Stände mit der Aufforderung, sich ihm anzuschließen.¹ Die beiden Länder folgten vorerst nicht den Lockungen der Ungarn, die kopflose Haltung des Prager Hofes zwang jedoch die mährischen Stände zu selbständigem Vorgehen. Von Prag war keine Hilfe möglich, von dort bekam man nicht einmal auf die vielen Schreiben um Rat Antwort. Infolgedessen stellten sich die Stände auf die eigenen Beine und ernannten einen Sicherheitsausschuß, an dessen Spitze der vom Kaiser bestellte Landeshauptmann Karl von Lichtenstein trat. Mit diesem halbrevolutionärem Schritt war der Weg der späteren Entwicklung eingeschlagen.

Der bald darauf erfolgte Friede von Sitva-Torok fand nicht die kaiserliche Genehmigung. Aufs neue standen die Ungarn auf und der Kaiser in seiner Ratlosigkeit gab den Ständen der Länder, die sich an ihn um Rat und Hilfe wandten, die Antwort: dieselben möchten sich helfen, wie sie könnten, der Kaiser sei hiezu außerstande.² So kam es zu jenem Bruderzwist im Hause Habsburg, bei dem die Stände im Kampfe der beiden Brüder einen gewaltigen Einfluß auszuüben imstande waren und diesen auch betätigten.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, den geschichtlichen Gang der Ereignisse jener Tage darzustellen, wo es in Mähren sogar zur Bildung einer revolutionären Regierung kam und Rudolf

1. Vgl. hiezu vor allem Chlumecky, K. v. Zierotin S. 328 ff. Lencz, Der Aufstand Bocskays S. 81 ff.

2. Hurter V. S. 120. Nach diesem soll auch Mathias sich oftmals auf diese Antwort seines Bruders berufen haben, so diese als Freibrief für sein Auftreten hinstellend.

auf revolutionärem Wege zum Nachgeben zwang. Der Eibenschützer Vertrag ist in seiner Art ein Vorläufer der Conföderationsakte. Auch hier ist eine Verbindung der verschiedenen Länder zu finden, aber diese bleiben sich bewußt, daß ihre Funktion nur eine Ersatzfunktion ist, daß sie nicht den Kaiser zu verdrängen haben, sondern im Interesse ihrer Länder diejenigen Maßnahmen zu treffen genötigt sind, die durch das Versagen der kaiserlichen Macht notwendig geworden waren. Dazu kam noch, daß der Beitritt des künftigen Trägers der Krone diesem Bunde den Schein der Legitimität und Legalität verlieh.

Ganz in diesem Sinne ist auch die Proklamation des Erzherzogs gehalten, die er bei seinem Einrücken in Znaim verkünden ließ. „Er sei zur Erhaltung des Erzhauses dazu veranlaßt worden und gelobte, das Land Mähren im ungeschmälernten Besitze seiner Freiheiten und Rechte wie Gewohnheiten zu erhalten. . . Er gelobte, ohne Vorwissen der Mährer kein anderes Bündnis einzugehen. Auch will er sich keine andere Herrschaft anmaßen, außer die Stände hätten mit ihm paktiert.“³ So kommt es schließlich nach mannigfachen Verhandlungen zum Vertrag von Lieben und die ihm folgenden Staatsakte.

Diese selbst zerfallen in zwei Gruppen. Einerseits hatten die Träger der durch den Vertrag wiederhergestellten Rechtsordnung die gemachten Zusagen einzulösen, andererseits glaubten die mißtrauischen, um ihre Macht besorgten Stände, sich gegen einen Wortbruch sichern zu müssen.

Nach dem Vertrag von Lieben sollte nur ein Teil der bisher von Rudolf beherrschten Länder diesem verbleiben, nämlich Böhmen, Schlesien und die beiden Lausitz. Schon im Jahre darauf versuchte jedoch Rudolf, wieder in den Besitz seiner früheren Macht zu kommen und der Zwist wäre beinahe neuerlich ausgebrochen, wenn nicht Mathias sich zu einem Schritt entschlossen hätte, der ihn persönlich zwar demütigte, aber keine Machtverschiebung zur Folge hatte. Durch den hiebei zustande gekommenen Vertrag wurde aber eine wesentliche Grundlage des Vertrages von Lieben in Frage gestellt.⁴ Denn

3. Chlumecky, Karl von Zierotim, S. 447.

4. Huber, Geschichte Oesterreichs V. S. 23 f.

während der Vertrag von Lieben als ein Vertrag zwischen Rudolf und den Ständen des Königreiches Böhmen auf der einen Seite und Mathias sowie „der unierten Königreiche und Länder Bevollmächtigte“ auf der anderen Seite sich gibt, versucht der Vertrag vom 10. September 1610 die Abtretung der Länder an Mathias als einen Ausfluß der kaiserlichen Gnade dem Bruder gegenüber hinstellen. Das ständische Moment, das im Liebener Vertrag hervortritt, ist hier absichtlich ausgelassen; dadurch, daß die Stände hievon keine Notiz nahmen, konnte man in Hofkreisen leicht zu der Anschauung gelangen, daß durch diesen Actus contrarius die Vereinbarungen von Lieben aufgehoben oder zumindest nicht mehr voll zu nehmen seien.

Aber auch Rudolf hatte sich in seinen ihm verbliebenen Ländern zu gewichtigen Zugeständnissen genötigt gesehen. Die Stände, die sich am 9. Mai 1609 wider dem Gebote des Kaisers im Neustädter Rathause versammelt hatten, schlossen am 25. Juni nicht nur eine Conföderation mit einer Abordnung des schlesischen Fürstentages, sondern setzten außerdem eine 30gliedrige Direktoriumsregierung ein. Unter solchem Drucke entschloß sich Rudolf zu dem folgenschweren Majestätsbrief vom 9. Juli 1609. Noch am selben Tage kam es auf der Grundlage des Majestätsbriefes zu einem Vergleich zwischen den katholischen und utraquistischen Ständen. Ausgehend vom Grundsatz einer „billichen Gleichheit“ wird den vereinigten Ständen sub utraque „so wohl der Herren- und Ritterstand, als auch die Prager, Kuttenger und andere Städte mit ihren Untertanen, und in summa, alle diejenigen, die sich zu der Böhmischen Confession . . . bekennen, keinen hievon ausgeschlossen, ihre christliche Religion sub utraque nach Inhalt der Confession und ihrer miteinander aufgerichteten Vergleichung und Verbündnuss geraum, frey, an allen orten treiben und üben . . .“ gestattet und in Befolgung dieses Grundsatzes auch die in der böhmischen Confession dogmatisch festgelegte Selbstverwaltung in kirchlichen Angelegenheiten gewährt, so daß das Prager untere Consistorium den Ständen „in ihre Gewalt und Versorgung“ gegeben wurde. Eine genaue Vergleichung der hier angezogenen Bestimmungen ergibt, daß in Böhmen zwar einem jeden, der sich zur böhmischen Confession bekennt, das

Recht der freien Religionsübung zugebilligt erscheint, denn etwas anderes kann doch dieses „in summa“ nicht bedeuten als daß auch die Untertanen andersgläubiger Herren das Recht auf freie Ausübung der böhmischen Confession besitzen sollen, dagegen ist lediglich den utraquistischen Ständen das Consistorium anvertraut. Daneben wurde auch den Ständen die Prager Universität überlassen,⁵ und ihnen die Wahl von Defensoren gestattet.⁶ Besonders wertvoll mußte den utraquistischen Ständen die im Majestätsbriefe gewährleistete Erlaubnis sein, nach Bedarf Kirchen und Schulen bauen zu können; ferner wurden die beiden in Böhmen befindlichen Religionsparteien zur gegenseitigen Toleranz vom Kaiser angewiesen.⁷ In Verfolg dessen wurde eine jede gewaltsame Bekehrung auch der bauerlichen Bevölkerung verboten.

In dem an den Majestätsbrief sich anschließenden Vergleich zwischen den katholischen und den utraquistischen Ständen machten die Stände von dem ihnen nun zustehenden *Jus circa sacra*, das sogar zu einem *jus in sacris* für die protestantischen Stände sich ausgeweitet hatte, Gebrauch und regelten die wichtigsten aus dem Majestätsbrief sich ergebenden Fragen. Trotzdem wurde eine der wichtigsten und folgeschwersten Bestimmungen des Majestätsbriefes durch den ständischen Vergleich verändert: während der Majestätsbrief allen Einwohnern Böhmens, also auch der Bauernschaft freie Religionsübung gewährte, erscheint in dem ständischen Vergleiche dies Recht auf die Stände und die Städte des Königreiches eingeschränkt.⁸ Eine Ausnahme in einem allerdings

5. Nach Lösche hatte die Universität zugleich auch die Aufgabe eines heutigen Unterrichtsministeriums. Jahrb. f. Gesch. d. Prot. Jg. 42—44, S. 1.

6. *Vgl. hiezu über nächsten Abschnitt.

7. Sogar die Benützung der Kirchhöfe sollte nicht von einer Partei der anderen verwehrt werden.

8. Man hat es bisher übersehen und meinte, der Majestätsbrief habe die freie Religionsübung in Böhmen auch nur den Ständen zugestanden. (Vgl. Peterka, Rechtsgeschichte II. S. 120.) Diese Meinung läßt sich m. E. auf Grund obiger Darstellung nicht aufrecht erhalten, da sich hier der gewaltige Unterschied zwischen dem Majestätsbrief und dem ständischen Vergleich ergibt.

nicht unwichtigen Punkte ist hinsichtlich der gemeinsamen Friedhofsbenützung vorgesehen. Die wichtige Bestimmung des Majestätsbriefes jedoch, daß auch das Bauernvolk „weder von ihren Obrigkeiten, noch anderen geistlichen und weltlichen Standespersonen von einer Religion abgewendet und zu des Gegentheils Religion mit Gewalt oder einiger anderer erdachter Weise gedrungen werden“ dürfe, findet sich im ständischen Vergleiche nicht berührt. Die Aufrechterhaltung dieses Rechtes hätte dem ständischen Anspruch auf Festsetzung der Religionszugehörigkeit der untertänigen Bauern wohl widersprochen.

Hier sei weiter erwähnt, daß der schlesische Majestätsbrief, so sehr er in der Formulierung von dem böhmischen Majestätsbrief abweicht, doch denselben Geist der Toleranz atmet. Auch dort ist nicht nur den Fürsten und Ständen das freie Exercitium der Augsbургischen Konfession erlaubt,⁹ das der katholischen als selbstverständlich hingestellt, sondern auch „allen und jeden Einwohner des gantzen Landes Schlesien sie seyn unter Geistlichen oder weltlichen Fürsten Herrn oder Commendatoren auch in Unseren Erb-Fürstenthümern gesessen aufm Lande Städten und in Dörfern“ zugesichert, daß sie wegen ihrer Zugehörigkeit zur augsburgischen Religion weder „ab officiis removiret“ noch auf irgendeine andere Weise in ihrem Gewissen bedrängt werden sollen und auch bei den bisherigen Status des kirchlichen Vermögens gelassen werden sollen. Ein wichtiger Unterschied ist in den materiellen Bestimmungen der beiden Majestätsbriefe festzustellen. Denn während in Böhmen ein einheitliches Konsistorium über die protestantischen kirchlichen Angelegenheiten zu wachen hatte, erscheint in Schlesien keine derartige Zentralstelle vorgesehen. Dagegen ist in Böhmen die Schulerrichtung ausschließlich den Ständen vorbehalten, während in Schlesien dies Recht in den sogenannten Erb-Fürstenthümern jedermann eingeräumt erscheint.

9. Der Unterschied zwischen Augsburgischer und böhmischer Konfession war im Bewußtsein der Gläubigen (mit Ausnahme der Brüdergemeinde) derart gering, daß der ständische Vergleich sich genötigt sah, auszusprechen „so sich zu der böhmischen Konfession bekennen, welche etliche die Augsburgische nennen“.

Rein äußerlich erscheinen die Majestätsbriefe als ziemlich weitgehende Privilegien, die Rudolf II. den evangelischen Ständen ausgestellt hat. Aber die Begleitumstände ihrer Entstehung lassen sie als einen Vertrag zwischen Krone und den evangelischen Ständen erscheinen und dieser konkordatahnliche Charakter — denn die Stände waren ja die Träger des Kirchenregiments, das ihnen nach dem Majestätsbriefe zustand — wird noch durch die Tatsache bestätigt, daß die neuen Bestimmungen vielfach die Lücke ausfüllen sollten, die durch den Wegfall der Basler Kompaktate entstanden war.

Diese weitgehende ständische Autonomie nötigte vorerst die utraquistischen Stände, sich entsprechend einzurichten. Zu diesem Zweck wurde auf das Institut der Defensores zurückgegriffen und dieses Amt nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kaiser,¹⁰ mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet.¹¹ Gleichzeitig wurde auch das Kirchenregiment übernommen. Das bisherige Konsistorium wurde seines Amtes enthoben, der letzte Administrator desselben, der altutraquistisch eingestellt war, übergab die Akten und Schlüssel der Universität. Am 29. September 1609 kam es zu einem Vergleich der utraquistischen Stände, der das Kirchenregiment regelte.¹² Auf Grund dieses Vergleiches wurden die Mitglieder des Konsistoriums ernannt. Dieses sollte bestehen aus dem Administrator und 5 Mitgliedern der utraquistischen Gruppe, dem Senior und 2 Mitgliedern der Brüderunität und 3 Mitgliedern aus den Reihen der theologischen Fakultät. Gleichzeitig wurde den Priestern, die sich dem Konsistorium unterstellten, der Schutz der Stände insbesondere gegen Ansprüche des Prager Erzbischofs in Aussicht gestellt.

Von den Ländern der böhmischen Krone war lediglich Mähren infolge des Vertrages von Lieben an Mathias gefallen. Wir haben bereits früher¹³ auf die Ausbildung des Widerstandsrechtes in Mähren hingewiesen. Das Bündnis der Stände

10. Vgl. Gindely, Rudolf II., I. S. 350 f.

11. Vgl. nächsten Abschnitt.

12. Unser Vergleich bei Lünig V. S. 68.

13. Vgl. oben S. 21.

mit Erzherzog Mathias war nur geeignet, die günstige Lage der Stände zu verbessern. Bereits der Preßburger Vertrag hatte den Erzherzog und die Stände von Ungarn als gleichberechtigte Kompasciszenten behandelt.¹⁴ Ausdrücklich war dort erklärt: *Placuit nobis et in persona reliquorum statuum nunc absentium nos invicem arcta necessitudine confoederare, firmumque et inviolabile foedus inire*“ und als Sinn des Bündnisses wird hingestellt: *„sed tamquam in communi periculo Nos et nostros omnes et singulos ratione pacis et confoederationis interessatos, tueri, defendere, juvare ac propterea simul vivere et mori, teneri et obligatos esse“*. Auch im Vertrag von Eibenschütz ist dasselbe zu beobachten. Auch hier schließt sich der Erzherzog durch seine Vertreter der ständischen Conföderation an.¹⁵ Es war daher kein Wunder, wenn der ständische Ausschuß in Strehaly wenige Tage nach dem Vertrag von Lieben beschloß, daß unter die von der Conföderation verfaßten Punkte auch die Religionsfreiheit gehöre.¹⁶

Die Gewährung derselben kam am leichtesten und schnellsten in Mähren zustande. Man muß sich allerdings wundern, wie rasch man in den Kreisen der mährischen Stände sich befriedigt zeigte. Der Erzherzog gewährte in einem Landtagsabschiede vom 30. August alle politische Postulate des Landtages, was wohl als die Frucht der klugen Politik Karl von Zierotins zu werten ist.¹⁷ Tatsächlich schien von der königlichen Macht in Mähren nur ein Schatten übrig zu bleiben. Aber wenngleich der Erzherzog in allen Verfassungsfragen dem Wunsch der Stände nachgegeben hatte, von der Erfüllung der religiösen Forderungen wollte er nichts wissen und sich damit nicht das Gewissen belasten. So kam es, daß die Mährer sich mit der Versicherung des Erzherzogs zufrieden gaben, daß „seine k. Würden wollen jene Worte nicht anders verstehen als

14. Hammer Purgstall, Khlesls Leben II., Urkundenbuch Nr. 207.

15. A. a. O. Nr. 216.

16. A. a. O. Nr. 229. (Nicht 239 wie meist angeführt.)

17. Chlumecky, Karl von Zierotin, S. 517 ff.

die Stände es wünschen“, wie der Bescheid auf die Forderung der Gewissensfreiheit sich diplomatisch ausdrückte.¹⁸

So stand dem Könige ein mächtiges Adelsbündnis gegenüber, das immer mehr dazu drängte, die tatsächliche Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Noch verwickelter mußte sich diese Sachlage nach dem erzwungenen Rücktritte Rudolfs gestalten. Bereits das Eibenschützer Bündnis hatte Mathias als das Oberhaupt der verbündeten Stände betrachtet; allerdings hatte Mathias die Klausel von Stretohaly nicht angenommen, ja diese war, als sie in den Eibenschützer Verhandlungen auftauchte, wahrscheinlich infolge des Auftretens der Vertreter des Erzherzogs nicht aufgenommen worden.¹⁹ Aber auch in den Ländern Rudolfs war es zu einem ähnlichen Bündnis gekommen, denn hier hatten, die böhmischen Stände sich mit denen Schlesiens in einem Bunde zusammengefunden und die Bundesurkunde, welche noch entschiedener gerade in religiöser Hinsicht formuliert war als der Bruderbund, war sogar in die Landtafel eingetragen worden. Hier scheiterte der Versuch, auch den Kaiser in den Bund einzubeziehen, Rudolf lehnte den Eintritt ab. Aber in dem Augenblicke seiner Absetzung hatte der böhmisch-schlesische Bund keine Bedeutung mehr, obgleich auf dem Papiere er noch fortbestand, da die Streitigkeiten über die Kanzlei die Stände Böhmens und Schlesiens in einen schwerwiegenden Gegensatz geraten ließen.²⁰

Diese Reihe historischer Vorgänge sollte nach Willen ihrer Verfasser durch die Conföderationsakte beschlossen werden. Schon im vorigen Abschnitte haben wir dargelegt, daß die Conföderationsakte den Aufbau Böhmens in der Weise umgestalten wollten, daß nunmehr an die Stelle einer Personalunion Böhmen das Bild eines Bundes der Stände mit einem königlichen Oberhaupte darstellen sollte. Dieser Charakter war mitbedingt

18. Chlumecky, a. a. O. S. 520.

19. Landtagsverhandlungen XV/I. Einleitung. Hiebei ist zu beachten, daß der Urentwurf des Eibenschützer Vertrages Religionsfreiheit vorsah. Ebenda S. XVII ff.

20. Vgl. hiezu Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 36 ff. Auch Fellner-Kretzschmayr, Geschichte, S. 186 ff.

nicht nur durch das Verhältnis Kaisers Mathias zu der Eibenschützer Conföderation, sondern auch durch die Tatsache, daß er in seinem Krönungsreverse vom 3. Juni 1611 das böhmisch-schlesische Bündnis ausdrücklich anerkannt hatte.²¹ Die Conföderation von 1609 unterscheidet sich allerdings in schwerwiegendster Weise von der des Jahres 1619, aber gemeinsam ist beiden die religiöse Zwecksetzung. Hiebei dürfen wir nicht vergessen, daß auch die Conföderationsakte lediglich eine Conföderation der evangelischen Stände sein wollten, um die Verfassung der habsburgischen Lande (in der Urfassung) bzw. Böhmens in ganz bestimmte Bahnen zu lenken. Dies ist ja im Art. 23 des Memorials vielleicht noch deutlicher gewesen als in den Conföderationsakten selbst, die sich ja häufig als ein Verfassungsgesetz geben. Während aber noch in dem Entwurfe ihr ursprünglicher Charakter so weit gewahrt war, daß auch die evangelischen Klassen und Stände der beiden Oesterreich teilnehmen sollten, beschränkte sich die Endfassung auf die Länder der böhmischen Krone.

Im Verhältnis zum Könige, der nach den Conföderationsakten künftighin ein Wahlkönig sein soll, kommt den Ständen ein weitgehendstes Zustimmung- und Vorschlagsrecht zu, insbesondere tritt der Vorrang der Stände gegenüber dem Könige in der Widerstandsbestimmung des Art. XXX hervor. Hiebei ist auch wichtig, daß in diesem Zusammenhange die Conföderationsakte sich ausdrücklich als Verfassung bezeichnen. Die Akte nehmen es auch als eine besondere, ausdrücklich hervorgehobene Verletzung der Verfassung an, wenn nicht gemäß ihren Vorschriften die Landesoffiziere bestellt werden. Das im Art. XVII aufgestellte Nominationsrecht der Stände wird gefestigt durch die Sanktionsklausel des Art. XLVII, der als erster die Reihe der Artikel über die Verletzung der Verfassung einleitet, wenn wir von den allgemeinen Verletzungsklauseln der Art. XXX und XLVI absehen.²²

21. Allerdings mit der Begründung, daß er sich nicht gegen die katholischen Stände richte.

22. Genau genommen haben die Art. XLVI u. XXX denselben Inhalt.

Das Hauptgewicht der ständischen Einflußnahme soll nach den Conföderationsakten auf den das Defensionsrecht behandelnden Partien liegen. In den Art. XLVI bis LIV wird dargestellt, wann die Stände zu einem „Defensionswerk“ schreiten dürfen. Damit erfährt aber auch das Verhältnis zum Könige gegenüber den früheren Verhältnissen eine grundsätzliche Veränderung. Während man in früheren Zeiten in Böhmen der Ansicht gewesen war, daß der Huldigungseid eine durch die Beeidung der Landesfreiheiten suspensiv bedingte Pflicht sei und den Widerstand als eine Auflösung der Gehorsamspflicht auffaßte, stellte man sich nunmehr auf den Standpunkt, daß dem Könige gegenüber nur eine resolutiv bedingte Gehorsamspflicht von allen Anfang an bestehe, wie Art. XLIV beweist, und daß daher den Ständen die Wahrung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen durch die Defensoren auferlegt ist. Die Verfassung haben die Stände nicht nur dem Könige gegenüber gemäß den Art. XXX, XLIV, XLVI und LIV zu schützen, sondern auch eine Reihe von anderen Fällen berührt die Verfassungsgarantie der Stände. Ein jeder Eingriff in die Verfassung der nach Art. LXXI autonomen Länder ist unter die Sanktion der Gesamtstände der Länder der böhmischen Krone gestellt, wie es sich auch aus dem Wesen der bundesstaatlichen Verfassung ergab, daß die autonome Verfassung der einzelnen Länder von den andern garantiert werden sollte. Diese sollte durch einen eigenen Beurkundungsakt geschehen (Art. LXXI). Das Defensionswerk der Verfassung aber garantiert den einzelnen Ländern auch das Staatsgebiet, da auswärtigen Feinden gegenüber es ebenfalls platzzugreifen hat. Wenngleich die Conföderationsakte ein einheitliches Bundesgebiet nicht kennen, sondern nur durch die Verteidigungsbestimmungen der Art. LIII und LXXXIII/LXXXIV das bis dahin nur als Summe der Einzelstaatsgebiete aufgefaßte Gebiet der böhmischen Krone auch nach außen sichern, so ist damit doch derselbe Erfolg erreicht. Aber zugleich erhalten die Stände der einzelnen Länder im Zusammenhang mit dem Art. XXXI und LXI maßgebenden Einfluß auf die auswärtige Politik und kommen so in den Besitz

jener Rechte, die sie in der Jagellonenzeit besessen hatten. In logischer Fortführung dieses Grundsatzes bestimmen auch die Akte, daß die Armeen der Länder keine königliche, sondern ständische sein sollen. Wohl kann auch der König Werbungen veranstalten, aber hiezu bedarf er nicht nur gemäß Art. XXXI der Zustimmung der einzelnen Länder, die wohl wieder Musterungsherren usw. ihm zur Seite stellen würden, sondern die Conföderationsakte behandeln diese Privatarmee des Königs als gar nicht zum Staate gehörig. Die eigentliche Armee der Länder der böhmischen Krone sind die Armeen der Stände der einzelnen Länder. Nach der überaus genauen und bestimmten Formulierung des Art. LXXXI wird das Oberkommando über diese Armeen von den vereinigten Ständen bestellt. Gerade in diesem Punkte tritt aber auch der bundesstaatliche Charakter der böhmischen Krone hervor, denn im Frieden besitzt wohl ein jedes dieser Länder einen eigenen Kommandanten, aber es besteht kein Oberkommando, doch hat bis zum Eintreffen des Oberkommandanten der Landeskommandant das Gesamtkommando. Auch die Kriegsrüstungen sind der Kompetenz der Bundesländer zugewiesen.

Ein Vergleich dieser Bestimmungen mit denen der Conföderation von 1547 ergibt die Selbständigkeit der Akte von 1619. Nur die Bestimmungen über das Nominationsrecht der Stände bei der Besetzung der Landesoffiziersstellen sind sinngemäß aus der Conföderation von 1547 übernommen. Die Autonomie der Stände, die in der Conföderation von 1619 die Defensores zu wahren haben, ist in der von 1547 dem Burggrafen anvertraut. In der Conföderation von 1619 fehlen vor allem aber viele Bestimmungen, die in der Conföderation von 1547 enthalten sind und beinahe ihre größte Eigentümlichkeit ausmachen. Der Schutz der Freiheit der Landtage ging aber über die bundesstaatliche Kompetenz hinaus, er liegt vielmehr in der Kompetenz der einzelnen Bundesländer. Aus der Reception des Majestätsbriefes ging schon die Tatsache des ungehemmten Verkehrs zwischen den Defensores und den Ständen ihres Landes hervor, für die Zusammenkunft aller Defensores sieht der Art. LXV das freie Versammlungsrecht ausdrücklich vor.

Zur Wahrung des ständischen Einflusses auf die Staatsverwaltung war es notwendig, ein besonderes Amt einzurichten, das im Bedarfsfalle von den Ständen haftbar gemacht werden konnte, ohne erst den umständlichen Apparat der Defensores in Bewegung zu setzen. Zu diesem Amte wurde das bisherige Kanzleramt umgestaltet. Seine Aufgabe, die Spitze der königlichen Verwaltung zu sein, wurde in Anlehnung an frühere Bestrebungen der Stände dahin ausgelegt, daß zwar nach wie vor die königliche Kanzlei die Spitze des königlichen Zuständigkeitskreises abgeben und vom Kanzler geleitet werden solle, aber das Kanzleramt eben gerade deswegen eine Art Ueberwachungsorgan für die königlichen Regierungshandlungen sein solle. Der Art. XXXV setzt dem Kanzler die ausdrückliche Aufgabe, die königlichen Regierungsakte auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Ausdrücklich hat der Kanzler darauf zu achten, daß nicht durch solche Regierungsakte die Autonomie der Stände gefährdet werde. Aus der Fassung dieses Artikels ergibt sich der durchaus dualistische Charakter der Verfassung, die natürlich einiger Klammern zur Ueberbrückung des Gegensatzes von Ständen und König bedurfte und einen Schritt zu dem modernrechtlichen Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit bedeutete. Allerdings ist nicht ausgedrückt, welche Strafe dem Kanzler bei Nichterfüllung seiner Amtspflicht in Aussicht steht. Als eine Verstärkung des ständischen Einflusses darf in dieser Hinsicht das in den schlesischen Zusatzakten eingeführte und mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestattete Amt des Vizekanzlers angesehen werden, das in die Rolle eines Ministers am königlichen Hoflager eingerichtet wird.²³

Diese Bindung des Königs bei allen seinen Regierungshandlungen an die Zustimmung und Gegenzeichnung ständischer Organe ist nichts anderes als der Ausdruck des Machtanspruches der Stände in der Wladislawischen Landesordnung, ihre Rechte selbst aus eigener Machtvollkommenheit mindern oder vermehren zu dürfen.²⁴ Dieser von den Ständen nie vergessene

23. Vgl. unten S. 120.

24. Vgl. S. 7.

Grundsatz der Wladislawischen Landesordnung, der schon in der Jagellonischen Aera die Stellung des Königs bedrohte, ist in den Conföderationsakten zum Durchbruch gelangt, aber nicht unwesentlich verändert worden. Vor allem sind die Stände Böhmens der Ansicht, daß ein jedes Land bzw. die Stände eines jeden Landes eine entsprechende Verfassung im Laufe der nächsten sechs Monate zu beschließen und den anderen Ländern mitzuteilen haben. Damit war indirekt die Möglichkeit eines Einflusses des Königs auf die Gestaltung der Verfassungsgesetzgebung ausgeschlossen und der Grundsatz der Wladislawischen Landesordnung anerkannt, aber mit einer wichtigen Veränderung: Die Städte sind anscheinend als gleichberechtigt den anderen Ständen an die Seite gestellt. Es ist fraglich, ob nicht dabei auch das energische Auftreten der Städte während dieser Verhandlungen ausschlaggebend war.²⁵ Ferner wird die Scheidung der beiden oberen Stände in den Herren- und Ritterstand in Böhmen und in Mähren nicht berührt, wofür wir als Ursachen annehmen können einerseits, daß die Festlegung dieser Bestimmungen in die Kompetenz der einzelnen Länder gefallen sein mag, andererseits hatte jedenfalls der böhmische Ritterstand kein Interesse daran, diese Scheidung bereits in die bundesstaatliche Gesetzgebung aufgenommen zu sehen.

Das verfassungsrechtliche Uebergewicht der Stände über den König, das wir eben untersucht haben, nötigt uns nunmehr die Stellung des Königs zu überprüfen.

d) Der König.

Durch die Vorgänge des Jahres 1609 war die Stellung der Krone schwer erschüttert worden. In seinem Krönungsrevers hatte Mathias nicht nur die Majestätsbriefe und die sich daran schließenden ständischen Vereinbarungen bestätigen müssen, außerdem wurde von ihm die Aufnahme in die Conföderation der böhmischen Protestanten mit den schlesischen erreicht und damit in das böhmische Verfassungsrecht in Religionssachen eine vom König gebilligte Widerstandsklausel eingeführt, denn

25. Vgl. Gindely, Geschichte des 30jährigen Krieges, II., S. 130 f.

einen andern Sinn konnte die Vereinbarung und ihre Bestätigung nicht haben.

Es ist nicht zweifelhaft, daß die Lage ein anderes Vorgehen des Königs unmöglich machte. Mathias war auf den Stufen der Revolution bis an die Schwelle des Thrones gekommen und die Stände mußten ihn auf Grund seiner Vergangenheit, insbesondere infolge seines Beitrittes zur Eibenschützer Conföderation, mehr als ihresgleichen, als *primus inter pares*, denn als ihren Herrscher empfinden.

Als Ferdinand seinen Blick auf das künftige böhmische Erbe richtete, erhob auch Spanien Ansprüche auf die Krone von Böhmen. Aber nicht einmal in den Kreisen der böhmischen Katholiken mag man die spanische Kandidatur besonders ernst genommen haben. Als diese auf diplomatischen Wege und nicht durch das Machtwort der Stände aus dem Wege geschafft worden war,¹ kam Ferdinand im Jahre 1617 als einziger Thronanwärter in Betracht. Aber um eine Wahl auszuschließen und wieder eine Annahme durchführen zu können, griff man zu dem Auskunftsmittel, Ferdinand als Adoptivsohn des Kaisers hinzustellen.² Ferdinand selbst stellte auch einen Krönungsrevers aus, der die böhmischen Stände in ihren bisherigen Rechten bestätigte und ihm selbst die Pflicht auferlegte, bis zum Tode des greisen Kaisers einer jeden Einmischung in die Regierung sich zu enthalten, während die Stände feierlich erklärten, daß Ferdinand nur im Falle eines kinderlosen Todes des Kaisers als König angenommen sein solle.³

Bereits ein Jahr nach diesen Ereignissen kam es zur böhmischen Revolution. Die Conföderationsakte selbst regeln zugleich in weitem Umfange die Rechte des Königs der Länder der böhmischen Krone. Welche besonderen Rechte des Königs in den einzelnen Ländern bestehen, bestimmen die Akte nicht,

1. Vgl. insbesondere Turba, Thronfolgerecht, S. 297 ff. Gindely, Geschichte des 30jährigen Krieges, I., S. 1 ff.

2. Hurter VII. S. 202, Turba S. 303, Gindely, 30jähr. Krieg, I., S. 166. Turba mißt dieser Adoption keine besondere Bedeutung zu, sie war wohl zur Erleichterung der Annahme durchgesetzt worden, um eine Wahl auszuschließen. Darin lag aber eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

3. Londorp, Acta publica, S. 169.

sondern überlassen dies im Art. LXXI. den einzelnen Landesverfassungen. Damit wurde nichts wesentlich Neues geschaffen, denn es hatte bis dahin auch jedes Land in einem besonderen Akt der Annahme sein Verhältnis zum Könige bestimmt.

Wenngleich Böhmen nun ein Königreich ist, so ist es nach dem Willen der Akte in Hinkunft ein Wahlkönigreich, wie im Art. XXII ausdrücklich hervorzuheben man für gut fand. Die einzelnen Länder gehören zur Krone von Böhmen, von dieser wird der jeweilige individuelle Träger der Krone scharf unterschieden. Die Krone von Böhmen ist der Ausdruck der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Länder derselben, die Verfassung der Conföderation der Ausdruck dieser Rechte der Krone; der König steht an der Spitze dieser Verfassung. Er ist jedoch in diese nur dann „eingeschlossen“, ähnlich wie Mathias im Eibenschützer Vertrag, als Teilhaber der Conföderationsverfassung, wenn der Träger der Krone sich der Verfassung einordnet, „diese Conföderations Articul in gnedigster Obacht helt“. (Art II.) Damit ist der dem Könige schuldige Gehorsam als von der Einhaltung der Verfassung resolutiv bedingt erklärt. Folglich sind die Stände die eigentlichen Träger der Staatsgewalt, sie verleihen dem Könige die Krone; nur der logische Ausdruck dieser Rechtsüberzeugung ist das Wahlkönigtum.

Aber den Ständen mochte es auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nicht genügen, Böhmen einfach als Wahlkönigreich zu erklären; hatte doch Ferdinand I. den Ständen von Böhmen gegenüber auch auf die Successionsansprüche seiner Nachkommen 1526 verzichtet, da er Wahlkönig sei, um seit 1547 als Erbkönig sich zu bezeichnen. Indem Böhmen als Wahlkönigreich erklärt wurde, verbot man gleichzeitig auch jedes erbrechtliche Moment und daher auch im Art. XXIII die Designation eines Nachfolgers des Königs bei dessen Lebzeiten. Mit dieser Bestimmung wurde den Ständen nach dem Tode eines Königs das Interregnum gesichert und diese so in die Möglichkeit versetzt, unter der bisherigen Regierung geübte, ihnen nicht genehme Rechtsbräuche aufzuheben. Wenngleich jedoch die Stände in einer allgemeinen Bestimmung die Designation, bzw. Erwählung oder Krönung eines Königs bzw. Thronanwärters bei Lebzeiten seines Vorgängers ausgeschaltet wissen woll-

ten, so haben sie doch vorsichtig die Klausel angefügt „es sey dann, daß es die vnrten Lande selbst vor eine notturfft erachten und begehren werden“, welche Anordnung des Art. XXIII materiell mit der Bestimmung des Art. XXXI von 1547 sich deckt.

Auf die wahlrechtliche Theorie ist die Bestimmung des Art. XXIV zurückzuführen, daß die Eide eines Königs seine Nachkommenschaft nicht binden. Jeder König steht den Ständen auf Grund der Wahlkapitulation gesondert gegenüber, diese haben eine einzelne Person und nicht das königliche Haus als Vertragspartner. Infolgedessen sind auch alle Erbverträge über Böhmen ungültig.⁴

Zur Königswahl ist von den Defensoren Böhmens ein Generallandtag aller Länder der böhmischen Krone einzuberufen. Damit ist insbesondere für den Fall einer Königswahl bei Lebzeiten eines Königs diesem das Mittel aus der Hand geschlagen, den Generallandtag selbst einzuberufen und auf diesem zur Wahl eines Nachfolgers zu drängen. Der im Art. XXIII geforderte Fall einer besonderen Notdurft ist demnach zuerst von den hiezu berufenen Defensoren und hierauf von dem Generallandtag selbst zu untersuchen. Bei der Königswahl selbst haben, wie bereits erwähnt, die einzelnen Länder abzustimmen, doch hat Böhmen die erste und die letzte Stimme; einigen sich die Länder nicht, so entscheidet das Los. Dem bundesstaatlichen Prinzipie entspricht es, daß eine Ueberstimmung nicht stattfindet und daher eine Stimme soviel wiegt wie die andere, so daß die Länder bis auf die Reihenfolge im Range gleich sind. Nur die eine Regel ist aufgestellt, daß ein etwa zur Königswahl nicht erschienenenes Land als dem gemachten Vorschläge zustimmend betrachtet wird.

Mit der Konfirmation der Conföderation nach Art. XXX und unter den Bedingungen des Art. II tritt der König sein Amt an. Die Königskrönung ist in den Akten nicht mehr als eine

4. Die im Art. XXV aufgehobenen Erbverträge waren nach böhmischem Staatsrecht deshalb ungültig, da sie der Zustimmung der Stände ermangelten. Die Stände hatten doch sogar zu den Erbverträgen mit dem Hause Oesterreich im Jahre 1364 die Zustimmung erteilt.

staatsrechtliche Handlung erwähnt, an sie ist daher keinerlei Rechtsfolge geknüpft, so daß eine Rezeption des ungarischen Rechtssatzes, daß das ständische Interregnum mit der Krönung sein Ende findet, nicht erfolgt. Dies ist aus der Tatsache verständlich, daß der Erzbischof von Prag bis dahin für die Krönung zuständig gewesen war und man einem katholischen Kirchenfürsten von seiten der protestantischen Stände kein unter Umständen gewichtiges Recht verleihen wollte.

Ein wichtiger Punkt der königlichen Conföderation ist die Erklärung, daß der König dem Beschluß des Tridentinums über die *Exceptio de fide Haereticis non servanda* als für seine Person ungültig ansehe. Es ist allerdings nicht schwer, festzustellen, wie problematischen Wert eine solche Versicherung haben mußte, da ja diese Erklärung von einem Katholiken selbst wieder als unter jene Bestimmung des Tridentinums fallend angesehen werden konnte.

In dem durch die Conföderationsakte gezogenen Rahmen hat nun der König seines Amtes zu walten. Außerdem binden den König in seinem Verhältnis zu den einzelnen Ländern die verschiedenen Landesverfassungen. Der König hat insbesondere keinen Ausländer in den Rat aufzunehmen, welche Forderung von den Ständen Böhmens unter früheren Königen unzählige Male erhoben worden war.⁵ Im Verkehr mit dem Auslande ist er verpflichtet, gemäß Art. XXXI den Rat der Länder einzuholen, wenn kriegерische Verwicklungen eintreten können, er darf gemäß Art. XXXII keine festen Plätze ohne die Zustimmung aller Länder anlegen, wobei nicht zu vergessen ist, daß der Oberbefehl der Armee gemäß Art. LXXXI nicht dem Könige, sondern einem ständischen Generale zukommt.⁶ Desgleichen darf der König nach Art. XXXIII auf keines der unierten Länder ein Pfand legen, in den königlichen Städten ist das freie

5. Die Frage hatte bereits unter Wenzel IV. eine große Rolle gespielt. Vgl. hiezu Pelzl. In der Conföderation von 1547, Art. LIII bzgl. des Oberstburggrafen. Die meisten anderen Aemter, die ja damals zugleich auch den Rat des Königs bildeten, wurden hier gemäß Art. III von den Ständen nominiert.

6. Vgl. oben S. 93.

Exercitium religionis der evangelischen Religion — die Akte sprechen nicht mehr von böhmischen oder utraquistischen, sondern von evangelischem Bekenntnis — gestattet und die königlichen Verordnungen werden hinsichtlich ihrer Legalität von dem Kanzler bzw. dem Vizekanzler geprüft, ehe sie hinausgehen (Art. XXXV).

Dagegen hat der König die obersten Landesämter gemäß dem Vorschlag der Stände zu besetzen. Diese haben zu diesem Zwecke dem Könige bei Besetzung der obersten Landesämter von Böhmen und Mähren einen Vierervorschlag zu unterbreiten, welche Bestimmung aus den Akten von 1547 rezipiert erscheint. Eine ähnliche Bestimmung für die übrigen Aemter wird dagegen nicht getroffen und wohl dem Kompetenzbereich der einzelnen Landesverfassungen zugewiesen.

Dem Könige gegenüber kennen die Conföderationsakte ein vielfaches Widerstandsrecht. Wir haben bereits oben darauf verwiesen, daß schon die Reverse des Jahres 1609 ein ausdrückliches Widerstandsrecht kennen. Es ist nun für die Erhaltung der Conföderationsakte außerordentlich bezeichnend, daß sie insbesondere die im Jahre 1611 erfolgte Bestätigung des böhmisch-schlesischen Ständebündnisses hervorheben und die dort enthaltene Widerstandsklausel sich ebenfalls zu eigen machen. Dies genügte jedoch den Verfassern der Akte nicht und so finden wir, abgesehen von den im Art. VII aufgenommenen Bestimmungen über den Inhalt der Wahlkapitulation des bereits gewählten Königs, eine Reihe weiterer Widerstandsklauseln eingebaut. Wir haben schon oben auf die eigenartige Fassung des Art. II verwiesen, demzufolge der König nur dann als verfassungsmäßiges Organ auftritt, wenn er die Conföderationsverfassung „in gnedigster Obacht helt“. Eine Sanktion und Ergänzung findet dieser Rechtssatz im Art. XXX, demzufolge die Länder bei einer Verfassungsverletzung des Königs „ihre getane Pflicht loß und ledig seyn“, ohne daß ein solches Vorgehen als eine Feindseligkeit gegen den König gedeutet werden solle. Aber auch, wenn keine Defension wegen eines verfassungswidrigen Befehles eintritt, haben nach Art. XLIV die Stände einem solchen Befehl nicht zu gehorchen, so daß der Gehorsam der Stände von der Legalität der königlichen Akte

abhängt, welche Legalität zu prüfen primär die verschiedenen Kanzler, sekundär aber die betroffenen Stände berufen erscheinen. Unzweifelhaft ist damit die Ueberprüfungskompetenz viel zu weit gezogen und es wäre auf die Dauer unmöglich gewesen, mit dieser Bestimmung zu arbeiten.

Zwischen den Bestimmungen des Art. XXX und denen des Art. XLIV besteht jedoch ein gewaltiger Unterschied. Denn im Falle des Art. XXX erscheint das königliche Amt suspendiert, während von einer solchen Suspension im Falle des Art. XLIV keine Rede ist. Nicht der König, sondern lediglich der betreffende rechtswidrige Regierungsakt verfällt der Suspension.

Die Suspension des Königs auszusprechen und zur Generaldefension zu schreiten ist Aufgabe der Defensoren. Was alles unter einer zur Generaldefension berechtigenden Verfassungsverletzung zu verstehen ist, haben die Conföderationsakte an einem Punkte zusammenzufassen für tunlich gefunden. Die Art. XLVI bis LIV legen diese Fälle dar und es ist selbstverständlich, wenn wir hier auf Wiederholungen bereits angeführter Bestimmungen stoßen. Man kann diese Artikel als ein besonderes in die Conföderationsakte eingebautes Verfassungsgesetz über die Fälle der Generaldefension bezeichnen. Tatsächlich richten sich auch hier mehrere Artikel gegen den König, obschon dieser nur im Art. LIV genannt erscheint. Vor allem deckt sich mit Art. XXX in materieller Beziehung der den König nicht erwähnende Art. XLVI; nur gegen den König kann sich der Art. LVII richten, da doch die Bestellung der Landesoffiziere an die Mitwirkung der Stände gebunden erscheint, so daß eine Verfassungsverletzung in dieser Hinsicht nur dem Könige möglich ist. Auch die Verhinderung der Versammlung der evangelischen Stände und der Defensoren berechtigt nach Art. L zur Defension, was sich hier jedoch auch in erster Linie gegen den König richten kann. So sind an dieser Stelle mehrere Bestimmungen aneinandergereiht, die den Ständen ein weitgehendstes Defensionsrecht und im Zusammenhange damit ein Widerstandsrecht auch dem König gegenüber sichern.

So erschöpft sich die Aufgabe des Königs in den Conföderationsakten in einem nominellen Ehrenvorrang und nicht in tatsächlicher Machtbefugnis. Sein rechtlicher Einfluß dürfte

bei einem Bestande der Conföderationsakte wohl bedeutend geringer gewesen sein als der Einfluß eines Monarchen in einer parlamentarischen Monarchie. In dieser liegt das Schwergewicht des Staates auf Seiten des Parlaments und der König ist vor allem der Repräsentant der traditionellen Staatsideen. Ebenso ist in der ständischen Monarchie der Conföderationsakte das Schwergewicht des Staates nicht beim bloß repräsentativen Könige, sondern bei den Ständen; dies tritt am schärfsten hervor in den Artikeln, die von dem Defensorenamte handeln, wo ein genauer Instanzenzug für Beschwerden vorgeschrieben wird. Zuerst haben die Defensoren die Beschwerde an den König, bzw. den Statthalter zu leiten (Art. LXII), bei Fristüberschreitung der für die Erledigung der Beschwerde vorgeschriebenen Zeit, sie ist mit einer Woche bemessen, devolviert diese Beschwerde an die Stände des betreffenden Landes und wenn auch diese keine entsprechende Entscheidung treffen, so haben die Defensoren aller unierten Länder zwecks Fällung einer Entscheidung zusammenzutreten. Dies besagt nichts anderes als daß über dem Könige noch zwei Instanzen zu stehen haben, nämlich die Stände der einzelnen Länder und über diesen noch das Reichsdefensorenkollegium, in dem sich der böhmische Bundestaat seine ständische Spitze gibt. Aber daraus ist auch zu schließen, daß genau so wie in der parlamentarischen Monarchie bei Verfassungskonflikten über die Ausdehnung der königlichen Kompetenz das Parlament zuständig ist,⁷ daß die Entscheidung darüber nach dem Willen der Conföderationsakte in die Hände der Stände gelegt ist und der König bei der Entscheidung über diese Frage ausgeschaltet erscheint. Dies geht auch aus dem Art. LXXI hervor, der die Mitwirkung des Königs bei der Festsetzung der Verwaltungsbestimmungen der einzelnen Länder zwar nicht ausschließt, aber auch nicht kennt. In derselben Richtung weisen auch Präambeln und Art. LIV hin, denn diesen zufolge ist Böhmen in erster Linie auf den Ländern — und diese werden als politische Nation durch die Länder repräsentiert — aufgebaut. Daraus ergibt sich der Analogieschluß, daß bei Kompetenzkonflikten über die Zuständigkeit des

7. Jellinek, Allgemeine Staatslehre, S. 647.

Königs die Vermutung gegen den königlichen Kompetenzanspruch sprechen würde. Es ist doch für die Conföderationsakte so überaus bezeichnend, daß sie eine Reihe von Verpflichtungen des Königs kennen, aber einen Kanon seiner Rechte, wie es etwa die Landesordnungen von 1547 und 1564 getan haben, nicht für nötig fanden. Wenngleich ein Großteil dieser Rechte in den einzelnen Landesverfassungen seinen Platz gehabt hätte, so ist das Schweigen der Conföderationsakte in diesem Punkte mehr als wie bezeichnend.

Wenn die Verfassung der Conföderationsakte Bestand gehabt hätte, so wäre ihre notwendige Folge der Untergang des böhmischen Königtums gewesen. Denn in der Verfassung der Conföderationsakte war der König eine mehr oder minder überflüssige Einrichtung, die aus dem traditional überkommenen Mythos von der Krone des Königreichs Böhmen beibehalten worden sein mag, welcher Mythos die Nebenländer zugleich an das Hauptland band. Dazu kam noch, daß bei Einführung einer republikanischen Verfassung die Frage nach dem Staatsoberhaupt eine beinahe unlösbare geworden wäre, denn schon die rechtstechnische Frage seiner Stellung wäre nicht leicht zu beantworten gewesen, wenn man nicht einfach die Bestimmungen der Conföderationsakte hätte übernehmen können. So blieb den Ständen nichts anderes übrig, als durch einen König die Einheit des böhmischen Reiches zur Darstellung zu bringen. In dieser Aufgabe, und nur in dieser, erschöpft sich der Sinn der Stellung des Königs in den Conföderationsakten, die bezeichnenderweise auch eine Einflußnahme des Reiches bzw. des Kaisers auf die Willensbildung der Länder der böhmischen Krone nicht mehr kennen.

e) Die Defensoren.

Wir haben in unserem dritten Abschnitte das Institut der Defensoren in seinem Werdegang bis zu den Ereignissen des Jahres 1584 betrachtet. In diesem Jahre waren die Defensoren nicht mehr im Amte, ohne daß wir den genauen Zeitpunkt des Eingehens dieses Amtes festzustellen vermögen.¹ Als dieses

1. Gindely, Brüder, II., S. 315 ff.

Amt im Jahre 1609 wieder ins Leben gerufen wurde, hatten sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Stände verschoben. Kein Wunder, wenn dieses Amt nunmehr einen neuen Wirkungskreis erhielt, der mit seinen früheren Aufgaben nicht mehr verglichen werden konnte, sondern es zum bedeutendsten Träger des ständischen Elementes der Staatsverwaltung Böhmens erhob.

Wenn wir den Aufgabenkreis der Defensores unter Maximilian II. umreißen wollen, so können wir sie als eine innerkirchliche Aufsichts- und Beschwerdekommision der utraquistischen Kirche bezeichnen, welche das Laienelement im Kampfe um die Macht in dieser Kirche nicht nur dem Könige, sondern auch den die Kirche beherrschenden Geistlichen gegenüber durchsetzen wollte. Die weltlichen Kreise der Utraquisten benötigen dies Amt, um den, man muß den modernen Ausdruck hier setzen, klerikalen Einfluß in der Kirche zu bekämpfen und damit die Laisierung ihrer Kirche endgültig zu besiegeln. Gestützt wurde dieser Kampf der protestantischen Stände in Böhmen durch die evangelische Auffassung vom allgemeinen Priestertum, die ja jedes besondere geistliche Amt notwendigermaßen leugnen muß, und durch die althussitische und in der böhmischen Konfession 1575 wieder erscheinende Lehre vom *Jus circa sacra*, ja *Jus in sacris* der Stände. Mochte auch dieses im Protestantismus ebenfalls lebendig sein, die eigentümliche Ausbildung, die es in Böhmen erhielt, ist nur aus der hussitischen Wurzel zu verstehen.

Durch den Majestätsbrief war dieses Recht, Defensores einzusetzen, den Protestanten feierlich verbrieft worden. Ja noch mehr, das Amt der Defensores war eine wichtige Schlüsselstellung geworden, die von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in den Ländern Rudolfs sein sollte. Der Majestätsbrief hatte sich zwar über den Kompetenzbereich der Defensores ausgeschwiegen und nur angeordnet, daß die Defensores über dem utraquistischen Konsistorium und der Akademie stehen sollen, aber es lag nahe, daß die Stände die hier gebotene Möglichkeit ausbauen werden, die Kompetenz dieses Amtes zu bestimmen. Darüber hinausgehend hatte der Kaiser den Defensores eine ge-

wisse Autonomie in Aussicht gestellt, wenn er sich verpflichtete, die Defensores in keine andere Pflicht zu ziehen als die sie von den Ständen erhalten werden. Ausdrücklich verpflichtete sich ferner der Kaiser, die von den Ständen gewählten Defensores innerhalb 14 Tagen zu bestätigen, was vielleicht als der letzte Rest eines landesherrlichen Kirchenregiments anzusprechen ist, jedoch sollen im Falle der Nichtbestätigung durch Fristablauf — den Fall einer Ablehnung erwähnt der Majestätsbrief nicht einmal — die Gewählten ohne weiteres ihr Amt ausüben, „als wenn sie confirmieret und bestettigt weren“. Tatsächlich haben die Stände nicht gezögert, von der ihnen hier gebotenen Möglichkeit Gebrauch zu machen. In einem eigenen ständischen Vergleich der Utraquisten mit dem Kaiser wurde die Kompetenz der Defensores, die nur für Böhmen in diesem Jahre noch zuständig sein sollten, umrissen. Hier wurde den Defensores die Oberaufsicht über die Akademie, wie man damals die Universität nannte, und das Consistorium verliehen. Sie sollten auf beide „gut achtung geben vnd da es von nöten, vnter denen sub utraque allein jrgendt was anzuordnen, zu componieren oder zu reformieren, dasselbe ohne alle Hindernuss vnd ohne alle kays. Mayest. bemühung thun“. Gleichwie durch den Majestätsbrief die böhmische Konfession von 1575 gestattet wurde, so wird die als Beilage zu dieser angesehenen Kirchenordnung eingeführt und damit der innerkirchliche Amtsbereich der Defensores umrissen.^{1a} Außerdem erhalten sie noch Vollmacht, mit den Landesoffizieren böhmischer Confession und Vertrauensmännern der einzelnen Kreise Beratungen zu pflegen. Sollte aber kein Ergebnis hiebei erzielt werden, so sollten die Defensores beim nächsten Landtage die utraquistischen Stände zu einer Sonderberatung einberufen dürfen und hier sollte die Angelegenheit endgültig bereinigt werden. Damit sind aber die utraquistischen Stände als eine besondere Körperschaft erklärt und war der Ansatz zu einem Staat im Staate gegeben.

Aber daneben soll nach demselben Vergleiche auch den Defensores in Streitigkeiten hinsichtlich der Religionsverhältnisse eine besondere Gewalt zukommen, die man nur als eine

1a. Vgl. oben S. 88.

Art interkonfessionellen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof bezeichnen kann. Die Bestimmungen des Majestätsbriefes hatten unzweifelhaft den Charakter von Verfassungsbestimmungen und es war daher notwendig, einen Weg zu finden, der Streitigkeiten über diese Frage regelte. Das Bedeutsame des Vergleiches besteht nun darin, daß er aus diesen Tatsachen bewußt die juristischen Folgerungen zieht, wenn er bestimmt, daß bei konfessionellen Streitigkeiten ein aus Angehörigen der beiden Confessionen bestehender 24gliedriger paritätischer Ausschuß, zusammengesetzt von den obersten Landesbeamten, den Landrechtsbeisitzern und königlichen Räten, und den Defensoren die Entscheidung treffen solle. Dieser verfassungsrechtliche Fragen regelnde Ausschuß mußte aber seine Ergänzung in der entsprechenden Macht der Defensoren finden, wenn die Protestanten tatsächlich den Staat im Staate bilden sollten, der sie zumindest nach der protestantischen Auslegung des Majestätsbriefes sein sollten. In der Tat arbeiteten die Utraquisten bald nach einer Vermehrung der Macht der Defensoren, stießen hier jedoch auf den Widerstand der Landesbeamten.² Da die Verhandlungen ergebnislos blieben, entschlossen sich die utraquistischen Stände am 2. Oktober 1609, eigenmächtig die diesbezügliche Eintragung in die Landtafel vorzunehmen. In diesem Beschlusse erklärten die utraquistischen Stände, daß sie genötigt seien, auf ihrem Bündnisse mit den Schlesiern zu beharren und daß der Kaiser sich grundlos gegen dieses Bündnis stellte, da ja ein derartiges Bündnis die Ungarn, Mährer und Oesterreicher auch unter sich geschlossen hätten; aus diesem Grunde können sie auch nicht absteigen von dem schlesischen Bündnisse, und aus eigener Macht geben sie den Defensoren die Befugnis, im Bedarfsfalle³ sich Geld auf Kosten der Stände auszuleihen.⁴ Glückliche bezeichnet diesen

2. Vgl. hiezu den Aufsatz von J. Glücklich, O. právomoci, dané defensorum na sněmu r. 1609“ im Programm der Kleinseitner Realschule 1912/13.

3. Wörtlich: v čas nastalé potřeby, d. h. in der Zeit der eingetretenen Notwendigkeit.

4: A. a. O. S. 14 f.

Beschluß als den revolutionärsten Akt des Landtages von 1609 und meint, daß dieser Beschluß erst durch die nachfolgende Bestätigung des schlesischen Bündnisses durch Mathias, als dessen Ausführungsbeschluß er sich gibt, Rechtskraft erlangt habe. Allerdings ist darüber noch ein Zweifel möglich, weil wir von diesem Landtagsbeschluß nur aus einer einzigen Quelle, nämlich aus den Akten des Budowetz von Budowa, wissen und er darüber hinaus auch nicht in den verschiedenen Defensionschriften, Apologien usw. der Stände in den Jahren 1618/20 erwähnt wird. Daß aber Bestrebungen vorhanden waren, den Defensoren auch eine Finanzhoheit zuzugestehen, ersehen wir aus den „absonderliche Articul“, deren Punkt 6 den Defensoren das Recht verleihen wollte, Steuern auf die utraquistischen Stände mit deren Einwilligung zu legen und diese zweckentsprechend zu verwalten.

Nach den Akten des Budowetz von Budowa wurde die Kompetenz der Defensoren in einer Sonderinstruktion in ziemlich weitgehender Weise abgesteckt. Diese bedurfte keiner Bestätigung von Seiten des Kaisers, da sie sich im Rahmen der durch den Majestätsbrief gewährleisteten Autonomie der utraquistischen Stände bewegte. Dieser Instruktion zufolge haben sich die Defensoren zweimal im Jahre zu versammeln, aber auch sonst im Bedarfsfalle zusammenzukommen. Bei der Versammlung, die im Carolinum stattzufinden hat, sollen mindestens 15 Mitglieder des Defensorenkollegiums anwesend sein. Ihre Beschlüsse sollen in ein eigenes Buch eingetragen werden und zur Aufrechterhaltung seines regelrechten Amtsbetriebes ein Prokurator und zwei Amtsschreiber angestellt werden. Das Defensorenkollegium hatte nun neben dem erwähnten innerkirchlichen Amtsbereich auf die Komplettierung des Lehrkörpers der Universität zu achten und drei Universitätsprofessoren auch in das Consistorium zu berufen. Es ist ferner Schiedshof bei Streitigkeiten, die sich leicht aus der doppelten Organisation der Anhänger der böhmischen Confession, Brüder und Neuutraquisten, ergeben konnten. Sie haben des weiteren die Mitglieder des Consistoriums in ihr Amt einzuführen und üben so eine entscheidende Funktion im utraquistischen Kirchenwesen aus.

Diese Kompetenzabgrenzung der Defensores vollzog sich mit der erwähnten Ausnahme im Rahmen der im Majestätsbriefe verbrieften Autonomie der utraquistischen Stände. Diese hatten damit ihrem kirchlichen Organismus eine weitgehende Autonomie gesichert. Wenngleich das Amt der Defensores in erster Linie ein intern kirchliches Amt war, so waren sie dennoch die höchste Behörde der Utraquisten innerhalb ihrer kirchlichen Autonomie, wobei sie zugleich auch (in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des interconfessionellen Schiedsgerichtes) staatliche Funktionen ausüben sollten.

Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß die Stände genötigt waren, unter Umständen Beschlüsse zu fassen, die die Macht der Defensores keineswegs im Sinne der Absichten Rudolfs ausdehnten. Es war gewiß ein Fehler, daß man nicht schon im Majestätsbriefe die Kompetenz der Defensores genau umschrieben hatte, was bei Gelegenheit Budowetz zu der Aeufßerung veranlaßte, daß die Machtbefugnisse der Defensores im Majestätsbriefe nicht umschrieben sei, mute ihn an, als ob man jemanden zu einem Bankett einlade und ihm dort nichts zu essen vorsetze.⁵ Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß zumindest zur Wahl der Defensores und zur Entgegennahme ihrer Berichte die utraquistischen Stände eigene Zusammenkünfte veranstalten mußten, ja daß sie die Berechtigung zu solchen Zusammenkünften besaßen, da sich der Kaiser im Majestätsbriefe ausdrücklich des Rechtes begeben hatte, den Defensores Vorschriften hinsichtlich ihrer Amtsführung zu machen. Es lag im Wesen der kirchlichen Auffassung der böhmischen Confession ein gewisses demokratisches Element, das nicht dulden sollte, daß dieses Amt etwa selbstherrlich verwaltet werde.

Aber noch ein anderer Gedanke mochte nunmehr lebendig werden. Wir haben schon darauf verwiesen, daß die Defensores bei interconfessionellen Streitigkeiten Mitglieder des zur Schlichtung solcher Streitigkeiten zuständigen Schiedshofes sein sollten. Das Amt wies schon seit den Tagen des schlesischen Bündnisses ganz deutlich auf den von Althusius vertretenen Ge-

5. A. a. O. S. 15.

danken der Ephoren hin. Die Möglichkeit einer Defension und damit eines erlaubten Widerstandes gegen unrechtmäßige Ausübung der königlichen Gewalt, an und für sich dem böhmischen Verfassungsleben nicht fremd, war in der Bundesurkunde mit den schlesischen Protestanten zwar nicht ausdrücklich, aber doch dem Sinne nach den Defensoren übertragen worden, denn sie bildeten die Spitze der autonomen Selbstverwaltung der Utraquisten und ihnen mußte daher die Aufgabe zufallen, im Bedarfsfalle dies Bündnis aufzurufen. Wir haben aber keine Nachricht, daß in der Zeit von 1609 bis 1618 an diesen Befugnissen der Defensoren etwas geändert worden wäre.⁶ Der Streit um die Kirche in Braunau, der ja Veranlassung zum Ausbruche der Revolution war, fiel in die Kompetenz der Defensoren und die Bestreitung dieses Kompetenzanspruches der Defensoren durch die Katholiken bewirkte, daß er mit um so größerer Hartnäckigkeit aufrechterhalten wurde.

Diese eigentümliche Stellung der Defensoren im böhmischen Staate, die das Oberhaupt der Kirchenverwaltung des weitaus größten Teiles der damaligen Bevölkerung Böhmens darstellten, mußte auf eine Ausdehnung der Kompetenzen auf das rein staatliche Gebiet hindrängen. Es war, um der Ausdrucksweise des Althusius sich zu bedienen, die Aufgabe, sie aus Spezialephoren zu Generalephoren zu machen, sie aus Organen der Autonomie der utraquistischen Stände zu Organen des ständischen Staates zu machen, in dem ja der Einfluß der Utraquisten ausschlaggebend sein mußte.

So sehen wir eine merkwürdige Doppelkompetenz des Defensorenamtes in den Conföderationsakten. Auf der einen Seite stehen die Defensoren nach wie vor an der Spitze der Utraquisten, auf der anderen Seite haben sie eine Reihe anderer wichtiger staatlicher Funktionen auszuüben. Ausdrücklich wird bestimmt, daß die Defensoren einen Eid nicht dem Könige, sondern den evangelischen Ständen schwören. Daraus kann man mit Fug schließen, daß dies Amt zunächst nicht nur von den evangelischen Ständen eingesetzt wird, sondern auch seine bisherigen rein kirchlichen Funktionen weiter ausüben sollte, wozu

6. Vgl. hiezu Glücklich, O Defensorech v českém povstání 1618, Č. Č. H. Jg. 27.

die in den Akten noch besonders aufgezählten Aufgaben treten sollten.⁷

Wenn wir nunmehr die Zuständigkeit der Defensoren in den Conföderationsakten einer Durchsicht unterziehen, so ist es keinem Zweifel unterliegend, daß der Gedanke der Generalephoren hier in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte. Gleichwohl bleiben die Generalephoren in einer gewissen Hinsicht Spezialephoren, weil sie an das Land ihrer Herkunft gebunden bleiben. Jedes Land hat seine besonderen Defensoren zu bestellen und jedes Land auch seinen Defensoren ihren besonderen Amtsbereich zuzuweisen. In Hinsicht dieser von den einzelnen Ländern ihnen erteilten Befugnisse sind also die Defensoren Spezialephoren. Generalephoren sind sie nur in jenen Fällen des bundesstaatlichen Verfassungslebens, die ihnen die Conföderationsakte als ihren Zuständigkeitskreis zuweisen. Diese besondere bundesstaatliche Kompetenz macht nun die Spezialdefensoren zu Generaldefensoren, bzw. Ephoren.

Die Defensoren haben zunächst die Rolle von Parteianwälten gegen Uebergriffe der Staatsgewalt. Aber dadurch, daß sie öffentlich-rechtliche Beamte sind, ergibt sich eine eigentümliche Stellung der Defensoren gegenüber ihren Klienten. Denn sie besitzen ein Monopol anscheinend auf diese Vertretung, woraus sich ergibt, daß eine Ablehnung dieser Vertretung die Beschwerde unmöglich macht, wenn man von der Möglichkeit absieht, daß etwa der Beschwerdeträger selbst ein Standesherr des betreffenden Landes ist. Aus dem Wortlaut des Art. LXXI geht hervor, daß die Vertretung dieser Beschwerden Angelegenheit aller Defensoren des betreffenden Landes sein sollte. Es ist aber klar, daß die Verfolgung einer solchen Beschwerde durch das Landesdefensorenkollegium nur nach genauer Prüfung der Sachlage stattfinden mochte, so daß die Annahme

7. Dazu kommt noch, daß in den Tagen des Aufstandes das Amt der Defensoren ruhte. Vgl. Glücklich a. a. O. S. 84. Fraglich mag es sein, ob die innerkirchliche Macht der Defensoren auf die Bestätigung des Art. VII sich gründen sollte, in dem die ständischen Vergleiche nicht aufgezählt sind, oder auf die Neufassung der böhmischen Landesverfassung gemäß Art. LXXI.

einer solchen Beschwerde ein gewaltiges Präjudiz hinsichtlich ihrer Berechtigung für die zur Entscheidung berufenen Instanzen sein mußte. Wenn nun die Defensoren eine solche Beschwerde begründet fanden, so sollen sie nach Art. LXII diese vor den König oder dessen Statthalter bringen. Mißfällt die königliche (oder im Namen des Königs ergangene) Entscheidung, die innerhalb einer Woche zu fällen ist, dem Landesdefensorenkollegium, so können sie diese Angelegenheit vor die Stände ihres Landes bringen. Beim Versagen auch dieser Instanz sollen zur Fällung einer Entscheidung die Defensoren aller Länder zusammentreten. Diese letztere Konstruktion ist ganz besonders merkwürdig und für die Macht der Defensoren bezeichnend, denn in der höchsten Instanz soll der Defensor nur gemäß Art. LXIV nicht nur Parteienvertreter, sondern auch Richter sein. Diese Kompetenzkonklusion ist keineswegs zufällig, sondern sie ist eben der Ausdruck der höchsten richterlichen Gewalt der Defensoren, die nicht nur eine seitens anderer Instanzen gegen sie ergangene Entscheidung nicht annehmen müssen, sondern als Richter in oberster Instanz und General-ephoren die Gesetzmäßigkeit der von anderen Instanzen nicht anerkannten rechtlichen Ansprüche auch zu überprüfen haben. Gleichzeitig tritt auch die Eigentümlichkeit des bundesstaatlichen Aufbaues der Länder der böhmischen Krone zutage. Oberste Behörde sollten die Defensoren nur als die Repräsentanten der Gesamtländer sein, in jedem anderen Falle bleiben sie nicht nur auf ihr Land beschränkt, sondern sind auch lediglich mit der Kontrolle der Staatsverwaltung beauftragt. Rein technisch bedeutet es nur einen Vorrang Böhmens, wenn die böhmischen Defensoren nicht nur das Einberufungsrecht für die Defensorenverwaltung aller Länder besitzen, sondern auch Prag als der Ort ihres Zusammentrittes im allgemeinen dienen soll. Aber diese Bestimmung des Art. LXV scheint im ersten Augenblicke nicht ganz übereinzustimmen mit der Vorschrift des Art. LXVII, der auch den übrigen Defensoren ein derartiges Einberufungsrecht gibt. Doch spricht der Art. LXVII ausdrücklich von diesem Einberufungsrecht nur im Falle einer notwendigen Defension, so daß anzunehmen ist, die Bestimmungen der Art. LXV und LXVII seien dahin zu verstehen, daß in allen Fällen,

wo der Beschwerdeweg der Art. LXII—LXIV eingeschlagen wird, die Einberufung der Defensores den böhmischen Defensores zustehen sollte, während im Falle der Defension die Defensores des bedrohten Landes dieses Recht ausüben können, da Eile not tut.

Die auf diese Normen folgenden Bestimmungen erweisen sich als Ausführungsmaßnahmen für den Fall der Defension und es ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß auch in der Zeit vor 1618 den Defensores ein ähnliches Vorgehen vorgeschrieben war, gewissermaßen als Durchführungsbestimmungen zum schlesischen Bündnis. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die Defensores auf Kosten der utraquistischen Stände sich nicht nur Geld ausleihen konnten, sondern auch nach den „absonderlichen Articul“ die Finanzverwaltung der utraquistischen Kirche besitzen sollten, was wir als Beginn einer Finanzhoheit bezeichneten. Dies findet einen eigentümlichen Abschluß nun in den Conföderationsakten. Es mochte im Wesen der damaligen Auffassung vom Bundesstaate liegen, daß die Länder in der Art der Aufbringung der Umlagen freie Hand haben sollten, aber dem einzigen zentralistisch eingerichteten Amte das ständig fungiert, die Pflicht auferlegt wurde, die schriftlichen Finanzberichte der Länder auszutauschen. Art. LXXIII sieht den Austausch der verschiedenen Budgets zur gegenseitigen Kenntnisnahme vor, während der Art. XCIV als ergänzendes Gegenstück auch eine gegenseitige Kenntnisnahme der Rechnungs- und Kassenabschlüsse eines jeden Landes voraussieht, also den Defensores eine Aufgabe ähnlich einem heutigen Rechnungshofe zuweist. Dieses Amt hätte sich von den gleichzeitigen österreichischen Behörden durch seinen ständischen Charakter unterschieden. Damit sollte der Bereich der ständischen Steuerhoheit wiederhergestellt sein, wie er früher bestanden hatte.⁸ Gleichzeitig war damit den Defensores, die in dieser Summe zentraler Funktionen für den Bundesstaat eine Art gegenseitiger Gesandtschaft der Stände darstellten, ein weiteres materiales Substrat für ihre Tätigkeit gegeben.

8. Peterka, II., S. 107.

Die höchsten staatlichen Aufgaben fallen den Defensoren — außer im Falle der Defension — bei Vakanz des Thrones zu. In diesem Falle sollten sie nicht nur die Wahlversammlung leiten, sondern in sinngemäßer Auslegung der Art. XXVII, LXVI und LXVII auch die Direktion des Landes haben, d. h. sie waren in diesem Falle die Landes- und Reichsdirektoren. Im Falle der Vakanz des böhmischen Thrones wird also keine Einzelperson mit der obersten Regierungsgewalt ausgestattet, sondern ein Kollegium.⁹ In diesem Zusammenhange ist es allerdings bezeichnend, daß die militärische Gewalt der Defensoren im Frieden sich dahin äußert, daß sie die entsprechenden Vorbereitungen im Kriegsfall zu treffen haben. Wir erwähnten bereits, daß nach dem Willen der Conföderationsakte die Armee keine königliche, sondern eine ständische sein sollte. Obwohl nun die direkte Kriegsführung einem ständischen General obliegen sollte, so waren dennoch die Defensoren mit den Rüstungsvorbereitungen betraut. Genau gesehen ist der Art. LXXXVI nur eine Ausführungsbestimmung zum Art. LXXIII.

Wenn wir nun zusammenfassend den Inhalt des Defensorenamtes überblicken, so vermögen wir in den Funktionen, mit denen das Amt in den Conföderationsakten ausgestattet sein sollte, drei Gruppen zu unterscheiden. Die erste Gruppe umfaßt die Aufgabe des ursprünglichen Amtsbereichs der Defensoren, Organe der kirchlichen Autonomie zu sein und hier die Rechte der utraquistisch-evangelischen Kirche wahrzunehmen; diese Funktionsgruppe beruhte im wesentlichen auf der Entwicklung des Defensorenamtes und den Majestätsbrief von 1609. Diese Aufgabengruppe wurde jedoch in den Conföderationsakten fast erdrückt durch die zweite Gruppe, die die Defensoren zu Organen des innerstaatlichen Aufbaues der Länder der böhmischen Krone bestellte, die vor allem die Tätigkeit der königlichen Organe, sekundär auch die der Stände durch ihre Rechtssprechung kontrollieren und in rechtlichen Schranken halten sollten. Denn es konnte sich auch der Fall ergeben,

9. Auch der heutige tschechoslowakische Staat kennt als Stellvertreter des Präsidenten keine Einzelperson, wie die österreichische Verfassung, sondern die Regierung als Kollegium.

daß die Defensoren für den König gegen die Stände Partei ergreifen. Diese rechtssprechende und rechtskontrollierende Tätigkeit bildet den Inhalt dieser zweiten Gruppe, während die dritte Gruppe im Falle der Defension die Defensoren zu Organen zwecks Aufrechterhaltung der Integrität der böhmischen Krone, worunter auch die Verfassung fällt, macht. Hier treten sie uns als oberste Organe des Staates gegenüber, hier erfüllen sie die Aufgabe der Sicherung des Staates in rechtlicher und außenpolitischer Hinsicht. Damit ist der von uns oben¹⁰ skizzierte Gedanke des Althusius über die Ephoren vollkommen in die Conföderationsakte hieingearbeitet, so daß mit Recht die Deductionsschrift sich auf Althusius berief und gerade hier jenes 18. Kapitel zitiert, das in der *Politica* das Ephorenamt behandelt. Ausdrücklich wird jene Stelle des Althusius hervorgehoben, daß die Stände zur Verteidigung der Landesfreiheiten verpflichtet sind.¹¹ Wir haben ferner die Tatsache festzuhalten, daß Althusius die Ephoren zwar an die Spitze der Staatsverwaltung treten läßt, diese Staatsverwaltung aber selbst auf ein kleines Gebiet restringiert und alles andere den Ständen überläßt. Eine Definition der Bedeutung der Verwaltung gibt uns Althusius, wenn er behauptet, daß diese das Band sei, durch das der Staat zusammenhängt, das ihn belebt und durch das alles zum Gesamtwohl geleitet wird.¹² Klar wird hier ersichtlich, daß der Unterschied zwischen Regierung und Verwaltung noch nicht entdeckt ist,¹³ und lediglich in der Herstellung oberster Einheitsbeziehungen die Aufgabe der Verwaltung gesehen wird; bedeutsam allerdings ist der Standpunkt der *Politica*, daß alle Staatsverwaltung gesetzliche Grundlagen besitzen muß.¹⁴ Aber diese Staatsverwaltung, diese letzte Einheitsbeziehung ist eben bei Althusius sowohl wie auch in den Conföderationsakten nur der Ueberbau über die Stände. Hier liegt auch die Ursache, warum

10. Vgl. oben S. 49 ff.

11. Deduction, S. 151.

12. *Politica* S. 272.

13. Ebenda S. 285.

14. Ebenda S. 404.

die Theorie des Althusius den böhmischen Politikern zusagen mußte.

Das Institut der Defensores war unstreitig die eigentümlichste Verfassungseinrichtung, welche die Conföderationsakte vorsahen. Eine eigentümliche Mischung mittelalterlicher und neuzeitlicher Elemente kennzeichnet diese Art. Aufgebaut auf den mittelalterlichen ist es in seinen Funktionen neuzeitlich gedacht. Es ist nicht abzusehen, wohin die Verfassungsentwicklung der Neuzeit gekommen wäre, wenn die böhmische Revolution nicht eine vorübergehende Periode im Leben Europas gewesen wäre, wenn in Böhmen die Verfassung der Conföderationsakte sich behauptet hätte. Gleichwie die vernewerte Landesordnung der Ausgangspunkt für die Entwicklung des absolutistischen Staates in Mitteleuropa wurde, sie, die selbst ein Kind spanisch-italienischen Geistes war, so hätten die Conföderationsakte allein durch das Institut der Defensores eine Bedeutung erlangen können, wie sie die Utrechter Union für die Entwicklung Westeuropas erlangte. Erst Jahrhunderte später war es möglich, den Grundgedanken des Defensoresamtes der Conföderationsakte, den Gedanken einer über allen Staatsbehörden stehenden, auch das politische Leben erfassenden Rechtsprechung in der Institution der modernen öffentlich-rechtlichen Gerichte zur Ausführung zu bringen.

f) Die Länder.

Wenn die böhmische Revolution Erfolg haben sollte, so mußten sich die aufständischen Stände der Mithilfe der Nebenländer versichern. Diese konnten sie nur dadurch erreichen, daß sie in wichtigen Punkten Zugeständnisse diesen machten. Gleichzeitig jedoch trat an die böhmischen Stände die Aufgabe heran, gewisse Lücken der Landesgesetzgebung auszufüllen, und so sehen wir neben den Verabredungen und Zugeständnissen an die verschiedenen Nebenländer zugleich auch ein wichtiges Verfassungsgesetz für das eigentliche Böhmen selbst auftauchen. Die „absonderlichen Articuli“ welche das Königreich „Böheimb allein betreffen und bey dieser Generalzusammenkunft mit den anderen incorporierten Ländern durch ihre Abgesandten be-

geschlossen worden sind“, sind am 4. IX. 1619 beschlossen worden, während die anderen Gesetze mit den Nebenländern vor den Conföderationsakten abgeschlossen worden sind. Die sogenannten Berednusse waren Vereinbarungen zwischen den Direktoren und den Ständen der einzelnen Nebenländer.¹ Die geringste Bedeutung besitzen die Vereinbarungen mit Mähren, wo nur die Rangverhältnisse zwischen den böhmischen und mährischen Landesoffizieren geregelt wurden. Außerdem wurde die Zugehörigkeit Troppaus zu Mähren oder Schlesien auf den nächsten Generallandtag verwiesen. Wichtiger waren die Vereinbarungen mit Schlesien, die den Namen eines Recesses tragen, wo ausdrücklich ganz im Sinne der späteren Conföderationsakte das Mitbeteiligungsrecht der Schlesier an der Königswahl noch einmal bestätigt wurde. Die böhmischen Direktoren verpflichteten sich, eine schlesische Landeskanzlei einzurichten und die schlesischen auf Karlstein befindlichen Urkunden den Schlesiern zur Einsicht vorzulegen. Zwischen den beiden Ländern sollen in Hinkunft keine Repressalien ausgeübt werden. In das Gebiet des Privatrechtes spielt die Bestimmung hinein, daß Erbschaften von Einwohnern eines der beiden Länder in dem andern dieser Länder ohne weiteres angetreten werden können.

Der Vergleich mit der Niederlausitz versichert vor allem die Stände derselben, daß sie von den böhmischen Ständen als deren „Oheime, Schwagern, gute Freund und Nachbarn“ betrachtet würden, was an die adaequate Versicherung an die mährischen Stände² erinnert. Die böhmischen Stände verpflichteten sich des weiteren zwecks freier Ausübung des Protestantismus einen Majestätsbrief zu erwirken. Merkwürdig berührt das Ersuchen, die Niederlausitzer mögen sich bezüglich ihrer Teilnahme an der Königswahl bis zur realen Erledigung dieser Forderung gedulden, woraus man schließen kann, daß man am 28. Mai über die Formulierung des Art. XXVIII der Conföderation

1. Ueber die diesbezüglichen Unterhandlungen mit Schlesien vgl. Palm Acta publica, . . . ders. das Verhalten der Oberlausitzer . . . ders. das Verhalten der Schlesier.

2. Vgl. oben S. 2 Anm. 7.

tionsakte noch nicht ganz klar war, obwohl gleichzeitig die „Mit-einung“ in der geplanten Conföderation versprochen wurde. Der in jener Zeit viel erörterte Streit wegen Beskow-Storkow wird auf künftige Zeiten verschoben. Sonst stimmen die Abkommen mit der Niederlausitz und Oberlausitz inhaltlich, wenn auch nicht wörtlich, mit den Zugeständnissen an Schlesien überein. Insbesondere wird eine entsprechende Kanzleiverfassung in Aussicht gestellt. Auch mit den drei Gebieten von Eger, Elbogen und Glatz scheint man verhandelt zu haben, denn zwei Tage vor den Conföderationsakten faßte man einen diesbezüglichen Beschluß.³ Gleichzeitig wurde beschlossen, daß bei der Königswahl ein Vertreter aus jedem der Glatzer Stände den böhmischen Ständen zuzuziehen sei. Man wollte anscheinend hiebei verhindern, daß diese Gebiete auch den Rang von Nebenländern bekommen und so dem Lande Böhmen entfremdet werden könnten, eine Besorgnis, die nicht ganz unbegründet war.⁴

3. Wegen der Egrischen, Elbogner und Glatzer. Was aber anlangen thut die Egrischen, Elbogner und Glatzer, daß sie gleicher gestalt wie dieser Beschluß vnd auffgerichtete verordnung wegen der Ausstaffierung solches in sich begreift vnd vermag auch inhaltgleicher Schatzung ebenfalls von Handel und gewerb für ihre Personen solche Hylff und das Steueramt aufs Prager Schloß abführen: Deswegen soll mit ihnen vnverzüglich von denn Herren Directoren gehandelt werden dann es die Stände dieses Königreiches für billich erkennen, daß sie Egrische Elbogner und Glatzer in dieser vnss alle vnnd sie selbstn betreffender Noth auch mit vns eine gleichheit trage. Lünig, VI., S. 171.

4. Die Frage von Eger, Elbogen und Glatz wurde schon gelegentlich des Kanzleistreites aufgeworfen. Dieser Streit um die besondere Expedition der deutschen Nebenländer hatte seine Ursache in dem bis dahin geübten internen Brauch der böhmischen Hofkanzlei, eine gesonderte deutsche und tschechische Expedition zu führen. (Vgl. hiezu Pešák, Protokoly.) Es handelte sich also in den Anfängen des Streites nicht um eine Neueinführung, sondern um die gesetzliche Verankerung eines bestehenden Zustandes mit seinen entsprechenden Folgerungen. Aber es war nicht zu verwundern, wenn in dem Mathias überreichten Protest des Prager Oberstburggrafen gegen eine Trennung der deutschen Expedition der Hofkanzlei auch diese Stelle vorkommt:

9. „Dieweil andr zu der Cron von Böhmeib incorporierte Länder vnd Craiss als Eger, Elbogen vnd die Grafschaft Glatz vnd ire Lehen im Reiche dadurch anlass nehmen mochten auch ob andern Vice Cantzler bei

So sehen wir eine weitgehende Autonomie der einzelnen Länder in den Conföderationsakten Platz greifen. Bereits im Anfange der Präambel der Akte wird ausdrücklich auf den Grund verwiesen, warum die Länder zur böhmischen Krone gehören, die sich „theils auss freyer Gutwilligkeit, theils aus andern wichtigen Vrsachen anfangs zu dem Königreich Böhmeim ohne eintzige Erbllichkeit . . . geschlagen“ und der Schluß der Akte weist in Kap. C darauf hin, daß die Verfassung eines jeden Landes in seiner Eigentümlichkeit unberührt bleiben solle. Wenn man aber angesichts dieser Sachlage meinen sollte, daß die Akte in die inneren Verhältnisse der einzelnen Gliedländer sich nicht einmengen, so würde man irren. In einer ganzen Reihe von Bestimmungen tritt uns das Bestreben entgegen, einen gewissen Primat der Kompetenz des Bundesstaates gegenüber der einzelstaatlichen Zuständigkeit festzulegen.

Der bedeutsamste Eingriff in die einzelstaatliche Souveränität war wohl jene Bestimmung, die sogar den Umfang der Stände in den einzelnen Staaten zu beschränken geeignet war. Ausdrücklich erklärte der Art. IX C, daß die katholischen Stände verpflichtet sein sollen, auf die vom Konzil von Trient festgesetzte *Exceptio de fide haereticis non servanda* zu verzichten. Im Falle der Weigerung sollen sie ihre Landstandschaft verlieren. Die katholischen Stände sollen verhalten sein diesen Verzicht gemäß Art. XII allen Ständen des Landes in Verbindung mit der ausdrücklichen Anerkennung des Majestätsbriefes zu beeden.

Dieser Einschränkung der Rechte der katholischen geistlichen Stände, die indirekt auf ihren Ausschluß von den Landtagen hinzielte, weil wohl nicht zu erwarten war, daß dieser Eid wirklich werde geleistet werden, stand die Bestimmung zur Seite, daß auch kein Katholik zu den verschiedenen öffentlichen Aemtern zugelassen werden solle, der nicht diese Eide

E. Königl. Mt. zu begehren.“ (Pr. Staatsarchiv, Rep. 43 Nr. 5a.)

Melchior Goldast sieht in seinem Werke, *De Bohemiae Regni incorporatorum que provinciarum juribus*“ diese Gebiete ebenfalls als Nebeländer an, wobei er sich einerseits auf die Meinung der Bewohner von Glatz stützt, andererseits aber Eger und Elbogen als Bestandteile von Oberbayern ansieht. S. 100 ff.

leiste, die man als einen Eid auf die Staatsgrundgesetze bezeichnen kann. Den Gipfelpunkt erreichen diese Forderungen im Art. XIV, der festlegt, daß kein Katholik, der nicht diese Eide schwört, unter den Ständen verbleiben kann. Nur in der Hinsicht erscheinen die geistlichen Stände in dieser Frage noch schlechter gestellt als die weltlichen, da Art. LXXXIX den Verlust der Landstandschafft auch für die nachfolgenden Inhaber der betreffenden Würde ausspricht, wovon aber bei den weltlichen Ständen keine Rede ist. Alle Stände katholischer Konfession müssen jedoch zu der *Exceptio de fide haereticis non servanda* sich äußern, während Katholiken, die keine Landstandschafft besitzen, dies nicht müssen, so daß jene Bestimmungen eigentlich ein *Privilegium odiosum* gegenüber den katholischen Ständen bedeuteten.

Diese Bestimmungen über die Fähigkeit zur Landstandschafft stellen unzweifelhaft den gewaltigsten Einfluß des Bundesstaates auf die Rechtssphäre der Einzelstaaten der böhmischen Krone dar. In engster Beziehung hiemit stehen die Bestimmungen hinsichtlich der obersten Aemter der einzelnen Gliedländer. Hier ziehen es die Conföderationsakte und die schlesischen Sonderartikel vor, zu bestimmen, welche obersten Landesämter in Hinkunft von Protestanten besetzt werden sollen. In diesem Punkte greifen jedenfalls die Conföderationsakte tiefer in die Zuständigkeit der einzelstaatlichen Verfassungen ein, als es die Bestimmungen des Art. LXXI vermuten lassen möchten. Aber immerhin stellen sich die Bestimmungen des Art. XVI auf den Standpunkt der geltenden Landesverfassungen, während dagegen die Einführung des Amtes der Defensoren nach Art. XIX eine Neuerung der Landesverfassungen darstellt, denn mit der Ausnahme von Böhmen war dieses Institut gar nirgends eingeführt; der Charakter des bundesstaatlichen Aufbaues Böhmens forderte ein oberstes ständisches Organ mit entsprechender Zuständigkeit und daher war das Institut der Defensoren zur gegenseitigen Fühlungnahme dieses ständischen Verbandes der verschiedenen Länder berufen. Ausdrücklich sieht der Art. LIX vor, daß diese Defensoren von den verschiedenen Ländern einander bekanntgegeben werden sollen, wobei unter Ländern die Landtage gemeint sind.

Dieser Funktion der Defensores entspricht als Vertretung der einzelnen Länder beim Könige der entsprechende Kanzler. Die Conföderationsakte lassen die böhmische Kanzlei ungeteilt, der Anspruch der einzelnen Länder auf eine eigene Kanzlei erscheint hiemit abgewiesen. Aber den berechtigten Kern der Wünsche nach einer eigenen Kanzlei erkannten die Akte an, indem sie in den Spezialartikeln mit Schlesien ausdrücklich festsetzten, daß für Schlesien und die beiden Lausitz ein Vizekanzler und ein Sekretär deutscher Abkunft bestellt werden sollen. (Art. VII.) Außerdem bestimmte der Art. 11 der absonderliche Articul, daß bei den Vorträgen des Kanzlers beim Könige auch der Vizekanzler anwesend sein solle. Auch für Mähren erscheint ein besonderer Vizekanzler der böhmischen Expedition beigegeben in den Mähren betreffenden Sonderbestimmungen.

Diese Bestimmung über den Vizekanzler findet sich auch in den Akten Art. XXXIV. Ausdrücklich normiert dieser, daß der Vizekanzler sich so verhalten möge, wie es von alters her in Erinnerung sei; damit wäre unzweifelhaft die volle Verantwortung für Amtshandlungen der königlichen Kanzlei in Angelegenheiten der deutschen Nebenländer über kurz und lang vom Kanzler auf den Vizekanzler übergegangen und damit die Einheit der Kanzlei aufgehoben worden, bzw. hätte diese bei der Fülle der Geschäfte eine rein äußerliche, belanglose Tatsache dargestellt.⁵

Wenn demnach in wichtigen Punkten Eingriffe in das rechtliche Eigenleben der Länder festzustellen sind, so darf man doch keineswegs vergessen, daß die Conföderationsakte den Ländern wichtige Versprechungen machten, die geeignet schienen, die eben erwähnten Eingriffe in ihre rechtlichen Eigenheiten zu kompensieren; denn wenn der Art. LXXI normiert, daß die zu beschließende Verfassung den anderen Ländern zur Kenntnis zu bringen sei, so liegt darin nicht nur die Anerkennung der Autonomie der einzelnen Länder, sondern auch

5. Das Verhältnis zwischen dem Kanzler und dem deutschen Vizekanzler wäre vielleicht ähnlich geworden dem Verhältnis zwischen dem katholischen Unterrichtsminister in Ungarn und seinem calvinischen Staatssekretär, der als Minister in evangelicis fungiert.

das Versprechen ihrer Garantie, so daß nunmehr die Verfassung der Länder gegenseitig garantiert erscheint. Nur die Folge dieser Garantie sind die Art. LXXXIII und LXII ff.

In der Tat ist der Art. LXXI als Absage an den Zentralismus anzusehen, den bis dahin durch Jahrhunderte die böhmischen Stände als ihren politischen Standpunkt vertreten hatten. Ja dieser Verzicht auf das Uebergewicht geht sogar soweit, daß die Akte ausdrücklich, wie wir bereits ausführten,⁶ eine Mitbeteiligung der Nebenländer an der Königswahl vorsahen. Diese Mitbeteiligung war in früheren Jahrhunderten geflissentlich übergangen,⁷ wenn nicht geleugnet worden,⁸ so daß die Anerkennung dieses Rechtes und die Formvorschriften für die Durchführung der Königswahl die Aufgabe der alten Einstellung Böhmens gegenüber seinen Nebenländern bedeutete.

Noch in einem anderen wichtigen Punkte begegnen wir einer sehr weitgehenden Selbständigkeit der einzelnen Länder. Die Militärverfassung der Conföderationsakte kennt nicht nur ein rein ständisches System, sondern die Kontingente der einzelnen Länder werden in den Conföderationsakten ausdrücklich mit dem Hinweis derartiger Zusagen seitens dieser Länder verzeichnet, während der Entwurf die Höhe der zu versprechenden Kontingente leer ließ. In dieser Hinsicht ist jedenfalls die Gesetzgebung der Akte am weitesten von jeder zentralistischen Einstellung entfernt. Ja diese Einstellung geht so weit, daß in Friedenszeiten das Heer einer gemeinsamen Spitze entbehrte und nur „im Defensionsfalle“ eine solche bestellt werden sollte. Damit ist auf diesem wichtigen Gebiete eine Autonomie durchgeführt, wie sie uns heute mit dem Wesen des Bundesstaates beinahe unvereinbar erscheint. In dieser Hinsicht weisen unzweifelhaft die Conföderationsakte eine Struktur auf, die an die eines Staatsvereines gemahnt.

6. Vgl. S. 81.

7. So insbesondere bei der Wahl Ferdinands I., der ausdrücklich hatte bestätigen müssen, daß die Nichtbeteiligung der Schlesier an der Königswahl ihren Rechten nicht nachteilig sein solle. Vgl. Landtagsverhandlungen, I., S. 104 f.

8. So bei der Wahl Georgs von Poděbrad.

Tatsächlich liegt das Schwergewicht der Verfassung der Conföderationsakte nicht beim Bundesstaate, sondern bei den Ländern. Dies ist weniger aus dem zu ersehen, was in den Conföderationsakten steht, als aus dem, was in ihnen nicht steht. Insbesondere fehlt ein oberstes, gemeinsames gesetzgebendes Organ, denn die Generallandtage des Art. XXVI sollten nach Ländern getrennt ihre Beschlüsse fassen, sie waren also nicht ein gemeinsames Organ, sondern die Zusammenkunft der verschiedenen Landtage an einem Orte zu gleicher Zeit in rein technischer Hinsicht.

Dieser mangelnden Spitze eines obersten gesetzgebenden Organs entsprach aber nicht ein Fehlen solcher Organe auf dem Gebiete der Staatsregierung, wo Königtum und Defensores eine solche Spitze darstellen sollten, so daß Verwaltung und Judikatur in eine oberste einheitliche Spitze für alle Länder unter Aufrechterhaltung des dualistischen Grundsatzes von König und Ständen ausgelaufen wären. Bezeichnenderweise schweigen die Conföderationsakte auch über die verschiedenen Appellationen und Supplicationen, wie sie in Folge der Ereignisse von 1547 in Böhmen eingeführt worden waren.⁹ Wahrscheinlich sollte die Regelung dieser Fragen den einzelnen Landesverfassungen überlassen bleiben. Dagegen wird für die verschiedenen königlichen Kommissionen in den Nebenländern im Art. XLI verordnet, daß deren Mitglieder aus den Reihen der Einwohner des betreffenden Landes genommen werden sollen.

So liegt das Schwergewicht der Conföderationsverfassung auf den Ländern. Besonders deutlich wird dies bei Betrachtung jener Bestimmungen, welche nur für einzelne Länder erlassen wurden. Die von uns bereits erwähnten böhmischen „absonderliche Artikul“ stellen den wichtigsten Zusatz zu den Conföderationsakten neben den schlesischen Sonderartikeln dar. In 31 Artikeln wird die Verfassung Böhmens im Hinblick auf die Akte in wesentlichen Partien umrissen. In ihrem ersten Teile suchen sie die Rechte der Utraquisten noch genauer zu umreißen, bzw. die Autonomie der utraquistischen Stände auszu-

9. Peterka, Rechtsgeschichte, II., S. 98.

bauen. Insbesondere wenden sich die Artikel gleich zu Anfang dagegen, daß der Kaiser die Collaturen auf seinen Besitzungen dem Prager Erzbischof überlassen habe und es wird von ihnen dekretiert, daß diese Rechte in Hinkunft dem utraquistischen Consistorium zukommen sollen. Eine Folge des Streites um die Kirchen von Braunau und Klostergrab ist die Verordnung, daß die Erbauung utraquistischer Kirchen in Böhmen auch den Untertanen des Kaisers oder der Geistlichkeit erlaubt sein solle, was zweifelsohne auch den Intentionen des Majestätsbriefes entsprochen hatte.¹⁰ Bis zum Neubau der Klostergräber Kirche soll die dortige katholische Kirche den Utraquisten zum Gebrauche zugewiesen werden.

Daran reiht sich die bereits von uns erwähnte Bestimmung des Art. 6,¹¹ wo den zu einem gemeinen Landtage versammelten utraquistischen Ständen das Recht eingeräumt wird, eine Art Kirchensteuer einzuheben, die die utraquistischen Stände jedoch selbst aufbringen sollen und deren Eintreibung und Verwaltung den Defensoren obliegen soll. Ausdrücklich wird hiebei vorgesehen, daß die bisherigen Landesdirektoren als Defensoren weiter im Amt bleiben sollen. Im Hinblick auf die böhmische Kanzlei ist die Bestimmung bemerkenswert, daß der oberste Kanzler nur in Gegenwart des Vizekanzlers für Böhmen vortragen solle, wodurch ein gewisses Koordinationsverhältnis zwischen beiden hergestellt wurde. Gleichzeitig wird die Autonomie der Stände dem Könige gegenüber in mehreren Punkten erweitert. Bei den Landtagsverhandlungen sollen die königlichen Kommissäre nicht anwesend sein und dem Könige selbst auf die von den Ständen der königlichen Proposition gegebene Antwort keine Rückantwort mehr möglich sein, damit kein Landtag mehr als 14 Tage dauern müsse. Ferner wurde die Aufhebung der 1547 geschaffenen Aemter der Prager königlichen Hauptleute und der königlichen Richter in den Städten verfügt. In Uebereinstimmung mit den Conföderationsakten bestimmt der Art. XXIV der „absonderlichen Articul“, daß die neue Landesord-

10. Vgl. oben S. 85.

11. Vgl. oben S. 106.

nung zum künftigen Landtag vorbereitet werden solle, wobei die Grundsätze der Deduction zu berücksichtigen seien. Die „absonderlichen Artikel“ sind wahrscheinlich teilweise bereits im Frühjahr des Jahres 1619 verfaßt worden, worauf man aus den öfteren Hinweisen auf den Kaiser schließen kann, wenngleich die Mehrzahl ihrer Bestimmung, wie die Erwähnung der Deduktion im Art. XXIV beweist, erst später konzipiert wurde; sie entbehren daher auch eines einheitlichen Zuges.

Die mährischen Sonderartikel sind vor allem bestrebt, die kirchenrechtlichen Verhältnisse Böhmens nach Mähren zu übertragen. Auch hier soll in Olmütz oder Brünn eine Akademie entstehen und ein utraquistisches Konsistorium von den Defensoren eingerichtet werden. Bemerkenswert ist noch eine Bestimmung des Art. VIII, wo dem Oberstkanzler ein Vizekanzler für Mähren für die böhmische Expedition zugeordnet wird.

Die Sonderartikel der deutschen Nebenländer beschäftigen sich vornehmlich mit der deutschen Sonderexpedition, die wir schon mehrfach berührt haben. Ausdrücklich betonen vor allem die Oberlausitzer Artikel die Geltung der Kanzleibestimmungen von 1611.

Hier verdienen auch besondere Hervorhebung die Zusatzakte für Schlesien. In diesen wurde nicht nur verordnet, daß das Oberamt von nun an von einem Evangelischen verwaltet werden solle, der Art. V verordnete sogar darüber hinaus, daß von nun an in allen schlesischen Herzogtümern die Hauptleute und Kanzler evangelisch sein sollen. Gleichzeitig wurde das Privilegium fori für die katholische Geistlichkeit Schlesiens aufgehoben und die kirchlichen Steuerpflichten dem Bischof von Breslau gegenüber für erloschen erklärt. Weitere Zahlungen an diesen wurden mit 100 Thaler Geldstrafe bedroht. Den künftigen Defensoren wurde besonders ans Herz gelegt, zu verhindern, daß Protestanten bei der Erlangung des Meisterrechtes verkürzt werden. Es ist selbstverständlich, daß auch hier die Kanzleifrage angeschnitten wurde. Der Art. VII gestand den Schlesiern und Lausitzern ein Nominationsrecht für den deutschen Vizekanzler und den deutschen Sekretär zu. Daneben kommt noch eine Reihe von unbedeutenderen Fragen vor. So wird verboten, daß in der Kanzlei besondere Taxen eingehoben

werden, es soll der Rechtsgang beschleunigt werden, den Akten entgegenstehende Privilegien werden aufgehoben usw.

Einer merkwürdigen Bestimmung der schlesischen Sonderakte haben wir noch Erwähnung zu tun, obwohl sich dieselbe auch in den Abmachungen mit den oberösterreichischen Ständen befindet und bereits in den Verhandlungen den Schlesiern zugestanden waren. Es wird nämlich daselbst verordnet, daß die Böhmen und Schlesier gegenseitig unbeschränktes Erbschaftsrecht besäßen, da die Schlesier keine Ausländer seien. Hier sehen wir den Ansatz zu einer alle Länder der böhmischen Krone umfassenden Staatsbürgerschaft auftauchen.

Eine merkwürdige Seitenstellung zu den Conföderationsakten nehmen auch die Verabredungen mit den beiden Oesterreich ein. Bereits äußerlich ergibt sich eine gewisse Gleichstellung aus der Invocation. In diesen beiden Staatsakten garantierten die Stände der böhmischen Länder und beider Oesterreich sich wechselseitig ihre Rechte und schlossen ein defensives Offensivbündnis zu deren Schutze. Auch die Katholiken dieser Länder dürfen sich dieser Conföderation anschließen. Die Conföderation soll zwar auf ewig abgeschlossen sein, doch wird eine alle fünf Jahre stattfindende Revisionskonferenz vorgesehen. Der Landesfürst hat sie beim Regierungsantritte zu bestätigen. Das Bündnis mit Oberösterreich geht noch weiter. Hier wird die volle Gleichberechtigung der Evangelischen verlangt und die Ahndung eines Verstoßes des Landesfürsten gegen dieses Bündnis mit der Generaldefension vorgesehen. Die Oberöreicher sollen Defensoren bestellen, die mit den böhmischen Defensoren stete Fühlung halten sollen, wobei die Art des Zusammenberufungsrechtes den Conföderationsakten entlehnt ist. Ferner wird den oberösterreichischen Ständen ein Generalhauptmann als Landeshauptmann empfohlen. Zwischen Gesamtböhmien und Oberösterreich wird freier Verkehr festgesetzt.

Die Autonomie der Länder ist in diesen Sonderartikeln und Zusatzakten weit gezogen worden. Sie findet praktisch genommen lediglich eine Begrenzung in der Verpflichtung, die Conföderation anzuerkennen und bei ihr zu bleiben, widrigenfalls die Sanktionsbestimmung des Art. LII in Kraft treten sollte.

Diese Beschränkung ist aber so geringfügig, so daß der Zusammenhang der Länder der böhmischen Krone ein äußerst lockerer sein mußte. Dazu kommt noch, daß die obersten gemeinsamen Organe auf weiten Gebieten ihres Aufgabenkreises primär als Organe der einzelnen Länder fungieren sollten und erst sekundär als Organe der Gesamtstaatsverwaltung, wie es besonders deutlich beim Defensorenamte hervortritt. So sind die Länder nach dem Willen der Conföderationsakte die Träger des Gesamtstaatswillens, ihnen bzw. ihren Ständen sollte es obliegen, im Rahmen der Akte ihre Freiheiten zu wahren und auszubauen.

g) Der konfessionelle Charakter der Conföderationsakte.

Die Conföderationsakte bezeichnen sich als eine Conföderation der evangelischen Stände der Länder der böhmischen Krone, die hervorgerufen sei durch die Notwendigkeit, der Verfolgung der evangelischen Religion ein Ende zu setzen. Nicht nur die Präambel spricht diesen Gedanken aus, sondern auch der Art. I, der als unmittelbaren Zweck der Conföderation vornehmlich die „Defendierung“ der Religion hinstellt. Dieser Zweck der Conföderation war im Entwurfe noch schärfer hervorgetreten. Damit ist auch der rechtliche Charakter der Akte bestimmt. Sie sind weniger Gesetz als politisches, zwar bis in Einzelheiten ausgearbeitetes Programm einer Adelskonföderation, wobei angesichts der politischen Kräfteverhältnisse allerdings an der Durchführung dieses Programms nicht zu zweifeln ist.

Diese Union der evangelischen Stände dient aber auch dem offiziellen Wortlaute gemäß nicht der Errichtung eines rein evangelischen Staates. Ausdrücklich erklären die Conföderierten, daß die Länder „die freye Vbung der Religion“ haben sollen, daß „gleichmessiger Schutz allen Ländern, Ständen vnd Einwohnern, ohne Unterschied der Religion“ gehalten werden sollte, ihre Union bezeichnen sie selbst als eine christliche, die zu niemandes „unbillichen Betrug vnd Nachteil“ gereichen solle. Die Conföderationsakte sprechen sonst immer nur von evange-

lischen Ständen und evangelischer Religion, die alte Bezeichnung der Utraquisten wird wohl aus politischen Gründen fallen gelassen, um die Schlesier und Böhmen als einer Religion zugehörig zu bezeichnen. Schon in den Majestätsbriefen war 1609 das „augsburgische Bekenntnis“ in Schlesien analog dem Utraquismus in Böhmen behandelt worden. Jetzt zog man aus der rechtlichen wie konfessionellen Uebereinstimmung die letzten Folgerungen und wollte von nun an nur noch evangelisch sein.

Aber nichtsdestoweniger finden sich Vorschriften, die eine gewisse Vorrangstellung der evangelischen Stände begründen sollten. Hiezu dienen zweierlei Maßregeln: Solche, die sich in erster Linie als die Protestanten begünstigend erweisen, und solche, die sich bemühen, die Katholiken in irgendeiner Weise hintanzusetzen.

Es ist für die Gesinnung der damaligen Zeit überaus bezeichnend, daß die Akte in erster Linie von den Beschränkungen der Katholiken ausgehen, die gleich am Anfange stehe. Im Art. III und IV wird der Jesuitenorden für Böhmen verboten und dem Könige auch das Halten eines Jesuiten als Beraters untersagt, was allerdings als keine Besonderheit gelten kann, da dies in evangelisch regierten Staaten damals gang und gebe war. Die Güter des Jesuitenordens werden als zur Landesverteidigung dienend für verfallen erklärt. Die Einführung neuer Orden in den Ländern wird ebenfalls untersagt, eine Maßnahme, die sich aus dem damaligen Bestreben der katholischen Kirche erklärt, eine Reihe von Orden im Kampfe gegen den Protestantismus zu mobilisieren und zu diesem Behuf auch neue Orden zu gründen. Desgleichen sehen die Conföderationsakte eine dauernde Schwächung des Katholizismus vor, indem auch alle damals unbewohnten, bzw. unbenützten Stifter, Kirchen und Klöster den evangelischen Ständen überlassen werden, während hingegen den Protestanten die Wahrung des damaligen Besitzstandes an Kirchen im Art. VIII verbürgt wird. Den größten Eingriff in die Rechte der Katholiken und deren Gleichberechtigung nehmen jedoch die Artikel vor, die sich mit der Renunciation der *Exceptio de fide haereticis non servanda* beschäftigen. Nicht nur der Art. VII schreibt dem Könige die Ablegung dieser Renunciation vor, sondern es haben darüber hinausgehend die

katholischen Stände die Achtung des Majestätsbriefes und diese Renunciation eidlich zu geloben. Auch katholische Nichtstandesmitglieder sind zur Ablegung dieses Eides verpflichtet, wenn sie ein Amt antreten sollen. Die Weigerung, diesen Eid zu leisten, zieht Verlust der Landstandschaft, bzw. Amtsunfähigkeit nach sich.

Als eine weitere Benachteiligung der Katholiken ist jedenfalls auch die Bestimmung des Art. VIII anzusehen, derzufolge dort, wo bisher ein rein katholischer Rat bestand, derselbe zur Hälfte aus Katholiken, zur anderen Hälfte aus Protestanten unter dem Vorsitze eines Protestanten zusammengesetzt sein solle. Da die Geschäfte des Rates dem Vorsitzenden, dem Bürgermeister oder Primas, obliegen sollten, so war damit der tatsächliche Einfluß auch in diesen wohl vielfach katholischen Gemeinden in die Hand der evangelischen Ratsmitglieder gelegt. Auch die schlesischen Sonderartikel trafen eine Reihe derartiger Vorschriften.¹

Diese letzte Bestimmung berührt sich bereits mit den die Protestanten direkt fördernden Bestimmungen der Conföderationsakte. Hieher gehört in erster Linie die Aufzählung der Aemter, die nach dem Willen der Akte zukünftig aus den Reihen der Protestanten besetzt werden sollten und die viel weiter geht als die Bestimmungen der Conföderation von 1547, wo lediglich eine Parität angestrebt wurde. Weiter sind die Defensores auf Grund des recipierten Majestätsbriefes den evangelischen Ständen zu entnehmen. Diese sind auf Grund derselben Vorschriften auch die aktiv Wahlberechtigten, ihnen werden auch die Defensores vereidigt (Art. LII). Auch das Kanzleramt, das in gewisser Hinsicht den ständischen Einfluß dem König gegenüber sichern sollte, wurde auch nur Protestanten zugänglich nach Art. XXXIV. Dagegen trafen die Akten hinsichtlich der Vizekanzler und Sekretäre keine Bestimmung, sondern überlassen dies dem bisherigen Landesbrauche.

Damit war die gesamte Staatsverwaltung unter die Kontrolle und den Einfluß der evangelischen Stände gestellt. Die Versammlungen dieser Stände werden auch viel wichtiger als

1. Siehe oben S. 124.

die allgemeinen Ständeversammlungen, an denen auch Katholiken teilnehmen können. Gerade die Vorschriften über die Beamten lassen erkennen, daß das eigentliche Schwergewicht der nach den Conföderationsakten zu schaffenden Verfassung bei den evangelischen Ständen liegen sollte.

In diesen Zusammenhang fällt auch die Bestimmung des Art. XV, daß über Protestanten kein Katholik eine Jurisdiktion in geistlichen oder weltlichen Angelegenheiten ausüben solle.

So bildeten die Protestanten einen Staat im Staate, der jedoch die Hegemonie über den Gesamtstaat ausüben sollte. Wohl hatte der Art. IX die freie Religionsübung als Grundgesetz proklamiert, aber der darauf folgende Art. X spricht wieder nur von der freien Religionsübung der Protestanten, die der Katholiken wird nicht ausdrücklich in den Conföderationsakten erwähnt, obwohl von den sonstigen Rechten der Katholiken die Rede ist. Ueber diesen Punkt schweigen die Akte. Allerdings darf man nicht vergessen, daß der Protestantismus erst im Jahre 1609 gesetzlich in Böhmen gestattet worden ist² und daß der Majestätsbrief ausdrücklich davon spricht, „daß jedes Theil seine Religion, darinn es seine Seligkeit verhofft, frey und ohne alle Bedrängnisse eines von den andern üben möge“, so daß auch den Katholiken auf Grund der Reception des Majestätsbriefes in den Conföderationsakten freie Ausübung ihrer Confession gewährleistet erschien. Allerdings kann nicht verkannt werden, daß der Katholizismus in die zweite Rolle bei Aufrechterhaltung seiner kirchlichen Institutionen durch die Conföderationsakte gedrängt worden wäre. Es ist nur dem Unvermögen der sprachlichen Formulierung zuzuschreiben, wenn der Sinn der neuen konfessionellen Kraftverhältnisse nicht so deutlich in den Akten hervortritt als es von Urhebern derselben beabsichtigt war. Der Majestätsbrief hatte zwar von einer „billichen Gleichheit“ hinsichtlich der freien Religionsübung gesprochen, welche den Katholiken nach den Conföderationsakten allerdings nicht verwehrt war, doch beeinträchtigte die Zugehörigkeit zum

2. Von Maximilian war die böhmische Confession nur mündlich erlaubt worden. Vgl. S. 63.

Katholizismus die volle Staatsbürgerfähigkeit. Damit war die entscheidende Wendung vollzogen, die Katholiken sollten Staatsbürger zweiten Grades sein, wobei es wenig bedeutete, daß die beiden Majestätsbriefe, die für Böhmen und Schlesien erlassen waren, nicht nur auch weiterhin in Geltung bleiben sollten, sondern auch auf die andern Nebenländer ausgedehnt wurden. So konnte es leicht zu einer Rechtslosigkeit der Katholiken kommen, die von allen wichtigen Staatsämtern ausgeschlossen keine Möglichkeit gehabt hätten, die Interessen ihrer Kirche wahrzunehmen, denn der vorhin erwähnte paritätische Ausschuß für konfessionelle Streitigkeiten wird nicht weiter erwähnt und wenngleich der ständische Vergleich auch weiterhin in Geltung bleiben sollte, was aus seiner Erwähnung in der Deductionsschrift hervorgeht, so ist doch die große Frage, ob es möglich gewesen wäre, die notwendigen 12 katholischen Landesoffiziere aufzubringen.

Etwas anders steht es mit der nationalen Frage in den Conföderationsakten. Diese wird, wenn wir von der Erwähnung des Vizekanzlers für die deutschen Nebenländer absehen, nicht berührt. Die Gesetzgebung der Landtage von Mähren hatte wenige Jahre vorher zu antideutschen Maßnahmen gegriffen.³ Diese sind, da anscheinend unter die Kompetenz des Bundesstaates nicht fallend, in den Conföderationsakten nicht erwähnt. Andererseits ist der bundesstaatliche Aufbau der Länder der böhmischen Krone und die Stellung von Eger, Elbogen und Glatz auf nationale Motive zurückzuführen. Die Forderung früherer Zeiten, daß zu den Aemtern nur geborene Tschechen (Böhmen) heranzuziehen seien, erscheint in den Conföderationsakten auf das Verbot für den König eingeschränkt, Ausländer (Cizozemci) als Offiziere, Räte und bürgerliche Amtsträger zu gebrauchen.

Gerade dieser Punkt ist aber für die Beurteilung der Conföderationsakte von ausschlaggebender Bedeutung, da er zur Beurteilung heranzuziehen ist, ob die böhmische Revolution in erster Linie eine nationale oder konfessionelle Bewegung war.

3. Huber, Geschichte Oesterreichs, V., S. 52 f.

Unsere Darlegungen lassen wohl keinen Zweifel, daß die Träger der Revolution sich vor einer Hineintragung des nationalen Momentes hüteten, daß man bewußt das konfessionelle hervorkehrte. In dieser Hinsicht ist die Tatsache bezeichnend, daß der Generallandtag am 8. Juli mit einem Gottesdienst in der deutschen Kirche zur hl. Dreifaltigkeit auf der Kleinseite eröffnet wurde, bei dem in deutscher Sprache „eine feste Burg“ und „Wer Gott nicht mit uns in diser Zeit“ gesungen wurden.⁴ Es ist mehr als bezeichnend, daß eine Anzahl der Defensores des Jahres 1609 und der Direktoren des Jahres 1618 Deutsche waren.⁵ Anders steht dies mit der Flugschriftenliteratur, die das nationale Moment stets betonte.⁶ Auf diese werden wir weiter unten noch zurückkommen.

Dieser Versuch einer Vorherrschaft der evangelischen Stände drückt den Akten einen ganz eigentümlichen Charakter auf. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß eine Verbindung der Stände dem Könige gegenüberstehen sollte; aber innerhalb derselben sollten die evangelischen Stände die Leitung haben, sie stellen nach dem Willen der Conföderationsakte — um einen modernen Ausdruck zu verwenden — den Staatsstand im eigentlichen und engsten Sinne des Wortes dar. Gesichert soll diese Hegemonie der evangelischen Stände durch das Institut der Defensores werden, die den evangelischen Ständen entnommen, die Spitze der staatlichen Verwaltung darstellen sollten, während der König auf rein repräsentative Aufgaben beschränkt erscheint. In dieser doppelten Verschachtelung der Stände, die auf der einen Seite nur als Stände schlechthin, auf der anderen Seite als evangelische Stände die politische Nation im engsten Sinne des Wortes bilden wollen, liegt die Bedeutung des konfessionellen Momentes für die Conföderationsakte, ja darüber hinaus die Grundlage für das Staatsrecht der Akte überhaupt.

4. Skala, Historie, III., S. 179.

5. Allerdings halte ich die Behauptung Kliks (Národnostní poměry v Čechách, Č. Č. H. 27 S. 310), daß unter den Defensores des Jahres 1609 die Hälfte, wenn nicht noch mehr deutsche gewesen seien, für etwas, aber nicht wesentlich übertrieben.

6. So Mayr-Deissinger, Die Flugschriftenliteratur.

Hier war das Problem angeschnitten, die Religionsfreiheit der Einzelperson zu verbinden mit dem Vorwalten des politischen Einflusses der Angehörigen einer Kirche. Mag uns auch die Lösung unvollkommen erscheinen, so kann man nicht leugnen, daß die eigentümliche Verzahnung, die die Conföderationsakte versuchten, eine staatsrechtliche Höchstleistung bedeuteten.

5. Die Staatsgesinnung der Revolution der Stände.

Bereits zwei Tage nach dem Prager Fenstersturze, also am 15. Mai 1618, erschien die erste Verteidigungsschrift seitens der aufständischen Stände. Die Vermutung liegt nahe, daß diese, die sogenannte kleine Apologie, bereits vor dem Fenstersturze ausgearbeitet worden sei.¹ In rascher Folge entstand nunmehr eine literarische Fehde zwischen den Anhängern des Wiener Hofes, bzw. diesem selbst und den aufständischen Ständen.² Aus dieser ist der Standpunkt der Stände klar ersichtlich. Ja noch viel mehr: Aus dieser Literatur geht ebenso wie aus den Conföderationsakten die Staatsauffassung der Stände deutlich hervor, so daß sich diese Schriften über den Standpunkt bloßer Verteidigungsschriften weit erheben.

Für unsere Zwecke spielen die in diesen Schriften enthaltenen zahlreichen Beschwerden über den Bruch der Majestätsbriefe, über die Uebergriffe der Katholiken und den Bruch der Landesverfassung keine Rolle, so reizvoll es manchmal wäre, diese Beschwerden auf ihren rechtlichen Inhalt nachzuprüfen. Schöpfen wir doch bis heute einen Großteil unserer Kenntnisse über die Vorgeschichte des Aufstandes aus diesen Quellen, die natürlich alles in parteimäßig verzerrter Darstellung bringen, aber auf guten, uns heute unzugänglichen Materialien beruhen.

Aber der Geist der Revolution war nicht erst am 23. Mai 1618 erwacht. Seit dem Jahre 1547, ja darüber hinaus, war, wie wir im ersten Kapitel dieser Arbeit festgestellt haben, in

1. So Antonin Marcus in Č. Č. H. XVII. Jg. in seinem Beiträge über die kleinere Apologie. S. 200.

2. Vgl. insbesondere hiezu Gebauer, die Publizistik über den böhmischen Aufstand und Mayr-Deissinger, die politische Literatur der Jahre 1618/19.

Böhmen die Ueberzeugung herrschend gewesen, daß die Stände die eigentlichen Träger des Staates seien, daß der König nur ein rein repräsentativer Faktor im Staatsleben sein solle.

Die erste Apologie dient dem Nachweis der Berechtigung des Vorgehens der Stände. Die evangelischen Stände versuchten hier den Beweis zu erbringen, daß ihr Vorgehen zwei Tage vorher berechtigt gewesen sei. Sie wenden sich nach dem Vorbilde der Niederländer nicht gegen die Person des Kaisers, sondern gegen die „Praktiken“ der Umgebung des Kaisers, welche verhindere, daß die Beschwerden der Stände, die im gesetzlichen Wege über die Defensoren erfolgt seien, gehört werden.³ Die Statthalter werden als die Feinde der Stände bezeichnet. Diesen wird vorgeworfen, daß sie die königliche Autorität untergraben, die zu wahren die utraquistischen Stände sich berufen fühlen und daher haben sie die drei Hauptschuldigen „nach alten Brauche“ aus dem Fenster geworfen. Mag auch die Ergebenheitserklärung in der kleineren Apologie eine diplomatische Floskel sein, so ist dennoch klar ersichtlich, daß die Stände an einen Bruch mit dem Kaiser nicht denken, denn dazu war die Stimmung noch zu wenig geklärt. Hatte doch einige Wochen zuvor erst der Abt von Strahov, Johannes Lohellius, der spätere Erzbischof, in einem Briefe erklärt, daß in Böhmen alles ruhig und an keine Unruhe zu denken sei.⁴ Das eine tritt jedoch aus

3. Noch in einem Schreiben vom 30. Juni erklären die Stände u. a.: (V. Mt. cognoscat) hancce defensionem a Dominis Ordinibus institutam non contra Caesarem V. Mt., sed vice versa pro eadem et ad legitimam defensionem huius Regni Bohemiae... dsgl. am 19. Juli: Confidimus tamen et simul Caesarem V. Mt. humilissime rogamus, ut posthabitis perniciosissimis istis Consiliariis fidelissimum, candidissimum, pernecessarium atque adeo inevitabile hocce Ordinum huius Regni propositum clementissime adproperare Caesareo Regiam auctoritatem interponere et nos ratione huic Regno praestiti Juramenti, contra improbos istos consiliarios et perniciosos communis pacis turbatores... clementissime tueri atque Defensionem ne dedignetur...“ Wenn der Kaiser dies nicht tun werde so wird erklärt: „Ordines tum iterum atque iterum coram Deo Optumo Maximo, omnique mundo protestantur testanturve, si quod tamen idem Deus clementissime auertat, perniciosius quiddam subaequitatem, nos tum ab omni culpa immunes“ (aus Londorp Acta Ed. 1621).

4. Original im Archiv von Strahov.

der kleinen Apologie klar hervor, daß die Stände sich als die Träger der durch die Majestätsbriefe verbürgten Rechtsordnung ansehen, daß sie und nicht die königlichen Beamten zur Wahrung derselben berufen sind. Die königlichen Beamten handeln nur dann als solche, wenn sie den Gesetzen gemäß handeln. Unwillkürlich werden wir an die Argumentation Johannis von Görlitz erinnert, wenn dieser am 7. Juni 1394 sich auf den Standpunkt stellte, daß die von den Anhängern Jostens verübten Greuelthaten der Gerechtigkeit widersprächen und daher dem Könige nicht zuzurechnen seien.⁵

Der kleinen Apologie ist in den meisten Drucken eine kleine Schrift beigegeben, welche sich betitelt: „Grundtlicher Beweis dass die zu den Geistlichen Gütern vnd Clöstern gehörige Vnterthanen nach aussweisung dess Majestätbriefs vnd zwischen den Ständen sub una vnnd sub utraque geschehen Vergleichung befugt seyn vn gut recht haben dass sie ihnen wie auch Ihr. Kay. May. Vnderthanen auff deroselben Herrschaften zu ihrem Gottesdienst Kirchen aufbauen vnd Gott geruhiglich dienen mögen.“ In 12 Punkten wird der Beweis zu führen versucht, daß die Erbauung der beiden Kirchen von Braunau und Klostergrab erlaubt gewesen sei. Bemerkenswert ist insbesondere der dritte Punkt, demzufolge die religiösen Grundrechte, wie sie im Majestätsbriefe und den Vergleichen niedergelegt seien, kein königlicher Befehl antasten dürfe und, im Falle dies doch geschehe, dieser nicht befolgt werden müsse. Die letzten Punkte dienen dem Nachweise, daß die kirchlichen Güter königliche Kammergüter seien. Insbesondere wird darauf verwiesen, daß dem Könige das Jus patronatus zustehe, während die einzelnen Geistlichen, von denen keiner die Landstandtschaft besitze, nur einen Usufructus an diesen Gütern haben, da sie ja nur „Administratores in Temporalibus ad vitae tempus“ seien, was ganz deutlich eine Nachwirkung wycliffischer Vorstellungen ist.

Ganz anders als die kleine Apologie ist die zweite gehalten, die eigentlich ein modernes Blaubuch sein könnte. Hier ist an Hand der Geschichte die Berechtigung des Vorgehens der Stände zu erweisen versucht. Eine Reihe von zeitgenössischen

5. Siehe S. 22.

Aktenstücken soll dartun, daß die Gegner der Stände an dem Bruche durch Nichteinhaltung der Majestätsbriefe und der dazu gehörigen Nebengesetze schuldig seien.

Unter den sonstigen Schriften und Abhandlungen, die von ständischer Seite damals herausgegeben wurden — die kaiserliche Partei hatte nach dem Erscheinen der mißglückten „Evangelischen Erklärung“⁶ es bald aufgegeben, auf literarischem Gebiete die Fehde fortzusetzen —⁷ ragt ein Schritt hervor, die von Bedeutung für uns ist. „Deduction, das ist notwendige Ausführung, Bericht und Erzählung deren Ursachen und Motiven, darumb Kayser Ferdinandus II nach tödluchem Abgang weyland Kayzers Mathiae dess Regiments im Königreiche Böhheim und desselben incorporierten Länder verlustigt . . .“⁸ Wir besprechen diese Schrift zugleich mit der großen Apologie, denn in ihr treten die Grundzüge der Staatsgesinnung klarer und deutlicher als in dieser hervor, die Apologie verschweigt manches, was hier offen herausgesagt wird.

Allerdings ergibt sich ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden offiziellen Publikationen der Stände dadurch, daß die Apologie vor und die Deduction nach der Absetzung Ferdinands erschienen ist. Die Absetzung selbst geht von der Behauptung aus, daß Böhmen ein Wahlkönigreich sei. Gestützt wird diese Behauptung in der Absetzungsurkunde selbst auf die alten Landesprivilegien, zugleich aber den beiden Reversen der Kaiser Rudolf und Mathias von 1609 der Sinn gegeben, daß in ihnen das freie Wahlrecht der Stände anerkannt worden sei. Ausdrücklich wird der Terminus „Annahme“ für Ferdinand abgelehnt. Zur Begründung der Absetzung Ferdinands dienen vor allem zwei Gründe: Er habe sich wider seine Versprechungen in die Regierung des Landes eingemengt und habe des ferneren durch den Erbvertrag mit Spanien die Rechte der böhmischen Stände zu schmälern versucht. Infolgedessen

6. So nach Mayr-Deissinger, der die Urheberschaft des Wiener Hofes nicht bezweifelt.

7. Erst viele Jahre später legte Melchior Goldast ihren Standpunkt in einer Reihe von Schriften in haltbarer Weise dar.

8. Diese Schrift ist bis heute in der Literatur nicht sehr beachtet.

habe er sich selbst „dess Regiments und Herrschung entblösset“, so daß die Länder und Stände aller Pflicht gegen ihn ledig seien.⁹

Wir erinnern uns, daß auch die Conföderationsakte im Art. XXX die Verfassungsverletzung seitens des Königs damit beantwortet wissen wollen, daß die Stände „ipso facto ihrer gethanen Pflicht loss und ledig seyn“ sollen. Dies aber ist der schärfste Ausdruck des Widerstandsrechtes, denn damit ist zum Ausdruck gebracht, daß der König, der sein Amt mißbrauchen will, dieses automatisch verliert und nach der Lehre der „*Vindiciae contra tyrannos*“ der Vertrag mit dem Volke gelöst ist, so daß dieses auch zu keinerlei Gehorsam verpflichtet erscheint.¹⁰

Die Apologie selbst nimmt nur zu einigen uns angehenden Fragen Stellung und begnügt sich sonst mit der Zusammenstellung von Beschwerden über die Praxis der königlichen Behörden und den verschiedenen von Seiten der Katholiken vorgekommenen Mißachtungen der Majestätsbriefe. Entscheidend und den Einfluß monarchomachischer Lehren wieder deutlich verratend ist dagegen die Stelle, wo sich die Stände gegen die „evangelische Erklärung“ wenden, die behauptet hatte, daß die Stände durch ihr Auftreten gegen die weltliche Obrigkeit sich gegen Gottes Gebot vergangen hätten. Hier erklärt nachdrücklichst die Apologie: „Was es doch wol mit Obrigkeit und Unterthanen auff dieser Welt vor eine gelegenheit habe. Ob die Obrigkeit keinen Legibus unterworfen, sondern nur alles von sich Absolute gegen den Unterthanen vornehmen könne?“ und nachdem noch die Frage gestellt ist, ob unbedingter Gehorsam von den Untertanen zu fordern sei, erwidert die Apologie, daß auch die Stände von Gott angeordnet seien. Im Uebrigen sei dies nicht die Hauptfrage, sondern der Kernpunkt bestehe in dem Nachweis des rechtmäßigen Vorgehens der Stände. Denn auch die Stände sind der Auffassung, daß alle Obrigkeit von Gott sei.¹¹

9. Aehnlich die, Anhang Nr. 5, beigegebene Urkunde aus Raudnitz

10. Vgl. S. 47.

11. Apologie S. 70.

Freilich sehen auch die Stände in der Apologie auf dem Standpunkte, daß nicht der Kaiser selbst für die Zustände in Böhmen verantwortlich sei, sondern seine „schädlichen Giefftigen Rätthe und Ertsfeinde der Evangelischen Religion / Kleselius und seine Rottgesellen“ seien hiefür verantwortlich, diese hätten „das Regiment zu sich gezogen vnd die Königreich jhres gefallens / in Politischen vnd Gewissenssachen / administriert: Denen man sich ja billich (weil sonsten aller schutz vnd schirm abgestreckt gewesen) opponieren vnnd zur Gegenwehr stellen müssen“,¹² Die Regierungshandlungen werden hier also den kaiserlichen Ratgebern zur Last gelegt, der Kaiser selbst, der noch vom Jahre 1609 den Ständen in freundlicher Erinnerung stand, wie die Apologie gleichzeitig hervorhebt, entschuldigt und nur die Unmöglichkeit, mit ihm persönlich die Klagen der Stände zu besprechen und auf Abhilfe zu drängen, als Grund des Fenstersturzes und der folgenden Ereignisse dargestellt. Aber gerade diese Maßnahme läßt sehen, daß die Stände sich trotz aller Loyalitätserklärungen als die eigentlichen Träger und Repräsentanten des Staates ansahen. Sie stellten sogar das Ansinnen, man solle sie vor dem Landrechte anklagen, damit sie ihre Unschuld und damit die Befugnis zu ihrem Vorgehen dazutun vermögen, da sie keine Rebellen wären, sondern nur auf Grund der Gesetze handeln.

So ist der Zweck der Apologie bereits in ihrem Anfange dargelegt, wenn dort die Unerträglichkeit des Zustandes in Böhmen die Grundlage für die ständische Erhebung abgeben soll. Die Stände sehen es als eine Selbstverständlichkeit an, daß sie, auf den Majestätsbrief gestützt, zur Verteidigung der Landesfreiheiten schreiten.

Viel entschiedener ist dieser Standpunkt in der Deduction ausgeführt. Diese ist im Auftrage der Stände verfaßt; wir dürfen bereits die Ankündigung in dem Absetzungsbeschluß auf sie

12. a. a. O. S. 94.

beziehen: „wodurch und auss hochwichtigen vnd gewaltigen Vrsachen sich ihre May. dessen allen selbstn entblösst vnd also zum Regiment vnd Regierung nicht wider zugelassen werden könnte, mit einer Justification vnd Deduction aller Welt zu wissen gemacht vnd bezeugt werden: Welches dann forters ohne Verzug geschehen vnd in Truck verfertigt wirdt.“ Die Deduction selbst nimmt gleich im Anfange Bezug auf diesen ständischen Beschluß: „So haben die obangezogne Länder der Notdurft zu seyn erachtet / durch diese Deductionsschrift mäniglich / hohen vnd nidern Standes . . . zu erkennen zu geben . . . auch Inhalt jhrer Rechten / freyen Wahl vnnd Privilegien befügt und berechtigt seyn.“¹³ Damit ist aber auch der Unterschied zwischen der größeren Apologie und der Deduktion hervorgehoben. Denn während jene das Vorgehen der Stände gegenüber den Statthaltern des Kaisers zu rechtfertigen bestrebt ist, sucht diese den Rechtsanspruch auf die freie Königswahl zu erbringen.

Mit einem ungeheuren Aufwande von Gelehrsamkeit sucht der Verfasser, oder vielmehr die Verfasser der Deduction bereits für die frühe Zeit des tschechischen Volkes den Beweis zu erbringen, daß es keine erblichen Herrscher gekannt hätte. Das ganze Werk ist mit zahlreichen Zitaten aus alten und neuen Schriftstellern — auch Bibelzitate sind häufig — durchsetzt.¹⁴ Bedeutsam ist für uns besonders die Behandlung der Gesetzgebung Karls IV. vom 7. April 1348. Denn diese Gesetze, die das unbeschränkte Wahlrecht der Stände bei der Königswahl einschränkten, waren durch 2½ Jahrhunderte unangefochten böhmisches Staatsrecht gewesen. Die Beweisführung der Deduction ist in diesem Punkte ebenso originell wie einseitig. Der

13. S. 3.

14. Hier sei nur die bemerkenswerte Tatsache verzeichnet, daß das angebliche Zitat aus Bodin, das die Deduktion S. 7 anführt, sich bei einem Vergleich mit der betreffenden Stelle der Republik als stark entstellt erweist.

Verfasser der Deduction stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß am 7. April 1348, als jene „Privat- und Winkeldeklaration“ erlassen worden sei,¹⁵ Karl IV. noch nicht rechtmäßiges Reichsoberhaupt gewesen sei, sondern dies wäre damals „Kayser Günther“ gewesen. Nur dieser hätte demnach das Privileg Friedrichs II. einschränken können, daß nur im Falle des gänzlichen Aussterbens des Königshauses die Stände ein Wahlrecht besitzen, aber selbstverständlich nicht Karl, der damals noch dazu in der kaiserlichen Acht gewesen sei.¹⁶ Aber selbst gesetzt den Fall, daß Karl zur Erlassung dieses Privilegs berechtigt gewesen sei, so ist nach der Meinung der Deduction dieses am selben Tage bereits aufgehoben worden, denn Karl habe noch am selben Tage die Privilegien Böhmens bestätigt und die den Landesfreiheiten Abbruch tuenden Rechte ausdrücklich aufgehoben. Mit einer Reihe weiterer Gründe für die Rechtungültigkeit dieser Urkunde beschäftigt sich sodann die Deduction, wobei sie einen langwierigen Beweis dafür antritt, daß diese Urkunde niemals Recht geworden sei. Die Ausschließung des Wahlrechtes der Stände bei Vorhandensein nur weiblicher Nachkommenschaft sei weder bei dem Tode Sigismunds noch Ludwigs gehandhabt worden, desgleichen sei König Georg entgegen den Bestimmungen dieser Urkunde gewählt worden. Als ausschlaggebend sieht die Deduction den Umstand an, daß die Mitglieder des Hauses Oesterreich sich nie als Prinzen von Böhmen bezeichnet hätten, womit zum Ausdruck gebracht worden sei, daß es ein königliches Haus von Böhmen nicht gebe. Durch die Verfassungssorktroierung von 1547 seien aber die böhmischen Stände nicht verpflichtet worden, denn es sei ein Rechtsgrundsatz, daß kein König die Grundlagen seiner Herrschaft aus eigener Machtvollkommenheit ändern könne.¹⁷

Die Erörterung der Frage nach dem Charakter Böhmens, ob dieses ein Wahl- oder Erbkönigreich sei, ist grundlegend für die Frage der Absetzung des Königs. Ausdrücklich verwirft die Deduction die Meinung, daß die Bevölkerung eines Erb-

15. S. 79.

16. S. 61.

17. S. 88 ff.

königreiches ein Widerstandsrecht gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit besitze. Anders stehe es in dieser Hinsicht in Wahlreichen. Hier sind die Stände Mitregierer, die das gesamte Volk repräsentieren. „Die andere aber seyn Status & ordines regnorum, vnd dess Reichs vnnnd Regiments Mitglieder vnnnd Stände / die universum populum repraesentieren, auch partem curarum et sollicitudinis, entweder inn jhren Diensten vnd Eruptern / oder den offentlich Landtagen sollen haben vnd tragen helfen. Optimates enim, ut in honoris, ita / in oneris partem vocati sunt: Principi, Respublica commissa est ut supremo, praecipuo tutori: Primatibus vero ut contutoribus. Princeps in administranda Respublica primas tenet partes: Proceres vero & Optimates secundas.“¹⁸

Und nun entwickelt die Deduction im Anschluß an Zitate aus der Politik des Althusius und andere zeitgenössische Schriften die Befugnisse der Stände zur Absetzung des Königs.¹⁹ Die Stände schreiben sich hier selbst in weitem Umfange eine „Participation aliquot jurium Majestatis“ zu. Daher ist nicht nur der König, sondern auch die Stände zur Einhaltung des Majestätsbriefes verpflichtet. Außerdem sind die Stände bemüht, die Rechtsungültigkeit der Wahl Ferdinands darzulegen. Neben einigen Formfehlern sehen sie das Hauptargument darin, daß die Nebenländer zu der Wahl nicht geladen gewesen seien. Wir haben schon vorhin darauf hingewiesen,²⁰ daß diese Einstellung der böhmischen Stände sehr jungen Datums war. Auch die Raudnitzer Urkunde sieht dies als Grund für die Ungültigkeit der Wahl Ferdinands an. Ja dort sind diese Gründe mit einer Schärfe ausgearbeitet wie sonst nirgends und die Berechtigung für das Vorgehen der Stände von dem Amte, das sie innehätten, abgeleitet. Nicht unwichtig ist die Tatsache, daß die Stände auch das Argument aufgreifen, daß Ferdinand nie mit Böhmen belehnt worden sei.

Allerdings ergibt sich in dieser Hinsicht ein kleiner Widerspruch, wenn die Deduction darauf verweist, daß König Georg

18. S. 124.

19. Merkwürdig ist hier die Nichtbezugnahme auf die *Vindiciae* und die Magdeburger Schrift.

20. Vgl. oben S. 121.

trotz Bann und Acht von den Ständen weiterhin als böhmischer König betrachtet worden sei, wie überhaupt die Absetzung seitens des Kaisers auch schon in früheren Fällen von den Ständen nicht zur Kenntnis genommen worden war.²¹ Die Mangelhaftigkeit und Schnelligkeit des Verfahrens der Absetzung Ferdinands wird mit der Notwendigkeit entschuldigt, dem feindlichen Vorgehen desselben möglichst rasch zu begegnen.

Wenn sonach an der Befugnis der Stände zu einer Absetzung, ja zum Widerstande schlechthin nach der Meinung der Deduction kein Zweifel möglich ist, so sind dennoch auch die materiellen Grundlagen für dieses Vorgehen zu beweisen. Unter Berufung auf Althusius, daß insbesondere Gott der Vorrang vor allem menschlichen Gesetze gebühre,²² — eine Zitierung, die an dieser Stelle wohl überflüssig ist angesichts der allgemeinen Anerkennung des Satzes, daß Gott mehr zu gehorchen ist als den Menschen — wird auf die zahlreichen Verletzungen des Majestätsbriefes hingewiesen. Als Beleg dient meist die zweite Apologie. Auch hier liegt das Schwergewicht auf den religiösen Fragen, die zum Bruch mit dem Kaiser geführt hatten. Sie sind der Hintergrund, der den juristischen Beweisführungen der Deduction Farbe und Leben verleiht, der materielle Rechtsgrund für das formale Vorgehen der Stände.

Wir behaupteten bereits früher, daß in der Annahme die Grundlage für das Verfassungsrecht der Länder der böhmischen Krone lag.²³ Dieser synallagmatische Vertrag wird mit Recht von der Deduction als Grundlage des geltenden Staatsrechtes angesehen und in diesem Sinne von *pactis, legibus & conventionibus mutuis atque reciprocis* gesprochen.²⁴ Aus dieser Tatsache wird ebenfalls auf die Auflösung des Herrschaftsverhältnisses geschlossen, denn was durch Consens geschlossen worden sei, werde durch Dissens aufgelöst, ohne daß es notwendig ist, auf eine ausdrückliche Erklärung zu warten. Die entgegen dem Consens stattfindende Tat genüge hiezu.

Diese Tat habe aber Ferdinand durch die Ergreifung der Waffen vollzogen. Gleichwohl streitet ihm auch die Deduction

21. S. 259.

22. A. a. O. 225.

23. Vgl. oben S. 8 ff.

24. Deduktion S. 126.

nicht die kaiserliche Würde ab. Die böhmischen Stände legen im Gegenteil Gewicht auf die Tatsache der Zugehörigkeit Böhmens zum römischen Reiche. Auf Grund der Goldenen Bulle steht ihnen die oberste Jurisdiction in Böhmen, somit auch über den König, zu.

Auch die Apologien hatten diesen Standpunkt vertreten. Aber hier war das primäre Recht des Königs anerkannt gewesen; gegen seine Ratgeber, nicht gegen den König selbst richtete sich der Unwille der Stände. In der Deduction hingegen wird der König selbst verantwortlich gemacht. Nach den Apologien war das Recht der Stände auf die oberste Jurisdiction ein subsidiäres Recht, nur im Falle des Versagens der königlichen Autorität anzuwenden. In der Deduction dagegen stehen die Stände dem Könige als vollkommen gleichberechtigte, wenn nicht als überragende Partner gegenüber. Dazwischen lag ja die Epoche der Conföderationsakte, die diesen neuen Gedanken verfassungsrechtlich zu sichern getrachtet hatten.

Dennoch wollen wir den hier zugrunde liegenden naturrechtlichen Gedanken nicht übersehen. Wenn die Deduction ihre historischen Argumente für die Superiorität der Stände gegenüber dem Könige anführt, so beruft sie sich dabei gleich auf die „Gewohnheit und Eigenschaft der slawonischen Nation“.²⁵ „Nulli hominum ab initio servi. uel alienae potestati jurisdictioni, aut imperio subditi sunt, sed natura omnes liberi. Nam propriae telluris herum, neque illum, nec me nec quemquam statuit.“²⁶ Hier sieht man deutlich die beiden verschiedenen Welten sich berühren, das individualistische Naturrecht der Neuzeit kündigt sich im zweiten Satze an, während der Gesamtgeist der Deduction von der Renaissance her bestimmt wird. Beide verbindet der große Gedanke des *ordre naturel*, dessen Grundgesetze und Grundforderungen die Geschichte den Menschen enthüllt.²⁷

Dieser Geist der Renaissance war bestimmend für die Gesamteinstellung Böhmens in jener Zeit. Seitdem unter Rudolf II.

25. Deduktion S. 5.

26. Ebenda.

27. Vgl. unten S. 150 f.

Prag die Residenz des Kaisers gewesen war, hatte sich nicht nur das Bild der Hauptstadt, sondern auch die Lebensauffassung der dortigen Gesellschaft verändert. Wir vermögen dies am besten durch einen Vergleich der Conföderationsakte mit dem ständischen Programm von 1547 zu beurteilen. Beiden ist gemeinsam die Betonung des ständischen Primates, auch die Form ist dieselbe, denn weder die Conföderationsakte von 1619 noch die von 1547 waren Gesetze, sondern Programme, Verfassungsentwürfe für den nächsten allgemeinen Landtag. Auch die geschichtliche Situation war nicht unähnlich. Jedoch in diesen 72 Jahren hatte sich die geistige Lage Böhmens geändert. Das Zeitalter Rudolfs II. lag dazwischen. Der Utraquismus war zum Protestantismus geworden, der Katholizismus hatte nach der Wiedererrichtung des Erzbistums Prag in Böhmen rasch an innerer Stärke wieder gewonnen, die Gegenreformation hatte in Böhmen unter dem Einfluß der Jesuiten voll eingesetzt.

Vor allem unterscheiden sich in einer juristischen Hinsicht grundlegend die beiden Vereinbarungen. Die Länder der böhmischen Krone sollten nach den Conföderationsakten von 1619 einen Bundesstaat bilden, die von 1547 nehmen überhaupt keine Kenntnis von den Nebenländern, sie beschäftigen sich lediglich mit den Problemen des Hauptlandes. Auch in dieser Hinsicht mag 1619 der Geist der Renaissance wirksam gewesen sein, das Gefühl der Weltweite der Renaissance lenkte den Blick der Adelsrevolution auch auf die böhmischen Nebenländer, mit denen das Hauptland 1619 gleiche Interessen besaß.

Vor allem ist jedoch im Jahre 1547 der Geist des Hussitismus noch lebendiger als 70 Jahre später. Der Ingrim, der 1547 den Jesuiten gilt, wendet sich 1619 direkt gegen das Papsttum. Gegen dieses wird eine Sprache geführt, die an die Epoche des Čenek von Wartenberg erinnert. Die Argumente des Frühhussitismus kehren wieder, trotzdem eine große Zeitspanne zwischen diesen Ereignissen und der Epoche der Hussitenkriege lag. Zu einer Reception des römischen Rechtes war es in Böhmen infolge der Politik Rendlis zwar nicht gekommen,²⁷ aber in der Wladislawischen Landesordnung stand doch die auf

28. Peterka, II. S. 69.

dem Boden der Reception erwachsene Idee des Rechtsstaates, die Ueberwindung der auf rein gewohnheitsrechtlichen Grundlagen beruhenden Staatsauffassung des Mittelalters. In der Zeit war aber „die objektive Betrachtung und Behandlung des Staates und der sämtlichen Dinge dieser Welt überhaupt erwacht; daneben erhob sich mit voller Macht das Subjektive. Der Mensch wird geistiges Individuum und erkennt sich selbst als solches“.²⁸ Mochte in anderen Ländern von anderen Elementen diese Entwicklung begünstigt gewesen sein, in Böhmen war eine der Hauptursachen der Hussitismus. Dieser, ursprünglich eine Reaktionserscheinung des Mittelalters,²⁹ hatte in Böhmen durch den Bruch mit der offiziellen Kirche und insbesondere in der Richtung der späteren böhmischen Brüder sich zu einer die Renaissance begünstigenden Bewegung entwickelt. So gelangen gerade diese Kreise bald hiezu, die modernen Waffen des Rechtsstaates zu ihren Gunsten zu verwenden und zweckentsprechend zu gestalten. Daher sehen wir diese Entwicklung, die in Böhmen unter Karl IV. begonnen hatte, auf verfassungsrechtlichem Gebiete bald die Form des ständischen Rechtsstaates annehmen. Was nach der Majesta Carolina noch ein Recht vereinzelter Mitglieder der Stände war,³⁰ die Ueberprüfung der Legalität und Legitimität des neuen Königs, wurde durch den Einfluß der Stände auf die Besetzung der Landesämter bald dahin ausgeweitet, daß die königlichen Regierungsakte ausschließlich von Organen, die aus der Mitte der Stände genommen wurden, ausgefertigt wurden. Zwar hatten sich nach 1547 die Verhältnisse in dieser Richtung sehr zugunsten der Krone verschoben, dafür trachteten die Stände sich durch Einführung der Defensoren schadlos zu halten und auf dem Wege dieses damals als modern empfundenen und von den Monarchomachen propagierten Institutes die alten Machtverhältnisse wieder erstehen zu lassen. Das Amt der Defensoren ist in der Tat nichts andres als eine Angleichung der alten ständischen Ansprüche an damals moderne Rechtsauffassungen, so daß es nicht verwunder-

28. Burckhardt, Renaissance 18, S. 123.

29. So Pekař in Žižka a jeho doba.

30. Vgl. oben S. 10.

lich war, wenn in Böhmen die Ausbildung dieses Institutes an derjenigen Stelle einsetzte, wo einerseits der Einfluß des andersgläubigen Königs verhältnismäßig gering sein mußte, andererseits das nationale Selbstbewußtsein am stärksten sich entwickelt hatte. Denn genau genommen hätte ja auch aus dem katholischen Konsistorium das Defensorenamt sich entwickeln können, wenn Böhmen utraquistische Könige gehabt hätte.

Gerade dies bezeugt wieder den Einfluß der Renaissance für die Geschichte unseres Problems. Wir haben bei Wycliff darauf verwiesen, wie ihm das königliche Amt ein Ministerium Dei sei, welcher Gedanke in den Schriften der Monarchomachen immer wieder auftauchte. Auch die Stände standen in ihren Streitschriften auf dem Standpunkte, daß alle Obrigkeit von Gott sei, aber auch sie selbst sind ein Teil dieser Obrigkeit und daher von Gott gesetzt.³¹ Möglich, daß hinter solchen Gedanken die Meinung stand, daß durch das in den Ständen repräsentierte Volk Gott den Königen Macht und Herrschaftsbefugnis verleihe, so daß das Volk ein Mittel Gottes darstellt, das Recht und Auftrag erteilt.³² Aus der Argumentation der Deduction ist dieser Gesichtspunkt jedoch nicht ersichtlich, sondern das Schwergewicht liegt auf den geschichtlichen Darlegungen.

Gerade diese erwähnten Punkte, wo wir eine weitgehende Uebereinstimmung mit den Theorien des Althusius festzustellen im Stande waren, nötigen uns auch, auf die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Standpunkte der böhmischen Revolution und demjenigen des Althusius aufmerksam zu machen. Es ist besonders in theologischen Kreisen die Meinung von der starken Abhängigkeit der böhmischen Brüder vom Calvinismus stark verbreitet und man mußte annehmen, daß die vielen Berührungspunkte in theologischer Hinsicht sich auch auf dem Gebiete des politischen Lebens bemerkbar gemacht haben. Wir haben eine große Anzahl dieser Berührungen nachgewiesen, müssen aber auch vor ihrer Ueberschätzung warnen. Der häufige Hinweis auf Vorschriften des kanonischen Rechtes ist dem Althusius

31. Apologie S. 149 u. 70.

32. Gierke, Althusius S. 69.

vollkommen fremd, ebenso dürfte der Toleranzgedanke, den ja Calvin selbst ablehnte, althussitisches Erbe darstellen und vielfach auch durch die Notwendigkeit zu erklären sein. Ein weiterer, allerdings natürlicher nationaler Grundzug ist die Hochhaltung der Persönlichkeit Johannes Hussens, dessen Lehre durch ein Bücherverbot hätte getroffen werden sollen,³³ wogegen sich die evangelischen Stände begreiflicherweise zur Wehre setzten.

Dagegen scheinen die zahlreichen Zitate aus dem alten Testamente, die insbesondere mit den Verhältnissen in Böhmen verglichen werden, mit der Vorliebe des Calvinismus für dieses in Beziehung gebracht werden zu können. Aber auch die Monarchomachen, die ja zum Großteil selbst Calviner waren, bedienten sich gerne der Vorbilder aus dem alten Bunde. Sie haben in ihren Darlegungen jedoch niemals oder fast niemals die Verhältnisse Böhmens berührt. Daher war es ein leichtes für die Verfasser der Apologie und Deduction, die äußere Form der Gedanken dieser Schriftsteller beizubehalten und ihre Theorien lediglich auf das böhmische Rechtsgebiet zu übertragen. So ist das äußere Gewand vielfach vom Auslande in diesen Schriften übernommen, der Inhalt hingegen von den Verhältnissen Böhmens geliefert worden. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum die Revolution in Böhmen kein homogenes, sondern ein in seiner Struktur äußerst verwickeltes Gebilde ist.

Der Toleranzgedanke ist in dieser Hinsicht äußerst belehrend. Calvinismus wie Brüdertum wollten die Kirche Christi schlechthin sein, von ihnen sollte die Erneuerung der gesamten Christenheit ausgehen. In beiden sollte die Kirche die Erwählten innerlich beherrschen. Während aber im Calvinismus die aus den Erwählten hervorgegangene Gemeinde auch äußerlich die ganze Gesellschaft beherrschen sollte, während die Kirche „auch die Ungläubigen unter dem Joche der Wahrheit zu Ehren Gottes halten sollte“,³⁴ nahmen die Brüder das alte Ideal des Hus auf, daß die ganze Christenheit von selbst unter der bloßen

33. Deduction S. 159.

34. Troeltsch, in Protestantisches Christentum und Kirche in der Neuzeit (Kultur der Gegenwart), S. 559.

Führung der Prädestinierten, nach ihrem Ideal sich ändern möge.³⁵ Dem Calvinismus genügte die bloße passive Bereitschaft zum Leiden nicht, er wollte Aktivität in dieser Welt, für das Brüdertum lag im Leiden der Höhepunkt des religiösen Ethos, das aus sich heraus werben soll. Aus dieser Grundeinstellung, die uns noch im Flugblatt von 1602 entgegentritt,³⁶ entsprang jene eigentümliche Duldsamkeit, die Karl von Zierotin beseelte,³⁷ die aber den vom Calvinismus stärker beeinflussten Führern der Revolution fremd geblieben war. Aus gewissen Polemiken, wie aus der „Evangelischen Erklärung“, dürften wir vielleicht den Schluß ziehen, daß die Meinung, daß für Gott mit dem Schwerte zu streiten doch nicht ganz angemessen sei, mit anderen Worten, daß die alte brüderische Auffassung im genuinen Brüdertum doch verbreiteter war als die aktivistische des Wentzl Budowec von Budowa. Dies ist auch die Erklärung für den Charakter der Revolution, die sich vornehmlich auf den Adel stützte und Zugeständnisse an die Städte oder gar an die Bauernschaft nicht machen wollte.

Diese Isolierung der Stände von den breiten Volksschichten ist auch gefühlsmäßig in den Verteidigungsschriften erkennbar. Es fehlte der Revolution das hinreißende Pathos des Hussitismus. In der zweiten Apologie und der Deduction ist alles auf das juristische abgestellt, es handelt sich hier nicht um einen Kampf um die heiligsten Güter, sondern um Rechte. Wohl ist die Entrüstung über das Vorgehen der Jesuiten groß, aber der Schwerpunkt der beiden Schriften liegt auf dem Nachweise, daß die Stände zur Wahrung der von ihnen in Anspruch genommenen Rechte berechtigt seien. Das Widerstandsrecht wird daher nicht als ein revolutionäres, sondern als legales Mittel der Rechtsordnung hingestellt, denn die „Proceres und Landstände haben nicht eben gemeine vnd unbedingte blossе Vnterthanen, sondern in kraft Jhrer Privilegien vnnd aller Völker Rechten auch partem curarum Reipublicae, vnd die Inspektionen, ne quid detrimenti Resp. patiat, sed ut leges fundamentales ob-

35. Vgl. oben S. 28.

36. Vgl. Anhang Nr. 4.

37. Vgl. oben S. 46.

serventur . . .",³⁸ wie die Deduction unter deutlicher Anlehnung an die Lehre der Monarchomachen argumentiert.

Damit ist aber zugleich auf das althussitische Prinzip des jus in sacris der Stände zurückgegriffen. Wohl behauptet auch die Deduction „Wann nun die Obrigkeit jres Standes Vnd Ampts ganz und gar vergessen, die Religion verfolgen, alle Gesetz vnnd Landesordnung mit Füßen treten . . . so seyn die Ständ vnd Reichsglieder jre Religion, Freiheit vnd Statum nit allein mit dewehrter Hand zu manutenirn vnd zu schützen, sondern auch die Obrigkeit selbsten jres Standes zu entsetzen in alle Göttlichen vnd weltlichen Rechten befugt vnd bevollmächtigt.“³⁹ Aber gerade dieser Satz tut dar, daß die Stände in kirchlichen Angelegenheiten nur einen resolutiv bedingten Gehorsam kennen wollen. Diese erscheinen aus dem Umkreise der übrigen Politik förmlich herausgehoben, an ihnen erweist sich, daß die Gehorsamspflicht der Stände dem Könige gegenüber ihren Prüfstein nicht nur in der Wahrung der Landesfreiheiten schlechthin, sondern in der Aufrechterhaltung des ständischen jus in sacris im besonderen besitzt. Der resolutiv bedingte Gehorsam der Stände⁴⁰ findet nach der Deduction sein Ende mit gleichzeitigem Beginn des Rechtes zum Widerstande bei einem Vorgehen des Königs gegen die kirchlichen Grundrechte der Stände. Dies haben auch die Conföderationsakte im Art. XLIV ausgesprochen, wo die von Wolzendorff angenommene erste Form des resolutiven Gehorsams zu finden ist, während die Art. XLVI—LIV die im Art. II bereits angekündigte andere Form des resolutiven Gehorsams recipieren. So stellt sich dieser Teil der Deduction vor allem als eine Begründung der Conföderationsakte in diesem wichtigen und grundlegenden Punkte dar wodurch auch die Auffassung der Stände geklärt wird. Dahingestellt müssen wir es lassen, inwiefern diese Ansicht auf ältere Zeiten zurückgeführt werden kann denn der „statthafte Widerstand“ Kaspar Pflugs wird sich wohl mit derartigen Unterscheidungen abgegeben haben. Aber während die Revolution

38. S. 127.

39. A. a. O. S. 125.

40. Vgl. S. 100.

nur die beiden Arten des resolutiv bedingten Gehorsams kannte, hatte das böhmische Thronfolgerecht, wie wir dargetan haben, auch die suspensiv bedingte Huldigung gekannt,⁴¹ welche durch das Ausscheiden der erbrechtlichen Momente im böhmischen Verfassungsrechte hinfällig geworden war.

Dieser resolutiv bedingte Gehorsam der Stände ist nun der Kernpunkt des Nachweises, daß die Stände zu ihrem Vorgehen berechtigt gewesen seien. In 34 Punkten faßt die Deduktion am Schlusse noch einmal die Gründe der Stände für ihr Vorgehen zusammen.⁴²

Der ständisch- königliche Dualismus ist mit Recht von den beiden Apologien und der Deduktion als das Kernproblem der böhmischen Verfassung angegeben worden. Auch Budowetz und Zierotin hatten hier den Angelpunkt der politischen Bestrebung erblickt. Dies erklärt auch, warum die Verteidigungsschriften der Stände sich ausschließlich mit diesem Problem beschäftigen. Es war die verfassungsrechtliche Hauptfrage, alle anderen Fragen mußten hinter dieser notwendigermaßen zurücktreten. In der böhmischen Revolution verband sich die althussitische Tradition mit der Gelehrsamkeit der juristischen Tradition der Renaissance, um an einem neuen Begriffe der Politik mitzubauen. Gleichzeitig äußerte sich der Geist der Renaissance in der böhmischen Revolution auch in anderer Hinsicht. „Die Ideen der nationalen Selbständigkeit und der nationalen Geschichte verknüpften sich mit dem Ideal der bürgerlichen Freiheit und gewinnen damit einen unverlierbaren Bezug auf die Prinzipien des sittlichen Handelns.“⁴³ Daneben machte sich in der böhmischen Revolution auch ein mittelalterlicher Einschlag bemerkbar, indem die bürgerliche Freiheit lediglich im Sinne der ständischen Autonomie und der ständischen Vorrechte aufgefaßt wird. Von den späteren naturrechtlichen Bestrebungen unterscheidet sich die Staats- und Rechtsgesinnung der böhmischen Revolution vornehmlich dadurch, daß das Prinzip, das die Mannigfaltigkeit der empirischen Rechtsverhältnisse beherr-

41. Vgl. oben S. 7 ff., Wolzendorff, Widerstandsrecht, S. 174 ff.

42. Deduktion S. 237 ff.

43. Hönigswald, Geschichte der Philosophie, S. 8.

schen soll, nicht in einer abstrakten Natur schlechthin gesucht wird, sondern es wird in der nationalen Geschichte vermutet, die als solche ein Mittel zur Erkenntnis der Natur des nationalen Staatswesens darstellt. Mag auch in den juristischen Formulierungen der Conföderationsakte die nationale Frage kaum berührt werden, das nationale Selbstbewußtsein, gestärkt durch die religiösen Motive, war doch eine der Haupttriebfedern der Revolution.

Darum war diese Revolution letzten Endes doch eine konservative. Deutlich tritt uns der Gedanke in allen Verteidigungen der Stände gegenüber, daß diese die Nation im eigentlichen Sinne seien. Dies war aber die tiefste Ueberzeugung der monarchomachischen Schule und auch ihr größter Gegner, Macchiavelli, hat in den Discorsi den Interessegegensatz von Fürst und Nation, d. s. die Stände, betont. Die Eigentümlichkeit der Monarchomachen — und vielleicht auch ihr geschichtlicher Irrtum — war es, zu glauben, man könne überlebte Machtverhältnisse durch Rechtseinrichtungen sichern. Aber indem sie den Begriff der Rechtsgestaltung in die Politik einführten, schufen sie einen neuen Begriff der Politik. Die Eigentümlichkeit ihres politischen Denkens bestand für ihre Zeit darin, daß sie nicht mehr aus einem metarechtlichen Gerechtigkeitsbegriff Politik treiben wollten, sondern daß sie aus einem gesellschaftlichen Zustande die Verfassung eines Landes als gesellschaftliche Folgen dieses Zustandes begreifen wollten. Damit mußte ihnen aber jede Politik Geschichtsforschung und Geschichtsformung werden. Geschichtsformung wollten die Monarchomachen auf Grund der abgelaufenen Geschichte treiben. Die gewohnheitsrechtlichen Verfassungsverhältnisse des spätmittelalterlichen Ständestaates werden von ihnen neu durchdacht und zu Grundlagen einer ständisch-konservativen Politik erhoben. Deutlich ist dies das Grundproblem der Conföderationsakte: Sie sind ein Versuch, die neuen, aus dem Geiste des Humanismus geschöpften Rechtsgedanken der Politik der an sich konservativen Stände dienstbar zu machen. Und sie sind der vielleicht großartigste, weil juristisch am meisten durchdachte Versuch. Auf der einen Seite gaben sie Zeugnis von dem neuen Staatsbewußtsein, das zum Rechtsstaate drängte,

auf der anderen Seite sind sie bewußt verwurzelt in den politischen Kräfteverhältnissen des ausgehenden ständischen Staatswesens. Für sie ist die Geschichte die Lehrmeisterin des *Ordre naturel*, der bei ihnen eben jene streng konservative Prägung besitzt und dem daher ihre große Liebe gilt. Diese Gedankengänge spielten auch in der böhmischen Revolution die ausschlaggebende Rolle. Der böhmischen Revolution war sicherlich kein Denker ersten Ranges beschieden. Ihre geistigen Führer mögen für die historischen Kritiker epigonenhaft sein, aber sie waren jedenfalls tüchtige Köpfe, die es verstanden, die in der Zeit lebenden mannigfaltigen Ideen für sich brauchbar zu machen. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß wir vom Hauptverfasser der Deduction lediglich den Namen wissen, während er sonst eine nicht besonders bekannte Persönlichkeit ist,⁴⁴ und wir über die innere Genese der Apologien selbst nur sehr undeutlich unterrichtet sind.⁴⁵ Aber andererseits zeigte sich hierin auch eine Schwäche, denn diese Mannigfaltigkeit der Einflüsse war zum Großteil dem Auslande entnommen und entsprach nicht immer ganz der heimischen Wesensart.

Gerade diese Erwägungen lassen uns auch eine wichtige rechtspolitische Grundlage der Conföderationsakte erkennen. Zu Beginn unserer Darstellung stellten wir fest, daß der Gegensatz Stände-König durch die Annahme zur Zweckeinheit Verfassung gestaltet wurde. Diese Zweckeinheit sollte in Zukunft nicht mehr durch eine individuelle Annahme — individuell durch die Intention auf die Person eines Königs — sondern durch die generellen Vorschriften der Akte ersetzt werden. Darin aber lag unzweifelhaft eine Hinwendung zum modernrechtlichen Gedanken des Rechtsstaates. Daher ist auch, ganz im Sinne der altböhmischen Verfassung sowohl wie der Monarchomachen, der König in der Conföderationsakten den Gesetzen unterworfen. Während aber die *Majestas Carolina* bestrebt gewesen war, auf den Annahmeakt das Schwergewicht zu

44. Johannes Bapt. Eysen ist der Verfasser der Deduktion gewesen. Vgl. hiezu Christ. Gryphius, *apparatus* S. 98 und die Angaben über Eysen von Klik im *Masarykův slovník náuční*.

45. Vgl. hiezu Markus Č. Č. H. 17, S. 311 ff.

legen und lediglich eine Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Könige vor seiner Krönung kannte, wenn er seine Versprechungen nicht innehielt,⁴⁶ hatten die Stände in den Conföderationsakten ein eigenes Amt mit der Ahndung der Verfassungsverletzung seitens des Königs betraut. Dieser Grundsatz war ganz den neuzeitlichen Anschauungen gemäß gefaßt, der Mythos von der „Corona Regni Bohemiae“, wie ihn die Majestas Carolina, die Verfassungsurkunden vom 7. April 1348 formuliert hatten, war der Revolution von 1618/20 unbekannt. Das Recht der Stände ist überall historisch begründet, zugleich aber wird es auf göttliches Geheiß zurückgeführt. Das Königtum ist in den Conföderationsakten eines jeden Zuges ins Transcendente entkleidet, es beruht lediglich auf der Rechtsgrundlage des Willens der Stände; genau genommen ist es in einer nach den Conföderationsakten formulierten Verfassung gar nicht möglich, von einer Monarchie schlechthin zu sprechen, denn der einzelne König übt seine Rechte auf Grundlage der Wahl durch die Stände aus, eine Rechtskontinuität des königlichen Amtes ist nach dem Willen der Akte sohin ausgeschlossen, da das ständische Interregnum nicht nur den Zeitraum zwischen den Regierungszeiten zweier Könige überbrückt, sondern nach dem Regierungsantritt des neuen Königs sich wandelt in das ständische Primat gegenüber dem Könige. Dieses ständische Interregnum und das Königtum waren in älterer Zeit überdacht gewesen von der übergeordneten „Corona Regni Bohemiae“, in dieser trat der Satz zutage, daß die Krone den König überlebe. Die Conföderationsakte streichen zwar nicht den Mythos von der Corona Regni Bohemiae, aber sie beschränken den König auf rein repräsentative Integrationsaufgaben, während die Stände ihre metarechtliche Beziehung zur Krone von Böhmen in der Geschichte ihrer Nation finden.

Gerade hier berühren sich die Ausführungen der Conföderationsakte mit denen der Deduction. Aus beiden spricht der nationale Unabhängigkeitssinn, der sich dagegen sträubt,

46. Eine Strafsanktion für den Verfassungsbruch mag man auch im Mittelalter wohl in den auf Eidbruch gesetzten kirchlichen Strafen besessen haben.

den Schwerpunkt der böhmischen Krone, die königliche Würde, in das Ausland zu verlegen. Diese Gefahr mußte in einem Wahlkönigreiche immer bestehen, da die Wahl eines ausländischen Fürsten oftmals ein wichtiges Mittel zur Stützung der Macht Böhmens sein mochte. Die Erfahrungen, die Böhmens Stände mit dem Hause Habsburg gemacht hatten, mußten sie belehren, daß Vorkehrungen notwendig sind, damit nicht Böhmen zu einer Provinz des Erblandes des neuen Königs herabsinke.⁴⁷ Daher mußte man Vorsorge treffen, daß der Sitz der staatlichen Verwaltung im Inlande bleibe und der ausländische König sich nicht wie die letzten Habsburger nach den Ratschlägen von Ausländern in seinen Entscheidungen leiten lasse.⁴⁸ Der Ausschluß von Ausländern als Berater des Königs, obwohl in der böhmischen Geschichte wiederholt verlangt, mußte daher für das Verhältnis der Habsburger zu Böhmen grundlegend sein. Der Art. III zielt ganz offenbar auf die Verhältnisse am österreichischen Hofe ab und will nicht nur die zentralistischen Tendenzen des Wiener Hofes unmöglich machen, sondern in Verbindung mit dem Art. XXXV den Versuch der letzten Könige, am königlichen Hofe eine von dem aus den Kreisen der Stände stammenden Kanzler unabhängige Kanzlei des Königs zu schaffen und so die Länder des Hauses Habsburg auf verwaltungsrechtlichem Wege zu einer Einheit zu machen, für alle Zukunft vereiteln. Gerade hier tritt uns der neue Begriff der Politik in seinen Wirkungen entgegen, denn nicht neue Adelseinungen und Landfriedensbündnisse werden von ihm benötigt, sondern Rechtsinstitute, die von den Individuen abgelöst der Macht-sicherung und Machterweiterung dienen sollen.

Bei der Gesamtbeurteilung der Conföderationsakte müssen wir ihre politischen Absichten von der juristischen Form unterscheiden. Politisch war es das Bestreben der Stände, ihre eigene Macht zu stärken und das politische Kraftverhältnis zwischen König und Ständen, wie es uns etwa in der Wladislawischen Landesordnung begegnet, wiederherzustellen. Aber die Stände waren sich bewußt, daß die Wiederherstellung dieses

47. Deduktion S. 223.

48. Peterka, II. S. 84.

Kräfteverhältnisses eben unter der Herrschaft ganz anderer juristischer Normen vor sich gehen müsse, als dies vor hundert Jahren noch möglich gewesen war. Nicht nur die politischen Erfahrungen dieser hundert Jahre, sondern auch der Fortschritt der Staatsauffassung, verkörpert in der monarchomachischen Schule, hatten die Wichtigkeit entsprechender Rechtsformen dargetan. So sind die Conföderationsakte tatsächlich der Ausdruck einer neuen Zeit, die daran ging, eine neue Rechtsidee sich zu schaffen. Was die Rezeption auf dem Gebiete des Privatrechtes erstrebte, das suchten die Monarchomachen auf dem des öffentlichen Rechtes zu erreichen. Aber der Ueberschwang einer Zeit, welche ein neues Prinzip entdeckte, auf welches sie ihr gesamtes politisches Leben einstellen wollte, mußte besonders dann zu Katastrophen führen, wenn sich mit der neuen politischen Idee auch eine tiefgehende Aenderung der religiösen Auffassungen und der ganzen Weltanschauung verband. Schärfer denn je waren die Gegensätze aufeinandergeprallt. Seit den Tagen des Flammentodes des Johannes Hus war Böhmen nicht zur inneren Ruhe gekommen und das Jahr 1526 hatte die Lage nur noch verschärft. Böhmen war an Oesterreich angeschlossen und von Wien aus regiert worden. Dies mochte sowohl dem tschechischen Nationalbewußtsein nicht behagen, als auch in den deutschen Gebieten und Ländern der böhmischen Krone auf Widerstand stoßen, die durch das tschechische Sprachgebiet von Wien getrennt, nach Norddeutschland stets kulturell wie wirtschaftlich tendierten. Dies erklärt vielleicht auch, warum die Revolution mit Recht auf Bundesgenossen aus deutschen Kreisen rechnen konnte.

Solche politische Erwägungen machen die Zurückhaltung der Conföderationsakte auf nationalem Gebiete erklärlich, aber auch sonst mochte diese Frage keine Rolle spielen, denn die Träger der Revolution waren beseelt von der Idee des Rechtsstaates, die sie auf revolutionärem Wege verwirklichen wollten.

Diese neue Idee, die religiöse Begeisterung und der nationale Unterton genügten jedoch nicht zum Endsiege und so gilt auch von der Revolution der böhmischen Stände das Wort des Weisen von Königsberg:

„denn was Revolutionen betrifft, die diesen Fortschritt abkürzen wollen, so bleiben sie der Vorsehung überlassen und lassen sich nicht planmäßig der Freiheit unbeschadet einleiten“. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft S. 141.)

Anhang.

Nr. 1.

Urkunde König Wenzels IV. vom 12. August 1401.
(Pelzel, Urkundenbuch Nr. 178.)

Uebersetzung.

Wir Wenzel von Gottes Gnaden römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches und König von Böhmen tun kund mit diesem Briefe allen denen, welche ihn lesen oder gelesen hören werden. Daß wir mit unseren edelgeborenen böhmischen Herrn, unseren Treuen und Lieben, und mit unserem gesamten böhmischen Lande gütlich übereingekommen sind und vereinbarten die Punkte, die in diesem Briefe Wort für Wort unten geschrieben stehen und folgendes bezeugen: Demzufolge wollen wir, daß der hochwürdige Priester Wolfram, von Gottes Gnaden Erzbischof von Prag, und die Hochgeborenen böhmischen Herrn, Herr Heinrich von Rosenberg, Herr Bergow von Bilin, und Herr Crussyna von Lichtenberg den Rat bilden sollen gemäß den Briefen und Beglaubigungen des hochedelgeborenen Fürsten und Herrn Sigmund ungarischen, kroatischen, dalmatinischen usw. Königs unseres geliebten Bruders, wie es die Punkte festsetzen, die in diesem Briefe niedergelegt sind, damit vollbracht und begründet werde das Recht und der Friede in diesem Königreiche. Und wollen wir auch sowohl im Lande als auch außerhalb desselben gerechterweise veranlassen, daß die obgenannten Herrn der Erzbischof, Herr Heinrich, Herr Bergow und Herr Crussyna die Vollmacht haben sollen, und was immer sie in diesen Angelegenheiten anordnen, daß dies auch geschehe über den Rat der andern Herrn, wie es in diesem Briefe steht und wie es von uns ihnen bestätigt wird. Sollten sie sich aber entzweien, so sollen die volle Macht ausüben und entscheiden der obgenannte Herr Erzbischof und die andern drei Herrn. Zuerst sollen alle Städte geloben und unsere Briefe übergeben dem obengenannten Fürsterzbischof, Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Crussyna und was die Herrn über die obenerwähnten Sachen befehlen werden oder verursachen werden so, wie es im Briefe des ungarischen Königs ausgesprochen ist, daß ihnen alle Städte darin gehorsam und behilflich sein sollen, damit ihre Befehle und

Beschlüsse ausgeführt werden mögen. Desgleichen sollen von allen Aemtern, Burgen und Festungen die Beamten den frühergenannten Herrn, dem Fürsterzbischof von Prag, dem Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Crussyna geloben und Briefe ausfertigen, ihnen gehorsam zu sein und ihn vollkommen zu unterstützen, was immer sie befehlen, die in dem obgenannten Briefe des ungarischen Königs angeführt sind, damit ein jeder gemäß seinem Amte und Rechte bestehe; und nach gutem altem Brauch haben wir in diese Aemter einzusetzen gut beleumdete Landedelleute, und wenn einer von diesen stürbe oder abgesetzt werden sollte, so müssen wir einen anderen gut beleumundeten Edelmann an seine Stelle setzen, und der soll denselben Eid schwören und dieselben Briefe ausstellen wie der, der da starb. Und wenn es jemand wäre, von dem der Fürsterzbischof, Herr Heinrich Herr Bergow oder Herr Crussyna behaupten, er sei nicht würdig, so haben wir einen andern guten und gut beleumundeten einzusetzen, und dieser hat zu versprechen, wie oben geschrieben steht; wenn jedoch ein Beamter in irgend einem Amte unwürdig wäre, uns und dem Lande und dem Fürsterzbischof, Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Crussyna unwürdig schiene, daß uns ein anderer eingesetzt werden möge, der uns und dem Lande genehm ist und das Land verwalte. Und auch von den Erträgnissen, die aus dem Königreiche kommen, haben wir mit dem Gelde zu wirtschaften laut Ratschlag der obgenannten, des Fürsterzbischofs, des Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Crussyna. Auch alle übrigen Beamten aus dem ganzen Königreiche haben Rechnung zu legen uns und den Herrn vor dem Fürsterzbischof, Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Johann Crussyna. Desgleichen sollen die oben erwähnten Sachen und alles, was der Rat der Herrn des Fürsterzbischofs, des Herrn Heinrich, des Herrn Bergow und des Herrn Johann Crussyna verursacht, wie es oben geschrieben steht, was uns oder einen Menschen, der Uns angeht, betrifft, oder unserer Macht, von uns nicht rückgängig gemacht und verhindert werden, und dies sollen alle Städte und die Beamten aus den Burgen und festen Orten gemäß den vier Herrn, nämlich des Fürsterzbischofs, des Herrn Heinrich, Herrn Bergow und des Herrn Johann Crussyna beobachten und ihnen helfen, und zwar so lange, wie die oben niedergelegten sich ergebenden Angelegenheiten nicht erfüllt sind. Auch wenn einer von den vier Herrn, das ist der Fürsterzbischof, Herr Heinrich, Herr Bergow und Herr Crussyna, stürbe, so sollen wir mit denen, die übrig blieben, andere wählen an des Verstorbenen Stelle, die würdig des Königreiches sind, und denen allen auch die Städte und Beamten geloben, so wie es oben geschrieben steht, und das soll geschehen, so oft es nötig ist, und wenn alle die vier Herrn, der Fürsterzbischof, Herr Heinrich, Herr Bergow und Herr Johann Crussyna von uns geschieden sind, dann sollen wir ander einsetzen gemäß dem Ratschlag der Landherren, welche unsere Verschreibungen haben. Desgleichen sollen alle diese Sachen und Gelöbnisse dem Könige von Ungarn nicht zum Schaden reichen weder ihm noch seinen Rechten, welche er auf das Königreich

Böhmen besitzt, soll es ihm schädlich sein, sondern ihm zu Ehre und zum Nutzen gereichen. Deshalb versprechen wir, König Wenzel oberwähntes durch unseren guten reinen Glauben mit unserm königlichen Worte, daß wir wollen und sollen die obengeschriebenen Artikel und Punkte treu halten und dagegen nichts unternehmen, weder durch Wort, Tat oder List, sondern dazu beihelfen, daß sie erfüllt werden; und deshalb ordnen wir mit unserem guten Willen und wohlbedachter freier Ueberlegung und unserer Herrn voller Zustimmung an, daß die Bürgermeister, Rats Herrn, Schöffen und auch alle Gemeinden unserer drei Pragers Städte, der Großen, der kleineren und der neuen all die oben niedergeschriebenen Artikel halten sollen und den obenerwähnten Herrn dem Fürstenbischof Herrn Heinrich, Herrn Bergow und Herrn Crussyna schwören und versprechen mögen und darauf Briefe ausstellen sollen, ihnen in all dem Obgenannten zur vollständigen Erfüllung zu verhelfen, was uns dem Lande zu Ehre und Nutzen gereichen möge gemäß Schreiben und Ausspruch des ungarischen Königes. Und da sie den Schwur und das Versprechen den oberwähnten Herrn und auf unserem Befehl und mit unserem guten Willen getan haben, so wollen wir ihnen hiefür keinen Umbill antun und es ihnen in Ewigkeit in keiner Weise nachtragen. Und zur besseren Bekräftigung und Bestätigung dieser Urkunde haben wir befohlen, unser königliches Siegel zu dieser zu nehmen. In Prag am Freitag vor Himmelfahrt der Mutter Gottes im Jahre 1401, unsere 39 als böhmischer und 26. als römischer König. Ad Mandatum Dni. Regis W. Patriarcha anth. Cancell.

Nr. 2.

Manifest des Prager Oberstburggrafen Čenek von Wartenberg
vom 20. April 1420 (Archiv český VII. S. 210 ff.)

Uebersetzung.

Den hochgeborenen, tapfern, berühmten, weisen und umsichtigen Herrn, Rittern, Knappen und Bürgern und allen Gemeinden des Königreiches Böhmen und der Markgrafschaft Mähren, welche diesen Brief sehen oder lesen werden: Wir Čenek von Wartenberg, oberster Burggraf der Krone und des Königreiches von Böhmen, Ullrich von Rosenberg und andere Herrn, die Prager Stadt, Ritter, Edelleute und die anderen Städte mit allen, die für die Freiheit des göttlichen Gesetzes und das allgemeine Wohl des tschechischen Volkes sich einsetzen.

Wir empfehlen unsere Dienst und erinnern euch alle und einen jeden einzeln an die Treue, die ihr der Krone dem Königreiche Böhmen schuldig seid: daß ihr dem durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Sigismund, römischen Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches und ungrischem König etc. nicht ergeben seid und ihm nicht gehorchen sollt, und auch nicht seinen Beamten. Denn ihr müßt wissen, daß S. Gn. noch nicht durch die böhmischen Herrn gewählt wurde und auch nicht zum böhmischen

Königreich gekrönt wurde: Dagegen ist er dem Königreiche und dem tschechischen Volke ein großer und schrecklicher Feind was ihr aus folgenden Stücken ersehen werdet:

Erstens, daß er zu allergrößten Verachtung allen Christgläubigen gegenüber uns der Ketzerei beschuldigte, uns geschmäht und getadelt hat und dies, so Gott will, ohne unser Verschulden: Und besonders wegen des Empfanges des hochwürdigen Sakramentes, des Leibes und des Blutes des Herrn, welcher Empfang durch Gott angeordnet, in seiner hl. Schrift offensichtlich niedergelegt, durch die Kirchenlehrer bestätigt und durch die hl. Kirche zuerst geübt wurde. Zu alledem hat er seinem Legaten zur großen Schmach und Schande des Königreiches die Herausgabe des Kreuzes befohlen wie auf Ketzer entgegen allem christlichen Brauche und Recht. Und einen in der Zuversicht Gottes guten und unschuldigen Menschen hat er in Breslau im böhmischen Königreiche durch Pferde zu schleifen und zu verbrennen angeordnet und dies wegen nicht anderem als wegen des Empfanges des Blutes des Herrn und dies zur großen Schande und Schmach des tschechischen Volkes. Den Bergleuten hat er auch befohlen, einen jeden Tschechen, der zum Empfange des göttlichen Blutes geneigt wäre, zu enthaupten und in den Schacht zu werfen; so wurden hunderte von Tschechen sowohl des geistlichen wie des weltlichen Standes unschuldig in die Schächte geworfen zu Schmach und großer Schande des tschechischen Volkes. Die würdige Markgrafschaft Brandenburg, welche Kaiser Karl glorreichen Angedenkens, unser gnädiger Herr mit unseren Vorfahren unter großen Opfern und Blutvergießen erobert hatte, hat er von der böhmischen Krone getrennt, obwohl er dazu weder Recht noch Macht hatte. Die alten Grenzmarken hat er den preußischen Kreuzfahrern untersagt. Das Bistum Mähren übergab er einem unwürdigen, das tschechische Volk arg schmähenden Menschen entgegen den Rechten und den Freiheiten des Landes mit päpstlichen Brief, womit er die böhmische Krone um ihre Rechte bringen wollte. Breslau, die Stadt der heiligen Krone von Böhmen, hat er arg geschmäht, in ihr die Bewohner enthauptet und ihre Güter zum Verderben der Krone beschlagnahmt. Mit dem Priester Hanus, dem Sohne des Klemm, welcher ein großer Feind, Vernichter, rechtloser Räuber der böhmischen Krone ist, hat er Gemeinschaft geschlossen. Und zur besonderen Schande und Schmach der böhmischen Krone und des tschechischen Volkes hat er den Meister Johannes Hus glorreichen Andenkens, vor dem Konzil zu Konstanz entgegen seinem Geleitbrief zu verbrennen befohlen und dies, so Gott will, unschuldig. All diese Sachen und noch viele andere führte er und führt noch immer zur Schande und Schmach und uneinbringlichen Schaden der Krone des Königreiches und des Volkes von Böhmen durch. Und wo ist ein solch hartes Herz im tschechischen Volke, das über diese großen Greuel und Ungnaden nicht trauern möchte! Deshalb, liebe Freunde, möget Ihr aus diesen Stücken ersehen und verzeichnen, daß S. Gn. nichts anderes beabsichtigt als das Königreich Böhmen und die Krone und insbesondere das tschechische Volk auszurotten und zu vernichten. Wir hoffen zu euch

als treuen Tschechen, daß ihr in dieser Not der böhmischen Krone und dem Königreiche mit Rat und Tat helfen werdet, so wie ihr und eure Vorfahren als treue Tschechen es früher getan habt. Wenn ihr trotz unserer Mahnung zur Vernichtung des böhmischen Volkes und des Königreiches Sr. Gn. gehorsam wäret und auf ihn hören würdet als dem böhmischen König: Möchtet ihr gemäß der Rechte der Krone und dieses Königreiches verlieren die Ehre das Leben und Euer Gut, da ihr Ehre angeborene Treue zum tschechischen Volke und zur Krone nicht bewahrt habet. Doch wir glauben, daß ihr so weise, treu und umsichtig seid, daß ihr das nicht tun werdet: wir glauben, daß ihr, was ihr immer in diesen Stücken meinen werdet, euch als treue Tschechen wirklich zeigen werden, zur Bezeugung der Treue und Liebe zum Volke und zum Königreiche von Böhmen. Ferner lassen wir euch wissen, daß wir nichts anderes erstreben als erstens den Empfang des Leibes und des Blutes des Herrn unter beiden Gestalten für das Volk; zweitens, das richtige und freie Verkünden des Wortes Gottes; drittens, daß die Priester vorbildlich für uns leben sollen, wie es Christus und seine Apostel geheißen haben und die heiligen Väter festgesetzt haben; und viertens, um das allgemeine Gut des Königreiches und des Volkes von Böhmen durch Reinigung von den bösen und falschen Beschuldigungen des Königreiches und des Volkes von Böhmen. Und wenn irgend etwas in diesen Stücken nicht in Ordnung wäre, wollen und gedenken wir dies nicht zu halten, und wir wollen es auch nicht unachgiebig verfechten: Wir wollen in allem dem Rat, der Verbesserung und der Lehre, die sich aus der hl. Schrift ergibt, gehorsam sein. Geschrieben auf der Prager Burg im Jahre des Herrn 1420 am Sonnabend vor dem Hl. Georg.

Nr. 3.

Conföderation der Stände, vereinbart bei der Zusammenkunft in Prag, welche zu Mitfasten stattgefunden hat (17. März 1547)
ex Landtagsverhandlungen II. S. 150 ff.

Uebersetzung.

Diese folgenden Artikel sind von den in Prag zu Mitfasten zusammengekommenen Ständen des Königreiches Böhmen im Jahre 1547 besprochen und für den künftigen, von S. M. d. K. auf die Prager Burg einzuberufenden Landtag zusammengefaßt worden.

I. Vor allem, da es sich geziemt, bei jeglichem Unternehmen am meisten die Ehre und das Lob Gottes, des Allmächtigen, zu beobachten, sollen am bevorstehenden Landtag alle öffentlichen Unkeuschheiten, Ehebruch, Trunkenheit und andere ähnliche Ungerechtigkeiten Sünden und unkeuschen Reden durch bestimmte, sich darauf beziehende Strafen eingestellt werden, damit der Zorn des allmächtigen Gottes eher besänftigt als vermehrt werde, damit die Menschen ihr Leben bessern und sich in Reue und

demüthigen Herzens zu Gott wenden, indem die sichtlich erkennen, daß von allen Seiten durch unsere Ungerechtigkeiten schreckliche Vergeltungen uns heimsuchen und über uns schweben. Und ebenso wie bei unserer christlichen Religion durch Einfluß des Teufels die Feinde Kristi durch manche unvernünftige und ungelehrte, blinde, verschiedene Lehren manche Unterschiede unter uns, den Ständen des Königreiches Böhmen entstanden sind und entstehen, und diese durch kein anderes passendes Mittel zu nichte gemacht werden können als daß unverzüglich rasch gemeinsam alle drei Stände mit geistlichen und vernünftigen Leuten zusammenkommen; deshalb sollen wir, die wir aus dem echten christlichen Glauben den Leib und das Blut unseres Herrn unter beiden Gestalten empfangen, zu einer bestimmten Frist und Tage alle in Prag zusammenkommen und großmüthig über die Einstellung solcher Unterschiede freundschaftlich verhandeln und die Wege zu einander suchen, damit die Wahrheit Jesu Kristi und die hl. Schrift Eingang habe, und daß wir Stände durch unsere unvernünftigen und sehr oft unzurechnungsfähigen Prediger in der Liebe und Eintracht keine Einbuße erleiden; und daß die Zusammenkünfte unserer Partei unter beiderlei Gestalten in geistlichen und seelsorgerischen Angelegenheit stets frei sind für die zukünftigen Zeiten, so wie es von den früheren böhmischen Königen gehalten wurde.

II. Geistliche Personen und Prediger unserer Partei unter beiderlei Gestalten — wenn man über sie etwas Ungerechtes oder Irrgläubiges sagen möchte und sie deswegen vor Sr. Gn. den König angeklagt werden — sollen durch den Administrator und das Konsistorium unserer Partei unter beiderlei Gestalten sowie durch Personen, welche aus unserer drei Stände Mitte gewählt werden, untersucht und gerichtet werden, und nicht gleich auf eine leere Nachricht hin und ohne allgemeines und rechtliches Verhör von Sr. Gn. den König oder von irgend einem andern wie immer bestraft oder aus dem Lande gewiesen werden.

III. Da uns, den Bewohnern des ganzen Königreiches Böhmen, an den höchsten Beamten und am Landrecht am meisten gelegen ist, soll deshalb das Landrecht mit vernünftigen, fähigen und ehrenhaften Personen aus dem Herrn- oder Ritterstande besetzt werden, wie es folgendermaßen vermerkt ist: Daß S. Gn. der König, wenn er das Landrecht laut der Bestimmung Sr. Gn. des Königs Wladimir seligen Andenkens zu besetzen geruhen möchte, gleich einen Brief in einen jeden Kreis des Königreiches Böhmen absenden soll und die Bewohnern aufzufordern geruhe, eine Zahl von Personen des Herrn und Ritterstandes zur Besetzung des Landrechtes namhaft zu machen, worauf gewisse Personen, aus jedem Kreise mindestens zwei, gewählt werden sollen und durch diese aus den Kreisen namhafte gemachte Personen soll das Landrecht durch Sr. Gn. den König besetzt werden. Und wenn von diesen Personen, die durch die Kreise gewählt und von Sr. Gn. den König zum Landrecht herangezogen worden sind, eine oder die andere sterben sollte oder aus Gesundheitsrücksichten oder anderer ehrenhaften Zufälligkeiten vom Landrechte die Beurlaubung nehmen wollte, soll für künftige Zeiten die Besetzung so geschehen, daß

S. Gn. der König bestimmen möge, daß die Personen aus den namhaft genannten Personen des betreffenden Kreises genommen werden mögen, wie es die Notwendigkeit erfordert, daß die Besetzung des Landrechtes durch die Wahl solcher Personen erfolge, welche die Menschen, sich und ihre Umgebung am besten kennen.

Und auch, wenn irgend einer von den Landesbeamten stirbt oder von seinem Amte Beurlaubung nimmt, oder aus ernsten Gründen abgesetzt wird, sollen am künftigen Landtage 4 würdige Personen von den Ständen gewählt werden, aus diesen soll S. Gn. der König zu diesem Amte eine Person bestimmen, und dieser Person — die Sr. Gn. gut gefällt — dieses Amt zu überreichen geruhen. Jene Personen, die zum Landrecht zugezogen werden sollen, sollen zufolge der Würde des Landrechtes ehrsame und lange Kleidung benützen und unpassende Trachten und Sachen meiden.

Wenn irgend ein Streit zwischen S. Mt. den König und einen Bewohner dieses böhmischen Königreiches aus dem Herrn oder Ritterstande oder einer Person oder Personen oder einer Stadt oder Stadtgemeinde entstehen sollte; mögen dieselben zwecks Verhöres oder des Richtens zu keinem andern abseits stehenden Gericht oder auch zu den Beratungen Sr. Gn. des Königs herangezogen werden, da einem jeden eine freie Berufung von allen anderen Gerichten an das Landrecht freisteht. Was aber Prag und die anderen Städte des Königreiches Böhmen betrifft, werden diese hinsichtlich ihrer Rechtspflege bei ihrem Rechte Freiheiten und Gewohnheiten und alten Sitten und Ordnung belassen.

IV. (schreibt bei Eröffnung des Landrechtes ein Gebet vor.)

V. (enthält die Eidformel, die nicht nur dem Könige, sondern auch den Ständen gegenüber geschworen werden soll von den Mitgliedern des Landrechtes und diese auch auf die Landesfreiheiten festlegt. Ansonsten sind sie nach dem Eid insbesondere zur Unparteilichkeit verpflichtet.)

VI. (enthält Bestimmungen sekundärer Art über die kleineren Beamten.)

VII. (enthält den Entwurf eines Beamtenrechtes. Wer sich durch Beamte beschwert fühle, könne sich an das Landrecht wenden. Wer in dem Prozeß, der als Parteiprozeß gedacht ist, verliert, darf u. a. keine Landtafeleinlage mehr erhalten.)

VIII. (fordert rasche Erledigung der Prozesse.)

IX. (Vereinigung von mehrere Prozessen.)

X. (sieht ein Verbot der Aufschübe von Verhandlungen vor.)

XI. (der Eid der Redner d. s. die Advokaten, welche gegen ein „Jorgeld“ in jemandes Dienst stehen, um ihn bei Gericht zu vertreten.)

XII. Von der Burggrafschaft Karlstein. Es wird bestimmt, daß von den zwei Karlsteiner Burggrafen mindestens einer Utraquist sein solle. Auch diese haben den Ständen einen Eid auf die Landesfreiheiten zu leisten.

XIII. Von dem Unterkämmereramte, auch dieses soll durch Utraquisten besetzt sein.

XIV. Da es unsere große Freiheit ist, daß S. G. der König keinen Bewohner und keine Person des Königreiches Böhmen anders behandeln... dürfe außer nach der Ordnung des Rechtes, vor dem Landrechte oder einem andern Gerichte, zu deren Erkennung bestimmte Personen und Kennzeichen von alters her gehören, darf auch ein jeder Bewohner dieses Königreiches S. G. d. K. vor dem Landrechte klagen, und soll S. G. der König gegen niemand im Königreiche, sei er arm oder reich oder welchen Berufes immer, vorgehen außerhalb der Rechtsordnung, wie angeführt;...

XV. Auch erachten wir es als notwendig, daß in Zukunft jene, die in der Kammer S. G. d. K. beschäftigt sind, keinem Gerichte beisitzen, sondern daß jeder seiner Pflicht in seinem eigenem Amte sich befleißt, und insbesondere soll der Prokurator S. G. d. K. bei keinem Gerichte beisitzen aus verschiedenen Gründen.

XVI. Und wenn S. G. d. K. doch in diesem Königreiche seine Kammer zu haben geruhte, so soll er geruhen 2 Personen des Herrn und 2 des Ritterstandes, echte und geborene Tschechen, dort zu haben; und der Sekretär dieser Personen soll auch ein geborener Tscheche sein...

XVII. Wenn jemand oder mehrere gegen die Freiheiten dieses Königreiches in Rat und Tat verstoßen möchte und er dessen überwiesen wird, soll er die Strafe erleiden, die von der Landesordnung durch Landtage bestimmt wird.

XVIII. Die Landtage. Wenn S. G. d. K. den Landtag zu beschicken geruhen möchte, so möge S. G. d. K. in die Briefe, mit welchen er den Landtag zu beschicken geruht, alle Artikel, über die beraten werden soll, deutlich und verständlich in klaren Worten niederschreiben zu befehlen geruhen, so daß alles, über was am nächsten Landtage verhandelt werden soll, klar und offensichtlich ist und dies für alle Stände des böhmischen Königreiches und daß ein jeder Kreis zuerst eine Versammlung veranstalte, dann eine Anzahl Personen zum Landtage persönlich sende. Und S. G. der König möge die Landtage rechtzeitig einberufen, wenn es die Notwendigkeit erheischt, und von den Briefen, durch die er die Landtage einzuberufen geruht, soll je ein Exemplar einem jedem Kreishauptmann gesendet werden. Und dieser Hauptmann soll bei Erhalt des Briefes seinen Landsleuten schreiben und den Tag bestimmen, an welchem sie zusammen sollen in der Kreisstadt, wo von altersher die Kreise ihre Zusammenkünfte hielten. Es sollen auch demnach die Stände das Recht haben, bei diesem Landtage über alles, was sie als notwendig, gut und nützlich erachten, verhandeln und beschließen zu können, und ihnen dies nicht verwehrt sein. Falls S. G. d. K. oder die zukünftigen Könige den Landtag aber nicht festsetzen oder sich außerhalb des Landes aufhalten möchten, und es nötig wäre, daß der Landtag unverzüglich einberufen werde, soll der oberste Burggraf von Prag den Landtag festsetzen und einberufen. Wenn der Burggraf von Prag aus verschiedenen Gründen sich weigern würde, die Festsetzung vorzunehmen, oder wenn er außerhalb des Landes wäre oder gestorben, sollen die Beamten und Richter ihn fest-

setzen. Und wenn diese es nicht tun wollten, sollen wir drei Stände in folgender Weise ihn feststellen: Die Kreishauptleute sollen gemeinsam mit den Prägern, da sie in Prag zusammenkommen, das Recht haben einen Tag zu bestimmen, an dem der Landtag festgesetzt sei und an diesem Tag ihn einberufen und ein jeder, der zu dem Landtage gehört, muß zu diesem festgesetzten Tage nach Prag kommen und länger als zwei Wochen sollen die Beratungen nicht dauern, und daß alle Stände gemeinsam zum Wohle dieses Königreiches — und nicht uneinig — beitragen, und den Landtag beschließen sollen. Und so insgesamt, bei allen von der Gemeinde oder von Sr. Gn. dem König festgesetzten Landtagen soll klar und deutlich alles, weswegen der Landtag abgehalten werde, was verhandelt oder beschlossen werden soll, auch beendet werden, nicht aber soll über etwas heimlich verhandelt werden und wenn der Landtag geschlossen ist, soll es nicht anders gedeutet werden und so zu einem andern Ende führen, wie es am vorigen Landtage geschah, daß der Landtag geschlossen wurde in einer gewissen Weise, dann aber gegen den Herzog von Sachsen, S. Gn. den Kurfürsten, die Hilfe, die gegen die Türken genehmigt worden war von Manchen ins Uferlose hinausgezogen wurde.

Und daß die Kreisversammlungen stets frei sind, wenn es die Notwendigkeit erheischt, wie es von Alters her Brauch ist. Die Gemeinden sollen aber gemeinsam in den Prager Städten für das Gemeinwohl sein, wie es ehemals geübt wurde.

XIX. Wenn der Landtag beendet werden soll und die Stände des Königreiches über gewisse Artikel nicht einig wären, und die Beamten und Landrichter auch anderer Meinung wären und sich mit den Ständen nicht vertragen möchten, soll trotzdem der Landtag beendet werden, und die Personen des Herrn- und Ritterstandes, aus Prag und den andern Städten die Vertreter, sollen eine Relation und ein Bekenntnis abgeben. Sodann werden die kleineren Beamten verpflichtet sein, eine Relation und den Landtag ohne Widerspruch in die Landtafeln einzuverleiben. Diesen Landtag einzuhalten sind alle verpflichtet. Jedoch bevor es zur Relation und Schließung des Landtages kommt, soll aus allen bei diesem Landtage behandelten Artikeln einem Jeden ein Auszug gegeben werden, daß nichts geändert wird. Und wenn dann dieser Landtag in die Landtafeln einverleibt wird, soll er nach den Auszügen, die den Ständen gegeben wurden, korrigiert werden.

XX. Außer dem Landtagsbeschluß sollen die Stände von S. Gn. den König in nichts, durch kein Mandat, Befehl oder anderswie, außerhalb ihrer Vereinbarung und Freiheit, weder von S. Gn. den König noch von jemand anderen, zur Verantwortung gezogen oder genötigt werden.

XXI. Wenn in einem gemeinen Landtage oder unter was für Umständen immer irgend ein Stand oder alle Stände gegen die Freiheiten und Privilegien verstoßen würden, so soll alles aufgehoben und in nichts umgewandelt werden und es soll ein jeder Stand oder jede einzelne Person in ihren Freiheiten und ordnungsgemäßen Beschenkungen unangetastet belassen werden, wie es von alters her gewesen ist.

XXII. Wenn jemals irgendwo ein Feldzug ist, so sollen den obersten Feldhauptleuten, die vom ganzen Landtag gewählt wurden, genügende Instruktionen erteilt werden, wo, wie und gegen wen der Feldzug stattfinden soll und ohne Genehmigung und Instruktion, durch eigenen Willen, oder durch eine andere Eingebung und Befehl, was zu Gunsten der Feinde dieses Landes sein könnte, soll nichts geschehen.

XXIII. Die Beamten und Landrichter sollen, was die Kürzung der Freiheiten und Privilegien dieses Königreiches anlangt, gegen die Stände und ohne ihr Wissen sich zu nichts Sr. Gn. dem König verpflichten und auf Kosten der Stände nicht stimmen.

XXIII. Die böhmische Münze aus Gold soll nirgends als in Böhmen geschlagen und dies in Kuttenberg oder Prag wie von alters her.

XXV. Alle andern Münzen aus den Ländern dieses Königreiches sollen zu den Münzen dieses Königreiches und zu seinem Kerne geschlagen werden.

XXVI. Kuttenberg... soll mit Hilfe Gottes und aller Stände wieder gehoben werden, da es der Schatz dieser Krone ist und vorzüglichen Nutzen lieferte, und noch liefern könnte, wenn es von Tschechen und nicht von Deutschen verwaltet wäre, und auch die andern Gold- und Silberbergwerke hätten sollen durch gebürtige Tschechen verwaltet werden und der oberste Münzmeister, der ein geborener Tscheche sei, soll frei sein und nichts mit der Kammer zu tun haben.

XXVII. (weist die Juden aus.)

XXVIII. (trifft ein Getreideausfuhrverbot.)

XXIX. (Das Recht der Einwohner Böhmens, innerhalb des Königreiches überall Dienst anzunehmen, soll neuerdings bestätigt werden.)

XXX. (Rechte der Choden betreffend.)

XXXI. Auch darüber besteht Vereinbarung und Bestätigung des ganzen Landes dieses Königreiches: Bei Lebzeiten dieses oder eines künftigen Königs wollen wir keinen Sohn Sr. Gn. für das Königreich krönen lassen, gemäß den Beschlüssen des Landtags von 1526. Wenn dies durch allgemein Willen ungültig erklärt wird, wollen wir es gerne bei dem Beschluß eines allgemeinen Landtages gelten lassen; aber einer Ungültigkeitserklärung durch eine oder mehrere Personen können wir nicht zustimmen, sondern es soll bei dem genannten Landtag bleiben. Und der Landtag soll wieder — wenn dies nicht schon geschehen ist, — in die Landtafeln eingetragen werden, ebenso auch der Eid Sr. Gn. des Königs.

XXXII. (verlangt Aufhebung der neueingeführten Zölle.)

XXXIII. Der böhmische König soll, wenn er gekrönt werden soll, wenn er in das Königreich Böhmen einzieht, den Eid an der Grenze dieses Königreiches und dann den Pragern vor der Stadt ablegen, und niemand anderem außerhalb des Landes und dieses Königreiches soll er einen Eid ablegen, auch nicht dem Papst; denn es wurde gefunden, daß die Päpste zum großem Teile diesem Königreiche nicht nur schaden wollten, sondern sogar es zu vernichten sich bemühten, Kreuzbriefe über die Tschechen verhängten, und Ablass für Blutvergießen des Tschechi-

schen und anderer christlicher Nationen Blut, zum Leide der ganzen Christenheit und zur Freude und großen Macht des blutdürstigen Raubtieres, der Türken, gaben, wie es viele von welscher Abkunft berichteten, da sie ihn näher kannten. Und auch seinen Zorn, den er auf das tschechische Volk hat, hat er so ausgedrückt, daß er manche Männer guten und heiligen Andenkens ungerecht verbrennen und töten ließ zur Verletzung der Wahrheit Jesu Christi und zur Schmach des tschechischen Volkes. Während der Regentschaft des glorreichen Königs Georg war er die Ursache von Morden und Brandstifterei in diesem Königreiche, da er die Untertanen in Aufruhr brachte, den König bannte und seine Untertanen gegen ihn aufhetzte, und sie von Eid und Pflicht löste, obwohl er dies nicht tun sollte. Er war bestrebt, daß unser Königreich in Rauch und Asche zerfalle, wie dies aus der Bulle Paul II. hervorgeht. Und dieser jetzige Paul III., der desselben Geistes ist wie jener, und alle, die er vertritt, bemüht sich auch um die Vergießung des christlichen Blutes. Und daher ist es nicht nötig, daß die böhmischen Könige, unsere Herrn den römischen Päpsten oder deren Stellvertretern sich durch Eid oder durch andere Pflichten verbinden.

XXXIV. (Die Gesetze sollen von den Gerichten eingehalten werden.)

XXXV. (Die Landesbeamten und Richter sollen bei Anwesenheit des Königs am Hradschin residieren.)

XXXVI. (betrifft Auszahlungen der königlichen Kasse.)

XXXVII. (der König soll die Richter nicht besonders auszeichnen.)

XXXVIII. (Einschränkung der königlichen Schenkungen.)

XXXIX. (Jeder soll beim Landrecht Prozeß führen können.)

XL. (Auch die Stiftungen für Spitäler etc. sollen bleiben.)

XLI. (Verhinderung des Rechtsweges soll aufgehoben werden.)

XLII. (Die Landtafeln sollen öffentlich sein.)

XLIII. (Salz- und Bergwerksregel.)

XLIII—LII. (beschäftigen sich mit ähnlichen Fragen.)

LIII. Der oberste Burggraf von Prag soll auf dem Prager Schloß wohnen und in Abwesenheit Sr. Gn. des Königs soll der Burghauptmann ihm untergeben sein und außer Sr. Gn. dem Könige soll er auch dem Burggrafen schwören, wie es von altersher so war. Dieser Hauptmann soll ein echter und gebürtiger Tscheche sein, ehrenhaft und soll immer auf der Prager Burg wohnen und nirgendswohin wegfahren. Sollte er aber einer wichtigen Angelegenheit halber für länger fortfahren müssen, soll das Schloß dem Unterburggrafen zur Obhut anbefohlen werden und dieser darf sich nicht entfernen, so lange der Hauptmann abwesend ist. Und so muß immer einer von ihnen auf der Burg anwesend sein zur Obhut des Schlosses, da dort die Landtafeln und viele andere Landessachen sich befinden.

LIII. Da von altersher es Brauch war, daß nur der Burggraf des Königgrätzer Kreises von Sr. Gn. dem König ernannt wurde, nachdem er von den Bewohnern dieses Kreises gewählt wurde, sollen deshalb die Stände dieses Kreises bei der alten Ordnung bleiben. Sollte ohne Wissen

dieses Kreises ein Burggraf ernannt werden, so steht es dem Kreis frei, ihn anzunehmen oder nicht.

LV.—LVII. Die letzten drei Artikel befassen sich mit Gerichtsfragen.

Nr. 4.

Brüderisches Flugblatt aus 1602.

Deutsche Uebersetzung aus Skala Historie Česká
(Ed. Tieftrunk) S. 33.

Ich, der Herr, der gebenedeite Gott und der Vater Jesu Christi, der Vater der Barmherzigkeit und Gott aller Freude, der seinen heiligmachenden Geist auf die Treuen ausgießt, den Frommen, den Erniedrigten, den Geknechteten, Geduldigen, den Unrecht Leidenden und allen Jenen, die in meinem Namen, durch meinen hl. Geist getauft und in meine katholische oder allgemeine Kirche laut meiner, nicht der menschlichen Anordnung ordentlich aufgenommen sind, in ihr verweilen und in der Welt meiner Gebote, so auch des Evangelismus, meines Sohnes Jesu Christi, durch seine treuen Diener, die Apostel und die Evangelisten, gepredigt und in die Ueberlieferung der Bibel, in Reinheit ohne menschliche Erfindungen beibehalten, meinethwillen Unrecht, Ungemach, Tadel, laut meiner bei dem hl. Johannes, Kap. 15 geschriebener Vorhersagung, erleiden und bei der Wahrheit immer und festwährend verbleiben, meinen lieben Söhnen und Freunden Wohlwollen, Gnade, ewigen Frieden, die Erlösung, die Erlösung von allem Bösen, die Vergebung der Sünden und das ewige Leben versprechen. Meine Lieben, Treuen, Frommen! Es ist mir als eurem allwissenden Gott eine Sache bekannt und auch durch meine lieben Engel, durch die Ueberbringung der Gebete meiner Lieben Treuen vorgebracht, wie am gestrigen Tage von meinem Sohne Rudolf II. durch meine Gnade erwähltem römischen Kaiser und von mir als König über euch bestimmt, das Mandat im Ursprunge der unzufriedenen Menschen, die euch meine Gnade und die echte, Euch von mir gegebene Erkenntnis meiden, von den Engelschören und allem Guten des Himmels Weggefallenen, den Feinden der Kirche und aus reinem Zorn und Haß der teuflischen Macht gegen die Gewählten aufreizen, an die Brüder, die sie Pikarden und irrende Sektirer heißen, ergangen ist, in welchem sie ihnen alle Versammlungen, Uebungen, Gesänge, Dienste, Gebete und der Reihe nach die Rechte wie Abgeschnittenen verbieten, einstellen und beschädigen. Und da ich von Euch allen meinen Getreuen, — die ihr stets treu im Dienste zu mir und in echter Verehrung laut der Anordnung meines Sohnes verharret, die ihre Euch alle vor den Irrwegen des Antichrists und den Erfindungen der Menschen, vor Träumen und Furcht bewahret, — weiß, daß ihr durch keine Irrlehre der Pikarden — die ich Gott selbst hasse — verseucht seid und es auch niemals waret; aber als der allwissende Gott, der Erforscher der menschlichen Herzen. erkenne ich es, daß dieses Mandat

meine und eure Feinde, durch Anstiftung einer Dirne, die auf dem babylonischen Stuhle zwischen den Wässern sitzend auf sieben Hügeln und in der Offenbarung des hl. Johannes des Evangelisten beschrieben ist, wer sie wäre, in Fülle und ausführlich auf Befehl meines heiligen Geistes, und mit allen Farben zur bessern Erkenntnis ausgemalt, auf euch — als ob ihr die Pikarden wäret, weil ihr euch laut meinem Befehl Brüder nennt und ihr nach dem Beispiele meines Sohnes Jesus Christus und seiner Apostel als Nächste und Brüder, als die Söhne eines Vaters anerkennt — sich beziehe und euch belaste und dadurch Euch und Eure Seelen, die durch das Blut meines lieben Sohnes teuer erkaufte sind, um Euere Frauen, Kinder und Euer Gut Euch bringen wollen und alles Böse wollen sie um meines Namens willen über euch bringen. Manche glauben sicherlich, daß sie mir damit einen lieblichen und frommen Dienst erweisen, und die andern werfen auf euch das Böse aus Wut und angeborenem Neid. Ich Euer Gott zweifle nicht, daß aus dem Anhören meines himmlischen Wortes, das Euch gepredigt wurde, ihr unterrichtet seid und sein sollt, wie mein Sohn, da er auf Erden war, von den Juden mit seinen eigenen Ohren den Tadel hören mußte, wie es in der Epistel an die Juden 12. Kap. 2.3. geschrieben steht und zwar wie folgt: sehet auf die Führer und Bekenner des Glaubens Jesu, der mit Freuden das gesetzte Ziel, das Kreuz, erduldet, die Schande erlitt, und bedenket, wie der ist, der von den Sündern, Teufelsmensch, Weintrinker, Verräter, mit den Sündern verkehrender Aufwiegler und noch nannten, ihn, das unschuldige Lamm, von Sünden und allem Unrecht Reinen, indem sie ihn als sündigen Menschen verurteilten, ihn aus ihren Tempeln und Schulen ausschlossen, verjagten, ihn verabscheuten, ihn schmachvoll wie einen andern Verbrecher gefangen nahmen, ohrfeigten, ausspuckten, ihn auslachten und zuletzt sogar kreuzigten und ihn schmachvoll töteten. Und so werden alle, die in Jesu Kristum fromm leben wollen, Widerwärtigkeiten zu erleiden haben. Dies ist auch geschehen an seinen Aposteln, ihren Jüngern und allen Märtyrern, diese sind, bloß von den Feinden meines Wortes, das in Reinheit von ihnen gepredigt wurde, aus den Schulen ausgeschlossen, gesteinigt, gegeißelt, aus den Städten geschleift, getadelt, beschimpft, als Gottlose und Irrlehrer verurteilt und endlich auf verschiedene Arten getötet worden.

Jedoch wertvoll ist in meinen Augen der Tod meiner Heiligen. Daß solche Widerwärtigkeiten gleich von Anbeginn der Welt über meine Getreuen kommen mußten und weiter kommen werden, das habe ich zugelassen, damit meine Auserwählten geprüft und wie Gold erprobt werden und auf dem schmalen Weg in eine Glorie, die ich ihnen von Anbeginn vorbereitet habe, gehen, auch deshalb, damit meine Worte meinen Feinden um so mehr bezeugt werden und daß sie echt sind, durch den Tod des Märtyrers beglaubigt wurden, so daß die Feinde am Tage des letzten Gerichtes keinen würdigen Grund haben werden, sich ausreden zu können, oder Unwissenheit vorzutäuschen. Und daß solche Prüfungen über euch kommen sollen, wiewohl sie auch schon Euch berühren, darüber

grämet euch nicht, und trauert auch nicht, als ob ich schon eingeschlafen wäre, oder auf euch vergessen hätte, und von aller eurer Trübsal nichts wüßte. Denn auf meinen Händen und Handflächen seid ihr eingraviert und sie berühren euch wie meinen Augenstern. Da ich euch schon seid der Erschaffung der Welt voraussah, für euch meinen Sohn zur Erde sandte, euch durch ihn erlöste und auch euch nicht mir durch irdische, von den Menschen ohne jede Grundlage meiner Worte und ohne meinen Befehl erdachten und meinem Wort widerwärtigen Chrisam, sondern durch meinen hl. Geist und viele Gaben, auch durch die Taufe und Auflegen der Hände von Oben heiligte. Und wie könnte ich auf meine kleine Herde, deren Beschützer ich bin, vergessen? Vertrauet mir, denn ihr habet sichtbare Zeichen dafür, daß ich euch liebe, daß ich euch nicht nur verschiedene Widerwärtigkeiten, die euch hätten berühren sollen, durch meinen lieben Sohn, die Propheten und Apostel, gänzlich im alten und neuen Testament vorhersagte, aber daß euch auch angezeigt habe, wenn ihr als Feinde haben werdet, wie ihr euch ihrer erwehren und von ihren Schlägen euch hüten sollet, sodann euch für eure Treue einen großen Lohn im Himmel versprochen; das Ohr hat es gewiß nicht gehört, das Auge nicht gesehen und das menschliche Herz nicht gefühlt, was ich euch vorbereitet habe. Denn für diese kurze und von verschiedenem Ungemach volle Zeit werdet ihr ein freudevolles, ewiges Leben empfangen; denn alle Jene, die leiden müssen für meinen Namen und die Ehre meines lieben Sohnes Jesus Kristus und es ertragen, sind selig, da auf ihnen der Geist der göttlichen Glorie ruht.

Niemand solle so leiden wie ein Mörder, Verbrecher, Dieb oder ein Vorwitziger. Wenn Jemand als Christ leidet, schäme er sich nicht deswegen, sondern er lobe Gott in der Höhe, in der Weise laut der Lehre des Apostels Paulus Röm. 14. 2. Tim. 3. 2. Thes. 1. Und Peters 1 u. 4, Math. 10, Psalm. 116, etc. Wenn euch die Welt haßt, so wisset, daß sie meinen Sohn zuerst haßte. Wenn ihr von der Welt wäret, würde euch die Welt als das seinige lieben, da ihr aber nicht von der Welt seid, aber da ich euch von der Welt auserwählte, deshalb haßt euch die Welt. Denket an meine Worte, die ich durch meinen Sohn gesprochen habe, daß der Diener nicht größer ist als der Herr. Weil sie sich meinem Sohne widersetzen, werden sie sich auch euch widersetzen, da sie seine Worte nicht achteten, werden sie auch die Eueren nicht achten. Dies alles sollet ihr tun meines Namens willen, denn sie kennen jenen nicht, den ich gesandt habe. Deshalb quälen sie und suchen euch heim, indem sie glauben, es aus der Eingebung des verdammten Sohnes zu tun und sie halten dafür, mir einen lieblichen Dienst zu erweisen; ihr aber glaubet, daß ihr verlassen seid, ihr trauert, jedoch bloß für eine Spanne Zeit. Euere Freude wird gewiß ewig im Himmel sein, wie ich euch durch Petrus und meine Apostel vorhergesagt habe. Wer könnte euch etwas böses antun, wenn ihr Jünger des Guten sein werdet? Wenn ihr sodann für die Gerechtigkeit duldet, seid ihr selig. Den Zorn der Menschen fürchtet nicht, aber mich, euren

Gott, heiligt in eurem Herzen. Zu jeder Zeit bereit, zu jedweder Rechenschaft, wer auch immer von euch das Zeugnis von jener Hoffnung, die in euch ist, fordern möchte und dies in stiller Furcht, mit gutem Gewissen damit jene die euch beschimpfen, als ob ihr Verbrecher wäret, dafür beschämt werden, damit jene lächerlich gemacht werden, die eure tugendhaften Taten tadeln sowie auch euren guten Wandel in Christus. Wer mich vor der Welt verleugnet, den wird auch mein Sohn am letzten Tage verleugnen; und wer mich vor der Welt bekennt, den wird auch mein Sohn vor den Engeln bekennen. Denn sehet die Vögel des Himmels, wie ich um sie Sorge, so daß ohne meinen Willen nicht einmal ein Sperling zur Erde fällt. Deshalb darf und soll euch (die ich mir aus der Mitte der Irrwege des Antichrist berufen und auserwählt und zu meinem Dienst habe) ein Haar nicht einmal vom Haupte fallen oder verloren gehen ohne meinen Willen. Wenn ich manchmal tue, daß ich schweres über euch zulasse, und dies manchmal als Strafe für einen Ungehorsam und wieder für die Besserung eures Lebens, manchmal auch um euch im Glauben zu prüfen wie ihr beharrlich seid; worüber allerdings mein Wort im alten und neuen Testament enthalten und durch meinen hl. Geist überliefert ausführlich und mehrfach zeugt. Deshalb ermahne ich euch alle und einen jeden von euch, gnädig, durch meine Güte und für eure Erlösung befehle ich euch: Wer immer von euch mein Wort in Reinheit ohne jede Irrlehre des Antichrist und anderer Sekten meines Wortes durch Jesus Christus, meinen Sohn und die Apostel, die durch seine Macht vom hl. Geist erleuchtet und euch kundgetan worden sind, überaus widerwärtig und durch viele meiner Prophezeiungen der Verstoßenen angenommen habet oder anzunehmen euch bemüht, damit ihr fremde verächtliche Worte auf euch nicht beziehet, zu mir als Brüder meines Sohnes und als meine Söhne euch bekennt, der echten, reinen Lehre und der alten katholischen Religion, die von Jesus Christus, meinem Sohne und seinen Aposteln auf der ganzen Welt gepredigt wurde, Jünger (Nachfolger) seid. Die Irrlehre des Antichrist und der falschen Propheten, die zu euch im Schafpelze zum Verderben vieler kommen und im Innern verschlingende Wölfe sind, die meine Treuen ermorden und wunderliche Gesetze ihnen aufstellen, indem sie das Heiraten verbieten und den Unterschied in den Speisen (was euch durch meinen Apostel Paulus prophezeit wurde) bestimmen und daß ihr allerhand von Menschen erdachten und unter der Farbe meiner Verehrung und meiner festgesetzten Dienste Götzendienst fleißig meidet; wenn ein Engel vom Himmel käme und euch ein anderes Evangelium als meines von meinem Sohn und seinen Aposteln gepredigt wurde, predigen wollte und predigte, daß ihr es nicht annehmet zu meinem Worte außer meines Befehles nicht hinzufüget und von demselben nichts wegnehmet; eurem Erlöser und Fürsprecher Jesus Christus sollet ihr in keiner Wüste, in keinem Versteck, keinem Feld oder auch in keinem Gebäude suchen, sondern zu meiner Rechten. Gottes, eures allmächtigen Vaters, von dannen er kommen wird zu richten die Lebendigen und die Toten in der reinen und

unverwirrbaren Wahrheit unterrichtet und bewußt nichtdestoweniger immer seiner Gegenwart, laut seiner Verheißung, bis zum Tage des Gerichts. Das Sakrament des Abendmahles, das von ihm für euch festgesetzt wurde, — zu vieler Freude und Stärkung des Glaubens, für sein wahres Testament und euch als Brüdern nach seinem Fortgang hinterlassen und durch seinen Tod bezeugt — haltet und erfüllet es mit Würde, so oft euch euer beleidigtes Gewissen quält, zur Erinnerung an seinen Tod als euer Vertreter, Kopf, der oberste Priester, der sich für eure Sünden mir, seinem Gott, aufgeopfert und mich mit euch versöhnte, mit euch weilt, daß ihr es benützt und zu niemand anderem als zu diesem Sohne, der zu eurer Führung der wichtigste ist, euch bekennt. Vor ihm neiget euch in seinem Namen, ihn ehret und liebet; denn um was immer ihr mich in seinem Namen bitten werdet, werde ich euch geben. Mich euren Gott, der Seele und Leib der Verdammnis preisgeben kann, fürchtet mehr als jene, die euch bloß euren Körper nehmen können und mir gehorchet mehr als den Menschen. Deshalb meine Söhnchen sündigt nicht. Wenn einer sündigen sollte, habet ihr einen Fürsprecher, Jesus Kristus, den Gerechten. Er ist das Opfer des Erbarmens für eure Sünden, nicht bloß für die Ewigen, sondern für die Sünden der ganzen Welt. Und dann wisset, daß ihr ihn erkannt habet wie mein Evangelist der hl. Johannes euch in seiner Epistel lehrt. Ferner ermahne ich euch, daß ihr zur Vertreibung eures Feindes, des Teufels, der alten Schlange, der immer ohne Unterlaß euch bei mir verklagt und euch der irdischen Obermacht schändet, daß ihr wachet, fleißig betet, für alles danket, meinen Geist in euch nicht ersticket, die Prophezeiung nicht verschmähet, alles prüfet, und was gut ist behaltet, alles böse Gehaben meidet, wie ihr es in dem Thessalonikerbrief niedergelegt habt (Kap. 5), daß ihr über mein Wort nachdenket, daß ihr es nicht bloß auf den Lippen, sondern auch in den Herzen habt, in der Versuchung und Widerwärtigkeiten euch mit meinem Gesetze freuet, die von meinem Propheten Davit euch zurückgelassenen Psalmen fleißig leset, aufmerksam singet und Freude aus ihnen schöpft und meine großen Wunder, die ich bei der Erlösung und Befreiung meines Volkes wirkte, mit Furcht und Verehrung betrachtet. Denn sehet, wie strafte ich jene Völker, die mein israelitisches Volk bedrängten, und meine Christen in der Zeit der Gnade quälten. Schauet zurück und bedenket, was ich im Jahre 1588 am Meere getan, was in Frankreich, was in den Niederlanden, was in den deutschen Ländern und vor vielen Jahren auch in diesem Lande! Wie mein Wort für alle Zeiten von mir verteidigt wurde? Deshalb auch ihr, bekleidet mit dem Worte Gottes, welches durch meinen Geist in der Epistel erklärt ist, in der Epheserepistel des hl. Paulus, fürchtet euch nicht, daß ich euch verlassen möchte, daran denket nicht. Denn wenn ihr mich am weitesten von euch denket, bin ich unter euch; ich werde euch nicht verlassen, sondern werde euch von allem Uebel erlösen und ich werde euch schützen gegen verschiedene Höllenmacht. Mein ist die Rache und Vergeltung! Seid geduldig und verzweifelt nicht über

meine Langmütigkeit. Solange ich euch nicht zu mir abberufe, seid ergeben der Obrigkeit, gebet Gott was Gottes und dem Kaiser, was des Kaisers ist, liebet eure Nächsten, führet ein tugendhaftes frommes Leben, bis ich euch aus diesem elenden und euch widerwärtigen Leben hinausführe in das ewige Leben, wo eure Freude kein Ende haben wird. Denn nicht jeder, der zu mir „Herr, Herr“ sagt, wird in kein Königreich eingehen, sondern jener, der meinen Willen tut. Das alles lege ich euch vor, indem ich euch ermahne, daß ihr euch an meinem Worte stärkt, dem Teufel mutig entgegentretet und durch Geduld in der Versuchung, das ewige Leben erlanget und so mit mir ewig und immer regiert. So werdet ihr meinen göttlichen, sichern und unendlichen Willen erfüllen, anders nicht tuend unter der Strafe der Verdammnis eurer Seele. Zur Bestätigung habe ich durch einige meiner Zeugen des alten und neuen Bundes dies mit leuchtender Schrift bestätigt, unterzuschreiben und besiegeln befohlen. Datum in der ewigen Freude des ewigen Königreiches nach menschlicher Zeitrechnung. 3. Sept. des Jahres nach der Geburt in Menschengestalt meines Sohnes 1602.

Johann Evangelist
des himmlischen Königreiches Kanzler
Auf Befehl des gebenedeiten Herrn
Peter und Paul
des Herrn Apostel
Johann Hus und Martin Luter
die Diener Gottes.

Nr. 5.

Question si la causa de los Estados de Bohemia es justa o no.

(Raudnitzer Archiv Landessachen, Q 14/4 Titel auf der Rückseite.)

La Questiones.

Si la causa de los estados de Boemia es Justa o no? y si los altos estados tienen poder para deponer a vn Rey y elegir otro en su lugar? y sobre que fundamento han reusado tener a Ferdinando por son Rey. y si sus rationes son buenas? y que medios tienen los dichos Bohemios para consenarse siendo Rey et que agona tienen „escogidos“?

La respuestas.

Que la Justitia de su causa se echa dener en que su tierra es Reyno electino, donde una eleccion libre se ha continuado por espacio de seis hedales arev, la qual elecciones condicional y fundada sobre la obseruacion de los Privilegios, en virtud de los quales han sacado sus Reyes de la casa des Luxemburg, de Polonia, de lituanias, y des otras partes, y aun

han escogido por Reyes algunos de sus Barones, y al cabo tinieron a sacallos de hungaria, y de casa de Austria.

Fue pues por virtud desta libra elecion que depusieron a un imperitante y prodiger Rey llamado Vencilianos eligiendo otro y prouiendole en su lugar, ni admitieron vn Rey suyo llamado Jorge, mas pusieron otro en su lugar, y finaten en el año de 1608 dieron a Rodolfo por libre, et qual auia sido Rey de Bohemia tres años antes que fue Emperador.

Y si alguno les quiere oponer, y argumentar, que la cassa de Austria. ha hecho conciertos y acuerdos con los altos estados para stablecer la sucession de aquet Reyno, responden que aquellos conciertos fueron hechos con violencias y amenazas. Y mas que la alta casa a perdido tot...*) almente aquel derecho por anex. quebrantado a los estados sus Privilegios de aquella tierra y pur auer uiolado los Juramentos y promesas hechas sobra este particular. y que los altos estados Juramente contos de Morauia, Seleucia y Lusacia, tierras altas y batas incorporados con la corona de Bohemia han aplicado sas confederaciones para mantener sus liberades y riciprocalmente han azuntado sus fuerças para la defensa de Mos?

Tambien se los puede dezia que estan sujetos al Imperio y que no queden hazer nada sin voluntad y bene placito del Emperador. a lo qual responden los altos estados, que en la Bula Aurea fundamental del Imperio no ay subjecion unigena de facto al Imperio sino esta alli ordenado que los estados y principales Patriarcas de Bohemia tengan libre la elecion de su Rey.

Verdad es que ha sido nos tumbre que el Rey de Bohemia por ser uno delos siete electores sele auia de dar inuestidura al Emperador y el Imperio, mas empero Mathias siendo escogido por Rey de Bohemia fue inuestido del emperador Rodolfo, ni Ferdinando tampoc siendo elegido de los Bohemios no tubo inuestidura del Emperador Mathias...**) de donde se echa deuer que los de la cassa des Austria no hizieron mucha estima de aquella inuestidura?

Ha se tambien de consideran, que no son jarnas llamados a las dictas Imperiales ni tampoco contribuyendo nada para ellas como hazen los de mas estados y lo muestra la esporincia cotidiana? la razones porque los dichos estados han rehusado de tener por su Rey al dho Ferdinando, opor meyor. dezir las razones porque el proprio se ha quitado el Reyno por auer implicitamente (tacite), alsuelto de sus Juramentos a los dichos estados, son las que se signon.

Lo Primero¹ por auer hecho lo contrario a su promesór y lo contrario a las condiciones con las quales fue elegido, las quales condiciones fueron, que no se metiesse en los negocios de lbs Bohemios mientras biuia (vivia) et emperador Mathias; lo quel no ha guardado en uinguna manera ani endo sido tan amigo de entre meterse en los negocios dellos?

*) Diese Stelle ist im Original vollkommen unleserlich.

**) Im Original unleserlich.

Por auer tracado o por mejor dezir por auer enderacado todos sus conſeſor y auer usado de todas sus diligencias contra ellos echando carcel al Cardenal Clesselio el principal del conſejo imperial por no ser de su opinion en este negocio, mas antes a conſejandole que procediesse con los Bohemios con mansedumbre y amor.

Por auer por inuestigation de los Jesuitas rebuelto y puesto en confusion el estado del Reyno el qual de antes estaba pacifico y sosegado?

Por auer trahido estrangeros para el Gobierno de cosas, y por auer esturbado la Juntas de los estados fundadas e la defense de suos Privilegios.

Por auer compelido la genze yr a la missa, haziendo abrir la boca de algunos para metelles la ostia.

Pro auer derribado las Iglesias de los . . . Religion.*)

Por auer contra todo derecho Sujetado las yglesias q̃ propriamente pertenecian a los Gobernadores de aquel Reyno, a la Juridiccion del Arcoobiscope de Praga. Y en suma por auer sujetado a un obispo los Priuilegios de los altos estados por aquellos medios que fuera demasiado enfadoso de contallos.

Por auer entrado en a quel Reyno peruerça y violencia trahiendo vn exercito sin consentimiento de los estados? Porque ay un articulo espresso entre sus leyes del los que ordena que el que tal hiziera sea el mismo Rey o sea otro qualquiera se deprine ipso facto de tode su Dinidad y queda enemia del Reyno y poro tal le estimas.

Los altos estados declaran mas que la elecion de Ferdinando por Rey de Bohemia, que vridada y tramada de algunos sedisiosos y rebelliosos, los quales dubtando si la tierras incorporadas con Bohemia es a saber Morauia, Seletia y las dos Lusacias inferior et superior darian sus votos para la elecion de Fernando, llevaron las cosas de tal manera que las altas provincias no fueron llamados a la alta elecion, solamente fueron, admitidos algunos pocos Papistas parciales, los quales Gobernabantodo el negocio, y por otra parte quittaron los cargos a los protestantes principales de los estados priuando el conde de Jouru del Gobierno del Castillio de Cartene, donde la corona es guardada?

Tambien dilataron la elecion del Rey Ferinando, tanto que la mayor parte de los protestantes pensando que no de auia de negocio nada, se fueron, pero los Catholicos Romanos que tenian la palabra de guerra. quiero dezir que sabian loque auia de passar, no se menearon de alli asta que los confederados de España animados y fortificados con la presencia del Emperador Mathias y de su Corte y guardia hizieron que escogiessen a Ferdinando, contra el qual auto y cortes, y su proceser dellos los demas miembros de la dicha Corona protestaban entonces y aua agora protection solenemente?

Dizen tambien que altos Rey Ferdinando ha negociado, con España para hazer el Reyno del Bohemia hereditario a la cassa de Austria?

*) Im Original unleserlich.

Los altos Estados se que ean de las muy Barbaras crueldadas, que pardecen los de la alta Tierra hombre y una geres hasta las criaturas y aun asta los cuerpos muertos, todo lo qual lo ha espramente mandado hazer el alto Rey Ferdinando, lo qual testifican sus cartas que fueron tomado.

Los altos Estados protestan que sus consiensas los han incitado y compelidos a libras sus tierras de Iranias viendo hazer violencias a sus conciencias, y viendo quitar lastimosamente sus vidas y haziendo sus privilegios y las cartas del Emperador y contra otras promesas solenemente. Juradas mas nunca guardadas, considerando de mas desto que debate del alto Rey Ferdinando el qual se dixa Gobernar por los espiritos reboltosos de los Jesuitas y de los ministros de Roma y España llenos de soberbia y envidia y crueldad, no auia esperancas de cierta y akgurada paz porque el alto Rey aun no quiso? oyr hablar a los embajadores que la fueron embiados de diuersos Principes a este proposito no embargante que el mismo de antes auia dado esperancas delo contraria.

Por estas razones y otras necesidades inevitables los altos Estados son compelido conforme al cargo que tienen a renunciar al Rey Ferdinando y a preferir la seguridad de su tierra y bien commun a todo lo demas, lo qual e uno ley Principal y soberano generalad reconocido de todos.

Y en quanto toca a los medios que tienen los estados para, conseruarse con el Rey que han agora eleyido esperancas ay que Dios protector de la Justicias defendera su causa en la qual no atinan a otra cosa, que a la conseruacion de la religion uerdadera, y de las libertades de su patria por la qual han todos de un mismo acuerdo votado biuir y morir, persuadien, dose ciertamente que Dios tocaras los coracones de los Reyes Christianos. Principes y Estados de tal suerte que uiendo la tirania de la cassa de Austria nodexaron e samparados los altos Estados en causa justa, mas defenderlos han y ayn allos han contra la behemncia y oppression, y mediante la prudencia y los buenos auisos, Credato y ualor del Rey, q Dios les ha dado dellos y a sus amigos coefederatos, tener esperancas deneter luego su Reyno en gran paz y tranquilidad, y para mas facilmente alcan-car lo dicho, estana resueltos los altos Estados de dar el mando y Gobierno de sus fuerças militares a un generalissimo auiendo renouado para esse efecto las confederaciones para hazer sua seguridad reciprocal, auiendo tan bien establemendo tambien buena correspondencia con los estados de las Prouincias vnidas des los payes baxos, con el Rey de Vngria, y con Principe de Transsiluania, el qual esta en campagna con un exercito enfabor dellos y todo esto es para la defensa y consuetode de todos los que hazen professon de la religion uerdadera y aun para la conseruacion de aquellos Catholicos Romanos que bien quieta y pacificamente entre los altos Estados en el exercicio de su religion de baxo de la obediencia y como Gobuerno y Priuilegios de aquel Reyno.

Literatur.

Die Majestätsbriefe und Conföderationsakte sind nach Lünigs Teutschem Reichsarchiv V. Bd. S. 55 ff. zitiert, wo auch die verschiedenen Reverse zu finden sind. Die Sonderartikel und Zusatzgesetze sind ebenda VI/2 S. 148 ff. Dasselbst ist auch die kleine Apologie gedruckt, die zeitgenössischen Drucke der Conföderationsakte siehe bei Zibrt, Bibliografie české historie IV. No. 4958, die der großen Apologie ebenda III. No. 11471 ff., die der Deduction ebenda IV. No. 5449.

Acta publica, der schlesischen Fürsten und Stände, ed. Palm, Breslau 1872.

Acta unitatis fratrum, ed. Bidlo, Brünn 1913/14.

Archiv český, Prag 1840 ff.

Althusius J. Politica³ 1608.

Bachmann: Geschichte Böhmens. Gotha 1899.

— Deutsche Reichsgeschichte im Zeitalter Friedrichs III. und Maximilians I. Leipzig 1884—94.

Baron: Calvins Staatsauffassung und das konfessionelle Zeitalter. Beihefte der hist. Zeitschrift Nr. 1. München 1924.

Beck: Geschichtsbücher der Wiedertäufer in Böhmen (Fontes rer. Austr. XLIII. Bd.).

Beyerhaus: Studien zu Calvins Staatsauffassung. Leipzig 1922.

Bibl, Kaiser Maximilian II. Dresden 1929.

Binder, J.: Luthers Staatsauffassung, Beihefte zur Geschichte des deutschen Idealismus. Erfurt 1928.

Block: Geschichte der Niederlande. Gotha 1905.

Bodin, J.: De re publica libri VI. Frankfurt 1609.

Borovy: Jednáni a dopisy konsistoře katolické i utrakvistické s. Gindely Monumenta.

Bretholz: Neuere Geschichte Böhmens. Gotha 1920.

Burckhardt: Die Kultur der Renaissance in Italien¹⁸. Leipzig 1928.

Chelčic, P.: O Boji duchovním a o trojím lidu, ed. K. Krofta. Prag 1911.

— Netz des Glaubens, ed. Vogl. Zürich 1928.

Chlumeccky: Karl von Zierotin und seine Zeit. Brünn 1862.

Codex Moraviae, XII. Bd. Brünn 1890.

- d'Elvert*: Beiträge zur Geschichte der Rebellion, der Reformation, des dreißigjährigen Krieges und der Neugestaltung Mährens im 17. Jahrhundert. (Schriften der hist.-stat. Sektion der mähr.-schles. Ges. zur Förderung des Ackerbaues, 16. Bd.) Brünn 1867.
- Eschenloer*: Geschichte der Stadt Breslau, ed. Kunisch. Breslau 1827/28.
- Fehr*: Das Widerstandsrecht, Mitteilungen des Institutes für österreichische Geschichtsforschung, Bd. 38.
- Fellner-Kretzschmayr*: Die österreichische Zentralverwaltung. Wien 1907
- Gebauer*: Die Publizistik über den böhmischen Aufstand. Halle 1892.
- Gierke*: Johannes Althusius³. Breslau 1902.
- Das deutsche Genossenschaftsrecht. München 1868 ff.
- Gindely*: Geschichte der böhmischen Brüder. Prag 1857/58.
- Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes. Prag 1858.
- Decrety jednoty bratrské, siehe Monumenta.
- Geschichte des dreißigjährigen Krieges. Prag 1878.
- Rudolf II. und seine Zeit. Prag 1863—65.
- Monumenta historica Boemiae hrg. Gindely. Prag 1860 ff.
- Glücklich*: Václava Budovce z Budowa Korrespondence, Prag, in Historický Archiv Sv. 30.
- o historických dilech V. Budovce z Budowa. Prag 1911.
- O právomoci dané defensorum na sněmu r. 1609 im Programm der tschechischen Realschule auf der Kleinseite 1912/13.
- O defensorech v českém povstání 1618—20. Český Časopis historický Bd. 27.
- Goldast, M.*: De Bohemiae Regni incorporatarumque provinciarum iuribus. Frankfurt 1927.
- Goll*: Chelčický a Jitneta v. XV. století, ed. Krofta. Prag 1916.
- Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der böhmischen Brüder. Prag 1878/82.
- Gottschick*: Hus, Luther und Zwinglis Lehre von der Kirche. Zeitschrift für Kirchengeschichte, 1886.
- Grünhagen*: Geschichte Schlesiens. Gotha 1884—86.
- Die Hussitenkämpfe der Schlesier. Breslau 1872.
- Hammer-Purgstall*: Khlesls Leben. Wien 1847.
- Haußherr*: Der Staat in Calvins Gedankenwelt, in Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 1925.
- Huber*: Geschichte Oesterreichs, 5. Bd. Gotha 1896.
- Hurter*: Geschichte Kaiser Ferdinands II. Schaffhausen 1857—64.
- Hintze*: Die Typologie der ständischen Verfassungen, Historische Zeitschrift, 141. Bd.
- Hoch, K.*: Husitě a válka, Česká mysl 1907.
- Höfler*: Geschichtsschreiber der hussitischen Bewegung. Fontes rer. Austr. Wien 1878.
- Hrejsa*: Die böhmische Konfession. Jahrb. für Geschichte des Prot. in Oesterreich. Bd. 35, 37, 38.

- Hönigswald*: Die Philosophie der Renaissance bis Kant. Berlin 1923.
- Hus*: Opera omnia 1527.
- Sermones ad populum, undatierter Druck (etwa 1580).
- Jellinek*: Allgemeine Staatslehre. Berlin 1929.
- Jirečlk, H.*: Codex juris bohemicus II. Bd. Prag 1870.
- De jure Magistratum*, Auflage 1608, Frankfurt.
- Kadlec*: Dějiny veřejného práva ve střední Evropě. Prag 1923.
- Kalousek*: České státní právo. Prag 1892.
- Kampschulte*: Johann Calvin. Leipzig 1869, 1899.
- Kapras*: Právní dějiny země koruny české. Prag 1913/20.
- Knothe*: Urkundliche Beiträge zu einer Rechtsgeschichte der Oberlausitz. Görlitz 1877.
- Klík*: Národnostní poměry v Čechách od válek husit. do bitvy bělohorské, Český časopis historický, 17. Bd.
- Kern*: Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter. Leipzig 1915.
- Krofta*: Boj o konsistoř pod obojí v letech 1562—1575 a jeho historický základ, Český časopis historický, Bd. 17.
- Bilá hora. Prag 1921.
- Začátky české berně, Český časopis historický, Bd. 36.
- Snahy o společný sněm země rakouského 1526—1848, osvěta 47.
- J. Bidlo akty Jednoty Bratrské sv. I časopis Českého Museum 1917.
- Kutrzeba, St.*: Polnische Verfassungsgeschichte. München 1914.
- Landtagsverhandlungen, die böhmischen . . . von 1526 an. Prag 1877 ff.
- Lechler*: Wicliff und die Vorgeschichte der Reformation. Leipzig 1873.
- Lencz, Géza*: Der Aufstand Boskays und der Wiener Friede. Debreczen 1917.
- Loesche*: Die böhmischen Exulanten in Sachsen, Jahrbuch für Geschichte des Prot. in Oesterreich, 42.—44. Jg.
- Londorp*: Acta publica. Frankfurt 1629/30.
- Losert*: Hus und Wycliff. Prag 1884. ²München 1925.
- Die Krönungsordnung der Könige von Böhmen. Wien 1876.
- Lossen*: Ueber die Schrift „De jure Magistratum, Sitzungsberichte der Kgl. bayr. Akademie, hist. phil. Klasse 1887.
- Luthers sämtliche Werke. Weimar.
- Naegle*: Katholicismus und Hussitismus, Inaugurationsrede für das Studienjahr 1929/30. Prag 1929.
- Marcus*: Stavovská Apologie, Český časopis historický. 17. Band.
- Mayr-Deissinger*: Die Flugschriften der Jahre 1618—20. München 1893.
- Müller, Josef Theodor*: Geschichte der böhmischen Brüder. Herrnhut 1922.
- Müller, Karl*: Luthers Aeußerungen über das Recht bewaffneten Widerstandes gegen den Kaiser. Sitz.Ber. d. Kgl. Bayr. Akademie, phil.hist. Kl. 1915.
- Müller, K. A.*: 5 Bücher, Forschungen zum 30jährigen Krieg. Dresden 1841.
- Olenschlager, Joh.*: Neue Erläuterungen zur goldenen Bulle. Frankf. 1765.

- Palacky*: Geschichte Böhmens. Prag 1836—65.
 — Urk. Beiträge zur Geschichte der Hussitenkriege. Prag 1873.
 — Documenta Mag. Joh. Hus. Prag 1889.
Palm, H.: Das Verhalten der ober- und niederlausitzer Stände bei der Conföderation mit Böhmen. Zeitschrift für Geschichte Schlesiens VII.
 — Die Conföderation der Schlesier mit den Böhmen im Jahre 1609. ebenda VIII.
Pažout: Jednání a dopisy konsistoře pod oboji. Prag 1906.
Pekař: Jan Žižka a jeho doba. Prag 1927/29.
Pelzel: Lebensgeschichte des Königs Wenzeslaus. Prag 1780/81.
Peterka: Rechtsgeschichte der böhmischen Länder. Reichenberg 1927/28.
Pešák, V.: Protokoly české kanceláře od polovice XVI století do Bilé Hory, Sborník archivu ministerstva vnitra republiky československé II. Bd. Prag 1929.
Polanus Amandus de Polansdorf: Syntagma Theologiae christianae. Hannover 1609.
Rachfahl: Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem dreißigjährigen Kriege. Leipzig 1894.
Salza, Jakob von: Bericht von des Markgrafentums Oberlausitz Aemtern, Bestellungen, Verrichtungen und Verwaltung desselben, von Gerichten und Rechten . . . Vgl. Neues Lausitzer Maoazin 94. Bd. S. 5. Zwei weitere Handschriften befinden sich in der Landesbibliothek in Dresden.
Sanka: Die böhmischen Brüder. Leipzig 1917.
Schranił: Die Sobeslawischen Rechte. 1916.
Seeberg: Dogmengeschichte IV. Band. Leipzig 1917.
Schreuer: Die rechtlichen Grundlagen der französischen Königskrönung. Weimar 1911.
Scriptores rerum bohemicarum (Alte Annalisten — Stařé Letopisové) ed. Fr. Palacky. Prag 1829.
Scriptores rerum Silesiacarum. Breslau 1872 ff.
Sehling: Die evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jh. Leipzig 1902 ff.
 — Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung². Leipzig 1914.
Simon: Die ständischen Verhältniss der öst.-ung. Monarchie. Leipzig 1848.
Skala: Historie česká, Gindely, Monumenta.
Spanowsky v. Lipaw: Böhmisches Confession von 1575.
Slawata: Paměti, s. Gindely, Monumenta.
Timon: Ungar. Verfassungs- u. Rechtsgeschichte². Berlin 1909.
Tieftrunk: O příčinách krutého pronásledování bratru českých v létech 1547 a 1548 Časopis Českého Museum 1869.
Tomek: O cirkewní správě strany pod obojí v Čechách. Časopis Českého Museum 1848.
Troeltsch: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen. Tübingen 1912.
 — Protestantisches Christentum u. Kirche in der Neuzeit, Kultur der Gegenwart. Leipzig 1906.

- Turba*: Geschichte des Thronfolgerechtes. Wien 1903.
Vindiciae contra tyrannos. ? Aufl. Frankfurt 1608.
Vogl: Peter Cheltschitschky. Zürich 1928.
Völker: Besprechung von Vogls, Pet. Cheltschitschky in Zeitschrift für Kirchengeschichte, Jg. 1929.
Voltolini: Besprechung von Wolzendorffs Widerstandsrecht, Hist. Vierteljahrsschrift, XIX. Jg.
Waagenaar: Allgemeine Geschichte der vereinigten Niederlande. Leipzig 1756—67.
Werunsky: Die Majestas Carolina, Zeitschrift der Savigny Stiftung germ. Abt., 9. Band.
Wolzendorff: Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes. Breslau 1916.
— Vom deutschen Staat und seinem Rechte. Leipzig 1917.
Wycliff: De officio Regis. London 1889.
— De dominio civili. London 1884—1914.
Zukal, J.: Polanové z Polandorfu, Časopis Matice Moravské, LI. Bd.

Berichtigungen.

S. 8 *Anm.* 25 *lies*: plus quam — S. 18 *letzte Zeile*: ředitelé zvláštní pro obecnie dobré slavné koruny České z jednostajné wuolo woleni — S. 19 *Anm.* 70: hervorgegangen“ Archiv český IV. S. 470. — S. 21 Z. 7: für seinen Willen — S. 21 Z. 14: haben. „So — S. 47 Z. 11: Bezug — S. 84 Z. 20: Lieben und den — S. 85 Z. 15: wider das Gebot — S. 86 *Anm.* 6: Vgl. hiezu übernächsten Abschnitt — S. 95 Z. 5: Land, bzw. die Stände — S. 102 Z. 5 v. u.: dieselbe Richtung — S. 102 Z. 3 v. u.: durch die Stände — S. 105 *letzte Z.*: eine besondere Zuständigkeit — S. 107 Z. 12 v. u.: eines regelrechten Amtsbetriebes ... — S. 108 Z. 8 v. u.: dulden wollte, — S. 116 *Anm.* 2: Vgl. oben S. 4 *Anm.* 7 — S. 127 Z. 17: stehen.

Inhalt.

	Seite
1. Der Gegensatz von König und Ständen im böhmischen Staatsrecht der Hussitenzeit	3
2. Das Widerstandsrecht in der Staatsauffassung des Hussitismus	24
3. Das Amt der Defensores	56
4. Das Staatsrecht der Conföderationsakte:	
a) Einleitung	70
b) Böhmen als Bundesstaat	76
c) Böhmen als Ständestaat	82
d) Der König	95
e) Die Defensores	103
f) Die Länder	115
g) Der konfessionelle Charakter der Conföderationsakte	126
5. Die Staatsgesinnung der Revolution der Stände	133

A n h a n g :

No. 1. Urkunde König Wenzels vom 12. August 1401 (Uebersetzung)	157
No. 2. Manifest des Prager Oberstburggrafen Čenek von Wartenberg vom 20. April 1420 (Uebersetzung)	159
No. 3. Conföderation der Stände vom 17. März 1547 (Uebersetzung)	161
No. 4. Brüderisches Flugblatt aus 1602 (Uebersetzung)	168
No. 5. Question si la causa de los Estados de Bohemia es justa o no	173
Literaturverzeichnis	177

